

# DAS ARGUMENT 121

Argument-Themenplanung	313
<b>Westeuropäische Linke und »dritter Weg«</b>	
Pietro Ingrao: Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken	324
Detlev Albers: Über den »dritten Weg zum Sozialismus« in Westeuropa	334
Didier Motchane: Selbstverwaltung im Übergang zum Sozialismus	347
<b>Faschismus und Ideologie (II)</b>	
W.F. Haug: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen (II)	352
Reinhard Opitz: Zum Themenschwerpunkt »Faschismus und Ideologie«	357
Peter Schmitt-Egner: Koloniale Gewaltformen und Faschismus	378
Thomas Brackel: Die nationalsozialistische Linke	389
Dierk Joachim/Uwe Naumann: Neofaschismus. Ein Literaturbericht	395
<u>Sexualität und Herrschaft</u>	
Volkmar Sigusch: Das gemeine Lied der Liebe	403
<u>Fachübersicht: Germanistik</u>	
Jost Hermand: Thesen zur gegenwärtigen Situation der Germanistik	408
<u>Diskussion: Jörg-Michael Vogl: Zu M. Jägers Parteikonzept</u>	415
<u>Themenausschreibung: Krisenverarbeitung im Alltag</u>	420
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Tübinger Symposion: Aktualisierung Brechts; BdWi-Kongreß zu Strauß; Informationstechnologie; Verhaltens- und Gesprächstherapie; Dialogforschung	427
<u>Besprechungen</u>	
Philosophie; Literaturwissenschaft; Kultur im Faschismus; Kunstgeschichte; Gesellschaftstheorie; Neueste Geschichte; Faschismus und Neofaschismus	433
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	IX

# DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K.H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Dr. Karl-Heinz Götze, Sibylle Harberditzl, Dr. Frigga Haug, Prof. Dr. W.F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48a, 1000 Berlin 33, Telefon ► 030/8314079 ◀

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030/4619061

## Besprechungen

### Philosophie

<i>Autorenkollektiv</i> : Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR ( <i>H.-D. Strüning</i> ).....	433
<i>Kimmerle, Heinz</i> : Philosophie der Geisteswissenschaften als Kritik ihrer Methoden ( <i>M. Schneider</i> ).....	435
<i>Lakatos, Imre</i> : Beweise und Widerlegungen. Die Logik mathematischer Entdeckungen ( <i>G. Herrgott</i> ).....	436
<i>Engels, Friedrich</i> : Über die Dialektik der Naturwissenschaft ( <i>M. Daxner</i> ).....	438
<i>Poser, Hans (Hrsg.)</i> : Philosophie und Mythos. Ein Kolloquium ( <i>H. Zinser</i> ).....	439
<i>Piga, Francesco</i> : Il Mito del Superuomo in Nietzsche e D'Annunzio ( <i>M. Hinz</i> )....	440

(Fortsetzung auf S. XI)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1980 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. — Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,— DM + Versandkosten. — Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. — Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. — Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 10070000; Bank für Gemeinwirtschaft 1114401300, BLZ 10010111; Postscheckkonto Berlin West 5745-108, BLZ 10010010. — Satz: Barbara Steinhardt, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin.  
1. — 9. Tausend Mai 1980.

## Zum vorliegenden Heft

Eine Erwiderung von Dieter Wittich auf Michael Jägers Kritik an Wittich/Gößler/Wagners »Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie« wird es nicht geben. Damit ist wieder einmal der Versuch gescheitert, einen DDR-Autor dazu zu bewegen, sich in die hiesigen Auseinandersetzungen um die sehr wirksame DDR-Philosophie einzumischen. Dieter Wittich lehnt die Replik, die wir ihm angeboten hatten, mit folgender Begründung ab: »Jägers Ausführungen münden in eine Polemik, die die Ebene der Argumentation verläßt und lediglich politische Zensuren erteilt«. Jäger hatte von einer »nicht abreißen den Kette hilfloser Reaktionen der Parteiführungen im Realen Sozialismus, wenn reale Sozialisten wie Bahro, Biermann und andere politisch opponieren«, gesprochen (*Argument* 119, 60).

In *Argument* 119 (93ff.) kritisierte M. Herzer V. Sigusch's Aufsatz »Das gemeine Lied der Liebe«, der nicht im *Argument* erschienen war. Wir halten Sigusch's Artikel für einen wichtigen Beitrag zum Thema Sexualität und Herrschaft und drucken ihn nach.

Reinhard Opitz setzt sich in seinem Artikel *Über vermeidbare Irrtümer* mit seinen Kritikern in *Argument* 117 auseinander. Unsere Schwierigkeiten mit diesem Beitrag erläutern wir in einer redaktionellen Nachbemerkung zu Opitz' Aufsatz.

## Zum Schwerpunkt »westeuropäische Linke und 'dritter Weg'«

Wir bringen die drei Hauptreferate des 2. Otto Bauer Symposiums »*Linkssozialismus und Marxismus heute*«, Wien 23.-25.11.1979 (vgl. den Kongreßbericht in *Argument* 120, 250ff.). Der »dritte Weg zum Sozialismus« ist die umstrittene Formel für eine ungelöste Aufgabe, die Teile der gegensätzlichen Fraktionen der Linken in Westeuropa anpacken: auf die neuen Fragen, die die kapitalistische Entwicklung mit ihren Krisen aufwirft, neue Antworten zu suchen — auch wenn dabei die Organisations- und Denkgrenzen der beiden Lager, Kommunismus und Sozialdemokratie, verletzt werden. Nur das ist die *Linie*: an gemeinsamen Problemstellungen zu arbeiten, Gelegenheiten und Institutionen dafür zu schaffen, den Sozialismus als eine Bewegung der Massen aufzufassen, die von einer Partei oder Gruppierung allein nicht organisiert werden kann.

Diese »Linie« ist — auf der Ebene der wissenschaftlichen Diskussion — mit der des *Argument* verwandt. Auch wir versuchen, in der Perspektive eines notwendigen Linksbündnisses, den Widerspruch produktiv zu machen, daß sich die Positionen in der Diskussion aufeinander zu entwickeln, ohne sich aufzugeben. — In einer wissenschaftlichen Zeitschrift können die Beiträge von *Ingrao, Albers und Motchane* wie ein marxistisches Forschungsprogramm gelesen werden: Wie hängen ökonomische, politische Krise und Krise der Lebensweisen zusammen? (Vgl. auch die Themenausschreibung in diesem Heft.) Was folgt politisch aus einem Ende des Keynesianismus? Welches sind die politischen Folgen der sozialen Veränderungen in der Arbeiterklasse (Arbeitslose auf der einen, hochqualifizierte Automationsarbeiter auf der anderen Seite)? Wie können die neuen sozialen Bewegungen (Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Studentenbewegung), die keiner Partei subsumierbar sind, einen historischen Block mit den Arbeiterparteien gegen den Block an der Macht bilden? Wie können Übergänge zur Planung von Staat und Wirtschaft unter der Mitwirkung und Kontrolle breiter Massen geschaffen werden? (Vgl. auch die Themenplanung des *Argument* in diesem Heft.) Die wissenschaftliche Fundierung sozialistischer Strategie in den hochentwickelten Ländern steht erst am Anfang.

**Verlagsmitteilungen**

*SH-Programm:* Seit Ende April wird die Frühjahrsproduktion der *Argument-Studienhefte* ausgeliefert:

- SH 36:* Emanzipation der Frau. Zur Problematik von Sexualität und Herrschaft (aus: *Argument* 22/23/24, mit einem aktualisierenden Vorwort von W.F. Haug; 126 S., 8,— DM)
- SH 37:* Projektgruppe Automation und Qualifikation: Bildungsökonomie und Bildungsreform. Gesammelte Aufsätze (bisher angekündigt als: Theorien über Automationsarbeit II; 120 S., 8,— DM)
- SH 38:* Dieter Henkel, Dorothee Roer: Sozialepidemiologie psychischer Störungen. Empirische Daten aus der BRD (aus: *AS 12, Soziale Medizin VII*, mit Vorwort und Literaturverzeichnis zur Neuausgabe; 47 S., 4,— DM)
- SH 39:* Helmut Gollwitzer: Christentum/Demokratie/Sozialismus I. Aufsätze zu Christentum und Sozialismus (94 S., 7,— DM)

*AS-Programm:* In unserer Taschenbuchreihe *Argument-Sonderbände* ist soeben der 50. Band erschienen:

- AS 50:* Aktualisierung Brechts. Hrsg. von W.F. Haug, K. Pierwoß und K. Ruoff. Mit Beiträgen von J. Hermand, J. Knopf, R. Steinweg, M. Wekwerth u.a. (bisher angekündigt als: Die Aktualität Brechts. Vgl. auch die Ankündigung des Tübinger Brecht-Symposiums in diesem Heft)

In diesen Wochen werden ferner ausgeliefert:

- AS 47:* Materialistische Kulturtheorie — Alltagskultur — Kulturarbeit. Hrsg. von W.F. Haug und K. Maase
- AS 48:* Jahrbuch für kritische Medizin, Bd. 5: Referate und Protokolle von der gesundheitspolitischen Fachtagung des BdWi, München 1979
- AS 52:* Alternative Wirtschaftspolitik 2: Probleme der politischen und ökonomischen Durchsetzung
- AS 53:* Jahrbuch für kritische Medizin, Bd. 6: Arbeitsplatz Krankenhaus, Medizin und Arbeitswelt, Primärversorgung, Psychiatrische Versorgung
- AS 46:* Gulliver 7: Literatur und Politik in Irland. Sean O'Casey zum 100. Geburtstag (erscheint Anfang Juni)

Die verspäteten *AS 42* (Musik 50er Jahre) und *AS 43* (Empirieband des Projekts Automation und Qualifikation) erscheinen leider erst im Sommer.

## Argument-Themenplanung

Nach Planungskonferenzen in Hamburg, Frankfurt und Hannover (vgl. Editorial in Argument 116) fand Ende 1979 in Berlin ein weiteres Treffen von Redakteuren und Autoren statt, um längerfristig die Themenschwerpunkte zu planen. Angesichts der Fülle vorgeschlagener Themen wurde diskutiert, ob es eine umfassende, vereinheitlichende Fragestellung für die Zeitschrift geben könne. Die Redaktion hält dies, da es keine homogenen Adressaten und Probleme gibt, nicht für möglich. Ausgehend von der allgemeinen Funktion der Zeitschrift, *Kommunikation zwischen Lesern und Schreibern als Beitrag zu einer theoretischen Kultur der Linken zu organisieren*, definierte sie drei Funktionsgruppen:

1. Beiträge zu einer Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus;
2. wissenschaftliche Zuarbeit zu den sozialen Bewegungen in unserem Lande: den Kräften der Arbeit, der Wissenschaft, der Naturbewahrung, der Kultur und den Frauen;
3. berufsorientierter Leser-Service: bezogen auf Arbeitsorte von Intellektuellen (Fach-Informationen, Kultur- und Bildungspolitik u.ä.).

Im Mangel an empirischen und historischen Analysen sehen wir ein Hauptdefizit. Trotzdem haben wir die folgenden Themenschwerpunkte nicht nach »theoretischen« und »realanalytischen« Fragestellungen getrennt. Gute »Realanalysen« treiben die Entwicklung der Theorie voran; oft ist das empirische Material ein schonungsloserer und zuverlässigerer Prüfstein für Theorien, als rein theoretische Kontroversen.

Bei der Themenformulierung, die wichtige Anregungen einer ausführlichen Themenplanung von K.H. Tjaden und B. Tuschling verdankt, haben wir versucht, die Bereiche herauszuarbeiten, in denen derzeit am deutlichsten Entwicklungen, Diskussionen und Perspektiven zu sehen sind, in denen Weiterentwicklungen der Theorie zu erwarten und notwendig sind. Über die Benennung von Gegenstandsbereichen hinaus haben wir uns bemüht, *Probleme* anzugeben. Das erwies sich als schwierig und ist uns nicht befriedigend gelungen. Bekanntlich ist die richtige Formulierung eines Problems fast schon seine Lösung. Orientierende Fragestellungen können am besten von theoretisch arbeitenden Projekten ausgearbeitet werden. Wir haben deswegen eine neue Rubrik eingeführt: die *Themenausschreibung*. Nach der Kontroverse über Franz Josef Strauß zu AS 51 über »Sozialliberalismus oder rechter Populismus« (in Heft 119) bringen wir jetzt ein Exposé zum Themenschwerpunkt »Krisenverarbeitung im Alltag«.

Die Themenplanung setzt keinen neuen Anfang, sondern präzisiert die in Heft 107 vorgestellten Themenbereiche. Das hilft uns auch genauer zu verstehen, was wir bisher getan haben. Wir haben dazu die ab Heft 100 veröffentlichten Beiträge den Themenschwerpunkten zugeordnet, außerdem alle passenden Argument-Sonderbände, die ja Teil der inhaltlichen Gesamtplanung sind.

Die Planung legt redaktionelles »Vorzugsverhalten« fest, ohne Themen, die hier nicht aufgeführt sind, absolut auszuschließen. Sie ist eine Aufforderung an die Mitarbeiter, entsprechende Beiträge zu verfassen. Es wäre illusionär, anzunehmen, wir könnten dieses Programm so umfassend realisieren. Es ist ein guter Plan, wenn er beim Redigieren, Schreiben und Lesen Kriterien organisiert. Daß viele Beiträge gleich unter mehrere Themenformulierungen fallen, dürfte klar sein. Das ist sogar günstig, denn das heißt, daß Zusammenhänge hergestellt werden. Wir appellieren an die Autoren, »multifunktional« zu schreiben.

## Fachübersichten

Das Argument kann und will keine Fachzeitschrift für möglichst viele Fächer sein. Es muß aber über fachspezifische Entwicklungen informieren, soweit sie von allgemeintheoretischer Relevanz sind. Dazu gibt es *Fachübersichten*. Sie sollen zugleich Studienanfängern als Einführungen dienen.

Bisher in der Zeitschrift hierzu veröffentlicht: Handlung und Struktur (101), Aktionsforschung (101), Soziologie in der DDR (101), Wissenschaftliches Arbeiten (103), Methodologie der Erziehungswissenschaften (111), Krisentheorie (104), Kernenergie (112), Umwelt (118ff.), Staatstheorie (104), Sozialistische Partei Frankreichs (105), Politikwissenschaft (Beiheft '79), Faschismus und Ideologie (117), Arbeitergeschichtsschreibung (106, 110), Sowjetische Sozialgeschichte (111), Soziobiologie (115), Naturbegriff (115), Erlanger Schule (115), Austromarxismus (117).

Auf den Planungskonferenzen wurden einige *Desiderate* formuliert: *Ökonomie*: Welche Antworten hat die herrschende Wirtschaftswissenschaft auf Krisen? *Geschichtswissenschaft*: Mentalitätsforschung, »oral history«; Regional- und Heimatgeschichtsschreibung; Sozial-, Struktur- oder Gesellschaftsgeschichte? *Soziologie*: subjektivitätsorientierte Sozialforschung, qualitative Sozialforschung, Sozialindikatorenforschung.

## Schwerpunkte (Die Reihenfolge gibt keine Prioritäten an)

1. Globaltheorie, Systemauseinandersetzung, »Drei Welten«, Weltwirtschaft
2. Entwicklungsmuster und Entwicklungspotenzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation
3. Staat und politische Organisationen im Kapitalismus
4. Geschichte und Entwicklungspotentiale der BRD: »Wohin treibt die Bundesrepublik?«
5. Sozialistische Gesellschaften und ihre Bedeutung für die sozialistische Bewegung in der BRD
6. Lebensweise und Krisenverarbeitung
7. Gewerkschaftlich orientierte Reformpolitik
8. Allgemeine Theorie von Natur, Gesellschaft, Geschichte
9. Grundlagen und -fragen wissenschaftlicher Praxis
10. Ideologie und ideologischer Klassenkampf
11. Sozialismus-Diskussion / Arbeiterbewegung / Arbeitergeschichtsschreibung
12. Intellektuelle
13. Frauen
14. Umwelt
15. Kultur

## 1. Globaltheorie, Systemauseinandersetzung, »Drei Welten«, Weltwirtschaft

- Veröffentlicht wurden in den letzten Jahren Beiträge
- zur Theorie der »Dritten Welt« im Schatten der globalen Systemauseinandersetzung (114, 116, 120)
  - über die Strategie des US-Imperialismus gegenüber der »Dritten Welt« und über die Einstellung der US-amerikanischen Arbeiterklasse zu dieser Politik (116, 120)
  - zur Weltwirtschaftskrise und über die Macht- und Wirkungszusammenhänge auf dem kapitalistischen Weltfinanzmarkt (112, 114)

- zur politischen Bedeutung unterschiedlicher Formen »kolonialer Produktionsweise«, der Entwicklungswidersprüche »peripherer Gesellschaften« (114, 116, 120)
- über die politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (110, 111)
- Verstärkte Aufmerksamkeit soll folgenden Problemen gewidmet werden:
- In welchen Bewegungsformen und mit welchen Wirkungen entwickeln sich die internationalen Krisenzusammenhänge (z.B. Mechanismen des Krisenverbunds, politische Auflagen bei Beistandskrediten, politische Konsequenzen des Europäischen Währungssystems etc.)?
- Welche neuen Formen nimmt die internationale Arbeitsteilung an? Welche Möglichkeiten bzw. Probleme haben die kapitalistischen Länder, bei zunehmender Industrialisierung in der »Dritten Welt«, internationale Marktmacht zu halten und auszuweiten?
- Welche neuen Formen der Sicherung von Rohstoffbasen und Absatzmärkten werden von den kapitalistischen Ländern entwickelt?
- Wie verschieben sich die Machtgewichte und -konkurrenzen zwischen den imperialistischen Machtblöcken USA, Japan, Westeuropa? Wie stabil wird das »westliche Bündnis« sein (vgl. z.B. Kernkraftwerk-Konkurrenz)?
- Wie verändern sich die Entwicklungsbedingungen in den »peripheren Gesellschaften« (Zusammenprall und Abhängigkeit gegensätzlicher Produktionsweisen, Klassenstrukturen etc.)?
- Welche Möglichkeiten der Stabilisierung / Destabilisierung überlieferter Herrschaftsformen werden in der »Dritten Welt« ausgebildet (Rolle des Staates, des Militärs, Bauernbewegungen etc.)?
- Welche Triebkräfte und Wirkungen haben Nutzung und Indienstnahme von Wissenschaft und Technik in den »Drei Welten«?

## 2. Entwicklungsmuster und -potenzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation

Im Rahmen dieses Schwerpunktes erschienen vor allem Beiträge

- zu Theorie und Entwicklung ökonomischer Krisen, zur eigenartigen Stabilität westlicher Gesellschaft in der Krise (104, 107, 112, AS 35, AS 36)
- zu theoretischen und praktischen Problemen in der Analyse des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« (104, 106, 112, AS 6, AS 16, AS 36)
- zur Entwicklung der Produktivkräfte und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus (AS 7, AS 14, AS 19, AS 31, AS 43)
- zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilbereiche im Kapitalismus (Gesundheit, Bildung, Umwelt etc. [104, 112, 114, 116, 118, 119, 120, AS 4, AS 8, AS 12, AS 17, AS 21, AS 27, AS 30, AS 37, AS 38])

Dieser Schwerpunkt soll in folgender Richtung weiter ausgebaut werden:

- Was leisten Untersuchungen zur Entstehung des Kapitalismus in verschiedenen Gesellschaften / Regionen zum Verständnis des heutigen?
- Genügt die Theorie des Imperialismus und des SMK zur Erklärung der »Interdependenz« der »Drei Welten«?
- Kann die These von »Fäulnis« und »Verwesungsstadium« die enormen Entwicklungspotentiale des gegenwärtigen Kapitalismus überhaupt erfassen?
- Wie entwickelt sich der Kapitalismus in der Krise? Ist mit der ganz großen Krise zu rechnen? In welchen Formen internationaler Verflechtung?

- Welche Folgen wird eine mögliche Krisenverschärfung für das Arbeiterbewußtsein haben?
- Welche Möglichkeiten der Krisenbewältigung hat das System? Welche Strategien mit welchen Auswirkungen werden entwickelt? Ist der Keynesianismus am Ende?
- Welche Bedeutung hat der technische Fortschritt, haben Technologieplanung und -politik für die kapitalistische Reproduktion?
- Wie entwickeln sich die Arbeits- und Lebensbedingungen im Kapitalismus (vgl. Punkt 6)

### 3. Staat und politische Organisationen im Kapitalismus

- Im Rahmen dieses Schwerpunkts wurden in den letzten Jahren Beiträge gebracht
  - zum Eurokommunismus und zur Theorie der Politik (102, 105, 108, AS 44)
  - zu Problemen der materialistischen Staatstheorie und des SMK (104, 106, 112, AS 6, AS 16, AS 36)

Folgende Probleme halten wir in nächster Zukunft für bearbeitungsbedürftig:

- Wie ist wirkungsvoll zu verhindern, politische Vorgänge auf Ökonomie zu reduzieren, und dennoch nicht losgelöst davon zu sehen?
- Wie kann man den Staat in der Perspektive des Abbaus des Staates analysieren — oder muß Staat (wie bei Althusser) omnihistorisch gefaßt werden?
- Wie kann man den Staat weder als einfaches Werkzeug einer Klasse noch als neutral gegenüber den Klassen auffassen, worin besteht seine »relative Autonomie«, die Autonomie und das Relative?
- Welche neuen Probleme und Möglichkeiten ergeben sich durch die zunehmende »Vergesellschaftung des Staates«, d.h. die zunehmende Verstaatlichung der Gesellschaft und das enorme Anwachsen von Staatspersonal, von staatlichem Sektor, Staatshaushalt etc.
- Worin besteht die Funktion des Nationalstaates? Wie sieht seine Zukunft aus? Im Verhältnis zu internationalen Verflechtungen und Blockbildungen?
- Wie muß die marxistische Theorie der politischen Parteien entwickelt werden? Ihr Verhältnis zu den Klassen? Sind Parteien »Ausdruck« von Klassen / Klassengruppierungen oder von Klassenbündnissen? Wie ist das Verhältnis Klassen-Parteien theoretisch, ohne Ausdrucks-Metapher zu fassen?
- Was ist eine »Volkspartei«?
- Wie verhalten sich die Parteien zu den sonstigen Organisationen der »societa civile«?

### 4. Geschichte und Entwicklungspotentiale der BRD: »Wohin treibt die Bundesrepublik«?

- Hierzu erschienen im Argument Beiträge:
  - zur internationalen Politik der BRD (115, 116, 118, AS 16, AS 36)
  - zur Entwicklung der Krise in verschiedenen Lebensbereichen (104, 109, 112, 118, 119, 120, 121, AS 36)
  - zu Problemen der Reformpolitik in verschiedenen gesellschaftlichen Praxisfeldern (Gesundheit, Bildung, Umwelt etc. [104, 112, 118, 119, 120, AS 4, AS 8, AS 12, AS 17, AS 21, AS 27, AS 30, AS 37, AS 38])
  - zum Abbau von Demokratie und zum politischen Gewaltmißbrauch (Berufsverbote, Datenmißbrauch und informationelle Gewaltanwendung [107, 109, 112])

— zur Entwicklung eines rechtspopulistischen Blocks (119)

Verstärkte Aufmerksamkeit soll folgenden Problemfeldern gewidmet werden:

— Welches ist die internationale Rolle der BRD in der Systemauseinandersetzung und welche Rückwirkungen hat das auf die inneren Lebens- und Politikbedingungen?

— Welcher Konfliktstoff steckt in der Hegemonialstellung der BRD in Westeuropa und in den Versuchen ihrer Behauptung?

— Wie entwickelt sich die Krise (der Zusammenhang verschiedener Krisenfelder) in der BRD? Welche Folgen hat dies für das Arbeiterbewußtsein? Welche Strategien mit welchen Auswirkungen werden entwickelt? (Vgl. Punkt 2.)

— Wie und warum bewältigen die Monopole ihre Konkurrenzprobleme? Welche Auswirkungen hat das für die Gesellschaft, z.B. unter den Gesichtspunkten Regionalentwicklung, Arbeitsbedingungen, Kapitalexport, Arbeitsplatzexport, Ausländerimport usw.?

— Wo liegen die Alternativen? Welche relevanten Positionen zu zentralen Problemen muß man entsprechend unterstützen (z.B. Steuererleichterungen / Staatsquote)?

— Wie entwickeln sich die Arbeits- und Lebensbedingungen in der BRD? (Vgl. Punkt 6.)

— Gebraucht werden insbesondere problembezogene Entwicklungsanalysen, die die politischen Implikationen voraussehbarer Entwicklungen antizipieren.

— Gebraucht werden Versuche, begründete Zukunftsvorstellungen und Perspektiven auf der Grundlage voraussehbarer Entwicklungsmöglichkeiten auszuarbeiten.

— Sozialliberalismus oder rechter Populismus? Was sind die Kampffelder der politischen Blöcke und welches die Handlungschancen der Linken?

— Wie ist der Kampf um demokratische Grundpositionen und um die Verbesserung der Lebensbedingungen in sozialistischer Perspektive voranzubringen?

— Wie entwickelt sich die Politik der Gewaltapparaturen, insbesondere des Militärs? Welcher Art sind die Bemühungen um die Wiedergewinnung der »Kriegsführungsfähigkeit«? Wie werden die Probleme der Reproduktion des Militärs (Rüstungsfinanzierung, Rekrutierung etc.) zu lösen versucht? Welche Möglichkeiten einer »Demokratisierungspolitik« hinsichtlich des Militärs gibt es?

## 5. Sozialistische Gesellschaften und ihre Bedeutung für die sozialistische Bewegung in der BRD

Das Argument brachte in den vergangenen Jahren Beiträge

— zur Theorie sozialistischer Gesellschaften (106, 117, 120)

— zur Planung im Sozialismus (105, 120)

— zum Stalinismus (106, 107, 108, 110, 111, 114, 115, 118)

— zur politischen Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost (110, 111)

— zum Problem des Krieges zwischen sozialistischen Ländern (119)

— zu Bahro (107, 108, 111)

In Zukunft verdienen überdies folgende Problemfelder intensivere Bearbeitung:

— Wozu brauchen wir ein Studium sozialistischer Gesellschaften?

— Wie läßt sich die These, daß vom Sozialismus ein Entwicklungsdruck auf kapitalistische Länder ausgeht, zur Entwicklung von Gesundheits-, Bildungs- etc. -politik, empirisch prüfen?

— Jede sozialistische Bewegung muß sich damit auseinandersetzen, daß als unmittelbares Ziel die real existierenden sozialistischen Länder erscheinen, insbesondere mit ihren

Widersprüchen und Fehlern: wie kann das Problem der kritischen Solidarität als Kernproblem sozialistischer Bündnispolitik begriffen werden, um die Probleme sozialistischer Strategie im Kapitalismus lösbar zu machen?

— Wie kann die Bedeutung der sozialistischen Länder für das Fortbestehen des Antikommunismus im Kapitalismus begriffen und verarbeitet werden? Wie kann das im Antikommunismus gebundene sozialistische Potential freigesetzt und gegen ihn gewendet werden?

## 6. Lebensweise und Krisenverarbeitung

In den vergangenen Jahren wurden Analysen beigebracht

— zur Entwicklung der Produktivkräfte und Arbeitsbedingungen im Kapitalismus (AS 7, AS 14, AS 19, AS 31, AS 43)

— zur Entwicklung gesellschaftlicher Lebensbereiche im Kapitalismus (Gesundheit, Bildung, Umwelt etc. [104, 112, 114, 116, 118, 119, 120, AS 4, AS 8, AS 12, AS 17, AS 21, AS 27, AS 30, AS 37, AS 38])

— zur Jugendkultur, zum Spontaneismus und zu alternativen Lebensformen (113, 117, 118, 120)

— zur sozialen Lage der Studenten und zur Akademikerarbeitslosigkeit (109, 113)

Verstärkt sollen in Zukunft folgende Problemfelder bearbeitet werden:

— Beiträge zur Theorie der Lebensweise, der Bedürfnisse, und zur Methodik ihrer Erfassung; wie lassen sich etwa die verschiedenen, nur noch schwer zu überblickenden Alltagstheorien für eine Theorie der Lebensweise fruchtbar machen?

— Wie kann man die beiden bislang nebeneinanderher laufenden Betrachtungsweisen: die globale, klassenanalytische und die mikroskopische, auf Alltagsleben gerichtete Analyse der Lebensweise der Arbeiterklasse zur Erforschung von Bewußtseinsentwicklungen und Handlungsmöglichkeiten in einen sinnvollen Zusammenhang bringen?

— Wie erfaßt man das Leben der Arbeiter nicht deterministisch, d.h. wie erfaßt man die daran verkümmert realisierten Ansprüche auf bewußte Gestaltung der eigenen Lebensbedingungen? Wie erkennt man die mögliche Kraft dieser Klasse noch in ihren Restriktionen?

— Wie wird das »System« gelebt, wie dessen Krisen von den Individuen verarbeitet? In den verschiedenen Praxisfeldern Arbeit und Arbeitslosigkeit, Politik (z.B. Abbau von Demokratie), Bildung, Gesundheit, Umwelt, Wohnen, Konsum etc.?

— Wie organisieren die gesellschaftlichen und politischen Institutionen den krisenbestimmten Alltag: Betrieb, Schule, Militär, Justiz, Medien etc.?

— Wie greifen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte den Kampf gegen die Krisen und ihre Ursachen auf: Arbeiterbewegung, Frauenbewegung, Ökologiebewegung, verschiedene Gruppierungen der Intelligenz etc.? (Vgl. die Punkte 7-10; außerdem die Themenausschreibung zu »Krisenverarbeitung im Alltag« in diesem Heft.)

## 7. Gewerkschaftlich orientierte Reformpolitik

Hierzu erschienen Beiträge über

— Entwicklung der Arbeitsbedingungen und der Qualifikation (AS 7, AS 14, AS 19, AS 31, AS 43)

— Alternative Wirtschaftspolitik (AS 35, AS 52)

- Gewerkschafts-Diskussion (Schwerpunkte in 107 und 109)
- Regionalpolitik (107)
- Gesundheitspolitik (113, sowie laufend in den Medizin AS)
- Umweltpolitik (118, AS 56)
- Bürgerinitiativen (112)
- Westeuropäische Gewerkschaftsbewegung (AS 2)

Dieser Schwerpunkt sollte in Richtung konkreter Analysen der objektiven Bedingungen und Grundlagen gewerkschaftlich orientierter Reformpolitik, aber auch für Bürgerinitiativen ausgebaut werden. Zentrale Aufgabe ist es, die Fragen, die die Linke als Lebens- und Überlebensfragen thematisiert, unter dem Aspekt gewerkschaftlicher Handlungsmöglichkeiten zu untersuchen. Zum Beispiel:

- Wie kann man bei alternativer Energiepolitik Arbeitsplätze sichern?
- Werden durch Streiks nicht Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrie, Konjunktur und damit Arbeitsplätze gefährdet?
- Wie ist qualitatives Wachstum möglich, ohne das Erreichte zu gefährden?
- Welche Handlungsmöglichkeiten gibt es gegen Arbeitslosigkeit?
- Welche neuen Aufgaben stellen sich in Wirtschafts-, Umwelt-, Gesundheits-, Bildungs-, Kommunalpolitik?

## 8. Allgemeine Theorie von Natur, Gesellschaft, Geschichte

Hierzu erschienen Beiträge über

- Naturbegriff (115, 119)
- Gesellschaftsformation (101, AS 32)
- Koloniale Produktionsweise (114)
- Habermas' Gesellschaftstheorie (AS 25/26)
- Subjekttheorie (103)

Verstärkt sollen in Zukunft folgende Problemfelder bearbeitet werden:

- Auseinandersetzung mit Ökonomismus und Ökonomismus-Kritik
- Entwicklung einer materialistischen Subjekttheorie
- Dialektische Entwicklungstheorie

## 9. Grundlagen und -fragen wissenschaftlicher Praxis

Hierunter zählen wir Fragen der Methoden, Rahmenbedingungen und Verwendungszusammenhänge wissenschaftlicher Praxis. Die bisher bearbeiteten Schwerpunkte sollen ausgebaut werden:

- Materialistische Dialektik (108, 109, 114)
- Marxismus und Einzelwissenschaft (103)
- Marxistisch-leninistische Erkenntnistheorie (119)
- Theorie und Empirie (111)
- Logik und Mathematik (111)
- Materialistische Wissenschaftsgeschichte (AS 54)
- Marxismus-Geschichte (108)
- Gewerkschaftlich orientierte Wissenschaft (112)

## 10. Ideologie und ideologischer Klassenkampf

Hierzu erschienen bisher Beiträge über

- Allgemeine Ideologietheorie (100, 103, 106, 118, AS 40)
- Faschismus und Ideologie (117, AS 60)
- Erziehung und Ideologie (113, AS 59)
- Theorie des Antikommunismus (100)

In Zukunft sollen verstärkt folgende Problemfelder bearbeitet werden:

- Empirische Analysen ideologischer Prozesse
- Verhältnis von Wissenschaft und Ideologie
- Verhältnis von ökonomischem Druck, Gewalt und Ideologie
- Wirkungsweise des Ideologischen im Individuum
- Vereinheitlichung von Ideologien zu einer »herrschenden Ideologie«
- Übersetzung von Klassenherrschaft in ideologische Mächte, Apparate, Praxen
- Ideologische Hegemonie
- Wie muß von antiideologischer Position aus der ideologische Klassenkampf geführt werden?

## 11. Sozialismus-Diskussion / Arbeiterbewegung / Arbeitergeschichtsschreibung

Bisher brachten wir Beiträge über

- Geschichte und Kritik der gegensätzlichen Strategien der Linken in der Arbeiterbewegung; Bedingungen für einen westeuropäischen Weg zum Sozialismus (Eurokommunismus); Bedeutung der Kritik des sowjetischen Sozialismus für die Arbeiterbewegung und die Linke; nationale und internationale Bedingungen des Sozialismus im Westen, Perspektiven des Internationalismus; Bedingungen für eine sozialistische Bewegung in der Bundesrepublik (98, 100, 102, 105, 108, AS 44)
- Kontroverse um die Bedeutung des Austromarxismus für die westeuropäische Linke (117, 119, 120)
- Möglichkeiten eines länderübergreifenden westeuropäischen Linksbündnisses (121)
- Sowjetkritik und Antikommunismus (113, 115)
- Marxismus und Christentum (114)
- Strategiediskussion der Linken in der Schweiz (112)

*Arbeitergeschichtsschreibung:*

- Kontroverse um das Verhältnis von Spontaneität und Organisation in der Arbeiterbewegung (106, 108)
- Regionalgeschichtsschreibung (110)
- Gewerkschaftsgeschichtsschreibung (117, 122)
- Theoriedefizite in der neueren englischen Arbeitergeschichtsschreibung (119)

In Zukunft sollen verstärkt folgende Problemfelder bearbeitet werden:

- Fortführung der Untersuchung der Theorie- und Methodenprobleme in der Arbeitergeschichtsschreibung / Gewerkschaftsgeschichtsschreibung
- Entstehung der Arbeiterklasse
- Politische Ökonomie und Geschichtsschreibung
- Verhältnis von lokaler, regionaler und nationaler / internationaler Geschichte
- AS zur Geschichte der Gewerkschaften in der Weimarer Republik
- Leninismus-Diskussion: Kritik des Leninismus bei Wahrung des Leninistischen Erbes; Untersuchung zentraler Theoreme des Leninismus und Lenins auf ihre Brauchbarkeit

hin für eine Theorie des gegenwärtigen Kapitalismus und für eine sozialistische Strategie  
 — Arbeiterparteien als Regierungsparteien: Erfahrungen, Probleme von Arbeiterparteien an der Macht

— Dialektik von Reformen unter weiterbestehenden kapitalistischen Rahmenbedingungen

— Entwicklung des Verhältnisses von Parteibasis und Parteiapparat

## 12. Intellektuelle

Bisher brachten wir Beiträge zu

— Intellektuelle und Arbeiterbewegung (102)

— Berufsverbote (109)

— Hochschulpolitik und -reform (109, SH 22, SH 31)

— Akademiker-Arbeitslosigkeit (109)

— Spontaneismus, Hochschulsozialisation (113, 117, 118)

— Alternativschulen (116, AS 21)

— Brechts Intellektuellentheorie (AS 11)

Folgende Komplexe sollen vorrangig bearbeitet werden:

— Begreifen der eigenen Geschichte: Aufarbeitung der Studentenbewegung und ihrer Verarbeitungsformen

— Soziale Stellung und Bewußtsein der Intelligenz: Welche Veränderungen haben sich in den letzten Jahren vollzogen? Wie werden sie subjektiv verarbeitet? (Verfallsformen linken Bewußtseins; Subjektivismus; Ansätze alternativer Lebens- und Arbeitsformen)

— Intellektuelle und Arbeiterbewegung: Intellektuellenpolitik der Parteien/Gewerkschaften; Funktion der Intellektuellen in den Organisationen; Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Intellektuellenpolitik

— Informationen und Diskussionen über Grundtendenzen der Wissenschafts-, Bildungs- und Hochschulpolitik, Arbeitsmarkt für Akademiker

## 13. Frauen

Einen Zusammenhang von Sexualität und Herrschaft zu formulieren und öffentlich zu vertreten, war noch ein großer Skandal, als das Argument im Jahre 1962 das erste Heft zur Emanzipation der Frau herausbrachte (jetzt teilweise nachgedruckt in SH 36). Seither haben wir das Thema kontinuierlich bearbeitet.

— Feminismus (119)

— Weibliche Sozialisation (112, AS 45)

— Natur und Sexualität (119)

— Homosexualität (105, 116, 119)

Ein weiterer Ausbau kann sich jetzt nicht mehr mit der Dokumentation der Zustände und Forschungen zur Lage begnügen. Notwendig sind Forschungen, die Umbauten in den entsprechenden Wissenschaften verlangen.

— Geschichte: in welchem Zusammenhang stehen die Entwicklung der Arbeit, die entsprechenden sozialen Verhältnisse und die jeweilige Stellung der Frauen?

— Psychologie: welche Auswirkungen hat die gesellschaftliche Stellung der Frauen auf ihre Persönlichkeitsentwicklung, auf ihre psychische Gesundheit?

— Politik: welche Perspektive hat die Frauenbewegung? Welche Rolle spielt die Sexualunterdrückung für die Politik heute? (§ 218, Familienpolitik, Sexualerziehung)

- Ökonomie: ist im Rahmen dieses Systems eine Vollbeschäftigung von Frauen als Grundlage von Persönlichkeitsentwicklung und die Errichtung der notwendigen gesellschaftlichen Dienstleistungen überhaupt möglich?
- Soziologie: sollte es ein eigenes Frauenstudium geben, wie es jetzt offiziell unterstützt zu werden beginnt? Welches wären die notwendigen Folgen für die einzelnen Wissenschaften und wie wären sie produktiv zu verarbeiten?
- Psychiatrie: inwieweit können neue Lebensformen und die Tatsache einer vorhandenen Frauenbewegung in die Therapie von Frauen einbezogen werden?
- Pädagogik: welches sind die entscheidenden Weichenstellungen bei der Erziehung von Mädchen in den Institutionen und wie müßten Umwälzungen auf diesem Sektor aussehen?
- Arbeitsmedizin: welche Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte sind Minimalforderungen für Frauenarbeit und wie kann eine Beschränkung von Arbeitsmöglichkeiten aus den Arbeitsschutzbestimmungen verhindert werden?
- Arbeitswissenschaft: welche Rolle spielen die Frauen bei der Durchsetzung des technischen Fortschritts und welche Maßnahmen müssen gegen ihre immer weiterreichende Abdrängung in Randzonen der Produktion ergriffen werden?

#### 14. Umwelt

Wir haben bisher gebracht

- Umweltinitiativen (112)
- Ökologie und Feminismus (112)
- Alternativen zur Kernenergie (112)
- Umweltgutachten (114)
- Umweltkosten (118)
- Ressourcen-Problem (118)
- Kommentierte Bibliographie (118ff.)
- Alternative Umweltpolitik (AS 56)

Folgende Themen sollen in Zukunft, zur wissenschaftlichen Fundierung von Umweltpolitik, bearbeitet werden:

- Gesundheit und Umweltbelastung
- Arbeitsproduktivität, Stoffausnutzung und Umweltbelastung
- Biotechnologie und Umweltbewirtschaftung
- Umweltschutz und Ökonomie der Naturressourcen
- Regionale Strukturpolitik und Ressourcenwirtschaft
- Energiepolitik und gesamtgesellschaftliche Reproduktionsstrategien
- Ökologischer Protest, Umweltkontrolle und Angstabbau
- Arbeits- und naturorientierte Wissenschaft

#### 15. Kultur

Im Rahmen dieses Schwerpunktes brachten wir in den letzten Jahren Beiträge zu

- Entwicklung einer materialistischen Kulturtheorie (AS 47, 115)
- Analysen fortschrittlicher Kulturarbeit und kulturpolitischer Konzepte (AS 23, AS 29, AS 47)
- »Erbe«-Problem und politische Ästhetik (115, 119)
- Kulturelle Identität in der Dritten Welt (120)

- Entwicklung und Funktion der Massenmedien (AS 10)
  - Entwicklung und gesellschaftliche Funktion der Musik (AS 5, AS 24, AS 42)
- Bearbeitungsbedürftig sind folgende Problemfelder:
- Präzisierung des begrifflichen Instrumentariums (Kultur, Lebensweise, Kultur von unten — von oben, Subkultur etc.)
  - Analyse der Massen- und Alltagskultur: wie sind ihre fortschrittlichen Elemente weiterzuentwickeln? Wo sind die Anknüpfungspunkte?
  - Wie ist für demokratische und sozialistische Kultur das Verhältnis von kultureller Selbsttätigkeit und Organisationskultur zu bestimmen?
  - Kultur als Kampffeld der beiden Blöcke; Theorie des »kulturellen Stellungskrieges«
  - Analyse aktueller kultur- und medienpolitischer Trends (kommunale Kulturpolitik, Neue Medien, Privatfunk)

DAS  
ARGUMENT  
122

Ideologie-Diskussion: J. Bischoff,  
Projekt Ideologie-Theorie. Alternative  
Wirtschaftspolitik. Gewerkschafts-  
geschichtsschreibung. F. Deppe u.a.  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).

**Jahrbuch  
für  
kritische  
Medizin**  
**Band 5**

ARGUMENT-SONDERBAND AS 49

Gesundheitspolitische Fachtagung  
BdWi 1979: Sozialpolitik und Gesund-  
heitswesen. Gesundheitsberufe.  
Gesundheit in Arbeit u. Freizeit.  
H.-U. Deppe, H. Mausbach u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

**Jahrbuch  
für  
kritische  
Medizin**  
**Band 6**

ARGUMENT-SONDERBAND AS 53

Arbeitsplatz Krankenhaus. Arbeiterme-  
dizin. Gruppenpraxis. Mortalitätsanaly-  
sen. Pharmaforschung und Verbrechen.  
Psychiatrische Versorgung/Italien.  
Abholz, Berlinguer, Borgers u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Pietro Ingrao

## Probleme der Zusammenarbeit in der westeuropäischen Linken\*

(...) Wir wissen, daß diese Zusammenarbeit heute nicht existiert. Zu der historischen Spaltung, die sich zu Beginn dieses Jahrhunderts abzeichnete, sind in den letzten 15 Jahren neue Brüche hinzugekommen. In verschiedenen Ländern haben sich minoritäre Gruppen polemisch von den traditionellen großen Organisationen der Linken abgesetzt; sie hatten geradezu eine Neubegründung der politischen Vertretung der arbeitenden Klasse zum Ziel. In der Tat hat die Geschichte dieser Gruppen deutlich gezeigt, daß es unmöglich ist, einen Wiederaufschwung des Kampfes der Linken zu erreichen, ohne sich — und sei es kritisch — mit den historischen Organisationen der Arbeiterbewegung auseinanderzusetzen, mit ihrem Erfahrungsschatz und ihren Normen — natürlich auch mit den Grenzen, Fehlern und Versäumnissen ihrer Praxis. Wenn es gestattet ist, eine Lehre aus der leidvollen Erfahrung zu ziehen, die die Arbeiterbewegung Westeuropas in den letzten zwei Jahrzehnten gemacht hat, würde ich sie so formulieren: es wurde die Ansicht überwunden, daß eine bestimmte Partei, Gruppe oder Abteilung der europäischen Arbeiterbewegung das Monopol auf die Wahrheit besitzt. Wir haben alle davon Kenntnis nehmen müssen, daß die Kraft, die schöpferische Fähigkeit zum Vorwärtsschreiten sehr wohl über die Fahnen einer einzelnen Arbeiterpartei hinausging: diese Kraft hat eine Vielzahl von Organisationen, Erfahrungen und Kulturen, die auf dem Sozialismus und der Emanzipation des Menschen beruhen, wohl aber verschiedenen Ursprungs sind und heute sogar manchmal aus Quellen kommen, die ziemlich weit von der traditionellen Arbeiterbewegung entfernt sind. Deshalb sind wir dazu gezwungen, wieder einen Dialog in die Wege zu leiten. Diese Notwendigkeit stellt sich erst recht angesichts der weltweiten Veränderungen: die schwindende Verfügbarkeit und die steigenden Kosten der Energiequellen, die tiefgreifenden Veränderungen in den Technologien, im Fortschrittstempo, in den Konsumgewohnheiten und in vielen Denkweisen der Industriegesellschaft, in der wir leben.

Diese Veränderungen sollen nicht nur im Hinblick auf das Leck beurteilt werden, das sie in die Bilanzen von vielen Ländern des Westens geschlagen haben; auf die sofortigen Rückwirkungen, die sie auf den Konsum und den ganzen Gang der Wirtschaft haben; auf neue Unbekannte, die den Regierungen monetäre Instrumente auf Weltebene geben; auf die Verschiebungen, die sie im bestehenden Gleichgewicht oder Ungleichgewicht zwischen den Staaten bewirken — zum Beispiel in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Europa. Sie sollen gesehen werden als Anzeiger eines neuen Niveaus der Bewußtheit, der Organisation, der Kampfesfähigkeit von Völkern, von ganzen Kontinenten, verbunden mit der Schaffung neuer Sozialstrukturen und Staaten in Gebieten des Planeten, die seit Jahrhunderten unterdrückt und ausgebeutet worden sind.

Diese Veränderungen versetzen eine ganze Reihe von Interventionsinstrumenten des Staates in die Wirtschaft, Expansion und Handhabung der öffentlichen Ausgaben für die Regulierung der Klassengegensätze in Krisen. Ich glaube nicht, daß diese Methoden und Instrumente, die unter dem Namen des Keynesianismus, Wohlfahrtsstaates

Gekürzte Fassung des Referats auf dem 2. Otto Bauer Symposium, Wien, 23.-25.11.1979. Ungekürzt demnächst in: D. Albers, J. Cap, D. Mochane, P. Ingrao (Hrsg.): Linksozialisten und Marxismus heute. Ergebnisse der 2. internationalen Otto-Bauer-Tagung, Wien 1979. Frankfurt 1980. „Aus dem Italienischen übersetzt von Brigitte Herdin und Lisl Kauer in Zusammenarbeit mit Giacomo Matramao.

oder Welfare State zusammengefaßt werden, nur eine Täuschung waren. Sie haben auch zu Zugeständnissen der führenden kapitalistischen Gruppen geführt. In den letzten dreißig Jahren haben die Kämpfe der Massen in den Ländern des reifen Kapitalismus und in der Dritten Welt Breschen geschlagen auch in nationale und internationale politische Systeme, mit welchen die führenden kapitalistischen Gruppen die Errungenschaften der Dritten Welt kontrolliert und an die Stelle der alten Reiche den Neokolonialismus gesetzt haben.

Heute sind die Breschen so groß geworden, daß die Instrumente nicht mehr greifen. Die Mechanismen der internationalen Währungsregulierung versagen und die Inflation in den Vereinigten Staaten breitet sich aus. Die Bilanzen vieler Staaten weisen erschreckende Defizite auf und deshalb gelingt es der sogenannten »Wohlfahrtspolitik« nicht, für Gebiete, die am Rande des Fortschritts stehen und für die Schichten der Bürger, die keine Aussicht auf eine stabile Beschäftigung haben, geeignete Auswege und Mittel zu finden. Auch bestimmte politische Parteien interklassistischen Typs und neokapitalistischer Ideologie, die sich den Massen als Garanten für Fortschritt, Weiterentwicklung und Stabilität präsentierten, sehen ihre Position in Wählerschichten von Konsumenten und Produzenten geschwächt.

Wir dürfen jedoch keine Interpretationsfehler begehen, wie die linken Kräfte in den Zwanziger und Dreißiger Jahren. Ich habe absichtlich von Krise im Plural gesprochen, aus zwei Gründen: um die Vielfalt und das Ineinandergreifen der Phänomene zu unterstreichen und die Modifikationen, die Bewegung, die sie mit sich bringen. Die Krisen, die sich vor uns mit von Land zu Land verschiedener Intensität entfalten, bedeuten weder den »katastrophalen« Zusammenbruch des Kapitalismus, noch seinen Stillstand. Wir können schon die Antworten erkennen, zu denen die kapitalistischen Hauptgruppen greifen. Sie schreiten zu einer gigantischen Internationalisierung der Produktion mit neuen Verschiebungen in Gebiete Asiens, Lateinamerikas, des Arabischen Golfs, wo sie Arbeitskraft zu niedrigsten Kosten finden und ein niedriges Niveau politischer und gewerkschaftlicher Organisation. Die Multis wollen aus den wichtigsten Metropolen die »Gehirne« der Produktion machen, indem sie die Handarbeit in bestimmte Peripherien der Welt dezentralisieren und die großen Fortschritte an sich reißen, das Monopol der fortgeschrittenen Technologie, die neuen Avantgarde-Sektoren der Industrie. So wurde ein harter Kampf begonnen um eine neue internationale Arbeitsteilung. Die Wirtschaftskriege, die militärischen Spannungen, die konservativen und ultraradikalen Vorstöße verschärfen sich.

In diesem Zusammenhang eine weitere Überlegung: zwar reproduziert die moderne Produktion mit ihrem spezialisierten Wissen und ihrem System von Intellektuellen bestimmte Machtverhältnisse — die Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit, von Dirigenten und Dirigierten. Aber unter dem Druck der Arbeiterbewegung regt sich in vielen Zweigen der Wissenschaft Widerstand gegen ihr Schicksal und ein Bewußtsein über ihre Stellung im Kampf um Fortschritt. So bekommt die Hegemonie der herrschenden Klassen einen Sprung, es wird schwer für sie, die Zustimmung zu ihrem Staat und zu allgemeinen Werten wiederherzustellen.

Aus diesem Zerfallen der Gesellschaft, aus diesem Niedergang von allgemeinen Werten ziehen einige schon den Schluß des Untergangs der Demokratie; und es gibt welche, die die Fassung verlieren oder geradezu mit der Konfusion und Verzweigung spekulieren und zu schießen beginnen. So sind in Italien nicht nur auf der faschistischen

Rechten, sondern auch aus den Ultralinken terroristische Gruppen hervorgegangen. Was auch immer die Erklärungen dieser Gruppen sein mögen, und obwohl sie sich manchmal mit Appellen zur Revolution und zum Kampf des Proletariats schmücken, sie reduzieren den politischen Kampf auf einen Bandenkrieg, der die Massen von der Teilnahme entfernt, sie in die Häuser einschließt, und den Arbeiter entweder in die Isolation treibt oder ihn seinerseits dazu veranlaßt, sich in eine gewaltsame oder sogar bewaffnete Korporation zurückzuziehen. Ob sie es sagen oder nicht, die terroristischen Gruppen, die bei uns auf diese Weise handeln, spielen nicht nur das Spiel der extremen Rechten, die die Möglichkeit der Demokratie verleugnen will. Sie machen noch Schlimmeres. Sie treffen das höchste und revolutionärste Anliegen, das in diesem Jahrhundert zur Reife kam: das Verlangen der Massen, daß die Politik nicht mehr nur in den Händen weniger Führungsschichten sein soll, sondern Eigentum und Macht von Millionen von Männern und Frauen.

Ist das Bild, das aus diesen meinen Betrachtungen entsteht, ein zu bitteres, dramatisches? Ich habe schon gesagt, wie wenig ich an Analysen des Typs »katastrophal« glaube. Aber es stimmt, daß sich uns nunmehr Fragen von größter Wichtigkeit stellen: das Problem der Ernährung von Milliarden Menschen, die Frage der Kosten und der Grundlagen der heutigen Industriegesellschaft, die Beziehung zwischen dieser Zivilisation und der natürlichen Umwelt, die Entwicklungen, zu denen die moderne Wissenschaft führt, die Perspektiven und der Sinn selbst der menschlichen Arbeit. Und mit diesen epochalen Schwierigkeiten muß es die europäische Linke aufnehmen.

Hier liegt die grundlegende Motivation für eine Annäherung zwischen den Kräften der europäischen Linken. Ich konstatiere eine Unzulänglichkeit des Staates — national angesichts des transnationalen Charakters, den die Restrukturierungen der fundamentalen kapitalistischen Gruppen annehmen. Noch mehr. Ich sehe die Schranke einer eurozentristischen Perspektive immer klarer, angesichts der sozialen Formationen, der Kulturen, der Formen politischen und eigenstaatlichen Lebens von Kontinenten, Völkern, Ländern, die heute direkt und entscheidend in all jene Probleme eingreifen, die ich vorher als »epochal« bezeichnet habe.

Ich gebe zwei brennend aktuelle Beispiele. Ich frage mich, ob es möglich ist, den Vorwärtsmarsch in Richtung nuklearer Aufrüstung umzukehren, wenn sich nur unsere europäischen Kräfte dafür einsetzen. Ich frage mich, ob es nicht notwendig ist, auch andere Gesprächspartner auf Weltebene miteinzubeziehen in Asien, Afrika, Lateinamerika. So könnte verhindert werden, daß sie in eine Logik der Blockade zurückgeworfen oder in eine Zersplitterung von politischen »Zonen« hineingezogen werden, von Stärkeren manövriert oder daß sie selbst Quellen von unkontrollierbaren Spannungen werden. Aber ist es möglich, diese Völker, diese neuen Protagonisten der Geschichte, zu einem gemeinsamen Kampf für den Frieden zu veranlassen, ohne sich mit den Problemen zu belasten, die sie mit ihrer Entwicklung, ihrer Autonomie haben?

Zweitens stellt sich die Frage der Rolle Europas bei einer neuen Nutzung der Weltreserven. Wie garantiert man die Sicherheit der Beschäftigung für Millionen von Jugendlichen und Frauen? Was werden wir morgen erzeugen? Die gleichen Dinge wie heute und in Konflikt und Wettstreit mit der Dritten und Vierten Welt? Welche Rolle werden wir spielen beim Zusammenprall mit der Zukunft und der Kontrolle über die moderne Wissenschaft, diese fundamentale produktive Kraft, dieses schreckliche und heute entscheidende Instrument für die Zunahme oder die Minderung der Ungleichheit

zwischen den Völkern? Was hat die europäische Kultur, unser ererbter Schatz, zu diesen Problemen zu sagen? Welche Wissenschaft, in der Hand wessen? Was können die neuen Parameter einer Produktivität sein, die nicht Zunahme von Arbeitslosigkeit bedeutet?

Die Veränderung in der Weltordnung und die notwendigen Übergänge werden große kollektive Operationen verlangen: sie erfordern Bewegungen, Initiativen, Experimente großer Menschenmassen, die Träger konkreter neuer Werte, solidarischer Anstrengungen, kreativer, bislang unentdeckter Kapazitäten sind. Angesichts einer solchen historischen Aufgabe muß die Arbeiterklasse die fundamentale Kraft des Fortschritts sein — ohne jegliche Mythologie, ohne mechanistische und messianische Vision —, sie muß ihre Fähigkeit zeigen, allgemeine Klasse zu *werden*. Führerin eines großen und gegliederten Fortschrittsblocks. Oder wir werden es in unseren Ländern nicht verhindern können, daß Spaltungen und Krisen in den arbeitenden Klassen auftreten, gerade weil die Dinge auf jeden Fall nicht stillstehen und es nicht möglich ist, wie vorher weiterzumachen.

Ich sehe noch eine Notwendigkeit und eine Handlungsmöglichkeit, die mir zur Vermeidung unwiderruflicher Spaltungen entscheidend zu sein scheint: Der Kampf um neue Bedürfnisse und die Forderungen nach Freiheit, Kreativität und Selbstentfaltung, die in den neuen Generationen entstanden sind, soll in den Kampf um ein neues Modell für Entwicklung und Staatsveränderung einbezogen werden; ein Kampf, um zu verhindern, daß sich die Kluft vergrößert zwischen der Arbeit, die von den Jugendlichen als Knechtschaft, als etwas Negatives, als Arbeit für eine äußere Macht erlebt wird, und dem Kampf für die persönliche Freiheit und die Kreativität, die jetzt außerhalb der Arbeit und gegen sie gestellt werden. Wir wissen, wenn sich diese Kluft vergrößerte, könnten die alten herrschenden Klassen eine Mehrheit der Arbeitskräfte unter ihre Kontrolle zurückgewinnen, während Gruppen von Jugendlichen, Frauen und Intellektuellen in schreckliche Abenteuer mit Drogen und Gewalt und zu einer radikalen Ablehnung der Demokratie gedrängt werden.

Daher sehe ich eine große Aufgabe der linken Kräfte darin, die Versuche demokratischer Planung, die Arten des Zusammenlebens, die Verteidigung der Arbeitsplätze, die Wachstumsqualitäten und die Demokratieerweiterung zu erforschen. Es hat sich gezeigt, daß in unseren Ländern eine autoritäre Planung und vollkommen zentralisierte Verstaatlichung der Produktionsmittel undurchführbar ist. Wir erleben gleichzeitig die Krise und die Verbrauchtheit der dirigistischen Wirtschaftsformen und der Strategien, die sich auf Nachfragesteuerung beschränken und nicht die Qualität des Angebots, d.h. die Ziele der Produktion in Frage stellen. Wenn wir dem Angriff und der Mystifizierung der neo-liberalen Ideologie nicht freie Hand geben wollen, dann müssen wir versuchen, aus den dramatischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung zu lernen. Das macht meiner Meinung nach eine gemeinsame Suche nach einer möglichen Planungsstrategie nötig, die sich nicht auf eine undifferenzierte Forderung nach Staatshilfe beschränkt. Diese Strategie sollte ermöglichen, auf die Inhalte der Produktionsbeschlüsse ohne despotische Zentralisierung Einfluß zu nehmen, ohne eine neue Erweiterung und Verkomplizierung der bürokratischen Staatsmaschinerie im öffentlichen wie im halböffentlichen Sektor. Ist eine Staatsreform möglich, die wichtige Momente der Planung auf regionale und kommunale Organe dezentriert? Können Freiräume für eine öffentliche Planung, wie zum Beispiel im Verhältnis Schule — Produktion, Berufsbildung,

Mobilität der Arbeiterschaft, etc., geschaffen werden, die von gesellschaftlichen, nicht-staatlichen Organen, z. B. von den Gewerkschaften verwaltet werden? Wieweit könnten die Information der Arbeiter und ihre Kontrolle über die Pläne des Unternehmens gehen, und welche Funktion könnten sie haben? In welchem Verhältnis zu den allgemeinen staatlichen Planungsentscheidungen könnten sie stehen?

Eine Planung kann zukünftig nicht mehr den staatlichen Stellen überlassen werden. In Italien ist der öffentliche Wirtschaftssektor sehr groß. Der Kampf ist noch im Gange, durch den dieser Sektor tatsächlich zu Gunsten der historischen Bedürfnisse der Massen eingesetzt werden kann, und wodurch ein Prozeß der Vergesellschaftung und der Entfaltung der substantiellen Demokratie in Gang gebracht werden kann. Eine solche Entwicklung der Demokratie und der kollektiven Kreativität kann nur weitergeführt werden, wenn sich das Verhältnis zwischen Mensch und Arbeit ändert. Daher kann eine geplante Umschaltung der Wirtschaft nur zustandekommen, wenn wir Mittel zur Überwindung der Entfremdung innerhalb des Betriebes und an jedem Arbeitsplatz finden. Diese Frage wurde in Italien von Millionen Jugendlichen und Frauen aufgeworfen, die ihre Arbeit in Betrieb und Büro mit einem neuen Bewußtsein ihrer Stellung und ihrer Qualifikation beginnen; und die nicht akzeptieren, auf ein kleines Glied in einem Mechanismus oder einem Programm reduziert zu werden, die sie weder kontrollieren noch durchschauen können.

*Schließlich:* die Änderung der Richtung der wirtschaftlichen Entwicklung ist eng mit dem fortschrittlichen Kampf um die Transformation des Staates und der gesamten Organisation der Macht verbunden. Ist es utopisch, auf eine solche Entwicklung der Demokratie, auf eine solche Entfaltung der Autonomie, auf eine solche Tendenz zur Selbstregierung abzielen? Ich will auf keinen Fall die Schwierigkeiten verschweigen, aber ich möchte zwei Fragen stellen: Kann man sich über Schwierigkeiten wundern, wenn man die absolute Neuheit des Weges bedenkt, wo tatsächlich zum erstenmal in der Geschichte versucht wird, den »einfachen Menschen«, den Massen von Arbeitern und Werktätigen zu zeigen, daß sie sich nicht Zurückhaltung auferlegen müssen, politische Entscheidungen nicht an andere delegieren, den Staat nicht außerhalb von sich selbst auffassen, und sich selbst zu Protagonisten der allgemeinen Sache machen sollten? Die zweite Frage: Ist es für die Demokratie unserer Zeit möglich, den riesigen Machtkonzentrationen, von denen ich vorhin gesprochen habe, zu widerstehen, und sich im Herzen eines Volkes einzugraben, ohne daß immer wieder Wege und Erfahrungen gesucht werden, die es dem Bürger und Arbeiter erlauben, die großen kollektiven Entscheidungsprozesse zu durchschauen und sich einzumischen?

In Italien ist eine Kluft zwischen dem einfachen Mann und der Sphäre der politischen Entscheidungen. Zweifellos ist durch die Diskriminierung, durch die die KPI aus der Regierung ausgeschlossen ist, das Erneuerungsvermögen der Institutionen schwer verletzt und die Monopolisierung der Macht durch die DC begünstigt worden, was zu einer schwerwiegenden Degeneration und Korruption des öffentlichen Lebens führte, und sogar das bloße Auswechseln führender Gruppen verhindert: die Namen der Minister scheinen für den einfachen Mann immer dieselben zu bleiben, höchstens sind sie einmal an einer anderen Stelle zu lesen. Wir kämpfen gegen diese Degeneration.

Es sind neue Fragen aufgekommen über den Sinn der politischen Tätigkeit, über die Art und Weise, Politik zu machen und über die politischen Aktiven. Es stellt sich die Frage der Funktion der Repräsentation, der Art, in der die politischen Parteien diese aus-

üben und folglich der Quellen und Formen der Macht. Die Frage entsteht weniger aus einem theoretischen Streit heraus, als aus bestimmten Modifikationen, die in den letzten Jahrzehnten in der spätkapitalistischen Gesellschaft stattgefunden haben, sowie aus den Wandlungen und der Widersprüchlichkeit der sozialen Subjekte, die aus diesem Transformationsprozeß hervorgegangen sind.

Wir befinden uns heute in Italien in einer Art von kapitalistischer Gesellschaft, in der man nicht mehr von einer linearen Polarisierung der Klassen und sozialen Schichten sprechen kann, die am Anfang des Kapitalismus die Gesellschaft in zwei klar unterscheidbare Gruppen geteilt hatte, wo es zwei einander radikal entgegen gestellte Kulturen gab, die untereinander überhaupt keine Verbindung hatten, in der die sozialen Blöcke von Ideologien geprägt waren (im Sinne von Weltanschauungen), oder — um mit einer Metapher zu sprechen — wo sie religiös waren.

Von den Erfahrungen in meinem Lande ausgehend, kann man sagen, daß sich die Situation geändert hat. Den Anstoß zum Veränderungsprozeß bildeten jene Kämpfe, die wir für den Fortschritt in unserem Lande geführt haben. Einen weiteren Beitrag dazu leistete die fortschreitende »laizistische« Auffassung von Gesellschaft, ihrer Konflikte und ihrer Politik. Die Konflikte zwischen Stadt und Land sind heute bei uns wesentlich geringer. Man kann nicht mehr von einer linearen Abgrenzung der sozialen Rollen sprechen: Heute geht ein Metallarbeiter nicht nur zusätzlich einer zweiten Beschäftigung außerhalb des Betriebes nach, er arbeitet in seiner Freizeit überdies in der Landwirtschaft. Schwarzarbeit, Gelegenheitsarbeit, Heimarbeit, Teilzeitarbeit — und dies alles nicht nur unter der Masse der Frauen — war eine Folge ausgeklügelter Maßnahmen der Unternehmer, und war weit verbreitet. Vor allem haben sich die Bedingungen für die Jugendlichen geändert: sie verbleiben oft weit bis über das 20. Lebensjahr hinaus im Unterrichtsprozeß, in einem Schulsystem, das sich in einer schweren Krise befindet und das vom Produktionsprozeß völlig losgelöst ist. Diese Jugendlichen lehnen die körperliche Arbeit und die Zersplitterung des Arbeitsprozesses, die sie als Entfremdung empfinden, ab. Sie akzeptieren hingegen Gelegenheitsarbeit und das illusorische Warten auf eine feste Anstellung, in der sie aber weder Würde noch Ideale sehen. Die Familien, bzw. der Vater, der oft doppelte und dreifache Arbeit leisten muß, bieten ihnen die einzige Unterstützung in diesem chaotischen und unsicheren Leben. Warum sind wir überrascht, wenn das Verhältnis zu diesen neuen Generationen schwieriger geworden ist?

Solche Phänomene gibt es heute in vielen westlichen Ländern. Ich glaube aber nicht, daß wir deshalb die Gesellschaft als ein Chaos von Fragmenten ansehen müssen. Ich bringe auch jenen soziologischen Strömungen keine Sympathie entgegen, die die Existenz von Klassen negieren und die Gesellschaft als eine ungeheure, fluktuierende Gesamtheit von »Interessen« betrachten. Sie begreifen die Parteien als technokratische Organe für staatliche Vermittlung und Verwaltung und reduzieren sie dadurch auf Staatsapparate. Trotzdem sollten wir uns im Klaren sein, daß das gesellschaftliche Leben viel komplizierter geworden ist und viele politische Gruppen sehen sich mehr und mehr außer Stande, die verschiedenen Klassen ideologisch zu vereinheitlichen. Beim Betrachten vieler Arbeiter und auch uns selbst fällt mir auf, daß die einzelnen Menschen, ja selbst die militanten Arbeiter, mehr und mehr für sich selbst leben, in ihrer eigenen Gedankenwelt, im Konflikt mit verschiedenen Kulturen.

Gerade im Rahmen einer Gesellschaftsveränderung und einer Veränderung der Ar-

beit wurde in Italien versucht, eine einheitliche Gewerkschaft aufzubauen, die zu ihren Entscheidungen alle Arbeiter zur Teilnahme aufruft, auch jene, die keine Gewerkschaftsmitglieder sind. Sie stützt sich auf ein Netz von Betriebsräten, also auf Organe, deren Mitglieder direkt aus homogenen Arbeitsgruppen der einzelnen Sektoren kommen. Ihr Ziel ist es, die Kluft zwischen Arbeit und allgemeinen Entscheidungen, Repräsentanten und Repräsentierten, Produktion und Politik zu überwinden, und zwar nicht mittels politischer Optionen, sondern ausgehend von den Problemen der Arbeiter. Heute bemüht sich die Gewerkschaft, den Kampf der beschäftigten Arbeiter mit dem der Arbeitslosen, die Betriebsräte mit den Bezirksräten zu vereinigen. Wir italienischen Kommunisten unterstützen diese gewerkschaftliche Entwicklung und erkennen nicht nur ihre Autonomie an, sondern sind auch gegen eine geplante Aufteilung der Probleme in solche, die nur die politischen Parteien und solche, die nur die Gewerkschaften betreffen. Man kann sich heute nicht mehr mit der Lohnfrage wirkungsvoll beschäftigen, ohne die Fragen von Staatsintervention und Demokratisierung der Macht miteinzubeziehen. Damit soll die Trennung in Politik und Staat, wie in der bürgerlichen Gesellschaft, bekämpft werden, was auch heißt, daß man verstehen muß, wie sich Klassenbewußtsein entwickelt und eine Entscheidung für Demokratie und Sozialismus herbeigeführt werden kann. Und das ist noch nicht alles. Im Kampf der letzten Jahrzehnte sind Formen der Unterdrückung und der Subordination entstanden, die nicht direkt den heutigen Arbeitsverhältnissen in den Fabriken entspringen. Es kommen immer mehr Formen der Unterdrückung und Ungleichheit zum Vorschein, die in der allgemeinen Gesellschaftsstruktur, in der »allgemeinen Reproduktion« des sozialen Systems, in den Machtelementen wurzeln — sie umfassen auch die Organisation der Wissenschaft, also auch die Hierarchie in der Verbreitung von Fachkenntnissen. In der Frauenbefreiung geht es um Widersprüche der sozialen Rollenverteilung in den verschiedenen Staatsapparaten und in der Wissenschaft, im System der Intellektuellen. Und es geht um die Bedürfnisse nach Freiheit, die aus der Art und Weise entstehen, wie heute die Beziehung zur natürlichen Umwelt, zur Sexualität, das Leben zu zweit, das Leben der Kinder usw. eingerichtet sind.

Für uns italienische Kommunisten ist es daher von großer Bedeutung, daß Beziehungen zu solchen Bewegungen hergestellt werden, die ihre Autonomie und ihre Eigenart anerkennen. Sie sollten als Teile des allgemeinen Kampfes und als Bündnispartner eingeschätzt werden, was aber kein unkritisches Verhalten ihnen gegenüber einschließt. Es gilt eine Dialektik in Gesellschaft und Politik herzustellen, die umfassend genug ist, um sich aus Widersprüchen zu einer Vielfalt von Kampfmöglichkeiten für eine Veränderung der derzeitigen Gesellschaft zu entwickeln.

Dabei verschwindet oder verringert sich die Rolle der politischen Arbeiterpartei keineswegs. Es verschwindet vielmehr ihr Selbstverständnis als Organismus, der jegliche politische Erfahrung totalisierend in sich zu vereinigen sucht und vorgibt, ein Anrecht auf ein Theorie- und Wahrheitsmonopol zu haben. Sie lehnt damit nicht ihre Aufgabe ab, Vorschläge und Pläne für eine Gesellschaftsordnung zu erstellen. Im Gegenteil, sie konzipiert sie auf eine viel reichere Art und Weise, nicht ausschließlich innerhalb ihrer eigenen Reihen, und präsentiert sich als Kämpfer für eine viel größere Kreativität, gegen Politik in den Händen Weniger, gegen die Aufteilung der Staatsmacht in den oberen Reihen der Parteien.

Die Autonomie der Gewerkschaften, Women's Liberation Movements oder anderer

Bewegungen ist keineswegs ein Zugeständnis vonseiten der politischen Partei, sie ist vielmehr eine bewußte Konstruktion einer gegliederten Frontstellung, die dem Reichtum und der Komplexität des Transformationsprozesses adäquat sein muß. Es muß immer deutlicher werden, daß die kollektiven Anstrengungen, die wir als linke Kraft verlangen, um die Gesellschaft verändern zu können, darauf abzielen, Kreativität hervorzubringen, die Kompetenzen zu erweitern, den Anstoß zur Erneuerung vorzubereiten — das heißt aber auch: subjektive Entfaltung des Individuums — gegen jede bürokratische Verflachung. Diesen Kampf wollen wir in dieser historischen Phase führen, nicht nur gegen Korruption und Manipulation mit öffentlichen Geldern, auch gegen die Engstirnigkeit und die Armut der Ideen. Wir brauchen Parteien, die sich als die Fördernden einer breit angelegten Emanzipation, einer Erziehung zur Selbstregierung, eines Strebens nach einer allgemeinen Synthese verstehen, die ständig mit den Massen gebildet und geprüft werden muß.

Sicher: das heißt einen Fortschritt auf eine sozialistische Gesellschaft hin machen, die wesentlich verschieden ist von der, die in den osteuropäischen Ländern besteht, die heute von Kommunisten regiert sind. Wir sagen dies offen. Wir anerkennen die Bedeutung des historischen Bruches, der aus den Umwälzungen im Gefolge der Oktoberrevolution entstanden ist. Wir wissen, daß die Oktoberrevolution der erste Versuch war, mit der herrschenden kapitalistischen Logik zu brechen. Sie hat für den Kampf gegen den Faschismus eine entscheidende Kraft freigemacht. Betrachten wir die Veränderungen, die die Oktoberrevolution im Kräfteverhältnis auf globaler Ebene hervorgebracht hat: diese Länder sind ein Bezugspunkt für die Länder der Dritten Welt in ihrem Kampf um Unabhängigkeit. Auch in unseren Ländern haben wir die politische Leidenschaft, die Hingabe an den Kampf, die Liebe zur Freiheit gesehen, die eine so große Organisation wie die Dritte Internationale genährt haben, wir sahen dies bei Millionen von Menschen und in Zeiten, in denen der finsterste und schwerste Stalinismus herrschte.

Wir sind uns genau bewußt, daß die Lösungen, die in jenen Ländern gefunden wurden, keine Antwort auf die neuen Fragen geben, die sich die Menschheit selbst in der Folge der Kämpfe eines ganzen Jahrhunderts gestellt hat.

Wir glauben nicht, daß es nur um uns in Westeuropa geht: wenn wir uns vom Phänomen der Autorität in Osteuropa distanzieren, wenn wir gegen Gerichtsprozesse, wie jenem, der vor einigen Tagen in Prag stattfand, und der alle Grundfreiheiten negiert, protestieren, dann fühlen wir, daß wir im gleichen Moment eine internationalistische Pflicht erfüllen, auch im Namen dessen, das uns mit jenen Ländern verbindet. Es ist nicht Überheblichkeit, die uns gestattet, uns in die Angelegenheiten anderer einzumischen. Wir glauben zutiefst an die Autonomie unserer Partei und respektieren die der anderen kommunistischen Parteien. Jedoch, Autonomie heißt nicht Indifferenz. Schläue und Scheinheiligkeit schweigen: das wäre das Schlimmste unter Kommunisten und unter Genossen überhaupt. Keine Partei, kein Individuum kann sich retten, indem es sich in ein Provinzgärtchen zurückzieht. Deshalb haben wir das Bedürfnis, über die Fragen der Ost-Länder zu diskutieren, nicht um die Auseinandersetzungen oder die Propaganda anderer Kräfte zu unterstützen, sondern weil dies gerade für uns Kommunisten nützlich ist. Ich habe ein tiefes Bedürfnis, die strenge Unterscheidung zwischen den Gruppen aufzuheben: die Unterscheidung, nach der wir den Sozialisten die Fehler der Sozialdemokratie vorwerfen, während sie uns die Fehler der osteuropäischen Länder

zum Vorwurf machen. Auf diese Weise wird die alte Trennung statisch und wird fruchtlos weitergeführt. Am letzten Parteitag stellte ich fest, daß wir auch aus den Erfahrungen der Sozialdemokratie viel gelernt haben. Ich meine, daß wir auf diese Art nicht schwächer, sondern stärker geworden sind. Wir müssen von der Existenz historischer Unterschiede zwischen den Parteien ausgehen, und zwar bezüglich der Inhalte, Traditionen und Methoden, und wir müssen uns die Idee aus dem Kopf schlagen, vorzugeben, diese Unterschiede bestünden nicht, und müssen daher versuchen, deren Ursachen und Wurzeln zu verstehen, ebenso wie die Unterschiede in der sozialen Basis. Wenn ich die Originalität und die Bedeutung dieser Tendenz unterstreiche, die von uns in der KPI Euro-Kommunismus genannt wird, wenn ich die Erneuerungselemente herausstreiche, die diese Tendenz im Vergleich zur gesamten kommunistischen Tradition beinhaltet, will ich doch nicht die Differenzen verheimlichen, die es zum Beispiel zwischen uns und den französischen Kommunisten gibt. Ich unterschätze diese nicht. Vor allem aber verberge ich sie nicht, da Erstarrung und Diplomatie sicher das sind, was für die Linke am gefährlichsten ist. Es ist im Gegenteil wichtig, die Unterschiede zu diskutieren, in einer freien Konfrontation der Erfahrungen, in gemeinsamer, solidarischer Arbeit, und nicht sofort in Streit auszubrechen, sobald kritische Momente und Dissenz unter uns auftauchen. Wir werden daraus lernen, daß Einheit nicht Gleichmacherei bedeutet, sondern auch Debatte und politische Spannung.

Auch hier möchte ich ganz deutlich fragen: ist ein solcher Prozeß der Vereinheitlichung zu schwierig? Wir können aber nur so die historische Trennung der Arbeiterbewegung überwinden. Nur so können wir uns mit wirksamen Mitteln mit den neuen Kräften, die sich auf der internationalen Ebene heranbilden, auseinandersetzen.

Zweifelloos verlangt dies von uns auch ein neues Verhältnis zwischen Partei und Theorie, sowie eine Weiterentwicklung der Theorie selbst. Die soziale Veränderung selbst beginnt sich für uns in einer ganz anderen Weise als früher abzuzeichnen. Es ist nicht aus Vorsicht allein, daß wir heute viel häufiger das Wort »Veränderung« anstelle von »Revolution« verwenden. Dies ist darin begründet, daß sich uns die soziale Umwälzung immer mehr als eine ganze historische Phase darstellt. Heute ist es uns, der europäischen Linken, klar — zwar mit Verspätung und um einen hohen Preis —, wie inadäquat und grob die Auffassung war, nach der der kapitalistische Staat, wie eine kompakte Maschinerie, der Klassenherrschaft gehorcht. Heute ist uns viel deutlicher geworden, daß der Fortschritt auf den Sozialismus hin nicht die Eroberung einer »Staatsfestung« bedeutet, die dann für ganz andere Ziele benützt werden kann, sondern die Fähigkeit, jetzt schon auf die komplexen und vielschichtigen Mechanismen einzuwirken, die das System schafft und ständig nährt, nämlich auf die Zersplitterung und die Subalternität der Massen. Daher fängt für uns die Veränderung des Staates schon jetzt an. Diese Veränderung hängt deshalb auch nicht von der Quantität der Wirtschaftsapparate unter Staatskontrolle ab, sondern von der Fähigkeit, sie funktionell für Emanzipationsziele, d. h. auf eine zunehmende und effektive Vergesellschaftung, einzusetzen, und von der Fähigkeit der Massen, auf ihre Ziele und Verwaltung einzuwirken. Hierin liegt der tiefe Grund für die Suche nach einem dritten oder neuen Weg zum Sozialismus, pluraliter, wie der Genosse Berlinguer betont hat.

Wir sagen nicht »dritter Weg«, um eine unmögliche und statische »Mitte« zwischen Ost und West zu finden, zwischen Ost-Ländern und sozialdemokratischen Regierungen, sondern um die Erneuerung zu unterstreichen, auf die wir abzielen, auf ihre Tragweite

und ihre Besonderheit. Man macht uns den Einwand, daß wir von Gesellschaften sprechen, die heute nicht existieren. Das stimmt! Aber wo steht geschrieben, wie sich die Geschichte verhalten soll? Sicher, in unseren Hoffnungen sahen wir viel zwingendere Prozesse. Wir sind aber in einer Anfangsperiode, wir sind nur am Anfang einer neuen Bewegung. Aber die Idee, die wir von Sozialismus und Emanzipation haben, ist reicher geworden, sie ist weniger summarisch und unkritisch geworden. Wir haben also hinter uns und mit uns ein ganzes Vermögen, von dem wir ausgehen können in die Richtung einer neuen Bewegung. Und das ist nicht wenig.



Klassenkampf und Kirche. Kirche und Staat. Kampf für Frieden und Abrüstung. Als Christ Sozialist sein?  
SH 39 95 S. 7,00 DM.

---

DAS	98	Gollwitzer, Jaeggi, Negt.
ARGUMENT	100	Perspektiven des Sozialismus in der Bundesrepublik. Britische Arbeiterbewegung. Abendroth, Coates.
SOZIALISMUS		
DISKUSSION		
	102	Intellektuelle und Arbeiterbewegung. Kievenheim, Scarponi u.a.
	105	Westdeutsche und internationale Sozialismus-Diskussion: Albers u.a.
	108	Nationale Besonderheiten. Kritik des Eurokommunismus. Fülberth, Sacristán u.a.
		je 9,80/8,50 f. Stud.

Detlev Albers

## Gedanken über den »Dritten Weg zum Sozialismus« in Westeuropa\*

Im Laufe der letzten Jahre hat ein lange Zeit verpönte, ja tabuisierter Begriff wieder in die Strategiediskussion der westeuropäischen Linken Eingang gefunden, der jetzt, nachdem sich die anfängliche Überraschung über seine bloße Verwendung zu legen beginnt, um so dringlicher einer inhaltlichen Präzisierung und Überprüfung, einer Absicherung gegenüber falschen Instrumentalisierungen von links oder rechts, kurzum einer gründlichen theoretischen Diskussion zwischen den verschiedenen Richtungen der Arbeiterbewegungen bedarf (wobei die Möglichkeit eines Verzichts auf seinen Gebrauch nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann): Gemeint ist der Begriff des »dritten Wegs zum Sozialismus«, wobei sich sein Anwendungsbereich nach dem Verständnis seiner Befürworter ausschließlich auf die entwickelten kapitalistischen Industrieländer, d. h. angesichts der Traditionen, auf die er sich stützt, vor allem auf die Nationen Westeuropas beschränkt.

### I.

Die Herkunft des Begriffs und der strategischen Vorstellungen, die hinter ihm stehen, sind untrennbar mit der Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung während und nach dem Ersten Weltkrieg verbunden. Bis heute ist für jede Strategie eines »dritten Wegs zum Sozialismus« konstitutiv (was einen guten Teil ihrer Schwierigkeiten wie ihrer wachsenden Anziehungskraft in einem ausmacht), daß sie sich in kritischer Distanz zur politischen Theorie und Praxis der beiden aus dieser Spaltung hervorgegangenen ideologischen Hauptströmungen befindet, ohne doch ihre Zugehörigkeit zu einer der beiden Richtungen bestreiten zu können und zu wollen. Beiden Wegen, dem ersten, reformistischen oder »typisch sozialdemokratischen« wie dem zweiten, leninistischen oder »typisch kommunistischen«, deren hauseigene Ideologien des »demokratischen Sozialismus« wie des »Marxismus-Leninismus« sich unverändert in einem geistigen Vernichtungskampf miteinander begreifen, kreidet sie schwerwiegende Versäumnisse, ob bewußt oder unbewußt, im Erfassen und Verarbeiten der revolutionären Veränderungsmöglichkeiten in den westlichen Industrieländern an. Gerade hierin aber, in der Verknüpfung des »großen Erbes der Kämpfe um die Demokratie« mit jenem nicht minder bedeutsamen der »proletarischen Revolutionen« (Otto Bauer), im Vorantreiben der »Revolution in der Demokratie« (Togliatti) liegt umgekehrt die vielleicht wichtigste Gemeinsamkeit der ansonsten durchaus unterschiedlichen Traditionen der Arbeiterbewegung verpflichteten Anhänger des »dritten Wegs zum Sozialismus«.<sup>1</sup>

Nach meiner Meinung sind deutlich zwei Phasen in der Entstehungsgeschichte dieser Strategie, nämlich die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen und der Zeitraum seit Mitte der sechziger Jahre, und zwei zunächst gegensätzliche Ausgangspositionen unterscheidbar, die wesentlichen Anteil an ihrer Formulierung haben, nämlich die linkssozialistische und die eurokommunistische. Dabei läßt sich stark vereinfacht die These aufstellen, daß in der ersten Phase die linkssozialistischen Beiträge ein größeres Maß an

\* Gekürzte Fassung des Referats auf dem 2. Otto Bauer Symposium, Wien, 23.-25.11.1979. Ungekürzt demnächst in: D. Albers, J. Cap, D. Motchane, P. Ingrao (Hrsg.): Linkssozialisten und Marxismus heute. Ergebnisse der 2. internationalen Otto-Bauer-Tagung, Wien 1979. Frankfurt 1980.

inhaltlicher Eindeutigkeit, aber auch an praktisch-politischer Relevanz aufweisen, wogegen sich dieses Verhältnis heute in gewisser Weise umkehrt. Als Beispiel für die frühe linkssozialistische Position mögen hier einige Sätze *Bauers* aus dem Jahre 1924 stehen, mit denen er nach dem Tode Lenins eine Anfrage der Moskauer »Iswestia« beantwortet hat:

»Gern folge ich der Einladung der 'Iswestia', den russischen Arbeitern zu sagen, daß auch die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich mit ihnen um den größten Revolutionär trauert. Er hat uns oft heftig bekämpft. Wir haben uns oft gegen die Vorstellung gewehrt, daß seine Tat mit gleichen Mitteln in dem ganz anders gearteten Milieu Westeuropas vollbringbar wäre. — Auch wir haben von ihm gelernt. Die Hegemonie des Proletariats über die Bauernschaft, das allein ist der Weg zur Macht; so hat uns Lenin gelehrt (eine gewiß höchst problematische Vereinfachung der Auffassungen Lenins; D.A.). Wir glauben, daß diese Hegemonie in Mittel- und Westeuropa nur auf ganz anderem Wege und mit ganz anderen Mitteln erreicht werden kann als in Rußland; daß sie aber auch hier erreicht werden muß, ist uns die größte Lehre von Vladimir Iljitschs Siegen.«<sup>2</sup>

Bauer beschreibt damit das Selbstverständnis der Anhänger eines dritten, sozialistischen Weges, auch wenn er den Begriff als solchen meines Wissens nicht verwendet, in einer bis heute charakteristischen Weise: Prinzipielle Parteinahme für den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion (die allerdings immer die kritische Auseinandersetzung mit den inneren Problemen, Schwierigkeiten und teilweise verhängnisvollen Fehlentscheidungen der dortigen gesellschaftlichen Entwicklung einschließt); gleichzeitig aber Betonung der »ganz anderen Mittel und Wege«, die für die revolutionäre Veränderung des »ganz anders gearteten sozialen Milieus Westeuropas« erforderlich sind. Welche Maßnahmen ihm dazu im einzelnen nötig erscheinen, findet sich dann positiv formuliert für die Verhältnisse Österreichs im Linzer Parteiprogramm von 1926 wieder, das man im Hinblick auf seine inhaltliche Geschlossenheit als eine Art Geburtsurkunde des »dritten Wegs« bezeichnen könnte.<sup>3</sup>

Der theoretische Beitrag *Antonio Gramscis* zum Marxismus der Gegenwart spielt seit Jahren eine zentrale Rolle in den Grundsatzdiskussionen der westeuropäischen Linken. Es braucht deshalb für unseren Zusammenhang nur rekapituliert zu werden, daß auch für ihn die Unterscheidung zwischen dem revolutionären »Bewegungskrieg im Osten« und dem nicht weniger antikapitalistisch zu konzipierenden »Stellungskrieg im Westen« eine ausschlaggebende Bedeutung erlangt. Sie wird ihm zum Ausgangspunkt und eigentlichen Ansporn für die Durchdringung der gesellschaftlichen und politischen Mechanismen, unter denen sich die jeweils herrschende Klasse jenseits der »Geburtsheiferin Gewalt« (Marx) den Konsens für ihre Vormachtstellung gegenüber den ausgebeuteten Klassen zu sichern vermag. Indem er hieraus Maximen gewinnt, die sich die Arbeiterklasse für ihren eigenen Weg zur Hegemonie um so stärker aneignen muß, je größere Ausdauer ihr die komplizierteren Bedingungen des »Stellungskrieges im Westen« aufnötigen, liefert sein international erst mit so erheblichen zeitlichen Verzögerungen aufgenommenes Werk die neben Bauer wichtigste theoretische Grundlegung jedes die Besonderheiten der hiesigen Gesellschaftsordnungen verarbeitenden Wegs zum Sozialismus.<sup>4</sup>

Für das heutige Verständnis des »dritten Wegs« von seiten der Eurokommunisten enthalten die 1978 veröffentlichten »Thesen zum 15. Parteitag der KPI« den bisher klarsten Versuch einer grundsätzlichen Begriffsbestimmung; dort heißt es in These 7:

»Es ist vonnöten, Lösungen nachzugehen, die auf die nationalen Charakteristiken und die Bedingungen der heutigen Epoche eingehen und die den Zügen und den grundlegenden Bedürf-

nissen entsprechend, wie sie den industriell entwickelten Gesellschaften gemein sind, die von demokratisch-parlamentarischen Institutionen regiert werden, wie dies heute in den Ländern Westeuropas der Fall ist. — Es geht also, im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Erfahrungen darum, Prozesse sozialistischer Veränderungen einzuleiten, die sich aber von jenen unterscheiden, wie sie in der Sowjetunion und in anderen sozialistischen Ländern nach der Oktoberrevolution vorangebracht wurden. In diesem Sinne sprechen wir, was Europa anbelangt, von einem dritten Weg.<sup>5</sup>

Neben den Hinweis auf den regionalen und sozialökonomischen Anwendungsbeereich des »dritten Wegs« tritt hier zusätzlich das politische Merkmal der demokratisch-parlamentarischen Verhältnisse, die man als unverzichtbare Voraussetzung ansieht (worauf später noch zurückzukommen ist). Im übrigen bleibt für die Auffassung der italienischen wie großteils auch der übrigen Eurokommunisten charakteristisch, daß sie zwar gemeinsam mit den linkssozialistischen Positionen die Notwendigkeit neuer Wege hervorheben, die sich von denen der bestehenden sozialistischen Länder in zentralen Fragen »unterscheiden«, daß sie diese aber als außerhalb des historischen Horizonts und deshalb »im Gegensatz« zu den Entfaltungsmöglichkeiten des sozialdemokratisch orientierten Teiles der internationalen Arbeiterbewegung begreifen. Daß sich innerhalb der Parteiengrenzen des sozialdemokratischen Lagers, ihren Traditionen, Kämpfen, Siegen und Niederlagen, die es vor und nach der Spaltung von 1919 geprägt haben, immer Chancen für eine sozialistische Veränderungsfähigkeit, gerade im Sinne der Ausarbeitung eines eigenständigen Beitrags zur Strategie des »dritten Weges«, erhalten haben, wie nicht zuletzt die austromarxistische Erfahrung beweist, wird von einer solchen Auffassung bis heute negiert.

Für die linkssozialistische Position fehlt es derzeit an einer den Parteitagsthesen der KPI an Gewicht vergleichbaren Selbstverständnisäußerung. Gewiß würden, abgesehen von der erwähnten prinzipiellen Differenz in der Einschätzung der Sozialdemokratie, der CERES-Flügel bei den französischen Sozialisten, oder marxistisch orientierte Minderheiten in der SPD den allgemeinen Zielsetzungen, wie sie die 7. KPI-These beschreibt, übereinstimmen können (obwohl sie den Terminus »dritter Weg« gegenwärtig nicht verwenden).<sup>6</sup> Hier wie in anderen sozialdemokratischen Parteien besteht natürlich auch die Gefahr (die an mancherlei ideologische Vorarbeiten, ja ganze »Denkschulen« anknüpft), daß Begriff und Strategie des »dritten Wegs zum Sozialismus« als reformistisches Konzept eines wenigstens faktischen Verzichts auf den Kampf für grundlegende Gesellschaftsveränderungen mißverstanden werden. Andererseits — und dieses Argument dürfte im Ergebnis überwiegen — gehören solche Auseinandersetzungen, unabhängig von den verwandten Begriffen, ohnehin zu den Grundbedingungen der politischen Arbeit linker Sozialdemokraten und Sozialisten, wenn sie ihren Parteien eine aktive, vorwärtstreibende Rolle unter den antikapitalistischen Kräften sichern oder zurückerobern wollen. Zudem ist der Einzugsbereich für die Entwicklung einer eigenständigen, nichtreformistischen Strategie des »dritten« oder demokratischen Wegs zum Sozialismus zumal in den südeuropäischen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien keineswegs auf die genannten innerparteilichen Gruppierungen beschränkt, sondern kann bei entsprechender Fundierung in Theorie und Praxis auf die Zustimmung weiterer Teile bis hin zur Mehrheit dieser Parteien rechnen.<sup>7</sup>

Worauf beruhen die Schwierigkeiten, die eingangs festgestellte Umstrittenheit dieser Positionen und — was letztlich nichts anderes ausdrückt — die für zahlreiche westeuropäische Länder noch immer charakteristische Mindetheitsrolle ihrer Anhänger? Ich

sehe hierfür im wesentlichen drei eng miteinander verknüpfte Gründe (wobei ich den letzten und die Möglichkeiten zu seiner Überwindung in den Mittelpunkt des 2. Teiles meines Referates stellen möchte): Das Fehlen eines eigenen »Vaterlands«, die Probleme der Abgrenzung zum »ersten« wie zum »zweiten Weg« und schließlich die bisher erst in Umrissen erkennbare Konkretion der eigenen gesellschaftlichen Lösungsvorschläge.

Das Fehlen eines »Vaterlands«, eines den eigenen strategischen Zielvorstellungen wenigstens in den Grundzügen entsprechenden Modells der sozialistischen Transformation hat die Anhänger des »dritten Wegs« von Anfang an vor Probleme gestellt, ihre Ausstrahlung in der Arbeiterbewegung belastet und sie in bestimmten geschichtlichen Entscheidungssituationen bisweilen zu defensiven, auf das Ergebnis hinkonstruierten Argumentationen gezwungen. Noch heute spürt man bei der Lektüre von *Otto Bauers* Schrift über »Die österreichische Revolution« aus dem Jahre 1923<sup>8</sup>, welche mühsame Überzeugungsarbeit seine Partei im Frühjahr 1919 zu leisten hatte, um vor den Arbeitern des »roten Wien«, die sich wenige Wochen lang von den vorwärtsdrängenden Kräften der ungarischen wie der Münchener Räterepublik scheinbar links überholt sahen, zu erklären, weshalb jeder Versuch zur Errichtung der »Diktatur des Proletariats« unter den gegebenen Kräfteverhältnissen in einer verheerenden Niederlage der Linken hätte enden müssen.

Im Vordergrund steht für ihn die Auflistung all jener Umstände — vom Diktat der Siegermächte, über die Abhängigkeit von Zulieferungen aus dem feindlichen Ausland bis hin zum konservativen Bewußtseinsstand der bäuerlichen, mehr noch der städtischen Mittelschichten, die eine Revolution nach dem Vorbild der Bolschewiki im Reststaat Österreich aussichtslos machten. Dagegen ist wenig von dem selbstbewußten Hinweis darauf zu finden, daß man in eben diesen Monaten — gewiß häufig mehr intuitiv als einem ausdiskutierten strategischen Konzept folgend — wichtige Erfahrungen über die Nutzbarkeit der neu errungenen republikanischen Verhältnisse für den demokratischen, nicht-gewaltsamen Weg zum Sozialismus sammelte; Erfahrungen, die später als Grundlage für eine beispielhafte Kommunal-, Sozial- und Bildungspolitik in Wien wie im Bereich der strategischen Verallgemeinerung für die Ausarbeitung des Linzer Programms dienten und die auch dann noch ihren Wert behielten, als die scheinbar so festgefügte Österreichische Sozialdemokratie nicht zuletzt infolge von Fehleinschätzungen der Parteiführung dem Faschismus erlag.

Eine in mancher Hinsicht vergleichbare Situation ergab sich nach 1945 für die italienische Linke, in deren Reihen auf dem Höhepunkt des erfolgreichen antifaschistischen Kampfs ebenfalls die Grundfragen der klassenpolitischen Bündnisse, der Methoden und Inhalte des Vorankommens zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu klären waren. Was für Bauer die Siegermächte und das Scheitern der Ungarischen Räterepublik waren, das waren jetzt — vereinfacht gesprochen — für Togliatti die Alliierten Besatzungsmächte und der Verweis auf den Ausgang des griechischen Bürgerkriegs, äußere Faktoren also, die es nicht zuließen, einen anderen als eben den demokratisch-parlamentarischen Weg im Ringen um den Sozialismus einzuschlagen. Auch hier entstand bisweilen der Eindruck, daß man sich in hohem Maße auf die für sich selbst sprechende Überzeugungskraft solcher von außen diktierteter Faktoren angewiesen fühlte — wogegen das Vertrauen in die massenwirksame Verständlichkeit der eigenen strategischen Grundsatzentscheidungen offenkundig begrenzt war. Auch hier mußte das Argument, die Umstände erlaubten es eben nicht, den Weg der russischen Oktoberrevolution ein-

zuschlagen, zu Hilfe genommen werden, um sich des Rückhalts der auf grundlegende Gesellschaftsveränderungen vorwärtsdrängenden Massen für den beschwerlicheren, langwierigeren aber einzig erfolversprechenden Weg der Transformation von innen heraus zu vergewissern. Was aber drückt sich darin anderes aus als das Problem, noch auf kein eigenes Beispiel einer erfolgreichen sozialistischen Revolution in den westlichen Industrieländern verweisen zu können, jedoch gleichzeitig vor der Orientierung an anderen »Vaterländern« warnen zu müssen?

Ein zweites Problem, das sich häufig als Hemmnis der Strategien des »dritten Wegs« erwiesen hat und erweist, liegt in der Schwierigkeit, zu einer überzeugenden Klärung ihres Verhältnisses gegenüber den Anhängern des »ersten« wie des »zweiten Weges«, zu reformistischen wie traditionell marxistisch-leninistischen Auffassungen verpflichteten Teilen der internationalen Arbeiterbewegung zu gelangen. So eindeutig die kritische Distanz zu beiden Richtungen in jede Positionsbestimmung eines »dritten Wegs« eingeht, ja hierfür in gewisser Weise konstitutiv ist, so unfruchtbar wäre es, diesen als schlichten Mittelweg zwischen Reformismus und Leninismus begreifen zu wollen und seine Anhänger dann wie es gerade paßt als verkappte Parteigänger der jeweils entgegengesetzten ideologischen Strömung zu identifizieren.

Grundlegend bleibt die Differenz zu reformistischen Positionen, die — selbst wenn sie in abstrakten Fernzielformulierungen am Eintreten für den Aufbau des Sozialismus festhalten (was in bestimmten Prosperitätsphasen des Kapitalismus keineswegs selbstverständlich ist, wie die bundesdeutsche Nachkriegsentwicklung lehrt) — sich diesen doch als bruchlosen Übergang, als gradlinige Verlängerung schon unter kapitalistischen Verhältnissen erreichter Teilerfolge vorstellen. Denn gerade, wenn sich der revolutionäre Übergang zu einer neuen ökonomischen Logik im Westen nur unter den Bedingungen umfassender demokratischer Freiheitsrechte vollziehen kann und wenn dazu mit großer Wahrscheinlichkeit längere Phasen des Nebeneinander kapitalistischer und sozialistischer Gesellschaftselemente erforderlich sind, die Revolution im Sinne des »dritten Wegs« also viel »langsamer« als die vergangenen bürgerlichen und sozialistischen vorankommen wird, benötigt sie ein umso ausgeprägteres Klassenbewußtsein der Arbeiterbewegung wie ihrer Verbündeten aus anderen sozialen Schichten. Je weniger »Abkürzungen« auf dem Wege der Gesellschaftsveränderung möglich sein werden, je ausdrücklicher der Konsens der großen Bevölkerungsmehrheit für alle Etappen des revolutionären Prozesses zum Maßstab zu nehmen ist, um so bewußter muß in den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung das *ganze Projekt* der Veränderung, das Hineinwirken der sozialistischen Zielsetzung in jeden einzelnen Teilabschnitt des Tageskampfes noch auf dem Boden des Kapitalismus verankert werden. Das aber heißt nicht weniger, sondern mehr klassenbewußte marxistische Orientierung, heißt unvermeidlich auch ideologische Konkurrenz zwischen reformistischen und konsequent sozialistischen Positionen, heißt natürlich auch Arbeiten an der geistigen Hegemonie eines für die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse mit all ihren komplexen Strukturen, nationalen, internationalen, ja weltweiten Abhängigkeiten erneuerten Marxismus.

Gleichzeitig gilt: die Anhänger des »dritten Wegs« können es sich nicht leisten, ihre Differenz zu reformistischen Auffassungen weiterhin an oberflächlichen oder gar moralisierenden Gegenüberstellungen zutreffend belegen zu wollen. Weder der Gegensatz von friedlichem oder gewaltsamem Weg zum Sozialismus, parlamentarischer oder

Räte-, direkter oder indirekter Demokratie und schon gar nicht von Verrat oder Prinzipientreue, liefern hierfür mehr als Mißverständnisse, überkommene Schablonen aus vergangenen Richtungskämpfen der Arbeiterbewegung, deren Tauglichkeit schon damals zu bezweifeln war. Mehr denn je kommt es heute in der westeuropäischen Linken darauf an, sich die ganze Vorurteilslosigkeit der Auffassung von Otto Bauer anzueignen, wonach der Reformismus das »notwendige (wenn auch nur transitorische, D. A.) Resultat einer bestimmten Entwicklungsstufe des Kapitalismus« ist.<sup>9</sup> Erst vor dem Hintergrund einer solchen jede Abqualifizierung vermeidenden Zurkenntnisnahme wird es gelingen, die fortschrittlichen Teilstücke, die der Reformismus zu jeder Zeit enthielt, beim Wort zu nehmen, seine Widersprüche von innen heraus aufzugreifen und seine ebenso permanent vorhandene Tendenz zur Abgrenzung gegen links wo nicht aufzuheben, ihr doch zumindest jeden nachvollziehbaren Vorwand zu nehmen.

Ganz anders bestimmt sich das Verhältnis des »dritten« zum »zweiten Weg«. Seine Anhänger können sich bis heute auf mehr als ein Beispiel gelungener sozialistischer Revolutionen berufen; der Russischen Oktoberrevolution folgte die Chinesische, Kubanische und Vietnamesische, um nur die wichtigsten zu erwähnen. Unbeschadet der vielfältigen nationalen Unterschiede besteht ein wesentliches gemeinsames Merkmal ihrer inneren gesellschaftlichen Struktur darin, daß sie den Aufbau des Sozialismus durch die Errichtung einer revolutionären Diktatur der Arbeiter- und Bauernmassen unter der Führung einer marxistisch-leninistisch orientierten Partei in Angriff genommen haben. Obwohl der antiimperialistische Kampf und der Befreiungsprozeß der sog. 3. Welt bis heute eine große Zahl von Abwandlungen, die Einbeziehung der verschiedensten Kräfte und Traditionen hervorgebracht haben (unter Einschluß breiter religiös motivierter Strömungen, wie die sozialrevolutionäre Rolle des Islam oder der katholischen »Theologie der Befreiung« in Lateinamerika zeigen), erscheint es doch berechtigt, im Bild der genannten Revolutionen den Kernbereich der bisher verwirklichten sozialistischen Gesellschaftsordnungen jener Länder zu erblicken.

Die Arbeiterbewegung in den westeuropäischen Industrieländern sieht sich von dieser Entwicklung gleich in mehrfacher Hinsicht herausgefordert. Verdankt die westliche Linke der Befreiung vom Faschismus den wichtigsten Teil ihrer heutigen politischen Existenz, so kommt den Prinzipien der von der Sowjetunion erzwungenen friedlichen Koexistenz gerade in Westeuropa tagtäglich die Bedeutung einer die Aussichten des eigenen politischen Kampfes maßgebend beeinflussenden Grundvoraussetzung zu. Schließlich haben auch die Erfolge der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen zunehmend die Rolle eines relevanten, das Manövriertfeld der alten herrschenden Klasse im Westen von außen konditionierenden Faktors erlangt. — So bedeutsam jedoch alle diese Momente sind und so wenig die Anziehungskraft der sozialistischen Idee in der Gegenwart von den dort gemachten revolutionären Erfahrungen zu trennen ist, so wenig kann die westeuropäische Linke eine Übertragung dieser Erfahrungen oder auch nur ihrer wesentlichen Teile auf das eigene Kampffeld in den kapitalistischen Industrieländern akzeptieren. Und ebensowenig hilft es weiter, wenn die prinzipielle Parteinahme der westlichen Linken für den auch dort nur unter zahllosen Schwierigkeiten möglichen Aufbau des Sozialismus dadurch mißverstanden und entwertet wird, daß man die Augen vor den teilweisen schwerwiegenden Deformationen der inneren gesellschaftlichen Verfaßtheit dieser Länder verschließt, wie sie vielfach bis heute zu empfindlichen Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte, nicht entwickelter Pluralität sozialer und

politischer Interessenvertretung und insbesondere zu einer unzureichenden gewerkschaftlichen Handlungsautonomie geführt haben. Die Kritik hieran — so notwendig sie nicht zuletzt deshalb ist, weil sie, ob gewollt oder nicht, ein wichtiges Glaubwürdigkeitskriterium für die Zielsetzung bildet, im Westen tatsächlich andere Wege zu beschreiten — darf jedoch niemals übersehen, aus welchen spezifischen geschichtlichen Entwicklungsbedingungen die bislang erprobten sozialistischen Experimente hervorgegangen sind und daß ihre Unzulänglichkeiten zu einem wesentlichen Teil auch davon herrühren, daß die Arbeiterbewegung in den Zentren des Kapitalismus ihre »historische Mission« noch nicht erfüllen konnte.

Fassen wir zusammen: Die Positionen des »dritten Wegs zum Sozialismus« befinden sich in einer langfristigen Konkurrenz zum Reformismus, dem sie nach aller geschichtlichen Erfahrung die Fähigkeit absprechen, aus eigener Kraft zu sozialistischen Gesellschaftsveränderungen vorzustoßen. Da sich beide auf dem Boden der Länder des entwickelten Kapitalismus bewegen, wird das Spannungsverhältnis zwischen ihnen perspektivisch nur im Zustandekommen gemeinsamer Anstrengungen für den Aufbau des Sozialismus, mithin in einer zumindest faktischen Überwindung bisheriger Grundmerkmale reformistischer Auffassungen, aufzuheben sein. Zwischen den Anhängern des »zweiten« und des »dritten Wegs« ist im Kern strittig, ob tatsächlich zwei prinzipiell verschiedene Grundtypen revolutionärer Strategien auszuarbeiten sind, von denen keine einen generellen Anwendungsbereich beanspruchen kann. Hält man diese Unterscheidung mit den Anhängern des »dritten Wegs« für fundamental, dann wird deutlich, daß damit in Ermangelung historischer Vorbilder nur der allererste Schritt in Richtung auf einen über weite Strecken neu »zu erfindenden Sozialismus« (Lombardo Radice)<sup>10</sup> getan ist. Verwirft man sie dagegen, muß einen ständig die Sorge plagen, daß über der Ausarbeitung neuer Wege das Allgemeingültige des eigenen revolutionären Modells leichtfertig vergessen werden könnte. Allemal aber ergibt sich, daß Positionen des »dritten Wegs«, gleichgültig ob linkssozialistischen oder eurokommunistischen Ursprungs, trotz ihrer gemeinsamen Berufung auf marxistische Traditionen auf dem Boden der kapitalistischen Industrieländer in einem wechselseitigen Ausschließlichkeitsverhältnis zu den vom Leninismus vorgezeichneten Auffassungen des »zweiten Wegs« stehen.<sup>11</sup>

## II.

Ich möchte abschließend an drei zentralen Fragestellungen die Richtung etwas näher skizzieren, in der jede Strategie des demokratischen Wegs zum Sozialismus einen guten Teil neuer Antworten entwickeln muß: Die Transformation des Staates, die Einleitung einer neuen ökonomischen Logik und die Anforderungen »von außen«, denen sich die »Revolution im Westen« gerade im Falle ihres Gelingens gegenübersteht. — Die sozialistische Transformation des kapitalistischen Staates wird gerade dann, wenn man den »erweiterten« Staatsbegriff Antonio Gramsci zugrundelegt, also nicht nur nach den Veränderungsmöglichkeiten der politischen Staats- und Repressionsorgane fragt, sondern auch den notwendigen Funktionswandel der von ihm als Institutionen der »bürgerlichen Gesellschaft« bezeichneten, auf das Massenbewußtsein einwirkenden »privaten« Einrichtungen, wie Schule, Medien, Kirchen oder Parteien mit einschließt, zum entscheidenden strategischen Prüfstein jeder »Revolution im Westen«.<sup>12</sup> Die Ausarbeitungen über den »demokratischen Weg zum Sozialismus« haben hierzu lange Zeit

kaum mehr als pragmatische, aus der Weiterentwicklung der vorgefundenen Kampfbedingungen gewonnene Antworten formuliert, die zudem häufig von einer Unterschätzung des »gesellschaftlichen« gegenüber dem unmittelbar politischen Bereich gekennzeichnet waren. So heißt es etwa im »Linzer Programm«, daß man die revolutionäre staatliche Macht »in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgerschaften der Demokratie« ausüben werde<sup>13</sup>; damit wird die Existenz mehrerer linker, aber auch bürgerlicher Parteien, sofern sie sich zu demokratischen Methoden der politischen Auseinandersetzung bekennen, selbst für den Aufbau des Sozialismus gewährleistet. Spätere Programmaussagen, wie beispielsweise das »Gemeinsame Regierungsprogramm«, der französischen Linken von 1972, ergänzen dies noch, indem sie ausdrücklich die Respektierung des Prinzips der »Alternanz«, der Abwählmöglichkeit auch linker Regierungen hinzufügen. Aber von einer theoretischen Erfassung des Pluralismus als einer sinnvollen, sogar wünschenswerten gesellschaftlichen Ausdrucksform im politischen Selbstverständigungsprozeß bisher subaltern gehaltener »geschichtsloser« Volksmassen war man damit noch weit entfernt.<sup>14</sup>

Mit einiger Vergrößerung läßt sich sagen, daß die westliche Linke, in diesem Bereich noch nicht über die Formulierung einiger, wenngleich höchst bedeutsamer Maximen hinausgekommen ist, die zwar zusammengenommen einen scharfen Kontrast zu überkommenen reformistischen wie marxistisch-leninistischen Konzepten enthalten, die aber mit einer gewissen Zwangsläufigkeit immer wieder provozierende Gegenfragen wie jene Norberto Bobbios »Gibt es überhaupt eine marxistische Staatstheorie?« oder Louis Althusser's nach der »Krise des Marxismus« auslösen müssen. Derartige Maximen sind die starke Betonung der Bedeutung gesellschaftlicher Masseninitiativen und die bewußte Bejahung des sich hierin ständig reproduzierenden Pluralismus, der als ein tragendes Organisationsprinzip vom kulturellen und sozialen bis hin zum unmittelbar politischen Bereich verstanden wird und deshalb gleichermaßen für die »nachrevolutionären Zeiten« gelten soll. Dazu gehört weiter die Hervorhebung direkt-demokratischer Ansätze, so wie die grundsätzliche Parteinahme für Selbstverwaltung im gesellschaftlichen wie staatlichen Bereich; jedoch wird hierin keine Absage an das repräsentativ-parlamentarische System gesehen, weil man die Notwendigkeit einer institutionellen Synthese auf gesamtgesellschaftlicher und staatlicher Ebene ausdrücklich anerkennt, für die sich historisch keine geeignetere Form als eben die parlamentarische gefunden hat. Deshalb bedeutet die häufig verwendete Formel, die Parlamente im Zuge der Reform des Staates wieder oder genaugenommen erstmals zu den eigentlichen »Herren der (volkswirtschaftlichen) Planung« werden zu lassen, keinen Gegensatz, sondern vielmehr die von Anfang an gewollte Ergänzung direkt-demokratischer, räteähnlicher Strukturen; entsprechend verhält es sich im engeren Feld der staatlichen Organisation mit der Unterstützung von Dezentralisierungstendenzen und der Förderung regionaler Autonomiebestrebungen.

Scheinbar besser erforschtes Gelände betreten wir, wenn wir uns jetzt den Problemen der Erkämpfung einer neuen ökonomischen Logik zuwenden. Die Hauptstoßrichtung zur Entmachtung des privaten zunehmend international agierenden Monopolkapitals, zur Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, von Großbanken und -versicherungen, um auf der Grundlage eines gesamtwirtschaftlich beherrschenden öffentlichen Wirtschaftssektors zum Aufbau einer volkswirtschaftlichen Rahmenplanung zu gelangen, die sich an den demokratisch ermittelten Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert, ist in

der Linken der meisten Länder als Zielsetzung fest verankert. Trotz des allgemeinen Konsenses über die programmatische Zielsetzung der Wirtschaftsdemokratisierung birgt deren Umsetzung dennoch eine Vielzahl ungelöster Probleme in sich. — Wie und durch welche Maßnahmen lassen sich beispielsweise Einstiegspunkte für die Inangriffnahme einer neuen ökonomischen Logik herausfinden? Sind die Gewerkschaften, denen beim Vorantreiben des ökonomischen Umorientierungsprozesses eine Schlüsselrolle zukommt, bei der Realisierung von Forderungen, die die Profitlogik durchbrechen, etwa im Bereich der Schaffung neuer Arbeitsplätze, der Arbeitszeitverkürzung, des Kampfes für regionale Entwicklungsprogramme, darauf angewiesen oder sogar daran gebunden, daß gleichzeitig eine staatliche Wirtschaftspolitik mit sozialistischer Zielsetzung betrieben wird? Und wenn nicht, wieweit kann sich die ökonomische Front der Klassenauseinandersetzungen von der politischen entfernen, ohne selbst zurückgeworfen zu werden?

Aber die Frage nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Politik, nach der Verknüpfung zwischen den kurz- und mittelfristigen Forderungen einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik und hierfür unverzichtbaren Fortschritten im gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozeß greift noch weiter. Selbst wenn eine besonders klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung wie die italienische während des letzten Jahrzehnts in Teilbereichen, sei es bei den Löhnen, sei es über qualitative Forderungen zur Arbeitsorganisation usw., erhebliche Erfolge verzeichnet, wird sie bei unveränderten Rahmenbedingungen von den kapitalistischen Entwicklungsgesetzen wieder eingeholt, weil spätestens ein Nachlassen der internationalen Konkurrenzfähigkeit zu unerrträglich steigender Arbeitslosigkeit führt. Beantwortet sie dies mit einer bestimmten Zurückhaltung in ihren weiteren materiellen Forderungen — die berühmte Diskussion um die unvermeidlichen »Opfer« der Lohnabhängigen —, die sie aber nur um den Preis genau umrissener Strukturreformen zur Entwicklung Südtaliens, der Beschäftigung jugendlicher Arbeitsloser etc. auf sich nehmen kann und will, und besteht sie schließlich auf der Schaffung eigener tariflicher Kontrollinstrumente, um die Einhaltung der Zusagen zu sichern, dann betritt die Gewerkschaft unwiderruflich und mit einer ganz anderen Qualität als in der Vergangenheit die politische Bühne, wird beußt und gewollt zur gesellschaftsverändernden Kraft.<sup>15</sup>

Unter dem hier interessierenden strategischen Gesichtspunkt bringt eine solche Entwicklung zunächst einmal den enormen Fortschritt mit sich, daß der Kampf für ein neues ökonomisches Entwicklungsmodell schon unter kapitalistischer Vorherrschaft in die Produktion selbst und die ihr zugrundeliegenden Entscheidungen hineingetragen werden kann. Die Arbeiterbewegung braucht mit der Kontrolle der Investitionsentscheidungen von staatlichen wie privaten Unternehmen, mit der Inangriffnahme alternativer branchenbezogener und regionaler Wirtschaftspläne, mit dem Zusammenwirken von Gewerkschaften, direkt-demokratischen Bevölkerungsinitiativen und kommunalen oder regionalen Staatsorganen nicht erst zu beginnen, wenn auf nationaler Ebene ein sozialistisches Regierungsprogramm in die Tat umgesetzt wird. Inhaltliche Kernpunkte der neuen ökonomischen Logik, Formen der Abstimmung zwischen zentralen und dezentralen staatlichen Instanzen, das Verhältnis zwischen Planungsvorgaben und dem bewußt offenzuhaltenden Handlungsspielraum unternehmerischer Entscheidungen, mithin wesentliche Elemente des hegemonialen Projekts der Arbeiterbewegung können in ihrer auf die jeweilige Situation bezogenen Ausformung schon vor der politi-

schen Machtausübung verständlich und auf dem Wege von Arbeitskämpfen zum Gegenstand massenhafter gewerkschaftlicher und politischer Lernprozesse gemacht werden. Gleichzeitig aber wirkt der »neue politische Horizont« der Gewerkschaft (Ingrao) in ihre eigenen Reihen zurück, nötigt sie ökonomisch bereits zu einer Art von »Produzentenverantwortung« (Trentin), obwohl der Kapitalismus noch keineswegs endgültig abgedankt hat, und läßt sie als Ganzes in eine viel direktere Konfrontation zu jenen politischen Kräften treten, die sich der Gesellschaftsveränderung widersetzen.

Die bisherigen Überlegungen über die Besonderheiten des »dritten Wegs zum Sozialismus« in Westeuropa haben sich bewußt auf eine Betrachtung »von innen«, allenfalls ergänzt um den Gesichtspunkt der Konkurrenz der kapitalistischen Industrieländer untereinander, beschränkt (die sich zumindest für den Bereich der EG-Staaten als zunehmende Begrenzung des Spielraumes nationaler sozialistischer Experimente erweist). Dies erscheint insofern berechtigt, weil die hier befürwortete Strategie eben keinen Vorbildcharakter für andere geografische und gesellschaftliche Regionen beansprucht. Es greift aber andererseits zu kurz, weil der Einsatz, um den es der hiesigen Arbeiterbewegung gehen muß, nämlich schon in absehbarer Zeit wenigstens in einigen westeuropäischen Ländern den Weg zum Sozialismus zu öffnen, zwangsläufig eine internationale, bis zu einem gewissen Grade sogar weltweite Dimension enthält.

Im Mittelpunkt steht der Gedanke, daß die Arbeiterbewegung in dem Maße, in dem sie im Westen mit dem Voranschreiten des revolutionären Prozesses die politische Verantwortung übernimmt, wird bereitsein müssen, für die immensen Kosten, Vergewundungen und Opfer einzutreten, die die auf ihrem Boden entstandenen und bis heute weltweit vorherrschenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse anderen Völkern, unter ökologischen Gesichtspunkten sogar vielfach der Menschheit überhaupt auferlegt haben. Dies kann nicht im Sinne eines ohnehin unmöglichen Auslöschens der Vergangenheit oder einer schlichten Wiedergutmachung geschehen, was zumeist ebenso unmöglich sein wird. Wohl aber wird es die Bereitschaft einschließen müssen, auch zu Lasten des Wohlstands im eigenen Land auf sämtliche Privilegien zu verzichten, die im bestehenden System der internationalen Arbeitsteilung zugunsten der kapitalistischen Industrieländer wirken und die Nutzung der vorhandenen, unter sozialistischen Bedingungen weiterzuführenden Produktivkräfte in einem bisher unbekanntem Ausmaß für die Verminderung dieser Kosten zur Verfügung zu stellen.

Die angesprochenen Probleme, die langfristige Umdenkprozesse großen Stils von den westlichen Arbeiterbewegungen verlangen, stellen die bisherigen Mechanismen der Nutzung, Verteilung und Verwendung der überhaupt vorhandenen Ressourcen unter mindestens drei Gesichtspunkten in Frage. Gegenüber den Völkern der 3. Welt gilt es, schrittweise, aber mit aller Konsequenz den vom Weltmarkt ständig reproduzierten Mechanismus des ungleichen Tauschs zu durchbrechen, der die Wertschöpfung menschlicher Arbeitskraft in den ärmsten Ländern auf einen winzigen Bruchteil dessen reduziert, wie gleiche Tätigkeiten in den fortgeschrittenen Ländern »bewertet« werden. Nicht mehr erträglich sind aber auch jene Formen unkontrollierten Kapitalexports, der Ausnutzung technologischer Vorsprünge, der Auspressung selbst noch der intellektuellen Kader jener Länder zugunsten fremdbestimmter Profitinteressen ihrer Konzerne, die sich hier wie dort als Grundlage für die ökonomische und politische Machtstellung der internationalen Monopole erwiesen haben. Schließlich wird parallel zur sozialistischen Umstrukturierung der Wirtschaft in den Industrieländern der bisher mit horren-

den Extraprofiten verbundene Export bestimmter Destruktivkräfte, sei es allgemein im Bereich der Rüstungsproduktion, sei es beispielsweise der Nukleartechnologie, einzustellen sein.

Verglichen mit einer solchen die Arbeit ganzer Generationen umfassenden Aufgabe erscheint die ökonomische und moralische »Verschuldung« des Westens gegenüber den bereits existierenden sozialistischen Ländern, dank deren früher geglücktem Ausbruch aus dem System des internationalen Kapitalismus, weniger erdrückend. Hier ist es seit dem Ende des 2. Weltkriegs vor allem der diesen Völkern jahrzehntlang auferlegte Tribut des Rüstungswettlaufs, der sie an einer ungestörten wirtschaftlichen Entwicklung gehindert hat und weiter hindert. Ohne Zweifel müßte daher eine der Hauptaufgaben fortschrittlicher Regierungen in Westeuropa darin bestehen, unter voller Wahrung des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Verteidigung für eine rasche und möglichst weitgehende Reduzierung des beiderseitigen militärischen Potentials zu sorgen. Anders als bei den notwendigen Umverteilungsmaßnahmen zugunsten der dritten Welt würden sich aus derartigen Abrüstungsvereinbarungen sogar bestimmte Entlastungen für die soziale Lage der arbeitenden Bevölkerung in den westlichen Ländern ergeben, auch wenn deren kurzfristige Auswirkung infolge der hier besonders komplizierten Umstellungsprogramme (zumal wenn sie mit einer drastischen Reduktion der Rüstungsexporte einhergehen) nicht überschätzt werden dürfen.

Werden die berechtigten Anforderungen der dritten Welt wie der sozialistischen Länder an die westeuropäische Arbeiterbewegung als künftige Erbin eines der wichtigsten Zentren des kapitalistischen Systems von außen herangetragen, so wirkt die Verantwortung, die es für die Bewahrung und Wiederherstellung eines lebenswerten Austauschverhältnisses zwischen Mensch und Natur zu übernehmen gilt, von drinnen und draußen gleichermaßen. Dabei spiegelt es nur die strukturelle Abhängigkeit der heutigen dritten Welt von den westlichen Industrieländern wider, wenn die immer unübersichtlicher werdenden Folgen der Umweltbelastung durch die vorhandene Produktionsweise, wie das »Umkippen« von Flüssen und Seen, zunehmende Bodenerosion und die Erhöhung von Schadstoffemissionen bis zur menschlichen Belastungsgrenze, als das vordringliche innere Problem begriffen werden, wogegen die Herkunft der verbrauchten Rohstoffe, ihr Umfang und die Intensität ihrer Nutzung vielfach lediglich als lästige Abhängigkeit von äußerer Willkür erscheint. Dagegen wird das übergreifende Kernproblem der Ökologie, dem sich alle drei hier unterschiedenen »Welten« gegenübersehen, nämlich das wachsende Gewicht absoluter Grenzen konsumierbarer Rohstoffe und Nahrungsmittel wie der Reproduktionsfähigkeit der natürlichen Umwelt (oder was davon allenfalls noch erhalten ist), erst mit großer Verzögerung erkannt. Die Existenz solcher Grenzen aber wird ungeachtet weiterer Fortschritte der Produktivkraftentwicklung spätestens dann unbestreitbar, wenn man an dem elementaren Anspruch der Völker der dritten Welt wie künftiger Generationen festhält, einen dem hiesigen Lebensstandard der großen Bevölkerungsmehrheit zumindest vergleichbaren Grad der materiellen Bedürfnisbefriedigung zu erreichen.

Bereits heute ist absehbar, vor welchen enormen Erwartungen und Verpflichtungen der »dritte Weg zum Sozialismus« im Inneren wie nach Draußen, im Beseitigen des kapitalistischen Nachlasses auf dem eigenen Boden, gegenüber der dritten Welt und den sozialistischen Ländern, aber eben auch in der Bewältigung der unaufschiebbar gewordenen ökologischen Probleme stehen wird. Zu den unabdingbaren Aufgaben der Vor-

bereitung auf ein erfolgreiches Beschreiten dieses Weges gehört deshalb auch die Ausarbeitung einer Konzeption revolutionärer Sparpolitik<sup>16</sup>, in der sich die Bereitschaft zur Begrenzung berechtigter Konsumbedürfnisse der arbeitenden Massen mit dem konsequenten Abbau klassenmäßiger und berufsständischer Privilegien sowie einer umfassenden demokratischen Kontrolle der beim Aufbau einer neuen ökonomischen Logik durch Zugeständnisse der Lohnabhängigen ermöglichten Umverteilungen nach innen und außen verbinden.

## Anmerkungen

- 1 Auf die Mißlichkeit der Verwechslungsmöglichkeiten mit einem »dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus« angesprochen, antwortet beispielsweise Pietro Ingrao: Der Begriff des dritten Wegs ist »lediglich ein Bild, eine Metapher, die jedoch mit Macht auf eine politische Notwendigkeit verweist — und als solche bin ich dafür«. Er fügt hinzu, im übrigen werde man wahrscheinlich später ebensogut von »einem vierten oder fünften Weg« sprechen können; Pietro Ingrao: *Crisi e terza via*, Rom 1978, S. 118; deutsch jetzt auszugsweise in: *Annäherungen an den Sozialismus. Strategien eines Dritten Weges*, Hamburg 1979, S. 35ff.
- 2 Zitiert nach Herbert Steiner: *Am Beispiel Otto Bauers — Die Oktoberrevolution und der Austromarxismus*, in: *Monatsschrift für Fragen der Demokratie und des wissenschaftlichen Sozialismus*, Sondernummer, Wien, Juli 1967, S. 3/4.
- 3 Der Text des Linzer Programms ist abgedruckt in: Hans-Jörg Sandkühler/Rafael de la Vega: *Austromarxismus*, Frankfurt 1970, S. 378ff. Vgl. auch Bauers Einleitungsreferat auf dem Linzer Parteitag, in: *Werke* Bd. 5, Wien 1978, S. 391ff.
- 4 Vergleiche als noch immer einzige deutschsprachige Textauswahl: Antonio Gramsci: *Philosophie der Praxis*, Frankfurt 1967. Zur hiesigen, rasch an Umfang gewinnenden Gramsci-Diskussion vgl. etwa Karin Priester: *Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci*, in: *Das Argument*, Nr. 104 (1977), S. 515ff.
- 5 Die italienischen Kommunisten, *Auslandsbulletin*, Sonderausgabe 1978, Thesenentwurf für den XV. Parteitag der IKP, S. 9.
- 6 Zu den Positionen des CERES-Flügels in der französischen PS vgl. M. Charzat, Gh. Toutain, J.P. Chevènement: *CERES, Strategie für den Sozialismus*, deutsch: Hamburg 1977 und J.P. Chevènement: *Ende der Spaltung?*, deutsch: Hamburg 1978. Zum Selbstverständnis der marxistischen Gruppierungen in der SPD vgl. die »Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD«, Berlin 1978 und »Göttinger Thesen. Arbeiterbewußtsein, Gewerkschaften und Sozialdemokratie«, Göttingen 1979.
- 7 Neben dem offiziellen, am Marxismus festhaltenden Selbstverständnis der spanischen, italienischen oder griechischen Sozialisten sei als Beleg für die genannte These beispielsweise auf Grundsatzartikel des früheren Generalsekretärs der PSI, Francesco De Martino verwiesen, in denen er den spezifischen Charakter seiner Partei im Unterschied zu den nordeuropäischen Sozialdemokratien wie zu den traditionellen kommunistischen Positionen mit einer dem hier erörterten »dritten Weg« sehr verwandten Begrifflichkeit zu erklären versucht; vgl. De Martino: *Ideologie und Politik*, deutsch in: Detlev Albers: *Demokratie und Sozialismus in Italien*, Frankfurt 1978, S. 172ff. Und ist im übrigen ausgemacht, daß sich nicht auch die Politik eines Francois Mitterand in eine derartige Konzeption einfügen würde?
- 8 Otto Bauer: *Die österreichische Revolution*, Nachdruck Wien 1965; auch enthalten in: *Werke*, Bd. 2, S. 489ff.
- 9 Am deutlichsten findet sich diese Auffassung in den folgenden Sätzen: »Er (der Marxismus, D.A.) begreift den Reformismus als die Anpassung der Arbeiterbewegung an eine bestimmte Entwicklungsstufe, als das Produkt einer bestimmten Entwicklungsstufe, als das notwendige Resultat einer bestimmten Entwicklungsstufe. Aber gerade weil er ihn als das Resultat einer bestimmten Entwicklungsstufe versteht, versteht er, daß seine Notwendigkeit nur transitiv, nur vorübergehend ist, die überwunden werden muß, sobald die Entwicklungsstufe, der er entspricht, selbst überwunden wird. Und er setzt sich die Aufgabe, auf der reformistischen Entwicklungsstufe selbst schon die revolutionären Ideen zu entwickeln und zu verbreiten, die

- jungen revolutionären Kader zu erziehen, die sie überwinden werden«; Otto Bauer: Zwischen zwei Weltkriegen? In: Werke, Bd. 4, S. 305/306.
- 10 So lautet der programmatische Titel eines neuen Buches von Lucio Lombardo Radice: Un socialismo da inventare. Riflessioni sulla via democratica alla trasformazione della società, Rom 1979.
- 11 Um Mißverständnissen bezüglich der Einschätzung der historischen Verdienste Lenins, in Theorie und Praxis, vorzubeugen, sei an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich auf die Würdigung Otto Bauers, vgl. Anmerkung 2, verwiesen.
- 12 Zur begrifflichen Klärung vgl. Karin Priester: Die Bedeutung von Gramscis »erweitertem« Staatsbegriff; in Argument-Sonderband Nr. 44 (1979), S. 30ff.
- 13 Das Linzer Programm, abgedruckt in Sandkühler/de la Vega (Hrsg.), a.a.O., S. 385.
- 14 Dieser Gedanke wird nicht zufällig erst in der neueren, von Norberto Bobbio ausgelösten Staatsdiskussion der italienischen Linken — vor dem Hintergrund der zugespitzten nationalen Klassenauseinandersetzungen der 60er und 70er Jahre — gründlicher erörtert; vgl. dazu (deutsch) Sozialisten, Kommunisten und der Staat. Über Hegemonie, Pluralismus und sozialistische Demokratie, Hamburg 1977.
- 15 Zur neueren Gewerkschaftsentwicklung in Italien vgl. Bruno Trentin: Arbeiterdemokratie. Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte, Hamburg 1978; Luciano Lama: Die Gewerkschaft in der italienischen Krise, Frankfurt 1979 und Enrico Italiani: Wirtschaftskrise und Gewerkschaftspolitik in Italien; in: WSI-Mitteilungen 4/1979, S. 205ff. Mit den Konsequenzen aus dem neuem gewerkschaftlichen Selbstverständnis beschäftigt sich auch ausführlich Frank Deppe: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg 1978.
- 16 Vgl. Enrico Berlinguer: Austerità — occasione per trasformare L'Italia, Rom 1977; erneut abgedruckt in: Teoria e politica della via italiana al socialismo, Rom 1979, S. 293ff.



Staats-/Parteitheorie Gramscis.  
Austromarxismus. Revolutionstheorie.  
Verfassungspolitik i. d. BRD.  
Albers, Altvater, Kievenheim u.a.  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Automation führt zur Höherqualifikation.  
Bildungsbegriff. Freiheit und Planung.  
Kann der Kapitalismus die Produktivkräfte noch entwickeln?  
SH 37 118 S. 8,00 DM.

Didier Motchane

## Prinzipien der Selbstverwaltung im Übergang zum Sozialismus\*

Für die heutige Welt scheinen mir drei Merkmale besonders charakteristisch zu sein. *Das erste* ist die weltweite Ausdehnung des Kapitals und des Marktes mit all ihren Folgen, insbesondere dem Voranschreiten der neuen internationalen Arbeitsteilung, die die gesellschaftlichen Verhältnisse und die internationalen Beziehungen grundlegend verändert. Daraus entsteht zunächst, wie wir es in unserem sozialistischen Programm nennen, das Phänomen der »Marginalisierung der Massen« (*marginalisation de masse*). Ich will damit sagen, daß die Dynamik der Ungleichheit des gesellschaftlichen Verhältnisses »Kapital« sich heute mit voller Wucht auf allen Ebenen entfaltet, denn es sind auf der internationalen Ebene ganze Staaten, die marginalisiert werden, und innerhalb einer jeden Nation ganze Regionen. Und es ist nicht mehr nur eine kleine Zahl von Randgruppen, die marginalisiert, von der Gesellschaft abgedrängt werden, sondern ganze soziale Schichten. Es sind gerade die Jüngsten, aber oft auch die Ältesten, die keine Möglichkeit mehr finden, ihre Bedürfnisse und Forderungen mit einer kollektiven Erwartung, einer gesellschaftlichen Zukunft zu verbinden.

Eine der Fragen, die diese neue Situation uns stellt, betrifft die Länder, in denen sich die Arbeiterbewegung am weitesten entwickelt hat und wo die Sozialdemokratie geboren wurde — ich meine jenen grundlegenden Kompromiß zwischen der Macht und dem Wohlstand, der für die Arbeiter enorme Vorteile gebracht hat, aber genausoviele ungelöste Probleme. Es handelt sich um eine wohlgedachte Integration der Arbeiterklasse in diese Gesellschaft, ausgehandelt von den Arbeiterorganisationen. Doch seit große Teile der Bevölkerung am Rand stehen und weder die Perspektive noch die Möglichkeit haben, sich in diese Gesellschaft zu integrieren, kann man sich fragen, ob diese Veränderung nicht die Aktualität der sozialdemokratischen Formel in Frage stellt.

Eine *zweite Konsequenz* ist, daß das Verhältnis zwischen der Demokratie und dem Kapitalismus sich umgekehrt hat, seit der kapitalistische Markt zum Weltmarkt geworden ist. Die Demokratie hat sich mit dem Kapitalismus entwickelt. In Frankreich datiert das allgemeine Wahlrecht, auch für Frauen, erst von 1945 und die Trennung von Kirche und Staat von 1905. In meinem Land hat die Vollendung der Revolution mehr als ein Jahrhundert gebraucht und wir hatten eine eingeschränkte, eine »bürgerliche« Demokratie. Trotzdem war dies das bisherige Maximum an Demokratie, und wir hatten es, weil der Kapitalismus es notwendig machte, im Schoß der herrschenden Klasse demokratische Formen zu entwickeln. Diese Beziehung zwischen Demokratie und Kapitalismus hat nun einen veränderten Sinn bekommen. Seit das Problem der Macht für die herrschende Klasse bedeutet, mit dieser Krise fertig zu werden, dafür zu sorgen, daß Veränderung ohne Explosionen möglich ist, läßt sich diese Situation nicht mehr bewältigen, ohne einen zunehmenden Rückgriff auf die »Polizei«. Und dabei denke ich nicht einmal in erster Linie an die Polizei in Uniform, sondern an all die Formen von sozialer Kontrolle, die sich der Medien und des Informationswesens bedienen, um die Repräsentation der Massen zu manipulieren, um die Ideen durch Bilder kurzzuschließen

\* Gekürzte Fassung des Referats auf dem 2. Otto Bauer Symposium, Wien, 23.-25.11.1979. Ungekürzt demnächst in: D. Albers, J. Cap, D. Motchane, P. Ingrao (Hrsg.): Linkssozialisten und Marxismus heute. Ergebnisse der 2. internationalen Otto-Bauer-Tagung, Wien 1979. Frankfurt 1980. Aus dem Französischen übersetzt von Martine Hénissart und Thomas Laugstien.

und eine wachsende Zahl von Leuten zu kontrollieren und zu erfassen. Wir können in Europa einen allgemeinen Rückgang der Demokratie feststellen, jener begrenzten und ungenügenden Demokratie, die aber verteidigt werden muß.

Die *dritte Konsequenz* ist die Internationalisierung des Kapitals, die Tatsache, daß immer mehr und wichtigere Sektoren der Produktion, nämlich die für die Zukunft bestimmenden Wachstumsindustrien, von einer multinationalen Gruppierung des Kapitals beherrscht werden, die über die Institutionen hinausreicht, auf deren Niveau die Arbeiterbewegung und die Linke gekämpft und Positionen erobert hat — sei es Positionen der Macht oder der Teilhabe an der Macht, sei es Gegenmachtpositionen, die der einzige Schutz sind, über den die Arbeiter und die Mehrheit der Bevölkerung verfügen. Unsere heutige Realität könnte man mit den europäischen Landschaften vergleichen, die von den großen Fernstraßen durchquert werden, ohne daß die Leute am Straßenrand wissen, woher sie kommen und wohin sie gehen. Zwischen diesen großen Fernstraßen gibt es grüne Flächen und Leute, die dort leben dürfen. Man läßt sie in Ruhe, gibt ihnen sogar etwas Geld. In diesen großen Indianerreservaten läßt man sie diskutieren, zum Beispiel über Selbstverwaltung. Aber inzwischen läuft das Leben weiter und die Zukunft wird entschieden, und inzwischen beschleunigt sich die Zersplitterung der Arbeiter untereinander. Denn es gibt eine ganze Bevölkerungsschicht, die auf diesen Fernstraßen und in ihrer Umgebung arbeitet, die integriert ist in den wirklichen Kapitalismus, der in der Regel ein Staatskapitalismus ist. Aber daneben gibt es hunderte von kleinen und mittleren Unternehmen, in denen es keine Tarifverträge, kein Statut und keine Gewerkschaft gibt, weil es Privatunternehmen sind. Diese Betriebe sind selbst die Auftragsarbeiter der Großen, und die Unsicherheit der Beschäftigung ist dort zehnmal größer. Durch die Entwicklung der Teilzeitarbeit, durch die Tatsache, daß heute in einem großen Unternehmen eine ganze Reihe von Funktionen wie Instandhaltung, Buchführung, Betriebsschutz an Serviceunternehmen übergeben werden, gibt es am gleichen Ort hunderte von Leuten, die nicht denselben Chef haben, die nicht in der gleichen Lage sind, die überhaupt nicht die gleichen Lebenserfahrungen haben. Diese Segmentierung der Lohnarbeiterschaft und der Arbeiterklasse, der Gegensatz zwischen denen, die in der Bewegung des Kapitals sind, und denen, die daneben stehen und keine andere Perspektive haben als einen ewigen Wechsel zwischen kleinen Jobs, Schwarzarbeit und Sozialhilfe — dies scheint mir das dritte wesentliche Merkmal der gegenwärtigen Situation zu sein.

Man wird sagen, dies sei ein etwas weitschweifiger Beginn, um über die Prinzipien der *Selbstverwaltung* (*autogestion*) im Übergang zum Sozialismus zu sprechen. Aber ich glaube, daß dieser Umweg uns eine Abkürzung ermöglicht. Was also ist die *Selbstverwaltung*, über die man redet, die existiert in Jugoslawien, in Algerien? Es gibt unterschiedliche Bedeutungen, und jede davon ist legitim, solange man sich nicht durch die Verpackung täuschen läßt. In meinem Land jedenfalls, und übrigens auch in meiner eigenen Partei, sehen viele in der *Selbstverwaltung* eine neue Technik der *Verwaltung*, um die Arbeiter besser in ein Produktionssystem zu integrieren, zweifellos um den Preis bedeutender Veränderungen, aber ohne das zugrundeliegende Produktionsverhältnis anzutasten. In der Verwendung des Begriffs »*Selbstverwaltung*« gibt es kein Tabu: Es gibt Unternehmer, die sich »*autogestionnaire*« nennen, es gibt eine ganze Reihe von Begriffen und Techniken wie »*Führung durch Mitbestimmung*« und »*job enrichment*«.

Der intelligenteste Teil der Unternehmer hat die Widersprüche bemerkt, die mit der

Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation (dem Taylorismus) verbunden sind. Denn die Rationalisierung, die in der Fließbandarbeit einen arbeitenden Menschen immer mehr zum leblosen Werkzeug macht, hat einen Effekt, der sich gegen die Unternehmer selbst richtet. Der Beweis ist der sogenannte »Dienst nach Vorschrift«. Wenn man all das wörtlich ausführt, was im Sinne größtmöglicher Rationalität der Organisation entschieden wurde, kommt alles zum Stillstand. Das bedeutet, daß die Produktion nur über tausende von kleinen unsichtbaren Initiativen funktioniert, die ebenso viele Ungehorsamkeiten sind.

Ein anderer Begriff der *Selbstverwaltung* stammt von Marx. Er bezeichnet den *Kommunismus*, d.h. eine Gesellschaft, in der die scheinbar organische Teilung von Kopf und Hand verschwunden ist, also eine Gesellschaft ohne Klassen und Lohnarbeit. Das ist die theoretische Definition der *Selbstverwaltung* im Programm der Sozialistischen Partei von 1972. Aber diese Definition unterstellt das Problem bereits als gelöst. Denn es ist eine Perspektive, der noch keine historische Erfahrung entspricht und die von unserer eigenen historischen Perspektive weit entfernt ist. Wenn wir dem Wort »Selbstverwaltung« einen operativen Sinn geben wollen, müßte er einen Bezug zur wirklichen, aktuellen Situation des Klassenkampfes haben. In Bezug auf den Weg zwischen dem Heute und jenem Horizont muß das Wort einen Sinn bekommen — warum hätten wir es sonst gegen das Wort »Sozialismus« austauschen sollen? Wörter wie Demokratie oder Selbstverwaltung nutzen sich sehr schnell ab. Eine interessante Frage: warum hat man, seit 15 Jahren etwa, auf ein neues Wort zurückgegriffen? Ich glaube, daß dies mit einer historischen Erfahrung der Arbeiterbewegung zu tun hat. Lange Zeit war man zu sehr fasziniert von dem Gedanken, es würde genügen, die Macht zu übernehmen, um sie zu verändern und vielleicht den Klassenkampf zu beenden. Die Entwicklung der großen Parteien und Gewerkschaften rief die bisher unabgeschlossene Diskussion hervor, ob die institutionalisierte Arbeiterbewegung, die ihren Kampf auf dem Terrain der bürgerlichen Gesellschaft selbst führt, nicht dabei riskiert, in die Falle zu gehen. Die Institutionen der Arbeiterbewegung haben vergessen, daß der Klassenkampf konkret — das heißt für die einzelnen Menschen: dort gelebt und erfahren wird, wo sie arbeiten, wo sie wohnen, wo sie lernen. Ganz sicher drückt die Wahl des Wortes »Selbstverwaltung« eine Reaktion aus gegen einen zu zentralisierten und institutionalisierten Kampf für den Sozialismus.

Ich glaube aber auch, daß man oft genug von einer richtigen Kritik ins entgegengesetzte Extrem gefallen ist. Ich meine damit, daß die Einheit der Gesellschaft, die Einheit der Macht als Struktur vergessen wurde; die einfache Tatsache, daß es zwischen der Macht der Regierung oder eines Präfekten, der Macht eines Bankiers über die Industriellen oder der Macht des Industriellen über die Lohnabhängigen natürlich viele Zwischenglieder gibt, daß es aber letztlich ein und dieselbe Sache ist, die alles das zusammenhält. Kapitalismus und Sozialismus existieren nicht als zwei getrennte Lager, mit einer Mauer dazwischen. Sondern die Grenze zwischen Sozialismus und Kapitalismus verläuft im Leben und folglich in den Köpfen aller Sozialisten, sie ist eine bewegende Kraft wie der Kampf und die Ideen. Die Sozialisten sind weder staatlich noch anti-staatlich, unsere Praxis richtet sich gerade gegen diese Trennung. Zweifellos hat der Staat, und ich meine damit die Institutionen, eine gewisse Autonomie, aber er ist definitiv ein Instrument, das nicht mehr wert ist als die Hand, die am Hebel sitzt.

Was also ist die *Selbstverwaltung*, und was hat sie mit dem Sozialismus zu tun? Ich

glaube, daß man dazu zweierlei prüfen muß: *Erstens*, ist sie eine aktuelle gesellschaftliche Realität? *Zweitens*, wie können wir uns heute den Übergang zum Sozialismus vorstellen? Unsere Genossen von der KPF haben noch vor einigen Jahren gegen den Begriff der Selbstverwaltung geschossen. Heute sind sie selbst *«autogestionnaires»*, sie haben sogar das Wort übernommen. Aber in ihrer Kritik gibt es einen interessanten Punkt. Sie sagten: ihr Sozialisten macht aus der *Selbstverwaltung* eine Luxusforderung, denn wer sind denn im Grunde die Leute, die von Selbstverwaltung reden? Natürlich sind es Lohnabhängige, aber es sind die unteren und mittleren Führungskräfte (*cadres*). Es sind Leute, denen es ihre materielle Situation und ihre Funktion erlaubt, daß sie sich über ihren Betrieb Gedanken machen — nicht die Masse der Lohnabhängigen. Diese Unterscheidung ist nützlich auf dem Niveau der Analyse und absurd, wenn man sie als Realität nimmt. Denn jede Veränderung der Verhältnisse im Betrieb läuft auf eine Veränderung der Arbeitskraft hinaus. Es ist normal, daß die Idee der Selbstverwaltung zuerst von diesen neuen Schichten der Lohnarbeiterschaft propagiert wurde, und es ist wahr, daß sie auf diese Weise gewendet und entwendet werden kann. Nur liegt für uns der Wert und die Kraft dieser Idee nicht dort. Sondern in der Tatsache, daß wir in Europa seit 15 Jahren eine ständig wachsende Zahl von Konflikten feststellen, in denen die Arbeiter zwar für ihren Lohn kämpfen, aber auch für ihre Würde. Die Fließbandarbeit, vor 30 Jahren noch widerspruchslos hingenommen, wird heute mehr und mehr abgelehnt. Diese Streiks werden durchgeführt von unqualifizierten Arbeitern oder von Gastarbeitern oder von Arbeitern, deren Qualifikation bedroht ist, getragen von der umfassenden Bewegung der beruflichen Dequalifikation, die heute eines der charakteristischen Merkmale der Arbeiterklasse im erweiterten Sinne ist. Das ist die Realität, in die sich die Forderung nach *Selbstverwaltung* einschreibt. Die Leute fangen an, es nicht mehr normal zu finden, daß sie keine Informationen haben über das, was sie tun, und über die Organisation ihrer Arbeit kein Wort mitzureden haben. Wenn die Veränderung des Kräfteverhältnisses erlaubt, daß man ihnen dieses Recht zugesteht, stellt dies natürlich das gesamte Gleichgewicht des Unternehmens in Frage. Mit ihrem Zugang zur Information steht die Entscheidung des Unternehmens zur Disposition. Aber ein Betrieb ist keine Insel, er existiert nur im Verhältnis zur Ökonomie und zur gesamten Kollektivität. Damit stellt sich das Problem der Planung, denn die Selbstverwaltung des Unternehmens ist nur der punktuelle Aspekt der Planung der Ökonomie und der gesamten Gesellschaft — das heißt letztlich die Demokratie.

Ich muß noch zwei Dinge erwähnen. *Erstens* bekommt die *Selbstverwaltung* natürlich ihren Sinn durch eine gemeinsame Erfahrung, die auch eine ideologische Erfahrung ist. Einige Sozialisten betrachten die Selbstverwaltung als eine Art Verallgemeinerung der Genossenschafts-Ideologie. Wir sind damit nicht einverstanden. Die Genossenschaftsbewegung hat einen großen Wert, aber wir wissen, daß sie im Kapitalismus ebenfalls ausgenutzt werden kann, z.B. von der Nahrungsmittelindustrie. Die *zweite* Sache ist, daß der Übergang zum Sozialismus nicht blitzartig geschieht, sondern eine historische Periode ist mit ihrem Vor und Zurück, ihren kurzen und langen Bewegungen — was nicht heißt: eine Abfolge von kleinen, sanften Korrekturen. Wir denken ihn als Übergang (*transition*) und Bruch (*rupture*). Das bedeutet, daß die Selbstverwaltung, der sich entwickelnde Sozialismus, keine befriedete, konfliktfreie Gesellschaft ist. Sie ist im Gegenteil eine Gesellschaft, in der die unterschiedlichen Bedürfnisse zum Vorschein kommen, weil sie besser wahrgenommen und ausgedrückt werden können.

Die Demokratie ist nicht die Auslöschung der Konflikte, sondern das Sichtbarwerden der Konflikte. Aber der Übergang geht aus von einem Bruch. Denn wenn die Revolution, wie der Austromarxismus sagte, eine langsame ist, ein historischer Prozeß, dann müssen auch die Bedingungen da sein, die sie auslösen. Eine der großen Debatten in unserer Partei war immer die zwischen denen, die Übergang und Bruch ineinanderwerfen wollten, und denen die sagten: Wenn die Revolution nicht das große Fest ist (le grand soir), muß man die Hände austauschen, die an bestimmten Hebeln sitzen.

Damit stellt sich das Problem des Staates und der Transformation des Staates, und auch das Problem der Ideologie und der Haltungen. Die Forderung nach Selbstverwaltung hat nur Sinn, wenn sie durch einen Sturz der Klassenverhältnisse realisiert wird. Es gibt kein isoliertes Experiment der Selbstverwaltung, so wie man sich im 18. Jahrhundert an physikalischen Experimenten amüsierte. Wenn die Selbstverwaltung eine Forderung ist, die das Problem des Bruchs stellt — und das ist sie, wenn man sie ernst nimmt —, dann ist sie heute das Prinzip und sogar die zeitgemäße Form des sozialistischen Kampfes in Europa.



ALTERNATIVE  
WIRTSCHAFTS-  
POLITIK 2  
AS 52

Adressat, politische Grundlagen der Memoranden. »Alternative Utopie« oder »Systemüberwindung«; Konzeption der CDU/CSU. Nachfrageorientierte Beschäftigungspolitik. Finanzierung expansiver Staatshaushalte.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



ALTERNATIVE  
WIRTSCHAFTS-  
POLITIK  
AS 35

Kontroversen über: Wirtschaftstheoretische Grundlagen, Krise/Arbeitslosigkeit/Arbeitsmarkttheorie, Alternative Regionalpolitik. Bolle, Hickel, Hufschmid, Kisker, Riese, Vogt.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Wolfgang Fritz Haug

## Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen (II)

### Arbeitspapier zur Erforschung ideologischer Effekte des Faschismus

Im ersten Teil (*Argument* 117/1979, 645-654) gab der Verfasser einen Überblick über die Behandlung des Ideologischen in der Faschismus-Diskussion des *Argument*. Auf der einen Seite wurde von Mason die These vom Faschismus als »inadäquatem Überbau« vertreten, der nicht aus den Produktionsverhältnissen und dem Interesse der herrschenden Klasse erklärt werden könne. Diese These ist verbunden mit der These von der prinzipiellen Irrationalität, ja sogar selbsterstörerischen Qualität faschistischer Politik und Ideologie. — Auf der andren Seite wurde — auf höchstem Niveau von Reinhard Opitz — die These von der unmittelbar monopolkapitalistischen Bestimmtheit des Faschismus verfochten. — Während es in der Logik des Mason'schen Denkens liegt, das Ideologische als selbständige und bestimmende Instanz aufzufassen, wird es bei Opitz das Unselbständig-Umkämpfte. Seine zentrale Kategorie ist die der »Bewußtseinsfälschung«. Dieser Begriff ist stark und sachhaltig, weil er darauf orientiert, die Strategien und Taktiken der ideologischen Klassenkämpfe zu durchschauen. Er ist einer in der demokratischen Bewegung verbreiteten naiven Opferlamm-Mentalität entgegengesetzt, die nicht die »Kunst des plumpen Denkens« (Brecht) gelernt hat, d.h. die gutgläubig auf die Tricks hereinfällt, und »es sich nicht denken kann«, daß der Klassenkampf-von-oben wirklich skrupellos und generalstabsmäßig geführt wird. (...) Andererseits ist die Grundkategorie von Opitz auch seine theoretisch schwächste. »Bewußtseinsfälschung« ist der Musterfall einer Kategorie des Alltagsbewußtseins. In ihr arbeitet Opitz die verschwörungs- und manipulationstheoretischen Annahmen aus. (...) Aber Verschwörung und Manipulation sind nicht der ganze Wirkungszusammenhang, sondern nur — unbedingt zu beachtende — Seiten des Zusammenhangs. Beim Entwurf demokratischer und antifaschistischer Politik rächt es sich bitter, sich auf solche Kategorien zu beschränken.

Unterstellen wir die These von der Bewußtseinsfälschung. In ihrer Logik liegt folgendes Erklärungsmodell: Das Ideologische ist teils unmittelbarer Reflex des Ökonomischen (nach dem Muster des Warenfetischismus), teils und vor allem Resultat bewußter planmäßiger Einwirkung von Apparaten und Agenten der herrschenden Klasse bzw. deren die Macht in ihren Händen konzentrierender Fraktion, dem Monopolkapital. Unterstellt wird dabei, daß politisches und ideologisches Bewußtsein »an sich« die ökonomische Klassenlage zum Inhalt haben müsse. Opitz bewegt sich hier — vielleicht ohne es wahrzuhaben — in der Tradition eines Denkens, wie es klassisch von Georg Lukács artikuliert wurde. Vor allem bei der Auffassung des Klassenbewußtseins der Arbeiter treten die Probleme dieser Position zutage. Lukács unterscheidet zwischen »empirischem« und »zugerechnetem Klassenbewußtsein«. Das empirische Klassenbewußtsein erliegt mehr oder weniger dem Verdinglichungseffekt des Warenfetischs. »Im Rückgriff auf den Max Weber'schen 'Idealtypus' soll 'zugerechnetes Klassenbewußtsein' die 'rationelle angemessene Reaktion, die einer bestimmten typischen Lage im Produktionsprozeß zugerechnet wird' (Lukács 1968, 224) bezeichnen.« (Nemitz 1979, 55) Die »zurechnende« Instanz ist die Theorie, verkörpert durch den Theoretiker. Zugleich wird die kommunistische Partei als organisierter »Ausdruck« dieses »zugerechneten Klassenbewußtseins« gedacht, der Theoretiker als Organ der Partei, so daß sich in dieser Konzeption ein philosophischer Parteikreis fern über der wirklichen Arbeiterklasse zu schließen droht. Das Modell der »Bewußtseinsfälschung« setzt voraus, daß »richtiges Bewußtsein« »zugerechnet« werden kann. Es rechnet im übrigen auch der bürgerlichen Klasse ständig ein adäquates Bewußtsein ihrer ökonomischen Lage zu und leitet ihre Handlungsweisen unmittelbar daraus ab. Sein Verfahren ist also reduktionistisch, und zwar reduziert es Politisches, Ideologisches auf den Ausdruck von Ökonomischem; und es reduziert auf dem »Zurechnungs«-Wege.

Was folgt für die politische Praxis aus der Bewußtseinsfälschungs-These? Nichts anderes als die permanente Bewußtseins-Richtigstellung im Sinne des »geschriebenen Klassenbewußtseins«. Im Zentrum der Politik stehen ständige Klassenbewußtmachungsversuche. Dabei wird unterstellt, daß die Klassen letztlich nur im Ökonomischen zu sich kommen. Die übrigen Praxen, Bereiche, Formen ihres Daseins gelten demgegenüber nichts. Es wird auch nicht gesehen, daß die Herausbildung politischer Handlungsfähigkeit stets einer Logik folgt, die der des ökonomischen Klassenreduktionismus genau entgegengesetzt ist. Die Klassen müssen, wie Gramsci gesehen hat (vgl.

Elfferding / Volker 1979, 74 ff.), ihre Position in den kulturellen, politischen, ideologischen Praxen produzieren, sich »hinaufarbeiten« (Gramsci, z. n. Elfferding / Volker, 164). Sind sie auch in letzter Instanz durch ihre Stellung in den Produktionsverhältnissen bestimmt, so sind sie keineswegs darauf reduzierbar. Eine Politik ständiger reduktionistischer Bewußtseinsrichtigstellung verfehlt alle kulturellen, ideologischen, spezifisch politischen Mächte, die bei der Bildung eines möglichen demokratischen Machtblocks zusammenwirken, und überläßt sie dem Gegner. Mit dieser These endete der erste Teil dieser Skizze: »Droht nicht ein Antifaschismus, der gegen falsifiziertes Bewußtsein versucht, Klassenbewußtsein, d. h. Bewußtsein von der unmittelbaren materiellen Interessenlage anzusetzen, komplexe kulturelle und ideologische Dimensionen zu verfehlen und damit in ... rationalistischer Hilflosigkeit zu versagen?« (*Argument* 117, 652) Im folgenden geht es darum, eine Methode zu skizzieren, die diese Gefahr vermeidet. Diese Methode ist der Opitz'schen nicht eigentlich entgegengesetzt. Seine Analysen werden keineswegs zum dummen Zeug erklärt, sondern nur relativiert. Außerdem erfaßt diese Methode nur *eine* Dimension, tritt also ergänzend zu anderen Fragestellungen hinzu. Die leitende Frage ist zunächst die nach dem Zustandekommen der ideologischen Effekte im Faschismus. Fängt man einmal an, das konkrete Wie zu untersuchen, stellt man verblüfft fest, daß man von der Fragestruktur, innerhalb deren der Mason / Opitz-Gegensatz sich entfaltet, schlechterdings davon abgelenkt wurde, das Zustandekommen der ideologischen Mächtigkeit des Faschismus zu untersuchen.

Die folgenden (leicht gekürzten) Thesen entstammen dem Diskussionszusammenhang des Projekts Ideologie-Theorie. Sie dienen der methodischen Selbstverständigung bei der Vorbereitung von Materialstudien zu Faschismus und Ideologie (als *Argument*-Sonderband AS 60 geplant).

### Allgemeine methodische Regeln

1. Grundlegende Einsicht historisch-materialistischer Bewußtseinstheorie ist das Postulat, »Sein« und »Bewußtsein« nicht auseinanderzureißen, sondern vom *bewußten tätigen Sein* auszugehen. (...)

2. Im Sinne der »allgemeinen Regeln« der Ideologie-Theorie (vgl. PIT 1979, 201) werden wir das Ideologische zunächst als *äußeres Arrangement* untersuchen und bei der Analyse ideologischer Effekte *von außen nach innen* vorgehen. Wir brechen also im Ansatz mit einer Begrifflichkeit, die von den *Intentionen* eines Manipulationssubjekts ausgeht. Wir analysieren die *Organisation von Wirkungen*. (...)

3. Wir untersuchen ideologische Prozesse in ihrer Wirklichkeit, d. h. wir analysieren wirkende Elemente, ihre Anordnung, ihre Organisation und das Ringen um sie.

4. Bei der Untersuchung der ideologischen Wirkungszusammenhänge dürfen wir keine homogene Totalität unterstellen. Wir untersuchen ein gegliedertes Ganzes, d. h. einen Zusammenhang relativ selbständig wirkender und aufeinander (auch gegeneinander) einwirkender Instanzen.

5. Wir bezeichnen das einzelne wirkende Element ideologischer Anordnungen als *Ideologem*. (...) Wir wollen nicht »verstehen«, sondern wahrnehmen, wie zu verstehen gegeben wird.

6. Im weiten Sinn soll »Ideologem« jedes wirkende Element *im Rahmen einer ideologischen Formation* bezeichnen. Die Wirkung läßt sich mit Goebbels als »Macht über die Herzen des Volkes« charakterisieren. Grob lassen sich zwei Klassen solcher Ideologeme einander entgegensetzen: vertikale und horizontale Ideologeme. Mit »horizontalen Ideologemen« bezeichnen wir Elemente, die kultureller Selbstartikulation entstammen. Ihre Beschwörung im Rahmen einer ideologischen Formation kann daher eine Art von Zustimmung bebringen, die an sich den Anrufungen von oben verschlossen ist. Ursprüngliche Selbstvergesellschaftungskräfte werden hier umfunktioniert und in Formationen der Fremdvergesellschaftung eingebaut. Innerhalb der ideologischen Formationen treten sie stets als dominiertes Grundmaterial auf. Dominiert sind sie von Ideo-

logemen im engeren Sinn, von »vertikalen Ideologemen«, d. h. von Elementen, die unmittelbar freiwillige Unterstellung unter »höhere« Mächte auslösen. Oft stößt die Analyse auf Kreuzungen beider Richtungen. Die aktualisierende Anrufung von Ideologemen wirkt in der Art eines Selbst-zur-(Ein-)Ordnung-Rufens der Adressaten.

7. Wir untersuchen die Organisation des Ideologischen als Herstellung von Assoziationsketten. (...) Wir untersuchen die Herstellung von »Gliederungen« (Artikulationen), »Kreuzungen« und Dominanzverhältnissen zwischen verschiedenen Assoziationsketten. Wir untersuchen diese Gliederungen als Anbahnung von Konnotations- und Ergänzungsaktivitäten.

### Besonderheiten faschistischer Organisation des Ideologischen

8. Die Besonderheit der faschistischen Organisation des Ideologischen ist nur in ihrem Gesamtzusammenhang zu erfassen. Die gesamte Anordnung der Ideologeme verweist auf eine verfügbare Struktur (das ideologische Dispositiv), Resultat und Ausgangspunkt der Kräfteverhältnisse und Anordnung der gesamten ideologischen Mächte der Gesellschaft, die wir mit dem Begriff des *Diskurses* bezeichnen.

9. Der faschistische Diskurs ist nicht primär als »ideelle« Rechtfertigung von Klassenherrschaft oder Imperialismus wirksam. Er rechtfertigt und verhüllt beides nicht nur anders, sondern organisiert andere Formen, in denen sie gelebt werden. Er ändert also nicht nur die Rechtfertigung, sondern die Praxis. Er organisiert die Rechtfertigung als Praxis.

10. Im faschistischen Diskurs wird das gewöhnliche Volk zum Großen VOLK konstituiert durch Destituierung des GEGENVOLKS (im Falle des deutschen Faschismus »die Juden«). Unterstellung und Unterwerfung, das Ideologische und die Gewalt, wirken komplementär zusammen im faschistischen Diskurs. Die Unterstellung unter den FÜHRER konstituiert das VOLK, die Unterwerfung das GEGENVOLK.

11. Der faschistische Diskurs organisiert das (Er-)Leben der Klassengesellschaft als klassenlose Gesellschaft. Wenn Hitler sagt: »Wir wollen keine Klassen und Stände mehr sehen!«, so ist dieses Nicht-mehr-sehen-Wollen als aktives Programm zu begreifen. Der Faschismus organisiert das Nicht-mehr-Sehen der Klassengegensätze als spezifische Praxen. Er schafft Anordnungen, in denen so gehandelt wird, daß das Handeln dies Nicht-mehr-Sehen darstellt. Er desartikuliert alles Gegensätzliche vom VOLK und artikuliert es mit dem GEGENVOLK. Er funktionalisiert auf seine Weise den Gut/Böse-, Gott/Teufel-Dualismus aller ideologischen Anordnung der Vergesellschaftung-von-oben. Dieser Dualismus wird verdichtet zunächst mit der Vernichtung des politischen Gegners, dann mit der Mobilmachung für den Krieg.

12. Gerade durch die Verdichtung der Gegensätze in VOLK und FÜHRER erhält der faschistische Diskurs seine Dynamik. Diese Dynamik, in der Notwendigkeit des Krieges, in der Verselbständigung der Judenverfolgung, generell in sekundären Verabsolutierungen von rituellen Lebensweisen (»Irrationalität«) manifest, entspringt der Anrufung des VOLKS vom Standpunkt der Klassenherrschaft.

13. Der Faschismus organisiert das Leben der Klassengesellschaft als klassenlose Gesellschaft (VOLKSGEMEINSCHAFT) in der Form von Akten, die in sich »klassenlose Gesellschaft« bedeuten, also nicht hauptsächlich auf etwas außer ihnen verweisen. Die Grundform ideologischer Praxis, in der das VOLK/GEGENVOLK bedeutet wird, ist der *performative Akt*, d. h. eben die Darstellung (Performanz) des Bedeuteten im Akt selbst. — Wenn alle ideologische Unterstellung durch performative Akte vermittelt wird, so sind keineswegs alle performativen Akte ideologisch.

14. Der Anrufung des VOLKS als performativem Akt entspricht die besondere Gewichtung einer Art von Propaganda durch die ideologische Tat. Wichtig ist vor allem das »Sammeln«. Die »Spende fürs Winterhilfswerk« wirkt als performativer Akt; sie wirkt als Performanz des VOLKS. Das Bewußtsein der Adressaten ist in solchen Akten nicht passive Instanz, nicht auf bloße Rezeption gestellt, sondern Bewußtsein der Tätigkeit des »Spendens«. Im Spenden betätigt sich das Individuum als faschistisches Subjekt. (...)

15. Der faschistische Diskurs ruft das VOLK zur Herrschaft an. Hitler artikuliert die VOLKS-Herrschaft in der Form, daß er als FÜHRER VOLK und Herrschaft artikuliert. VOLK und FÜHRER sind daher organisierende Formen im faschistischen Diskurs. (...) Die VOLKSHERRSCHAFT wird irrealisiert / imaginär durch ihre Artikulation über die TREUE ZUM FÜHRER.

16. Der faschistische Diskurs ist VOLK-Diskurs, der das Volk zugleich unablässig anruft, mobilisiert und zugleich zur Unterstellung anruft, es verunselbständigt, es als Zuführendes, als Subjekt bloßer Ausführung anruft. (...)

17. Der faschistische Diskurs bündelt Elemente populärer Selbstvergesellschaftung mit Elementen entfremdeter Vergesellschaftungsmächte (Ideologemen im engeren Sinn). »Bündelung« ist von Bündnispolitik zu unterscheiden und als »Artikulationsweise« zu untersuchen. Die gewaltgrundierte ideologische »Bündelung« (im Wortsinn = »Faschisierung«) ist spezifisch für den Faschismus. Zur Abstützung der Integration von Elementen populärer Selbstvergesellschaftung in den faschistischen Diskurs verfolgen die Faschisten jedes selbstvergesellschaftende Verhalten der Massen.

18. Als Organisator von Ideologischem löst Hitler bestimmte Erregungen aus, indem er Kohäsivkräfte (Anziehungskräfte der Vergesellschaftung kleinerer oder größerer Gruppen) gebündelt aktualisiert. Dabei verdichtet er heterogene performative Akte des Ideologischen in neue performative Einheiten. (...)

19. Bei allen Formierungen des VOLKS wird stets die ideologische Grundform — von den idealisierten Überinstanzen zum Handeln — eingehalten. Statt »Ich befehle« heißt es: »Hier gilt der Führergedanke!« »Unterhalb« der Artikulation des zum Handeln angerufenen VOLKS mit dem FÜHRER ist es diese ideologische Grundform, die den Anruf zum Handeln mit der Klassenherrschaft verträglich macht. Mit Elementen des Aufstands gegen die Klassenherrschaft wird sie so reproduziert.

20. Hitler unterstellt sich demonstrativ-rituell dem Großen SUBJEKT GOTT / VORSEHUNG. In den grüßenden und vom FÜHRER begrüßten Aufstellungen und Marschanordnungen wird ein Unterstellungszusammenhang dargestellt. Unterstellung ist ein ideologischer Effekt, der streng zu unterscheiden ist vom gewaltvermittelten Effekt der Unterwerfung.

21. Die von Hitler angerufenen und in spezifischer Weise zusammengeschlossenen (artikulierten) Ideologeme sind in keiner Weise faschisspezifisch. An keinem der wirkenden Elemente des faschistischen Diskurses kann man ihn erkennen. (...)

22. Der faschistische Diskurs organisiert alle erdenklichen »populären« Ideologeme und artikuliert sie mit dem VOLK.

23. Mit den Ideologemen werden auch ganze »Netzteile« nicht-faschistischer Diskurse an-organisiert. Mit diesen wirkenden Elementen werden gesellschaftliche Gruppen über die sie vergesellschaftenden Kräfte angezogen, werden alle erdenklichen Bewegungen »eingesammelt«, wird alles Mögliche aufgesaugt, vom Volksfest über den Sprachpurismus bis zum Kriegserlebnis. Diese Form der Integration von unterschiedlichsten

Kohäsivkräften tritt an die Stelle der nichtfaschistischen, bürgerlich-liberalen Form der ideologischen Hegemoniebildung. Wenn Walter Benjamin sagt, der Faschismus lasse die Massen zu ihrem Ausdruck kommen, aber nicht zu ihrem Recht, so ist — wenn auch als »Ausdruck« mißverstehbar — diese integrative Bildung des faschistischen Diskurses angezielt. — Wenn wir sagten, alles Mögliche werde integriert, so ist dies nur mit Einschränkungen richtig. Kohäsivkräfte und Wiedererkennungselemente der traditionellen, übers Volk erhabnen Bildungselite werden vernachlässigt und zum Teil sogar, zugunsten populär-demokratischer Diskursteile, abgestoßen.

24. Die Frage, ob die Organisatoren des Ideologischen — wie z.B. Hitler — innerhalb oder außerhalb des faschistischen Diskurses stehen, wird auf diese Weise unerheblich. (...) Um ihre Wirkung zu erklären, ist es nicht notwendig, sie als außerhalb stehend, also »falsch« und bewußt »fälschend« zu denken. Wir können ihre Praxis auch so denken, daß sie innerhalb des faschistischen Diskurses mit List und Tücke am ideologischen Material arbeiten, je nach Bedarf und Fähigkeit opportunistisch, diplomatisch, verschlagen, vermittelnd usw. mit den Repräsentanzen ideologischer Mächte arbeitend usw.

25. Der faschistische Diskurs verändert die Anordnung und Kompetenzabgrenzung der ideologischen Mächte. Zugleich führt er zur Umordnung ihrer inneren Wertehierarchien. Die Form, in der dies geschieht, muß als vielfältiges »Tauziehen« in einem Beziehungsnetz vieler Instanzen gedacht werden. Die Grundlage der ideologischen Kräfteverhältnisse ist die Allgegenwart potentieller Gewaltausübung durch die Gestapo, die über alle Kompetenzgrenzen hinweg in allen Bereichen unmittelbar Zugang hat. Auf dieser Grundlage organisiert Hitler den politisch-ideologischen Diskurs als sein asymmetrisches Unterstellungs-Wechselverhältnis zu den ideologischen Mächten: Er macht sich zum Ausleger ihrer höchsten Idealisierungen, denen er sich und das ihm unterstellte VOLK zugleich selbst unterstellt. Dann ruft er die ideologischen Mächte an, sich dem VOLK und damit dem FÜHRER zu unterstellen.

26. Der Faschismus versucht, die relative Selbständigkeit der ideologischen Apparate und Praxen zu verringern, z.T. sogar ganz einzuziehen. Die ideologischen Mächte verteidigen ihre Selbständigkeit, indem sie ihre je spezifischen sozialtranszendenten Mächte beschwören und die darauf bezogenen Rituale im Alltag zu intensivieren versuchen. Die ideologischen Wirkungszusammenhänge sind daher zu untersuchen als ein Feld komplexer gegensätzlicher Aktivitäten.

### Literaturverzeichnis

- Elfferding, Wieland, u. Eckhard Volker, 1979: Società civile, Hegemonie und Intellektuelle bei Gramsci, in: PIT 1979.
- Feuerbach, Ludwig, 1956: Das Wesen des Christentums. Berlin/DDR.
- Lukács, Georg, 1968: Werke. Frühschriften II. Neuwied und Berlin/West.
- Nemitz, Rolf, 1979: Ideologie als »notwendig falsches Bewußtsein« bei Lukács und der Kritischen Theorie, in: PIT 1979.
- Opitz, Reinhard, 1974: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: Argument 87 (Reprint als Argument-Studienheft in Vorbereitung).
- Projekt Ideologie-Theorie (PIT), 1979: Theorien über Ideologie. Argument-Sonderband AS 40, Berlin/West.

Reinhard Opitz

## Über vermeidbare Irrtümer

Zum Themenschwerpunkt »Faschismus und Ideologie« in Argument 117

### I.

Der Versuch, sich an die Erörterung der Frage des Ideologischen im Faschismus zu wagen, ist dem »Argument« in Heft 117 statt zur Fortführung seiner bisherigen Faschismuskonversation zu einem in der Summe nur katastrophal zu nennenden Rückfall hinter deren einstige marxistische Erkenntnisresultate und zum programmatisch anmutenden Angriff auf sie geraten.

Das ist nicht nur bedauerlich — und als Symptom alarmierend —, weil in einer politischen Periode, in der Rückzüge vom Marxismus in der Bundesrepublik an der Tagesordnung sind, vom »Argument« zu erwarten (zu hoffen) gewesen wäre, daß es eine solche Trendwende nicht mitvollzieht. Es ist vor allem zu bedauern, weil das Thema in der Tat wichtig ist, nicht nur die Theoriedebatte über den Faschismus — von der Frage nach der »Holocaust«-Erklärung über die Diskussion um die Entstehung und den vom Ursprung her reaktionären oder »revolutionären« Charakter faschistischer Bewegungen bis hin zum Disput um den »Linksfaschismus«-Begriff — heute zunehmend in ihm kulminiert, sondern auch die aktuelle Rechtstendenzen-Diskussion, die Debatte vor allem um die qualitative Einschätzung der derzeitigen Rechtskräfte-Mobilisierung um Strauß, in ihm deren theoretischen Ort hat oder doch in untrennlichem Bezug zu ihm steht, es also von unmittelbarer Relevanz für die Strategie der demokratischen Kräfte ist.

Um so weniger kann es gleichgültig sein, ob die seiner Diskussion zugrundegelegten Prämissen marxistische oder etwa nur ihrerseits schon Produkte einer verzerrten faschismustheoretischen Problemsicht sind, die auf fragwürdige bürgerliche sozialtheoretische Begriffsbildungen zurückgeht.

### II.

Die verzerrte Sicht der faschismustheoretischen Problemlage durchzieht bereits geradezu leitmotivisch den in die Themenstellung einführenden Aufsatz von Wolfgang Fritz Haug.<sup>1</sup> Dieser Aufsatz rekapituliert die bisherige Faschismuskonversation im »Argument« als einen fast idealtypischen Erkenntnisprozeß, der, ausgehend vom Wettstreit zweier konträrer Erklärungsansätze des Faschismus, eines »ökonomischen« und eines »politischen«, schließlich die Unzulänglichkeit beider, nämlich ihre Befähigung zur Erfassung nur jeweils einer Seite der faschistischen Wirklichkeit, zutagegebracht habe, woraus dann wie von selbst die mit und ab Heft 117 programmatisch gestellte Aufgabe ihrer Aufhebung in einem nunmehr die gesamte Erscheinungswirklichkeit des Faschismus in den Griff bekommenden neuen Ansatz hervorspringt.

Tatsächlich hat es einen solchen Gegensatz und Streit zwischen einem »ökonomischen« und einem »politischen« Ansatz der Faschismuserklärung — so fest manche Leute an ihn glauben und über ihn Seminararbeiten anfertigen lassen — jedoch niemals, weder im »Argument« noch sonst irgendwo außerhalb des »Argument«, gegeben und kann es ihn — jedenfalls zwischen der marxistischen und der bürgerlichen Faschismustheorie — auch nicht geben, da der marxistische Erklärungsansatz doch seinerseits ein politischer und keineswegs ein »ökonomischer« ist.<sup>2</sup> Die Substanz des nicht endenden

Streits zwischen ihm und den bürgerlichen Ansätzen kann folglich auch nicht mit der so beliebten wie absurden Alternativfrage »Ökonomie oder Politik« identisch sein.

Die Streitsubstanz liegt vielmehr in der Frage, was eigentlich unter »ökonomischen Interessen« zu verstehen ist (und erst von hier aus werden die wirklichen Frontlinien wie auch die Verlaufsgeschichte der Faschismusdebatte übersichtlich).

Das bürgerliche Geschichtsbewußtsein muß, um dem bürgerlichen Klasseninteresse an Undurchschaubarkeit der Geschichte zu entsprechen, deren ökonomische und politische Geschehensebene so weit wie möglich auseinanderreißen und sie wie untereinander unvermittelte Sphären einander entgegenstellen, d.h. es muß vor ihren Verbindungslinien so früh wie möglich die Augen verschließen, ihre wissenschaftliche Verfolgung so zeitig, wie nur irgend angängig, abbrechen, um einen möglichst großen Raum scheinbar »autonomer Politik« übrigzubehalten, der keinem anderen erkennbaren Gesetz mehr als dem unerforschlichen Menschenwillen, der reinen Subjektivität, folgt. Das aber setzt, soll ihm dies selber möglich werden, voraus, daß es den Begriff der »ökonomischen Interessen« — deren Existenz ja nicht rundweg bestreitbar ist — auf die denkbar engste Weise faßt, ihn also eingrenzt auf die allerhandgreiflichsten und unmittelbarsten wirtschaftlichen Interessen, auf die gleichsam ausgewiesenen Profitinteressen des Kapitals, die bloßen Lohn- und manifestesten sozialpolitischen Interessen der Arbeiter und die unverkennbar branchentypischen mittelständischen Wirtschaftsinteressen, um alle Weiterungen des Klassenkampfes, erst recht aber die Kriege des Kapitals, als jene unbegreifliche Kette schicksalhafter Wirren ausgeben zu können, als die sie das an der Fortdauer seiner Klassenherrschaft interessierte Bürgertum erscheinen lassen muß.

Die Verkürzung des Begriffs der ökonomischen Interessen auf die gleichsam auch ihrem Stoffe nach materiell-wirtschaftlichen, d.h. das Herauslösen der aus ihnen unmittelbar hervorgehenden Politikinteressen und der jeweiligen Ideologisierung beider aus ihrem Begriff, ist daher schlechthin konstitutiv für das bürgerliche Geschichtsdenken. Für den Marxismus hingegen, der bekanntlich gerade an der Erkennbarkeit der Geschichte und deshalb an der Aufdeckung des Zusammenhanges von Ökonomie, Politik und Ideologie interessiert ist, ist im Begriff des ökonomischen Interesses dessen politische und ideologische Dimension immer schon mitenthalten, bilden wirtschaftliches, politisches und ideologisches Interesse (resp. die Ideologisierungen der beiden ersteren) nur die jeweils drei zusammengehörigen Aspekte eines ökonomischen Interesses. Sein ökonomischer Interessenbegriff ist mithin, im Unterschied zum aufs Wirtschaftliche begrenzten bürgerlichen, den die marxistische Kritik den »ökonomistischen« nennt und aus dem die Trennung von Wirtschaft, Politik und Ideologie resultiert, ein schon immer gesellschaftstotaler.

Dieser ökonomistische bürgerliche Interessenbegriff aber machte sich natürlich auch seit jeher in der Faschismuskussion geltend, und zwar bis tief ins linke Theorienspektrum hinein, mit der Wirkung, daß ein Zusammenhang der von seinem Boden aus eben nur immer in ihrem rein wirtschaftlichen Aspekt und zudem immer nur am Einzelunternehmen wahrnehmbaren Interessen des Monopolkapitals mit den seiner innen- und außenpolitischen Herrschaftssicherung dienenden Politikzügen wie der terroristischen Gestalt des Faschismus nur schwer, mit dessen Krieg, insbesondere aber seinen maßlosen Kriegszielen und Durchhaltestrategien gegen Ende des Krieges noch mühseliger, mit seiner Ideologie, dem Antisemitismus, der Judenverfolgungs- und Massen-

mordpolitik aber vollends gar nicht erkennbar war.

Dementsprechend wurde in all den Punkten, in denen einem der eigene ökonomistische Interessenbegriff den Einblick in den Realzusammenhang von Kapitalinteressen und faschistischer Politik versperrte, in dem diese letztere mithin unverständlich blieb, auf die »Verselbständigung« des Faschismus über die monopolkapitalistischen Interessen bzw. »der Politik« über »die Ökonomie« geschlossen. Und da die marxistische Faschismusforschung zu einer solchen Flucht vor den Erklärungsproblemen ins Reich der »autonomen Politik« ihrerseits keinen Anlaß sah, sondern sich fortgesetzt darum bemühte und prinzipiell daran festhielt (und festhält), unaufgeklärte Zusammenhänge durch empirische Quellenforschung aufzudecken, wurde — und wird — gegen sie von der Position der an frühzeitiger Forschungsresignation Interessierten aus der von dort her zwar verständliche, da nur das Dogma von der »autonomen Politik« und die Sorge vor seinem Zusammenbruch ausdrückende, jedoch die Begriffe und den Sachverhalt auf den Kopf stellende Vorwurf der »Reduktion« des Politischen aufs Ökonomische und in diesem Sinne des »Ökonomismus« erhoben.

So also verlaufen in Wirklichkeit die Fronten in der Faschismuskonversation, und so verlief auch — wie jedermann leicht nachprüfen kann — die Diskussion selbst. Es stehen sich in ihr also — genau umgekehrt, als Haug es darstellt — nicht ein »ökonomistischer« marxistischer und »politizistische« bürgerliche Ansätze gegenüber, sondern der ökonomistische bürgerliche Begriff des sozialen Interesses samt seinem bloßen Schattens, der politizistischen Geschichtsdeutung (mit ihren mannigfaltigsten faschismustheoretischen Kreationen), dem auf der Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie basierenden marxistischen Interessen- und Geschichtsbegriff. Und daraus allerdings, hätte Haug dies in den Blick gebracht, wäre dann auch wie von selbst deutlich geworden, daß das Problem des Ideologischen für diese beiden verschiedenen Ansätze notwendig einen je unterschiedlichen Stellenwert hat und dementsprechend von ihnen auch jeweils ganz unterschiedlich angegangen werden muß.

Für die auf dem ökonomistischen Interessenbegriff beruhende, Ökonomie und Politik von einander trennende Position der Verselbständigungstheoretiker kommt dem Ideologischen die Rolle der Erklärungsinstanz für die unbegriffen gebliebenen politischen Erscheinungen zu.<sup>3</sup> Insofern ihre Vertreter das unverständene Politische nunmehr aus dem Ideologischen erklären, überführen sie also ihren bislang wohl doch nur mit schlechtem Gewissen vertretenen Politizismus in den Ideologizismus<sup>4</sup>, d.h. sie springen von der politizistischen Erkenntniskapitulation offensiv in die reine Spekulation, und verbleiben selbst dann, wenn sie das Ideologische seinerseits ökonomisch ableiten oder »strukturalistische« begreifen, in der Gefahr, nun überwiegend in den »ideologischen Apparaten«, dem »Staat« als solchem, und kaum noch in den — vor ihnen ins fast Wesenlose verblassenden — je aktuellen politikbestimmenden sozialen Interessen die Quelle des Politikgeschehens zu sehen.<sup>5</sup> Für die marxistische Position und ihr Ideologieverständnis hingegen ist die Frage des Ideologischen die Frage sowohl des allgemeinen Verständnisses der Institutionen und Normen der Klassengesellschaft und ihres Staats als verdinglichtes, von der realen Basis scheinbar abgelöstes und über ihr stehendes bürgerliches Gesellschaftsbewußtsein wie vor allem aber auch nach den je historisch konkreten Ideologisierungen der sozialen Interessen in all ihren Aspekten und nach ihrer Rolle bei der politischen Richtungs-, Formations- und Strategienbildung, dieser Ansatz führt daher in die empirische (freilich nicht theorieleose, sondern auf das

gesamte Begriffsarsenal der materialistisch-dialektischen Geschichtsauffassung gestützte) Geschichts- und Bewußtseinsforschung.

Haug, die Dinge von ersterer Position aus sehend, meint nun, der von ihr her sich ergebende Hiatus zwischen »ökonomistischer« und »politizistischer« Faschismuserklärung ließe sich möglicherweise durch Aneignung der politiktheoretischen Begriffe Gramscis überwinden. Das könnte für die Anhänger dieser Position ein in der Tat nützlicher Vorschlag sein, da Gramsci mit seinen Kategorien »Historischer Block« und »Hegemonie« ja gerade das Zentralproblem innenpolitischer Herrschaftsbehauptung resp. -eroberung (und damit auch der Herrschaftsformen-Entwicklung), das Integrationsproblem, thematisiert, also den Blick auf die Machtseite der sozialen Interessen, somit aber auch auf die tatsächliche Untrennlichkeit ihres wirtschaftlichen, politischen und ideologischen Aspekts, lenkt.

Nur ist auch hier eine Warnung angebracht. Es ist ein offenes Geheimnis, daß in Gestalt der derzeitigen Gramsci-Debatte ein erbitterter Richtungsstreit innerhalb der westeuropäischen Linken um die strategische Orientierung der demokratischen Kräfte ausgetragen wird und in diesem Streit jeder mit Gramsci gegen jeden kämpft, was in der Summe den »Gramsci-Boom« ergibt und verständlich macht, daß es im Zuge dieser so ausgefochtenen aktuellen Richtungsauseinandersetzung auch zu den willkürlichsten, nach Belieben vom historischen Kontext der Zitatstellen absehenden Gramsci-Berufungen und -interpretationen kommt, so etwa — um nur ein Beispiel zu nennen — Gramscis gegen den Trade-Unionismus der II. Internationale, ihre aufs Wirtschaftliche eingeeengte Auslegung der Interessen der Arbeiterklasse (gegen das Eindringen also des bürgerlichen Interessenbegriffs in ihre Politik) gerichtete »Ökonomismus«-Kritik heute gern so zitiert wird, als sei sie umgekehrt an die Marxisten der Kommunistischen Internationale adressiert gewesen.<sup>6</sup> Gegenwärtig klingelt, klappert und scheppert es in manchen linken Gruppen der Bundesrepublik nur so von Gramsci-Begriffen wie »Hegemonie« und »Historischer Block«, »Stellungskrieg« und »Bewegungskrieg«, »società civile« und »società politica«, »moderner Fürst« etc. etc., und das »Argument« scheint entschlossen zu sein, in der Einübung des neuentdeckten Vokabulars bis an die Grenze der Lesbarkeit seiner Hefte (und Sonderbände!!) zu gehen.<sup>7</sup> Es dürfte sich freilich fragen, ob — zumal auf dem Hintergrunde des für die demokratischen Kräfte durchaus bedeutsamen und konsequenzenreichen aktuellen Gehaltes der Gramsci-Debatte — sparsam-verantwortlicher Umgang mit einem ernstzunehmenden<sup>8</sup> politischen Begriffs-instrumentarium nicht ratsamer wäre als die Beteiligung an seiner Inflationierung in einem Saison-Ausverkauf.

Whin jedenfalls die Kombination des bürgerlichen Interessenbegriffs (und entsprechenden unzulänglichen Ökonomie-Politik-Verständnisses) mit einer Gramsci-Lektüre durch seine Brille führen kann, zeigen in Heft 117 die Aufsätze von Karin Priester und Ernesto Laclau.

### III.

Karin Priester<sup>9</sup> kritisiert meinen seinerzeit in Argument 87 erschienenen Aufsatz »Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus« wegen der Nichtaufnahme der Massenbewegung in die Faschismusdefinition und meint, sie könne sich letztlich nur aus »einem ökonomistisch verkürzten Ansatz« (656) erklären.

Diese überraschende Ursachenortung angesichts einer Faschismusherleitung doch ge-

rade ausschließlich aus der politischen Sphäre, nämlich der monopolkapitalistischen Integrationsproblematik in einer bestimmten historischen Integrationssituation, wird sofort — und freilich erst — verständlich, wenn man sich durch Textvergleiche vergewissert hat, daß es in der Tat der bürgerliche Interessenbegriff ist, von dem Karin Priester ausgeht und von dessen Boden her sie diskutiert.

So schreibt sie etwa, ihre Kritik am in Heft 87 entwickelten Faschismusbegriff begründend, es sei problematisch, »unter der sozialen Funktion« des Faschismus »lediglich die Durchsetzung monopolkapitalistischer ökonomischer Interessen« (das Wort »ökonomischer« durch Sperrdruck hervorgehoben [656]) zu verstehen, und an anderer Stelle, der Begriff erfasse, »wie auch die meisten DDR-Historiker«, somit »nur die objektive ökonomische Funktion des Faschismus« ([656] das Wort »ökonomische« abermals durch Sperrdruck betont). Also wäre dem kritisierten Begriff, sollen diese beiden Aussagen einen Sinn ergeben, die Vernachlässigung der Funktion des Faschismus für die Durchsetzung der monopolkapitalistischen *politischen* Interessen und damit seiner politischen Funktion vorzuwerfen. Doch gerade nur von eben dieser politischen Funktion des Faschismus für die monopolkapitalistischen Interessen spricht der gesamte Aufsatz, dies ist sein Inhalt, und aus ihr leitet er den Faschismus insgesamt her.

Tatsächlich ist es denn auch nicht so, daß Karin Priester mit diesen Sätzen einklagen möchte, was der Aufsatz tut (sie also — was dann nur gefolgert werden könnte — seinen Inhalt übersehen hätte), sondern sie will mit ihnen, dem verwirrenden Anschein ihres Wortsinns zuwider, gerade die Herausarbeitung der politischen Funktion des Faschismus als monopolkapitalistisch kritisieren und sie ausgerechnet als ein Absehen von seiner politischen Funktion zugunsten seiner »nur« ökonomischen (also wirtschaftlichen) bezeichnen, was nur so zu erklären ist, daß sich Karin Priester unter monopolkapitalistischen Interessen eben wohl immer nur wirtschaftliche vorzustellen vermag, sie dementsprechend auch die Apostrophierung der sozialen Funktion einer Politik oder eines Regimes als monopolkapitalistisch selbst nur verstehen kann als eine auf einen partiellen, den wirtschaftlichen (»ökonomischen«), Aspekt beschränkte — und diesen ungerechtfertigt auf Kosten des »politischen« und »ideologischen« Aspektes verallgemeinernde — Funktionsaussage. Und eben dies ist der bürgerliche Interessenbegriff.

Das Fatale dieses Begriffs besteht in der Faschismusk Diskussion nun aber darin, daß er — da der Faschismus als Herrschaftssystem wie als Bewegung eben nicht unmittelbar aus der Ökonomie, sondern nur aus seiner besonderen politischen Funktion in einer historisch besonderen politischen Situation zu verstehen ist — mit der ökonomistischen Verengung des monopolkapitalistischen Interessenverständnisses nicht nur die Erkenntnis der genuin monopolkapitalistischen Provenienz der Inhalte der faschistischen Politik erschwert, sondern erst recht die Einblicksmöglichkeit in eben diese Provenienz auch des Bedarfs an der Form des Faschismus — als notwendigem Ausdruck seiner besonderen Funktion — und somit an ihm als ideologische Erscheinung und Bewegung; das heißt aber, daß in diesem entpolitisierten Interessenbegriff vor allem ein völliges Unverständnis der Eigentümlichkeit der Ideologie des Faschismus und damit des Charakters der aus ihr konstituierten faschistischen Massenbewegung vorprogrammiert ist.

Alles Insistieren auf der Einbeziehung der Massenbewegung in die Faschismusdefinition hat hier seinen Grund. Denn es ist nichts anderes als der Ausdruck dessen, daß von den unverständenen Elementen in der Ideologie des Faschismus — ganz ähnlich wie von den unverständenen Momenten seiner Politik — auf ein soziales Substrat in seiner

Massenbasis zurückgeschlossen wurde (das dann natürlich auch Berücksichtigung in der Definition verlangt), statt daß diese Elemente aus seiner (von jenem Interessenbegriff freilich gerade dem Blick verstellten) politischen Funktion begriffen worden wären.

Wie weit sich der vorgefaßte Wille, den funktionellen Zusammenhang der faschistischen Ideologie zugunsten der Annahme einer »ambivalenten« faschistischen Bewegung nicht wahrzunehmen, geradezu bis zu Verdrängungen steigern kann, dafür bietet Karin Priesters — nur anderen Autoren nachfolgende<sup>10</sup> — Hauptbegründung für die Notwendigkeit der Berücksichtigung der Massenbewegung im Faschismusbegriff ein anschauliches Beispiel.

Die Subsumierung auch einer auf die Militärmacht gestützten terroristischen monopolkapitalistischen Diktatur unter den Faschismusbegriff sei in Argument 87, moniert Karin Priester, damit gerechtfertigt worden, daß dem Unterschied zu einem auf eine Massenbewegung gestützten analogen Diktaturregime keine grundsätzliche, sondern nur »praktische« Bedeutung für die antifaschistische Strategie zukomme, wobei doch wohl übersehen sei, daß »praktische Fragen immer auch theoretische« seien (655), außerdem jedoch träten die »methodischen Defizite und ungelösten Widersprüche« dieses Faschismusbegriffs im Aufsatz selbst »offen zu Tage«, wenn es an anderer Stelle dann plötzlich doch in ihm heiße, daß »sich in der Tat nur aus der Massenbasisproblematik der Faschismus erklären läßt.« (656) Wahrlich, dieser Widerspruch wäre eklatant und die Kritik im Recht, stünde an der zitierten Stelle, der Faschismus ließe sich nur aus »der Massenbasis« erklären. Doch es steht dort: nur aus »der Massenbasisproblematik« — und das freilich meint etwas völlig anderes, nämlich nicht seine Massenbewegung, sondern die monopolkapitalistische Integrationsproblematik, das politische Herrschafts- (und also Massenbasis-)problem des Monopolkapitals, aus dem sich in einer bestimmten Desintegrationssituation sein Terrorismus- (also Faschismus-)bedarf ergibt, weshalb der Faschismus dann auch von da aus genetisch hergeleitet und definiert wird. Aber genau das natürlich, die Herleitung des Faschismus — auch schon als ideologische Erscheinung und als Bewegung — aus den politischen Interessen des Monopolkapitals ist das vom bürgerlichen Interessenbegriff zu Verdrängende (und prompt setzen hier mit frappierender Regelmäßigkeit die Leseungenauigkeiten ein<sup>11</sup>).

Weil der Faschismus nur von seiner historisch besonderen politischen — nämlich terroristischen — Funktion her zu verstehen und diese, da er ihr Produkt, sein Inbegriff ist, deshalb fragt die marxistische Theorie, welche Möglichkeiten dem Monopolkapital, sie erfüllen zu lassen, insgesamt zur Verfügung stehen und kommt dabei, von der Geschichte bestätigt, auf zwei — in der Wirklichkeit ohnehin nie ganz exakt voneinander abgrenzbare, sondern stets, in nur je unterschiedlichen Anteilsverhältnissen, ineinander gemengte — Formen; darauf nämlich, daß dem Monopolkapital, sollte es an einer hinreichend entwickelten faschistischen Massenbewegung fehlen, auch noch immer die Möglichkeit zur Verfügung steht, die gleiche Funktion durch das Militär — dessen halbwegs intakt gebliebene innere politische Funktionstüchtigkeit als Instrument der herrschenden Klasse vorausgesetzt — erfüllen zu lassen. Und dies zu konstatieren und auch theoretisch zu verarbeiten, ist allerdings von erstrangiger praktischer Relevanz für die antifaschistischen Kräfte und ihre Strategie, denn es macht sie darauf aufmerksam, daß aus der Abwesenheit einer starken faschistischen Massenbewegung noch nicht auf die Abwesenheit von Faschismusgefahr geschlossen werden darf, der Faschismus vielmehr auch auf dem Wege des Militärputsches inthronisiert werden kann, man sich bei

der Konzipierung antifaschistischer Strategie also von vornherein auf beide Möglichkeiten einstellen, auf den Kampf gegen beide Gefahren-Quellpunkte orientieren muß. Es ist also nur richtig, daß »praktische Fragen immer auch theoretische« sind. (Kein Faschismus der Welt, schon gar nicht der deutsche oder italienische, ist ohne aktive Mithilfe zumindest von Teilen des Militärs zur Macht gelangt. Der antifaschistischen Strategie ist mit der theoretischen Verallgemeinerung von möglicherweise nur mangelhafter Kenntnis des militärischen Anteils auch an »Massenbewegungs«-Faschismen jedenfalls wohl, vor allem nach Chile, mit Sicherheit weniger geholfen als mit der theoretischen Verarbeitung jener Tatsache.)

Gerade das, woraus sich das spezifische Wesen des Faschismus als System, Bewegung und ideologische Erscheinung überhaupt erst ergibt und erklärt und das mithin seine Formbestimmung darstellt, nämlich seine terroristische Funktion, findet Karin Priester nun aber, als angegebene Formbestimmung, »in hohem Maße irreführend« und erklärt es zugleich für »unzureichend« (657). Und dies aus zwei — eng zusammenhängenden — Gründen.

Erstens meint sie mit Lüdke<sup>12</sup>, die »Indikatoren für Terror« seien unzureichend, da doch einerseits »punkteller Terror« auch in formaldemokratischen Staaten vorkomme (eben das hatte der Aufsatz selber als Begründung des dritten Definitionskriteriums des Faschismus angeführt, das der Bestimmung des qualitativen Umschlagspunktes eines Systems in ein insgesamt terroristisches gilt — und hinter dem natürlich eine Geschichtstheorie steht, die weder Lüdke noch Karin Priester diskutieren<sup>13</sup>), andererseits aber doch auch niemand ernsthaft behaupten wollen, »daß z.B. der italienische Faschismus mehr als nur punktuellen Terror angewandt habe« (657). Vielmehr sei in Italien der Ruf nach »Normalisierung« und »Ausschaltung des squadristischen Schlägertums« doch sehr bald vom Großkapital selbst ausgegangen, habe die »Willkür« einer »institutionellen Aufwertung staatlicher Instanzen« weichen müssen und gerade ein so unzweifelhafter Großkapitalist und »Mann autoritärer Staatlichkeit« wie Rocco den italienischen Faschismus »zwar zu einem totalen, aber auch zu einem Rechtsstaat mit eigener Legalität« gemacht (657).

Wie? »Staatliche Instanzen«, institutionalisierte »Normalität«, »Rechtsstaat«, »Legalität« als antipodische Begriffe zu Terror? So war also die faschistische Legalität, da Legalität, kein Terrorismus, der deutsche NS-Staat etwa, da und soweit Staat, schon die Gegenbewegung zum faschistischen Terror und dessen Aufhebung, der mithin überhaupt nur im pöbelhaften Straßenterror — nicht aber in Gesetzen, nicht in den Institutionen selber — seinen Ausdruck fand?<sup>14</sup> Das, weiß der Himmel, ist der bürgerliche Terror-Begriff (und der allerdings ging in die Faschismusdefinition des Hefts 87 nicht ein, er war nicht gemeint).

Zweitens verfehle aber, meint Karin Priester — den ersteren Einwand bzw. ihren Terror-Begriff damit nur auf einen anderen Aspekt anwendend —, die Bestimmung des Besonderen am Faschismus durch das Unterscheidungskriterium »Terror« gerade dessen »Spezifik«, die doch darin gelegen habe, daß es ihm »gelingen ist, ein hohes Maß an ideologisch vermitteltem Konsens unter der Masse des Kleinbürgertums und Teilen der Arbeiterschaft herzustellen.« (657) Diese Abstützung des Faschismus auf einen »breiten Konsens« zu übersehen, bedeute jedoch, sich auch den Blick für das Spezifische der Herrschaftsform des Faschismus und damit für sein »politisches Wesen« zu verstellen, nämlich dafür, daß ihn die »Ambivalenz« seiner Massenbasis zu deren unab-

lässigem »Ausgleich« zwingt und er daher »exzessiv gesteigerte Repression im Alltagsleben« verkoppeln müsse »mit vielfältigen, weniger direkt gewaltsamen Formen der Gehorsamssicherung und der Steuerung der Massen.« (659)

Also Konsens per se als Gegenbegriff zu Terror? (Und in der Tat, dem bürgerlichen Terror-Begriff muß der Gedanke an terroristischen Konsens und die Möglichkeit terroristischer Integrationen absurd in sich sein).

Doch das ist nur die eine Seite. Zugleich bezeugt diese Argumentation Karin Priesters ein erstaunliches allgemeines Unverständnis der politischen Funktionsweise monokapitalistischer Gesellschaften. Gerade darin, daß es dem Faschismus gelungen ist, »ein hohes Maß an ideologisch vermitteltem Konsens« herzustellen und sich dementsprechend auf einen »breiten Konsens« zu stützen, soll »seine Spezifik« liegen? Das vollbringt — zum Beispiel — der Sozialliberalismus, ehe der Faschismus notwendig wird, doch gerade alle Tage (und letzterer wird immer erst notwendig, wenn dies jenem nicht mehr gelingt), gerade hierin kann also seine »Spezifik« doch kaum liegen, gerade dies — als Intention, vom Erfolg einmal abgesehen — hat er vielmehr mit anderen Herrschaftsformen gemein.

Es soll »spezifisch« für ihn sein, auf die »Ambivalenz« seiner Massenbasis Rücksicht nehmen zu müssen und unmittelbare »Repression« mit »weniger direkt gewaltsamen Formen der Gehorsamssicherung und Massensteuerung« zu verbinden? Haben die Kapitalparteien im formaldemokratischen Staat auf Grund der Verankerung ihres politischen Einfluß- oder Herrschaftsanteils im allgemeinen Wahlrecht nicht viel aufmerksamer auf »Ambivalenzen« in ihrer jeweiligen Massenbasis und auf deren »Ausgleich« zu achten und ist nicht eben deshalb bei ihnen auch jener angeblich für den Faschismus »spezifische« Anteil von »weniger direkt gewaltsamen Formen der Gehorsamssicherung und der Steuerung der Massen« in der Regel gerade höher als bei ihm? Verknüpft nicht jedes Regime, in nur unterschiedlicher Gewichtung, die direkte Repression mit Integrationsstrategien (und ist nicht gerade die Geschichte des Imperialismus eine Geschichte auch der Entwicklung vielfältiger derartiger Strategien)? Das Spezifische des Faschismus liegt daher nicht auf dieser Seite, es liegt allein auf der anderen, auf der Seite der Repression, es steckt in den zwei Wörtchen, mit denen Karin Priester die faschistische Repression näher umschreibt: »extrem gesteigerte«, nämlich gesteigert bis zur terroristischen Qualität — die sein Formmerkmal ist.

Eben diese seine terroristische Systemqualität aber schlägt natürlich auch auf die Integrationsstrategien des Faschismus und damit alle seine Integrationen durch und gibt ihnen einen besonderen, nämlich gleichfalls terroristischen Charakter. Daher ist das Argument, der Faschismus reproduziere »alle Widersprüche und Konflikte in sich ..., die normalerweise im Kampf zwischen unterschiedlichen Parteien ausgetragen werden« (660), falsch. Die terroristische Funktion des Faschismus besteht ja gerade in einer auf der rigorosen Zerschlagung und Verfolgung eines Teils der politischen Kräfte der Gesellschaft wie der Illegalisierung aller mit ihm selbst nicht identischen politischen Organisationen beruhenden demagogischen Integration eben der um diese Kräfte reduzierten Gesellschaft, in seiner Massenbasis reproduzieren sich daher auch weder sämtliche sonst zwischen den Parteien ausgetragenen Widersprüche subjektiv (weit eher brechen die objektiven Widersprüche im System insgesamt und so auch in ihr auf), noch ist die terroristische Integration, da aus demagogischem Stoff, für solche Widersprüche durchdringlich und etwa der Widerschein einer — wie es Karin Priester ausdrückt — »inner-

faschistische(n) Pluralität« (661). Wie weit aber der Faschismus mit diesen — nur selbstverständlichen — Versuchen demagogischer Integration auch praktischen Erfolg hat, gehört logischerweise in seine Definition ebensowenig hinein wie der Umstand, daß manche Königshäuser beliebt waren, in eine Definition der Monarchie.

Das Motiv Karin Priesters, gerade das Unspezifische am Faschismus für sein Spezifisches und sein Spezifisches für das Unspezifische an ihm zu halten, liegt evidenterweise in ihrer vorgefaßten Überzeugung, daß die faschistische Ideologie der Reflex — und damit das Zeugnis — eines innerfaschistischen Kräftepluralismus sei. In Verteidigung des Glaubens an die Realität eines solchen Pluralismus und die Rückführbarkeit der faschistischen Ideologie auf ihn negiert sie aber nicht nur den terroristischen Charakter der faschistischen Integration, sondern auch die ihm notwendig korrespondierende demagogische Struktur der Integrationsideologie, d.h. jedoch die spezifische (nämlich eben demagogische oder, funktionell gesprochen, terroristische) Struktur des Faschismus als ideologische Erscheinung überhaupt und so deren Charakter als eine gerade durchaus in sich kohärente, keineswegs sozial oder politisch widersprüchliche, sondern einer einzigen Interessenlogik — der monopolkapitalistischen — folgende demagogische Argumentationsstrategie. Den Verweis hierauf und die aus ihm logisch folgende Auffassung der nichtmonopolistischen Massenanhängerschaft des Faschismus als Opfer dieser Demagogie wie den daraus wieder resultierenden Versuch der Erklärung des nichtmonopolistischen Zulaufs zum Faschismus aus Falsifikationsprozessen des Interessenbewußtseins weist Karin Priester verächtlich als »Priestertrug-Theorie« zurück (658).

Damit sind wir nun freilich zentral beim Thema Ideologie und Faschismus. Denn natürlich haben beide insofern engstens miteinander zu tun, als sich keine faschistische Bewegung anders als aus der faschistischen Ideologie verstehen läßt, da sie aus ihr heraus entsteht, d.h. als politische Richtung von ihr konstituiert wird. Nur muß man, um über diesem Sachverhalt nicht in Ideologizismus auszugleiten, natürlich zuvor die faschistische Ideologie selber verstanden haben, und da hinsichtlich der Entstehungs- und Frühgeschichte der faschistischen Bewegungen, in der der Zusammenhang von Ideologie- und faschistischer Formationsbildung jeweils konkret greifbar ist, auch in der politischen Linken eine geradezu allgemeine — zugegebenermaßen durch die langjährige fast ausschließliche Konzentration der marxistischen Faschismusforschung auf die Endphase der Weimarer Republik und die Periode des Faschismus an der Macht mitverschuldete — Wissenslücke besteht (in der ungehindert Legenden gedeihen können, die sich heute Strauß und Stoiber zunutze zu machen beginnen) und Karin Priester offenbar nicht einmal entfernt zu ahnen schien, daß der Ausdruck »Priestertrug« den Kern der Sache in Wirklichkeit genau trifft, bleibt wohl nichts anderes übrig, als hier — in Stichworten und am deutschen Beispiel<sup>15</sup> — das Notwendigste zum Thema faschistische Ideologie zu sagen.

Alle der Münchener DAP- bzw. NSDAP-Gründung vorausgegangenen oder parallelen politischen Gründungen vergleichbarer Richtung — die sogenannten »völkischen« Gruppen und Parteien — entstanden, wie diese selbst (und wie heute durchgängig nachweisbar), in engstem Zusammenhang mit der alldeutschen Bewegung und waren nichts anderes als die Umsetzung einer wiederum nachweislich auf deren Boden entwickelten besonderen — der Rechtfertigung und Durchsetzung der beiden damaligen Hauptinteressen des alldeutschschwerindustriellen Kapitals angesichts spezieller Umstände dienenden — Demagogie in eine praktische Mobilisierung auf ihrer Grundlage.

Was waren die beiden Hauptinteressen des schwerindustriellen deutschen Großkapitals seit den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts (seit es imperialistisch geworden war)? Das Interesse an territorialer Expansion und das Interesse an der Zurückdrängung des Einflusses der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft, um sie selbst nationalistisch integrieren, um die eigene Kriegsflagge versammeln zu können. Was waren die »speziellen Umstände«, die eine besondere Demagogie erforderlich machten? Daß ein frontales Argumentieren gegen den Sozialismus in der Arbeiterschaft, wie der Stimmenaufschwung der Sozialdemokratie und die Erfolglosigkeit liberaler Argumentation zeigten, damals nicht — jedenfalls für die Schwerindustrie bei weitem nicht genügend — verfiel. Gesucht also war eine Argumentation, die die Arbeiterschaft in die politische Zielkonzeption der Schwerindustrie zu integrieren — mithin also auch aktiv gegen den Sozialismus zu mobilisieren — vermochte, gleichwohl aber nicht als antisozialistisch, sondern als Parteinahme gerade für den Sozialismus erscheinen sollte.

Wie sah das demagogische Argumentationsmodell, das dies leistete — und zum konstitutiven Grundmuster der »völkischen« Richtung wurde — aus? Bekanntlich so: Der marxistische Sozialismus mit seinem »Internationalismus« und »Klassenkampfgedanken« ist eine von der auf die Zerstörung und Beherrschung der germanischen Rasse sinnenden »jüdischen« Rasse ins deutsche Volk getragene Sozialismusverfälschung (»jüdische Sozialdemokratie«), darauf berechnet, die Selbstbehauptungsfähigkeit der deutschen Nation im ewigen Lebenskampf der Völker und Rassen ums Dasein, der ein Kampf »um Raum« sei, doppelt zu schwächen: durch den »Internationalismus« in ihrem Kampfwillen, durch den die Nation auseinanderreißen Klassenkampf in ihrer Kampfgeschlossenheit und -fähigkeit. Der unverfälschte Sozialismus bejahe hingegen den Lebenskampf der eigenen Nation und beruhe auf dem Gedanken nicht der Klassenspaltung, sondern der Volkseinheit (»völkischer« Sozialismus), sei der Sozialismus mithin nicht einer Klasse, sondern des ganzen Volkes. Um zu diesem wahren (oder »nationalen«, »deutschen«) Sozialismus gelangen zu können, bedürfe es aber der Ausmerzungen seiner jüdischen Verfälschung aus dem deutschen Volkskörper. Und jener wahre Sozialismus werde in der »nationalen Volksgemeinschaft«, die er schaffe, die von den Arbeitern empfundene und zu recht angeklagte Ausbeutung beenden, erkenne jedoch, da eben von der feindlich-jüdischen Klassenkampfidologie gereinigt, auch ihre wirkliche Ursache, die nicht im Kapital als solchem und in der Existenz von Klassenunterschieden, sondern darin liege, daß das Judentum auch ins deutsche Kapital eingedrungen sei und dort neben dem rechtschaffenen deutschen »schaffenden« Kapital das »raffende« bilde, von dem alle Ausbeutung ausgehe (usw. usw.).

Diejenigen, die in der NSDAP unentwegt — am dröhnendsten und stets nur in diesem Sinne — von »Sozialismus« sprachen, waren nicht »Sozialisten« in der NSDAP oder eine »Nazi-Linke«, sondern die Propagandaexperten eben jener Demagogie vom »deutschen Sozialismus«. <sup>16</sup>

So also kamen die vermeintlich »sozialistischen« und »antiplutokratischen« Züge in die faschistische »Ideologie«. Nicht als Ausdruck antikapitalistischer Tendenzen und Kräfte in der faschistischen Bewegung, sondern als Funktionsbestandteile einer monopolkapitalistischen Demagogiekonzeption, deren einzelne Elemente die von ihr je angezogenen mittelständischen oder proletarischen Kräfte, noch ehe sie sie jemals selber in sie hätten hineinformulieren können, schon immer in ihr antrafen, weil sie der gerade für sie ausgehängte Lockköder waren, um sie in eine eben diesen kalkuliert ange-

sprochenen Stimmungen genau entgegengesetzte Politik zu integrieren. — Kein Priestertrug?

Karin Priesters Auflösung der faschistischen Demagogie in ein sozial heterogenes ideologisches Mosaik (und damit Rückstufung zu einfacher Ideologie) hat jedoch, wie gesagt, im Kontext ihrer theoretischen Position die Funktion, Indizienbeweise auf der ideologischen Ebene für die behauptete politisch-soziale Richtungsambivalenz der faschistischen Massenbewegung (eine Behauptung, die sofort hinfällig würde, wäre die sie organisierende Ideologie als in sich bruchlose Demagogie begriffen) zu beschaffen. Ist sie jedoch eine solche nicht nur der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder nach, sondern auch richtungsmäßig »sozial ambivalente« Bewegung, die ideologisch nur durch das Versprechen eines »dritten Weges« zusammengehalten werden kann, dann ist sie nach Karin Priesters Meinung eine »interklassistische« Integration (660; sie verwendet diesen Begriff, obwohl darunter doch wohl eher eine sozialintegrative Strategie zu verstehen ist, wie sie in Italien etwa Giolitti verfolgte und wie sie mehr für den Sozialliberalismus kennzeichnend ist, während der faschistischen Integrationsstrategie hinter ihrer »interklassistischen« Maskierung gerade keine auf systemkonforme Sozialkompromisse angelegte reformistische Politikkonzeption entspricht, sie also auch ein anderer, diese Strategien ablösender Integrationstypus ist). Und in einer solchen »interklassistischen« Integration, folgert Karin Priester, könne die herrschende Klasse »politisch nicht als solche herrschen«, sondern nur »in der Form eines von ihr dominierten Machtblocks«, daher aber sei es »mißverständlich, vom Faschismus als Herrschaft des Finanz- oder Monopolkapitals zu sprechen.« (660)

Da also stürzt sie, die Hauptsäule der marxistischen Faschismustheorie, der monopolkapitalistische Inhalt des Faschismus. Und wie wäre der Faschismus, wenn seine soziale Funktionsbestimmung als monopolkapitalistisch, mit der der marxistische Begriff steht und fällt, also falsch resp. »mißverständlich« war, dann neu zu definieren? Karin Priester macht dafür einen Vorschlag. Sie schlägt als Definition des Faschismus vor: Faschismus ist ein »nicht-hegemoniales Herrschaftssystem mit hohen konsensuellen Anteilen in Form eines Machtblocks.« (664)

Diesen Definitionsvorschlag zu zitieren, dürfte wohl schon mit seiner Vernichtung gleichbedeutend sein. Wie? Da ist nicht nur die monopolkapitalistische Funktion, da ist jedwede nähere soziale Funktionsbestimmung des Faschismus aus seinem Begriff eliminiert. Faschismus wäre jetzt jede Diktatur sozial beliebigen Inhalts, soweit ihre Machthaber einerseits nicht über das zur Ausübung »hegemonialer« Herrschaft erforderliche Maß an ideologisch-moralischer Führungs- und Integrationskraft verfügen (»Diktatur ohne Hegemonie«, 663), sich andererseits aber dennoch auf einen hohen Grad von Massenzustimmung (»hohe konsensuelle Anteile«) stützen? Also würde Faschismus in dem Maße, in dem im Verlaufe seiner Herrschaft — wie zumeist — die »hohen konsensuellen Anteile« sich auf niedrige verflüchtigen, er in Reaktion hierauf — wie wohl in der Regel — wieder überwiegend offen gewalttätiger, brutalster Faschismus wird, würde er also gerade als wütendster, blutigster Faschismus aufhören, Faschismus zu sein? Mangels »Konsenses«?

Und wer — nur einmal rein technisch eingeworfen (aber als durchaus wissenschaftsrelevante Frage) — bemißt und wie bemißt man im auf Illegalisierung des Dissenses beruhenden faschistischen System die Konsensanteile? Ferner: Ist die faschistische Bewegung selbst die Verkörperung des »Machtblocks« oder nur Teil in einem solchen (und

wie sähe dann dieser aus und was wäre der Faschismus, der als System seine »Form« hat, demnach, im Unterschied zur faschistischen Bewegung, selber insgesamt?)

So offen also die Unzulänglichkeiten dieses Versuchs einer Definition zutage liegen, so überzeugt ist Karin Priester davon, daß nur deshalb die Marxisten bislang nicht auf sie gekommen seien, weil sie es versäumt hätten, Gramscis Kategorie des »Historischen Blocks« zu rezipieren. Und damit allerdings nehmen ihre theoretischen Fragwürdigkeiten plötzlich auch einen politisch böartigen Zug an.

Denn diese Unterlassung, meint sie, hinge damit zusammen, daß die Marxisten nicht über die »Defizite« der Faschismusdefinition des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale hinauszukommen vermochten, die darin bestünden, daß dieser damals formulierte (Dimitroffsche) Faschismusbegriff zwar die ultralinke Parole »Klasse gegen Klasse« (mit ihr die Sozialfaschismustheorie also) überwand und damit den Weg zur antifaschistischen Bündnispolitik freilegte, gleichwohl aber daran festhielt, daß die Arbeiterklasse die Klasse mit dem letztlich einzig »richtigen« Bewußtsein sei, wie dies die Erklärung des kleinbürgerlichen Massenanhanges des Faschismus aus »falsifiziertem« Bewußtsein in Argument 87 nur abermals wiederhole (664). Damit jedoch werde der »kleinbürgerliche Bündnispartner« im von den Kommunisten angestrebten antifaschistischen Bündnis nur »instrumentell benutzt«, was gar nicht anders sein könne, wenn man »im kleinbürgerlichen Bewußtsein vollständig falsches, d.h. gegnerisches Bewußtsein sieht«, und auch der vom Bündnis proklamierte »Kampf um demokratische, nicht schon sozialistische Inhalte« habe dann »nur taktisch-instrumentellen Charakter« (664).

Na, das ist natürlich allen Kleinbürgern, die schon immer den Instinkt hatten, man solle sich mit Kommunisten lieber nicht in ein Bündnis, auch nicht in ein antifaschistisches, begeben, aus dem Herzen gesprochen und wird all denen, die seit jeher gewarnt haben, sich von den Kommunisten nicht zu »nützlichen Idioten« machen zu lassen, zu lesen eine Freude sein.

Ganz abgesehen einmal davon, daß Karin Priester willkürlich, um nicht zu sagen unredlich<sup>17</sup>, eine theoretische Erklärung des Faschierungsprozesses kleinbürgerlichen Bewußtseins zu einer Theorie des kleinbürgerlichen Bewußtseins überhaupt verallgemeinert und ihre Argumentation auf diese selbstgebastelte Krücke bzw. Unterstellung stützt, läuft diese Argumentation auf den Vorwurf der Unaufrichtigkeit aller auf der Orientierung des VII. Weltkongresses beruhenden einstigen und gegenwärtigen antifaschistischen Einheitsfrontpolitik hinaus. Sie ist damit aber zugleich und darüberhinaus, ihrer Logik nach, auch eine Denunziation des heutigen, dem bürgerlichen Sprachgebrauch entgegengestellten Begriffs und Selbstverständnisses der »demokratischen Kräfte« als ebenfalls nur manipulativ und also ungerechtfertigt, da dieser, ein historisch-reales Demokratieverständnis ausdrückende Begriff und Sprachgebrauch unlöslich mit einem Strukturverständnis der demokratischen Bewegung verknüpft ist, das die Sozialisten und Kommunisten in diese — und gar als deren Kern — einbezieht, er auf Grund und hinsichtlich dieser seiner Implikation dann aber auch, Karin Priesters Argumentation auf ihn angewandt, als ein nur »taktisch-instrumenteller« zu gelten hätte.

Man kommt nicht um den Eindruck umhin, als schriebe Karin Priester hier in einer Art Überwältigungsangst vor einer strukturell um die Arbeiterschaft und nicht ums Kleinbürgertum zentrierten demokratischen Bewegung gleichsam wie um ihren eigenen Kopf. Doch es scheint dahinter gar, wie ein in den Schluß ihres Artikels eingebau-

ter Überraschungs-Coup vermuten läßt, eine politische Theorie zu stehen. War bislang immer nur von Kleinbürgertum als solchem bei ihr die Rede, so erhält das Wort »kleinbürgerlich« gegen Ende ihres Aufsatzes unversehens den Zusatz »demokratisch«. Der Faschismus hat sich auf einmal nicht kleinbürgerliche, er hat sich die »kleinbürgerlich-demokratischen« Elemente, im Unterschied zu den beiden Arbeiterparteien, zunutze gemacht. Wieso — welche — demokratischen? Etwa demokratische, weil kleinbürgerliche? Das Kleinbürgertum etwa als der soziale Träger des Demokratiedenkens, die Arbeiterklasse als sozialer Träger des — von sich aus noch nicht demokratischen — sozialistischen Gedankens? So daß sich beide erst noch miteinander vermählen müßten?

In der Tat geht Karin Priesters strategischer Rat an die Arbeiterklasse dahin — und in ihm mündet der Artikel —, daß sie »jene kleinbürgerlich-demokratischen Elemente, deren Ambivalenz sich der Faschismus zunutze gemacht hat, als organischen Bestandteil in die eigene Ideologie integriert und sie nicht nur als Vehikel benutzt, sie also auch inhaltlich in die eigene Bestimmung der Normen kollektiven Handelns aufnimmt.« (665)

Also: Öffnung des von seinen Verfechtern, wie sie an anderer Stelle (664) sagt, als »prä-existente 'Wahrheit'« aufgefaßten Marxismus-Leninismus für jene »kleinbürgerlich-demokratischen Elemente« und deren Integration in ihn als seinen »organischen Bestandteil«. Was ja wohl nichts anderes heißen kann als Hineinnahme des speziell kleinbürgerlichen Demokratieverständnisses ins Sozialismusverständnis der Marxisten, also Ablösung des marxistischen Demokratieverständnisses aus ihm durch dieses, Verbindung mithin von marxistischem Sozialismus und bürgerlichem Demokratiebegriff. Womit wir denn bei der Ideologiekonzeption des »demokratischen Sozialismus« angelangt wären.

Damit freilich wäre dann auch politisch der innere Bogen zu Ernesto Laclau geschlagen, den Karin Priester mehrfach (664f.) zustimmend zitiert. Wie weit sie ihm wirklich zu folgen bereit ist, sei nicht für sie entschieden. Bis wohin man mit ihm treiben kann, sei an seinem eigenen Text gezeigt.

#### IV.

Laclau<sup>18</sup> wirft dem marxistischen Ideologiebegriff vor, alle Ideologie auf Klassen bzw. den Klassenkampf zurückzuführen und über diesem »Klassenreduktionismus« zu übersehen, daß der Mensch immer nur einestils Mitglied seiner Klasse, andernteils aber Angehöriger des »Volkes« sei, und daß nicht nur der Gegensatz der Klassen, sondern auch der Gegensatz zwischen dem »Volk«, als einer Einheit einerseits, und dem jeweils herrschenden »Machtblock«, als einer Einheit andererseits, einen Widerspruch und als solcher eine Quelle von Ideologiebildung darstelle, ja, dieser Widerspruch von »Volk« und »Machtblock« sogar »der wesentliche Widerspruch auf der Ebene des politischen Kampfes« sei (672). Die aus diesem politischen Widerspruch von »Volk« und »Machtblock« erwachsenden Ideologien aber hätten, da nicht auf Klassen, sondern eben aufs »Volk« als ihren Ursprung rückbezogen, keinen »klassenspezifischen« Inhalt, sondern einen »populär-demokratischen«.

Da sind wir, nach wenigen Schritten, schon bei bemerkenswerten Resultaten: bei der prinzipiellen Außerkraftsetzung der marxistischen Ideologiekritik, einer klassenlosen Ideologie, der Einführung des »Volks« als Geschichtseinheit und der Verortung der Demokratie, statt in historischen Klasseninteressen, in ihm.

Alle Klassenkräfte nun, argumentiert Laclau, bemühten sich im Kampf um ihre Hegemonie um die Einbindung der aus dem vom Volk gegenüber dem je herrschenden

»Machtblock« empfundenen Gegensatz — in dem das Volk sich seiner selbst als eine Einheit innewird — resultierenden »populär-demokratischen Anrufungen« in den eigenen »ideologischen Klassendiskurs«. Dies sei auch beim Faschismus der Fall gewesen, der damit erfolgreich war, während die Arbeiterklasse in ihren beiden Flügeln — dem »reformistischen« und dem »revolutionären« (674) — es wegen ihrer Befangenheit in der »reinen Klassenperspektive« nicht verstanden habe, »die populär-demokratische Ideologie mit den eigenen revolutionären Klassenzielen zu einer kohärenten politischen und ideologischen Praxis zu verschmelzen.« (670)

Wenn aber der Faschismus nur eine »extreme Form« der Einbindung dieser »populär-demokratischen Ideologie« (und, wie er betont, ihres radikalsten Ausdrucks, des mittelständischen »jakobinismus«, 673) in »den politischen Diskurs der herrschenden Fraktion der Bourgeoisie« gewesen sei (676), dann sei er auch »keineswegs der typische ideologische Ausdruck der konservativsten und reaktionärsten Teile der herrschenden Klasse« gewesen, sondern »im Gegenteil einer der möglichen Wege, die populär-demokratischen Anrufungen in den politischen Diskurs einzugliedern.« (669) Das führt Laclau einmal, in Übereinstimmung mit Karin Priester, zu der Schlußfolgerung, daß es »zu sehr vereinfacht« wäre, nach der Machtübernahme des Faschismus »eine komplette Fusion zwischen der faschistischen Bewegung und dem Monopolkapital« anzunehmen und zu meinen, »daß das Monopolkapital die politische Macht direkt kontrollierte.« (673) Es führt ihn zum anderen zu dem Schluß: wenn der Faschismus nur eine solche Einbindung der »populär-demokratischen Ideologie« in einen kapitalistischen Klassendiskurs und in seinem in diesen Diskurs involvierten ideologischen Kern also gar nicht so reaktionär war, andererseits die Aufgabe eines sich zur Hegemoniefähigkeit ertüchtigenden Sozialismus in der Einbindung eben dieser gleichen »populär-demokratischen Ideologie« in seinen eigenen »Klassendiskurs« besteht, dann ist der Sozialismus »auch nicht der Gegenpol zum Faschismus, als der er oft hingestellt wurde — als wäre der Faschismus die Klassenideologie der konservativsten und rückständigsten Bereiche in einem Kontinuum, das über den Liberalismus in seinen rechten und linken Varianten zum Sozialismus führte.« (676)

Also sind sich Faschismus und Sozialismus, wegen ihres gemeinsamen »populär-demokratischen« Kerns, doch näher als man in linken Kreisen bisher meinte? Natürlich bleibe, schwächt Laclau ab, der Sozialismus »sicher eine Gegenposition zum Faschismus«, doch nur in der Weise, daß letzterer ein vom Bürgertum eingegliedertes und neutralisierter »populärer radikaler Diskurs« ist, der Sozialismus hingegen, der ihn mit dem Antikapitalismus der Arbeiterklasse verbände, dessen revolutionäre Aktivierung wäre (676). Und eine Ahnung von dieser populären Substanz des Faschismus hätten schon immer die Totalitarismustheorien gehabt und zum Ausdruck gebracht, wenn sie darauf hinwiesen, daß im Faschismus »die Individuen als Masse und nicht als Klasse handeln« würden, womit ja nichts anderes gesagt sei, als »daß nicht klassenspezifische, sondern populäre Anrufungen den faschistischen politischen Diskurs bestimmten« (676). Dann aber hätten sie ja wohl, da dem faschistischen Diskurs gerade dieser nach Laclau in ihn einbezogene »populäre Diskurs« mit dem Sozialismus gemeinsam sein soll, mit ihrer Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus im Begriff der »Massenbewegungsregime« auch insgesamt recht gehabt. Also wären Stoiber und Strauß auf gar keiner so falschen Fährte.

Diese Annäherung von Faschismus und Sozialismus wird möglich durch Laclaus Re-

aktivierung des »Populismus«-Begriffs, seinen Versuch, ihn durch Neuformulierung für die Politikanalyse monopolkapitalistischer Gesellschaften verwendbar zu machen.<sup>19</sup> Wie nahe man damit an jene herankommen kann, von denen man politisch doch wohl getrennt ist, dafür ein Zitatbeispiel: »Hitler ist keineswegs so leicht als extrem rechts im politischen Spektrum einzuordnen, wie es viele Leute heute zu tun gewohnt sind. Er war natürlich kein Demokrat, aber er war Populist.« (Sebastian Haffner, Anmerkungen zu Hitler, S.77).

Um voll zu verstehen, was die Strategieempfehlung, die Laclau mit dieser »populistischen« Faschismus- und Sozialismusanalyse der Arbeiterklasse geben will und die er aus ihr ableitet, besagt und bedeutet, muß man freilich noch fragen, was denn nun seine ominöse »populär-demokratische Ideologie« eigentlich ist.

Laclau erläutert das u. a. an dem Beispiel, daß der Faschismus es verstanden habe, alle »populär-demokratischen« Anrufungen in einem jeden Klassenkampfgedanken abschließenden Subjekt zusammenzufassen, indem er etwa das radikalisierte Kleinbürgertum »als Rasse« anrief. So neutralisierte er, will er damit sagen, die latent antikapitalistischen Tendenzen in den einzelnen »populär-demokratischen« Anrufungen, den Elementen der »populär-demokratischen Ideologie«, darunter z. B. den »nationalistischen« (672). Man sieht, die »populär-demokratische Ideologie« ist nicht etwa eine demokratische Ideologie, sie hat mit Demokratie in dem Sinne, in dem fortschrittliche Kräfte oder auch nur die bürgerlichen Demokratietheoretiker sie auffassen, überhaupt nichts zu tun (darauf verweist Laclau selbst, s.S.677 Anm.3), sie ist vielmehr nur die Gesamtheit alles Ideologischen — und das unterschiedslos —, durch das »das 'Volk' sich seiner Identität in seiner Konfrontation mit dem Machtblock bewußt wird« (677, ebd.), was immer dies jeweils im einzelnen sei, und sei es der Nationalismus, und sei es das vom Rassismus Ansprechbare. Es ist schon jeweils dann, da ein einheitliches (vermeintlich zum »Machtblock« antithetisches) »Volks«bewußtsein stiftend — angeblich, wird man wohl sagen müssen, eingedenk der Zahl seiner Opfer — das »populär-demokratische«. Auch der Antikommunismus z. B., und jeder beliebige sonstige Irrationalismus, könnte es also sein.

Da aber sind wir am Kern dieser Strategieempfehlung. Und das hatten wir schon einmal in der Geschichte. Es ist, in Neuauflage, nichts anderes als die einst in den frühen dreißiger Jahren von der Sozialdemokratie gegebene — und von ihr beherzigte — Empfehlung, den Faschismus zu bekämpfen, indem man die von ihm angesprochenen Resentiments, denen er den Zulauf aus dem Kleinbürgertum verdankt und die dort nun einmal die »populäre Ideologie« bilden, getrost auch seinerseits mehr — und nach Möglichkeit erfolgreicher als er — anzusprechen und ihm so seine Massenbasis abzugewinnen versucht. Und tatsächlich, Laclau beruft sich zwar nicht auf dieses sozialdemokratische historische Vorbild, doch dafür wählt er, um zu illustrieren, was er meint, ein etwa analoges zeitgenössisches Beispiel aus der kommunistischen Politik, ein für sie kompromittierendes, freilich — was er bedauert — Episode gebliebenes, Kapitel ihrer Geschichte, ihre vorübergehende eigene Versuchung zu derartigem Opportunismus nach rechts. Um Karin Priester, die diese Empfehlung zustimmend wiedergibt, zu zitieren: Laclau »zeigt am Beispiel der Schlageter-Linie als dem einzigen ansatzweisen Versuch, an die innere Ambivalenz kleinbürgerlichen Potentials anzuknüpfen«, daß es, statt sie nur halbherzig zu verfolgen, die »richtige Position« gewesen wäre, »diese Linie zu vertiefen und zu ihrer logischen Schlußfolgerung zu bringen: zur Aufgabe von Klas-

senreduktionismus.« (664f.)

Also ideologische Öffnung des Kommunismus nach rechts. Plädoyer für eine über den damaligen fatalen Schlageter-Kurs weit hinausgehende (ihn »vertiefende«) rechts-opportunistische kommunistische Politik.

Hängt damit zusammen, daß Wolfgang Fritz Haug in seinem Beitrag eine für das — bislang doch wohl rationalistischer Tradition verpflichtete — »Argument« bemerkenswerte, sich in ihm jedenfalls auffällig ausnehmende Warnung vor »rationalistischer Hilflosigkeit« (652) ausspricht? Demnächst also ein wenig Hilfe vom Irrationalen?

## V.

Um zu bilanzieren: Die drei Beiträge des Hefts 117 zum Thema Faschismus und Ideologie haben in ihrer Summe zum Resultat

- die Zurückweisung des marxistischen Faschismusbegriffs (durch Angriff auf seine Substanz, die Bestimmung des Faschismus als monopolkapitalistische Herrschaftsform)<sup>20</sup>
- die Abkehr vom marxistischen Ideologiebegriff (zugunsten eines Begriffs »volks«bezogen-klassenloser, »populistischer« Ideologie)
- die Denunziation der antifaschistischen Bündnispolitik und des Begriffs der »demokratischen Kräfte« im Sinne ihres heutigen eigenen Sprachgebrauchs als unredlich
- die positive Empfehlung von »demokratischem Sozialismus« und Rechtsorientierung der Kommunisten
- am Rande zu konstatieren: ein erstmals aufklingender antirationalistischer Ton.

Dabei hätte es nur eines jeweiligen Mindestmaßes an Beschäftigung mit den empirischen Fakten, an Sorgfalt der Textrezeption, historisch gewissenhaftem Begriffsumgang und — freilich auch — geschichtslogischen Verallgemeinerungsvermögens bedurft, um all diesen fatalen Ergebnissen zu entgehen. Daher die Überschrift: Über vermeidbare Irrtümer.

Andernfalls — sollten die Resultate nicht den Irrtümern, sondern die Irrtümer dem Willen zu den Resultaten zuzuschreiben sein — müßte sie freilich lauten: Wohin geht die Zeitschrift »Das Argument«?

## Anmerkungen

- 1 Wolfgang Fritz Haug, Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen, Teil I: Das Problem des Ideologischen in der Faschismus-Diskussion des Argument, in: Argument 117, S.645ff.
- 2 Er charakterisiert den Faschismus bekanntlich — s. etwa die einschlägige Dimitroffsche Definitionsformel — als die »offene terroristische Diktatur« des Monopolkapitals. Würde er ihn als die einer monopolkapitalistischen ökonomischen Struktur regulär korrespondierende, aus ihr notwendig resultierende politische Herrschaftsform bezeichnen (und ihn also aus ihr erklären), so wäre er ein ökonomischer Ansatz. Doch er bestimmt ihn als eine unter den möglichen monopolkapitalistischen Herrschaftsformen besondere, nämlich eben die offen-terroristische, und erklärt ihn aus den ausschließlich in der politischen Sphäre liegenden besonderen Bedingungen, die den Terrorismus-Bedarf des Monopolkapitals erzeugen, er ist daher ein politischer Erklärungsansatz. Für den bürgerlichen Geschichtsverstand freilich bleibt er gleichwohl ein ökonomischer, da die politischen Interessen, aus denen er den Faschismus ableitet, noch immer monopolkapitalistische und also letztlich ökonomische sind. Doch hier tritt nur die unüberbrückbare Kluft zwischen dem bürgerlichen und dem marxistischen Politikver-

- ständig zutage. Denn von letzterem her läßt sich natürlich nur zurückfragen: aber woher sonst kommt das Politische überhaupt? Auch die einst im »Argument« (Nr. 41 und 47) zwischen Tim Mason einerseits und Eberhard Czichon, Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler andererseits unter der — solcher Mißdeutung Vorschub leistenden — Überschrift »Primat der Politik« oder »Primat der Industrie« geführte Diskussion konnte daher nur allenfalls von einer Seite als eine Kontroverse um die Frage, ob den Faschismus »die Politik« oder »die Ökonomie« bestimmt habe, aufgefaßt werden, tatsächlich ging es in ihr allein darum, ob seine Politik von den Interessen der »ökonomisch herrschenden Klassen« (Mason) bestimmt oder von diesen »verselbständigt« — also von anderen Interessen bestimmt — war.
- 3 So etwa für Haug offensichtlich, wie seinem Beitrag zu entnehmen (652 u. 648), für die Erklärung dessen, was er mit Mason die »selbstzerstörerischen Züge« des Nazismus nennt, sowie für den Status des faschistischen Führers.
  - 4 So tendenziell schon Mason in seinem Aufsatz »Der Primat der Politik — Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus« (Argument 41). Vgl. hierzu auch das Urteil von Haug (645/646).
  - 5 Also vor allem Althusser und die in seinem Gefolge Argumentierenden. Es dürfte auf der Hand liegen, daß die von dort geführte, auch vom »Argument« aufgenommene Polemik gegen die Offenlegung des Klassengehalts einer Ideologie und deren Erklärung aus ihm durch die marxistische Ideologiekritik, deren abschätzige Charakterisierung als »völlige Reduktion einer Struktur auf eine andere«, »identifizierenden Reduktionismus«, »reduktionistische Ideologiekritik«, »Ausdrucksdenken«, »Ausdruckismus«, »Skandal dieses Ausdrucksdenkens« (s. Argument-Sonderband AS 40, Theorien über Ideologie, besonders Kapitel 3, S. 39ff., hier 52, 53, 58, 59), sich nur als Entmutigung jeder konkreten sozialen Funktionsanalyse aktueller politischer Ideologien, damit aber auch des Verständnisses der Politikkonzeptionen und Politik selbst aus den sie je aktuell hervorbringenden konkreten sozialen Interessen, auswirken kann.
  - 6 Für diese Verwendungs des Ökonomismus-Begriffs unter Berufung auf Gramsci zur Kritik des Marxismus der III., keineswegs der II., Internationale kann das »Argument« in jüngster Zeit geradezu als beispielhaft gelten. Durchgängig, nicht also etwa nur in Karin Priesters Artikel, hat die in seinen neueren Heften vielfach formulierte, ausgesprochen oder unausgesprochen auf Gramsci Bezug nehmende Aufforderung zur »Abkehr vom Ökonomismus« ganz zweifelnsfrei nicht die Sozialdemokratie, sondern den Marxismus-Leninismus zum Adressaten. Aus der Fülle der dafür zu findenden Belegbeispiele hier nur zwei aus ihrem Sinnzusammenhang heraus völlig eindeutige: »Die mit Laclau u.a. vollzogene Abkehr von Ökonomismus und Klassenreduktionismus« (Haug, Argument 117, 653); »Was wir von Gramsci und Althusser, in den Debatten um Eurokommunismus und Austromarxismus lernen konnten, sind Begriffe für die relative Eigenständigkeit des Politischen ... vom gemeinsamen Ausgangspunkt des Nicht-Ökonomismus ausgehend ...« (Argument 119, 74). Zur programmatischen Formulierung — und Stoßrichtung — dieses »Ausgangspunkts« s. den Argument-Sonderband AS 44 (Eurokommunismus und Theorie der Politik), hier insbes. S. 16 u. 135ff.
  - 7 Ein Paradebeispiel inflationierenden Umgangs mit Gramscis Begriffen verspricht der angekündigte Argument-Sonderband AS 51 unter dem Titel »Sozialliberalismus oder rechter Populismus?« zu werden. Wie den in Argument 119 in Vorbereitung dieses Bandes und als Aufforderung zur Mitarbeit an ihm abgedruckten Diskussionsbeiträgen von Michael Jäger und Wieland Elfferding zu entnehmen ist, sind in diesen beiden — »vom gemeinsamen Ausgangspunkt des Nicht-Ökonomismus ausgehenden (ebd. S. 74) — Beiträgen wie im redaktionellen Vorspanntext (und also dann wohl auch vermutlich im späteren Band insgesamt) die sozialliberale Koalition einerseits, die CDU/CSU andererseits zu »Blöcken« ernannt. Man braucht vielleicht nur an das Gespinn »Plich und Plum« (Schiller und Strauß) — um von gegenwärtigen Verflechtungen gar nicht zu reden — zu erinnern, um die Haltlosigkeit einer solchen Gleichsetzung der in der Bundesrepublik rivalisierenden Parteienkoalitionen mit »Machtblöcken« im Sinne Gramscis in den Blick zu bringen.
  - 8 Womit nicht gesagt sein soll, daß es nicht auch ein in mancher Hinsicht — so wohl sicher bezüglich einiger zu sorgloser Adaptionen von Momenten der zeitgenössischen soziologischen Diskussion — problematisches, also diskussionswürdiges wäre. Soll es heute nutzbringend angewandt werden, käme es also weniger auf seine unkritische Übernahme als seine ernsthafte Erörterung an. Als für diese Diskussion instruktiv s. u.a. De Giovanni, Gerratana, Paggi,

- Gramsci-Debatte 1. Hegemonie, Staat und Partei, Hamburg 1978, sowie Antonio Gramsci. Revolutionär und Internationalist, Berlin (DDR) 1978, hier speziell zur Verkehrung der Ökonomismus-Kritik Gramscis im Beitrag von Siegfried Beier »Bemerkungen zu Gramsci-Verfälschungen in der BRD« S.92 sowie im Beitrag von Franco Andreucci über Gramscis Hegemonie-Begriff S.58.
- 9 Karin Priester, Faschismus und Massenbewegung. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem faschismustheoretischen Ansatz von R. Opitz, in: Argument 117, S.655ff.
- 10 Nämlich Niels Kadritzke, Faschismus und Krise, Frankfurt/Main 1976, S.182ff. und Alf Lüdke, Faschismus-Potentiale und faschistische Herrschaft oder Theorie-Defizite und antifaschistische Strategie, in: Gesellschaft. Beiträge zur marxistischen Theorie 6, Frankfurt/Main 1976, S.214.
- 11 Für diese Leseungenauigkeiten nur noch ein weiteres Beispiel aus Karin Priesters Text. Karin Priester schreibt, der Aufsatz in Heft 87 zähle auch Militärdiktaturen »unter der Voraussetzung bereits vorhandener monopolkapitalistischer Strukturen« zum Faschismus (656). Diese Voraussetzung ist frei erfunden. Tatsächlich hat er sie an eine solche gerade ausdrücklich nicht gebunden, vielmehr heißt es in ihm (Heft 87, S.602): »Der Inhalt dieser letzteren Diktaturen ist daher selbstverständlich auch dann monopolkapitalistisch, wenn das betreffende Land selbst etwa nur eine agrargesellschaftliche Struktur aufweist ... Im Zeitalter des imperialistischen Kapital-Exports ist auch ... der Export des Faschismus zu einem Ding des Möglichen geworden.«
- 12 Vgl. Lüdke, a.a.O., S.230.
- 13 Stattdessen wendet Karin Priester ein, die Bestimmung der terroristischen — und also, unter der Voraussetzung monopolkapitalistischen Inhalts, faschistischen — Qualität eines Systems durch die Illegalisierung aller Organisationen, die objektive Interessen nichtmonopolistischer Schichten artikulieren, »übersieht«, daß der Faschismus doch auch solche Organisationen verboten habe, die zweifellos — wie etwa die Freimaurer-Logen — nicht die Interessen nichtmonopolistischer Schichten vertraten (657/658). Hätte sie den Sinn der Terrorismus-Kategorie verstanden, so wäre ihr deutlich geworden, daß solche Verbote in der Bestimmung des Faschismus als terroristische Herrschaftsform doch immer schon selbst begriffen und durch sie ausgedrückt sind. Allein schon die Charakterisierung der historischen Funktion des Faschismus als terroristische Zerschlagung der vorausgegangenen bürgerlichen Herrschaftsform schließt sie logisch mit ein. Nur kann der Faschismus, der als terroristisches System ja gerade ein System des willkürlichen, rein machtopportunistisch-dezisionistischen Gewaltgebrauchs ist, doch nicht definitorisch darauf festgelegt werden, wie weit zu gehen ihm im Einzelfalle jeweils angebracht scheint (denn hier verfügt er durchaus, wie der internationale Vergleich zeigt, über beträchtlichen Spielraum). In die Definition gehört daher nur die Angabe, »von wann ab« die terroristische Systemqualität erreicht ist (d.h. was den Faschismen überall und in jedem Falle gemeinsam ist und sie als solche erkennbar macht — und dies ist, weil ihre einen allgemeinen Faschismusbegriff ermöglichende Identität nun einmal in ihrer besonderen terroristischen Funktion gegenüber dem historischen Gegenspieler des Imperialismus, den antiimperialistischen Kräften, liegt, deren gewaltsame Zerschlagung und Verfolgung), während die Frage, »bis wohin« sich der Terror steigert und in die Gesellschaft hinein ausdehnt, als eine nationalgeschichtlich je singuläre nicht seinen Begriff berühren kann.
- 14 Daß Karin Priester dies in der Tat so zu sehen scheint, bezeugt ihr Einwand, mit den »kleinbürgerlich-plebejischen Elementen« seien im Faschismus doch »auch die von ihnen praktizierten Formen individueller Willkür und physischer Gewaltanwendung in die Latenz verwiesen worden zugunsten einer Aufwertung staatlicher Instanzen vor denen der Partei« (657).
- 15 Das italienische wäre, wie alle sonstigen der Geschichte, als strukturell ganz analog darstellbar, wenn natürlich auch die jeweiligen konkreten Argumentationen oder ideologischen Aussagen in den einzelnen Faschismen periodenspezifisch und national differieren. Karin Priesters Ausführungen zur Geschichte des italienischen Faschismus wiederholen nur alle hier im Prinzipiellen kritisierten linken Fehler der Interpretation auch des deutschen und dokumentieren damit nichts anderes als den bekannten Umstand, daß eben auch Spezialisierung auf die nationale Sondergeschichte eines einzelnen Faschismus, fehlt es an einem zutreffenden allgemeinen Begriff von ihm, noch nicht ihr Verständnis verbürgt.

- 16 Es kann hier nicht im einzelnen dargelegt werden, weshalb dies insbesondere auf die zumeist für die vermeintliche Existenz eines solchen »antikapitalistischen« Flügels angeführten Kronzeugen — die Gebrüder Strasser, Röhm und Goebbels — zutrifft. Interessierte seien auf die ausführlichen biographischen Angaben zu ihnen in Kurt Gossweiler, Die deutsche Monopolbourgeoisie und das Blutbad des 30. Juni 1934, phil. Diss. Berlin (DDR) 1963 (unveröffentl.), hingewiesen. Hier auch instruktive Beispiele für die unmittelbare Mitwirkung etwa Funks an angeblich »sozialistisch« beeinflussten wirtschaftspolitischen Programm- und Gesetzesinitiativen der NSDAP sowie — hauptsächlich — der Nachweis, daß und weshalb auch der 30. Juni 1934 nicht als Liquidation eines »linken« Flügels — und damit Beweis für ihn — deutbar ist.
- 17 Sie schreibt nicht nur, die der »Bündniskonzeption der III. Internationale« verpflichteten Marxisten sähen »im kleinbürgerlichen Bewußtsein vollständig falsches, d.h. gegnerisches Bewußtsein«, sondern auch, sie sprächen ihm »jede Ambivalenz und jede, wenn auch momentane, Autonomie« ab (664). Allein schon die Charakterisierung faschisierten mittelständischen Bewußtseins als eben nicht genuin mittelständisches, sondern imperialistisch okkupiertes, am Ende des Aufsatzes in Argument 87 (603) schließt eine solche Behauptung ja wohl logisch aus (nämlich die Anerkennung seiner Ambivalenz — auf der alle Bündnispolitik gegenüber den Mittelschichten basiert — ein). Vgl. zur Betonung dieser Ambivalenz als Begründung der Möglichkeit antifaschistischer Verbündung von Arbeiterklasse und Mittelschichten auch R. Opitz, Die faschistische Massenbewegung, in: Reinhard Kühnl (Hrsg.), Texte zur Faschismuskonzeption I, Reinbek b. Hamburg 1974, S.176ff., vor allem aber die bereits auf dem VII. Weltkongreß der III. Internationale gehaltenen Referate, die durchgängig auf diese Ambivalenz abheben.
- 18 Ernesto Laclau, Faschismus und Ideologie, in: Argument 117, S.667ff.
- 19 S. Ernesto Laclau, Zu einer Theorie des Populismus, in: Das Argument 119, S.34ff. (mit einer Einführung von Wieland Elfferding, S.33f.).
- 20 1978 warf Heinrich August Winkler in seiner polemischen Schrift Revolution, Staat, Faschismus. Zur Revision des Historischen Materialismus (Göttingen 1978, S.107) dem »Argument« und persönlich seinem Herausgeber Wolfgang Fritz Haug in Auseinandersetzung mit Heft 87 die dortige Erörterung des strategischen Gehalts von Faschismustheorien als ein »Bekanntnis zur Parteilichkeit« vor, das nichts anderes bedeute, als daß eine Faschismustheorie offenbar nur dann »richtig« sei, »wenn sie dem aktuellen Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus diene. Der Maßstab«, schloß Winkler, »an dem die neueren 'Faschismusanalysen' des 'Argument' zu messen sind, ist damit endgültig jedem Zweifel entzogen worden.« War er mit seinem Verdikt »endgültig« womöglich vorschnell?

### Redaktionelle Nachbemerkung zum Aufsatz von Opitz

Um Diskussionszusammenhänge weiterzuentwickeln, werden wir darauf achten, daß *erwiderbar* geschrieben wird, hieß es im Editorial von *Argument* 107. »Unbelegte Behauptungen, Andeutereien, Pauschalabfertigungen haben in den Beiträgen ebensowenig zu suchen, wie persönliche Diffamierung.« Der Aufsatz von Opitz genügt diesen Kriterien oft nicht. Fast exemplarisch versammelt er Techniken nicht-erwiderbaren Schreibens. Die Gereiztheit seines Tons zeugt von dem Druck, unter dem die Entwicklung materialistischer Wissenschaft hierzulande steht. Zu lange sind marxistische Positionen unterdrückt worden. Das erschwert ihre Verständigung untereinander. Wir konnten Opitz nicht davon überzeugen, daß es notwendig sei, erwiderbarer zu schreiben. Wir könnten unsere Kritik ja im Editorial bringen, meinte er. Dies ungefähr waren unsere Einwände:

— Auf Priesters Kritik an der Bündniskonzeption der III. Internationale antwortest Du, daß ihre Konzeption hier einen »politisch böartigen Zug« annehme. Du wirfst ihr vor, »unredlich« zu sein und bezeichnest ihre Kritik als »Denunziation«. Du greifst ihre persönliche Integrität an statt ihre Argumente.

— Du schreibst, ihre Kritik sei allen Antikommunisten »aus dem Herzen gesprochen«. Als ob der gegenwärtige Dissens um den Faschismus unsere Kräfte schwächen würde. Sicherlich gibt es historische Situationen, in denen Streit nur dem Gegner nützt. Wir meinen, daß er im Augenblick, wo es um eine Neugruppierung der Kräfte gegen Strauß geht, gerade geboten ist. Seit vielen Jahren herrscht in der FAZ quasi ein Verbot, das *Argument*, in dem bekanntlich Dissens artikuliert wird, zu rezensieren. Andererseits gibt es kaum eine Nummer, in der sie nicht von innerlinkem Streit berichtet. Wir schließen daraus, daß unsere Art von Dissens vom Gegner nicht gewünscht wird. Es ist die fingierte Einheit nach außen, die uns handlungsunfähig macht.

— Ähnlich gehst Du gegen Laclau vor. Du schreibst gegen seine Konzeption »populär-demokratischer Anrufungen«: »Also sind sich Faschismus und Sozialismus, wegen ihres gemeinsamen 'populär-demokratischen' Kerns, doch näher, als man in linken Kreisen bisher meinte.« Du rückst ihn in die Nähe zur rot = braun-Konstruktion, oder sogar der CSU: »Also wären Stoiber und Strauß auf gar keiner so falschen Fährte.« Gegen Laclaus Theorem »populär-demokratischer Anrufungen« ist das kein Argument, genausowenig wie es gegen seine Populismustheorie irgend etwas beweist, daß auch Haffner, wie Du zitierst, Hitler als Populist bezeichnet. Das sind Tricks, die wir sonst von allerhand bürgerlichen Politikern und Leitartikelschreibern kennen: statt sich mit den Argumenten ihrer Gegner auseinanderzusetzen, rücken sie sie, auf formale Ähnlichkeiten verweisend, in die Nähe von Positionen, deren Ablehnung sie sicher sind.

— Du hörst einen »erstmalig aufklingenden antirationalistischen Ton« im Argument. Dann die Suggestivfrage: »Demnächst also ein wenig Hilfe vom Irrationalen?« Du beziehst Dich auf die Formulierung »rationalistische Hilflosigkeit« — als sei Irrationalismus der Gegenbegriff zu Rationalismus, als gäbe es keinen Unterschied zwischen Rationalität und Rationalismus. Nach der selben Logik wäre jeder Antinationalist ein Vaterlandsverräter. Die Entwicklung materialistischer Wissenschaft war von Anfang an begleitet von der Auseinandersetzung mit dem Rationalismus bürgerlicher Aufklärung. Für den bestehen die Probleme im Nicht-Durchschauen der Wirklichkeit. Das Subjekt, an das er appelliert, ist das auf sein Erkenntnisvermögen reduzierte Individuum. (Vgl. etwa den »Rationalismus«-Artikel in dem bekannten Wörterbuch von Klaus / Buhr.) Einen Antifaschismus, der davon ausgeht, daß die Wirksamkeit des Faschismus darin besteht, daß er von den Individuen nicht durchschaut wird, halten wir freilich für hilflos.

— Ob die Lösungsversuche in Heft 117 wirklich haltbar sind, darüber wird weiterhin gestritten werden müssen. Aber sie gehen aus von einer Fragestellung, auf die Du Dich gar nicht einläßt. Warum soll das Problem der *relativen Autonomie* von Ökonomie, Politik, Ideologie nicht *im* Marxismus diskutierbar sein? Du grenzt es aus, indem Du allen Autoren die Annahme einer absoluten Autonomie der verschiedenen Instanzen unterschiebst. Du tust, als gäbe es keine Probleme in der theoretischen Erfassung und praktischen Bekämpfung des Faschismus. Aber ohne diese Probleme sind die Versuche in Heft 117 gar nicht denkbar. Wenn man sie ignoriert, muß die Diskussion unfruchtbar werden.

— Du kritisierst Deine Kritiker, indem Du ihnen *den* Marxismus mit *dem* marxistischen Interessenbegriff, *dem* marxistischen Faschismusbegriff, *dem* marxistischen Ideologiebegriff entgegenhältst. Aber einen einheitlichen marxistischen Begriff von Interesse, Faschismus, Ideologie gibt es nicht. Es gibt keinen einheitlichen Marxismus. Wer ist denn *der* Marxismus, der festlegt, daß dies *der* marxistische Interessenbegriff ist? Das

bist doch Du selbst, Reinhard Opitz, Du präsentierst Dich als Sprachrohr eines fiktiven einheitlichen Marxismus. Du versuchst, Dich als schreibendes Individuum unkenntlich zu machen. Du versuchst, zu kritisieren, ohne krisierbar zu sein. Du schreibst nicht-erwiderbar.

Wie gesagt, Opitz hat sich nicht überzeugen lassen. Wir standen vor der Alternative, den Aufsatz so, wie er jetzt ist, oder gar nicht zu bringen. Der Gehalt des Aufsatzes gab dann den Ausschlag. Er ist nicht einheitlich andeutelnd-unerwiderbar. Vieles trägt zur Klärung der Positionen, vielleicht zur Weiterentwicklung bei. Opitz gibt den Ökonomismus-Vorwurf zurück an seine Kritiker: Wenn sie Ökonomie und Politik trennen, hätten sie einen zu engen, eben ökonomistischen Begriff von Ökonomie und verkennen damit die Einheit von Ökonomie, Politik und Ideologie. Opitz expliziert sein eigenes Verständnis von faschistischer Ideologie und wie das Verhältnis von Terror, Konsens und Legalität im Faschismus beschaffen sei. Er setzt, mit empirisch-historischen Argumenten, der These eines innerfaschistischen Kräftepluralismus die These entgegen, daß es nur eine einzige, geschlossene Interessenlogik des Faschismus gebe: die des Monopolkapitals. Er rekonstruiert dessen »demagogisches Argumentationsmodell«. Er äußert sich kritisch zur Konzeption, daß die herrschende Klasse nicht als solche, sondern nur in Form eines von ihr dominierten Machtblocks herrschen könne, und kritisiert das Fehlen einer sozialen Funktionsbestimmung des Faschismus in Karin Priesters eigener Faschismus-Definition in *Argument* 117.

Opitz sieht nicht nur die von ihm kritisierten Artikel, sondern gleich das *Argument* insgesamt auf dem falschen Weg. Indem er uns seinen Aufsatz anbietet, zeigt er freilich, daß er das *Argument* akzeptiert als Organ, in dem Kontroversen in aller Schärfe ausgetragen werden können. Es ist ein geringerer Fehler, einen schwer erwidernbaren Beitrag zu veröffentlichen, als ihn gar nicht zu bringen. Wir brauchen Reinhard Opitz weiterhin bei der Entwicklung des Marxismus. R.N.



SH 5 Wolfgang Abendroth: Faschismus und Antikommunismus. 19 S. 2,50

SH 6 Mason/Czichon/Eichholz/Gossweiler: Faschismus-Diskussion (I).

75 S. 4,50

SH 29 Tjaden/Gripenburg/Kühnl/Opitz: Faschismus-Diskussion (II).

78 S. 5,—

Peter Schmitt-Egner

## Zur historischen Kontinuität und strukturellen Affinität kolonialer und faschistischer Gewaltformen

Problemstellungen, Hypothesen, Forschungsperspektiven\*

### Problemstellung

Die folgenden Überlegungen sind das Resultat von Voruntersuchungen zur Konstitutionsbedingung »rechtsradikaler« und »frühschistischer«<sup>1</sup> Gewaltformen in der Entstehungsphase der Weimarer Republik unter dem Aspekt der Rückwirkung der deutschen Kolonialherrschaft in die »Metropole«. Diese Rückwirkung sollte nicht nur »historisch« (d.h. ereignisgeschichtlich) im Sinne einer Kontinuität in der deutschen Geschichte von »Bismarck bis Hitler« verstanden werden. Die Untersuchung der politischen Rolle ehemaliger Kolonialoffiziere und Beamten<sup>2</sup> in der Nachkriegskrise (1918/23) wird sich darüber hinaus konzentrieren auf die *Genese von Gewaltformen* und die der *Gewöhnung* an direkte politische Gewalt als *dominante Verkehrsform* im Umgang mit politischen Feinden, d.h. an die Entstehung eines rechtsfreien Raums, der zur alltäglichen Realität der deutschen Innenpolitik werden konnte. Insofern wird hier ein weiterer Versuch unternommen, unter einer bisher vernachlässigten Fragestellung eine spezifische Bewältigung der deutschen Vergangenheit als Bewältigung der Gegenwart in Angriff zu nehmen, die in ihrer allgemeinen Verknüpfung mit der Geschichte des deutschen Kolonialismus auch in der Bundesrepublik wieder Beachtung findet (Namibiaproblem etc.); andererseits verbindet sich mit der Erforschung von historischen Vor- und Frühformen »faschistischer Gewalt« (Terror) die grundsätzliche Problematik rechtlich nicht eingebundener Politikformen vor gegebenem sozialökonomischen und politischen Hintergrund.

Einen Hauptmangel der bisherigen Faschismuskritik sehe ich mit Wolfgang Fritz Haug in der unbewältigten theoretischen Erfassung des Verhältnisses von »Ökonomie, Politik und Ideologie« (Haug 1979, 646). Anknüpfend an das Postulat einer »nicht-ökonomistischen« Rekonstruktion der Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie soll hier die Scheinalternative Sackgasse vom »Primat« der »Politik« oder der »Ökonomie« vermieden werden. Dies kann im Ansatz nur gelingen, wenn dieses Begriffspaar weder dualistisch noch dichotomisch als Ursache-Wirkung-Problem behandelt wird, sondern als Inhalt und Form, Wesen und Erscheinung der jeweiligen Realitätsstufen.<sup>3</sup>

### Ökonomiekritische Anmerkungen zum Charakter faschistischer und peripherer Diktaturen

Um den Zusammenhang von »Politik« und »Ökonomie« im Faschismus als widersprüchliche Einheit bestimmen zu können, erscheint es mir — im Gegensatz zu Laclau's Vorgehen — sinnvoller, von einer explizit »staatstheoretischen« bzw. »politischen« Interpretation des Faschismus auszugehen; denn die Erklärungskraft ökonomie-

\* Bei dem folgenden Beitrag handelt es sich um ein stark gekürztes Resümee eines MS; sein skizzenhafter, z.T. fragmentarischer Charakter erklärt sich durch die Aussparung der ereignisgeschichtlichen Darstellung sowie den Verzicht auf die Beschreibung der sozialwissenschaftlichen Auseinandersetzung über den Problem-Gegenstand im engeren Sinne. Aus Platzgründen war ich daher öfter gezwungen, auf frühere Ausführungen zu verweisen.

kritischer Kategorien erweist sich nur dann, wenn sie aus der Zustandsbeschreibung politischer Herrschaft deren *Formbestimmtheit* enthüllen kann. Einen solchen Ausgangspunkt stellt die in der täglichen Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus geschriebene zeitgenössische Analyse des »Doppelstaates« von *Ernst Fraenkel* (1974) dar, eine gelungene Symbiose von unmittelbarer Erfahrung und ihrer rechts- bzw. staatsrechtlichen Reflexion. Ausgehend vom Begriff des Rechtsstaates als Einheit von öffentlich politischen Rechten und privaten unpolitischen Rechten, spaltet sich diese Einheit im Übergang zum Faschismus an der Macht in ein doppeltes System: den Maßnahme- und den Normenstaat. Den *Maßnahmestaat* definiert Fraenkel als ein Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist. Der *Normenstaat* ist für ihn ein Regierungssystem, mit weitgehenden Herrschaftsbefugnissen ausgestattet zwecks Aufrechterhaltung der Rechts-(und Wirtschafts-)Ordnung, wie sie in Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten der Exekutive zum Ausdruck gelangen. Als Resultat seiner Analyse der Rechtsprechung bis 1937 stellt Fraenkel über die Permanenz des Belagerungszustandes (Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 33) das Heraustreten einer politischen Gewalt ohne Rechtsgarantien fest. Das geltende Recht wird ausschließlich unter den Vorbehalt des politischen gestellt; der Maßnahmestaat ist nach Fraenkel nur durch die Führergewalt legitimiert. Alle seine Institutionen (SA, SS, Strafgerichte, Sondergerichte, Volksgerichte) dienen also der faschistischen Feindbekämpfung. Die schon 1932 von Carl Schmitt geprägte Maxime, daß es »keine Gleichheit vor der Maßnahme« geben kann, realisierte sich durch die Ausgrenzung bestimmter gesellschaftlicher Gruppen (Juden, Kommunisten etc.) aus der Gesellschaft und ihrer Erklärung zu »Volks- und Staatsfeinden«.

Diese Feindbestimmung und Feindbekämpfung des Maßnahmestaates, dessen Normen nicht mehr über die Menschenrechte, sondern nur noch vom Primat des Politischen bestimmt werden, müßte der Schwerpunkt bei der Untersuchung der *Genese* dieses Maßnahmestaates sein. Fraenkels Ansatz wird für uns in dem Maße relevant, in dem wir versuchen, den Begriff des »Doppelstaates« auf die weltmarktliche Dimension von Peripherie und Metropole zu verlagern. Geschichte *und* Gegenwart haben gezeigt, daß der europäisch-bürgerliche Rechtsstaat eben nicht die Regel, sondern in seiner welt-historischen Dimension vielmehr die Ausnahme darstellt. Dagegen setzt der Begriff des Ausnahmestaates, staatsrechtlich durch den Ausnahme- bzw. Belagerungszustand gekennzeichnet<sup>4</sup>, immer den als Regel gesetzten Rechtsstaat voraus. Für den strukturellen Vergleich der Entstehung von faktisch (grund-)rechtsfreien Räumen als staatliche Maßnahmebereiche ohne Kontrolle, nur vom Primat des Politischen bestimmt, ist dies insofern von faschismus- und diktaturtheoretischer Bedeutung, als sich mit dem Begriff des Doppelstaates sowohl metropole als auch periphere Diktaturen *staatstheoretisch* erfassen lassen.

Sie können jedoch weder die gesellschaftliche Formbestimmung dieser Diktaturen, geschweige denn ihre faschistische oder koloniale Gestalt erklären. Die innere Einheit von »Politik« und »Ökonomie« bezüglich der Formbestimmung des Doppelstaates erschließt sich aus dem *Zweck* der (Maßnahme-)Staats*praxis*. Dieser konstituiert sich in der Metropole als Ausnahme(Krise) und an der Peripherie als Regel: Die *Vernichtung der politischen Form des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters*<sup>5</sup>, d.h. Vernichtung seiner Organisationen (Arbeiterparteien, Gewerkschaften), zwangsweise Aufhebung der Ta-

rifautonomie (Metropole), sowie die Zerschlagung jeder politischen Artikulation (Peripherie).

Diese politische Form bestimmt sich als historisches Produkt durch eine doppelte Funktion: 1. auf der Ebene der Warenform der Arbeitskraft und 2. auf der Ebene der Kapitalform der Arbeitskraft.

*ad 1:* Im Regelzustand des metropolischen Rechtsstaates ist es die »natürliche« Aufgabe der Politik (z. B. Gewerkschaften) zu verhindern, daß der *Preis der Arbeitskraft nicht unter ihren Wert fällt*. Insofern kann z. B. die Gewerkschaft bei »günstiger« Konjunktur und Strukturlage zum »Hüter der Warenform der Arbeitskraft« werden, d. h. systemimmanente Funktionen ausüben. Kommt es jedoch zur Konjunktur- und Strukturkrise, in der nicht nur einzelne Branchenkapitale, sondern das Gesamtkapital bedroht ist, so schlägt diese Funktion in ihr Gegenteil um; sie erhält dann systemsprengende Bedeutung, wenn der Verwertungsprozeß nur noch durch einen *extensiven* Entwertungsprozeß der gesellschaftlichen Arbeitskraft in Gang gesetzt werden kann (»Krisenlösung«). Die Notwendigkeit der Auflösung und Löschung dieser Funktion bildet also den ersten ökonomiekritischen Grund des Doppelstaates.

*ad 2:* Die zweite Funktionsbestimmung der politischen Form besteht in ihrer *wirklichen Aufhebung*. Der Gebrauchswert der Kapitalform der Arbeit besteht in ihrer wertsetzenden Tätigkeit. Die Funktion der politischen Form besteht in der Rebellion der lebendigen Arbeit gegen die sie beherrschende tote; sie ist daher schon im Rechtsstaat Objekt der Maßnahme (Berufsverbote/Kommunismus) und leitet mit der Verfolgung den Übergang zum formbestimmten Doppelstaat ein.

Der *faschistische* Charakter dieses Doppelstaates ist noch nicht dadurch zureichend bestimmt, daß die politische Form des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zerstört wird, sondern *wie* dieselbe zum Objekt staatlicher Maßnahme wird. Denn erst ein bestimmter Entwicklungs- und Entfaltungsstand der industriellen Produktivkräfte im Verhältnis zum agrarischen Sektor im Innern und seine Stellung auf dem Weltmarkt nach außen ermöglicht die faschistische Form des Doppelstaates. Die widersprüchliche Einheit des faschistischen Staates ist dadurch gekennzeichnet, daß die *Vernichtung* der politischen Form des Gesamtarbeiters als *seine Aufhebung* erscheint. In seiner staatsrechtlichen »Übersetzung« heißt dies: Der permanente Belagerungszustand als zentrales Institut des Doppelstaates muß den realen Schein einer Revolution annehmen, um seine Kernfunktion erfüllen zu können. Die Konstitution der Realität dieses Scheins bildet den inneren Zusammenhang von sozialer Bewegung und sozialer Funktion faschistischer Herrschaft. Karin Priester betont zu recht, daß es sich hier um eine Integrationsbewegung handeln muß, ohne klar herauszuarbeiten, was durch wen warum integriert wird. Handelt es sich um eine Krise des Gesamtkapitals, dann ist Krisenlösung ohne Gesamtarbeiter nicht möglich.

Je totaler die Krise, um so totaler sind die Integrationsforderungen. Der Charakter dieser *Integration* basiert daher einerseits auf der *Ausgrenzung* (des faschistischen Objektes). Diese Ausgrenzung kann als »*Aufhebung*« nur die politische und physische Vernichtung bedeuten. Der Klassenwiderspruch zwischen Gesamtarbeit und Gesamtkapital wird *negativ* »aufgehoben« durch die Vernichtung seiner wirklichen (Gewerkschaften/Arbeiterparteien) oder *scheinbaren* (Bank- und Börsenkapital = Judentum) Stellvertreter (Schmitt-Egner 1976, 392ff.). Das *positive* Korrelat der Realität des Scheins zeigt sich in der »Volksgemeinschaft«, im Korporatismus etc. und seiner entspre-

chenden Bewußtseinsform (Rassismus, Herrentheorie). Hier sind dann die neuen Öffentlichkeitstrukturen zu beachten, die Massenbedürfnisse zu ihrem Ausdruck, nicht zu ihrer Realisierung kommen lassen: Die Entwertung der gesellschaftlichen Arbeitskraft wird als revolutionäre Tat organisiert!

Das von Rabinbach und Haug hervorgehobene Spannungsverhältnis von sozialer Funktion faschistischer Herrschaft und Bewegung als Konstitution des revolutionären Scheins enthüllt sich bei der Betrachtung des sozialen Trägers, des Vollzugsorgans. Die soziale Fähigkeit der Integration von Arbeit und Kapital ist dem *aktiven Kern* nur dadurch gegeben, daß er *scheinbar* zwischen Kapital und Arbeit steht, in seinen tatsächlichen Produktionsbedingungen oder Reproduktionsphantasien Arbeiter und Kapitalist *zugleich* ist. Allein dies prädestiniert ihn zum Vollzugsorgan des revolutionären Scheins. Hierin trifft er sich mit dem selbsarbeitenden Kolonisator (Schmitt-Egner 1976, 394f.).

Als vorläufige Differenz zwischen der peripheren und metropolitanen »Revolution« ist festzuhalten: Letztere wird von einer Integrationsbewegung, erstere primär nur vom Kolonisator getragen. Die dortige »zivilisatorische Revolution«, welche ihn in seinem Herrendasein bestätigt, bildet dann freilich die Legitimationsform des kolonialen Doppelstaates, die alle Gewaltformen gegen den Kolonisierten ideologisch rechtfertigt.<sup>6</sup> Demzufolge müßte bei der Erörterung der Genese des »faschistischen Subjektes« dem Aspekt weltmarktlicher Strukturaffinitäten nachgegangen werden, um nachweisen zu können, daß weder der deutsche noch der italienische Faschismus ein eingeborenes Produkt des Nationalstaates, geschweige denn ein Betriebsunfall der »Zivilisation« war.

### Entfaltung des Weltmarktes — Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeit — kolonialer Gewalttransfer

Ein erster Blick auf die Entwicklung der Nationalstaaten, in denen sich faschistische Formen des Doppelstaates durchgesetzt haben, zeigt, daß das industrielle Kapital sich in scharfem Widerspruch zur jeweiligen Agrarstruktur entfaltet hatte. Dieser Widerspruch gestaltete sich um so spannungsreicher, je »progressiver« und »moderner« der Aufstieg zum Weltmarkt vonstatten ging. Die sich in den »gleichzeitigen Ländern« herausbildende Unterscheidung von Staat und bürgerlicher Gesellschaft, Imperium und Dominum, konnte sich in den »ungleichzeitigen« nicht klar herausbilden. Dies lag nicht nur an der ungewöhnlich starken Staatstätigkeit im ursprünglichen Akkumulationsprozeß, analog der Rolle Englands und Frankreichs im 17. und 18. Jahrhundert, sondern daran — und dies ist eine erste Bedingung ihrer Ungleichzeitigkeit —, daß diese Staaten im Gegensatz zu den »gleichzeitigen« einen vom industriellen Kapital *formell subsumierten Weltmarkt vorfanden*.<sup>7</sup>

Um sich in der Weltmarktkonkurrenz behaupten zu können, gab es für die ungleichzeitigen Staaten nur drei voneinander abhängige Möglichkeiten:

1. Eine beständige unverhältnismäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität durch enorme Revolutionierung der Arbeitsmittel zur Senkung des Warenwertes;
2. als weitere Voraussetzung die Kostensicherung konkurrenzfähiger Expansion: Senkung des Kostpreises durch extensive Steigerung der Mehrwertrate und /oder gesicherte Rohstoffgebiete;
3. die »Lösung« der Agrarfrage durch deren Export in die Kolonialgebiete, wie es klassisch Großbritannien im 18. und 19. Jahrhundert praktiziert hatte. Mit dem Entfal-

len der letzteren Bedingungen (2 und 3) ist die erste infragegestellt.

Werttheoretisch ausgedrückt ergibt sich für den Gesamtarbeiter folgende Dynamik: Durch die Revolutionierung der Arbeitsmittel wird die Intensivierung der Mehrarbeit möglich, was nicht nur die Steigerung der Mehrwertmasse, sondern auch der Mehrwertrate ermöglicht (im Innern). Können diese Wertmassen infolge einer Verwertungskrise nicht mehr realisiert werden, ist das Ventil nach außen durch den Zusammenbruch des Weltmarktes und den hieraus folgenden Protektionismus verschlossen (die Rohstoffmärkte werden durch Zölle abgeriegelt), so bleiben nur zwei Möglichkeiten kapitalistischer Krisenlösung offen: Einerseits die Intensivierung der Mehrarbeit durch Extensivierung zu ergänzen (d. h. Senkung des Preises der Ware Arbeitskraft unter ihren Wert, Ausweitung des Arbeitstages), andererseits auf gewaltsame Neuverteilung der Rohstoff- und Absatzmärkte zu drängen. Während letzteres den Krieg nach außen bedeutet, ergibt sich, wie schon oben entwickelt, der Krieg nach innen durch die Vernichtung der politischen Form. Die historische Möglichkeit, den Widerspruch der Entfaltung durch koloniale Expansion zu lösen, scheiterte in der Wirklichkeit der ungleichzeitigen Staaten. Durch die Abschneidung von der Peripherie oder deren Untauglichkeit, die Funktionen von Stufe 2 und 3 zu vollziehen, verlagerte sich dieser Widerspruch in die Metropole selbst. Der widersprüchlichen strukturellen Einheit von Staat und Gesellschaft, Imperium und Dominum, stehen in diesem Fall nur zwei historische Lösungsmöglichkeiten offen: entweder löst sich »der Staat« gewaltsam in »die Gesellschaft« (soziale Revolution) oder die »Gesellschaft« in den »Staat« auf (Doppelstaat). Die Wirklichkeit zeigte wiederum, daß in den genannten Staaten zur letzteren »Lösung« gegriffen wurde. Genau in dieser objektiven Möglichkeit ist die historische Relevanz des kolonialen Gewalttransfers angesiedelt. Dieser verstärkt den Trend zur zweiten Lösung. Das Scheitern der mittelbar »ökonomischen Gewalt« hat die unmittelbar »politische Gewalt« zur Folge, die dann nach innen (Verfolgung von Staats- und Volksfeinden, welche die »Lösung« in Frage stellen) und nach außen eklatiert (gewaltsame politische Schaffung der Bedingungen 2 und 3).

Die sozialen Kräfte dieses Doppelstaates hoffen, daß ihr »Antikapitalismus« auf der Basis der Warenproduktion lösbar sei. Der Widerstand gegen das Kapital *als Ding* (Geldkapital in der Form des Banken- und Börsenkapitals) erzeugt den realen Schein des Widerstandes gegen das Kapital *als Verhältnis*. Diese Revolte gegen »das Kapital« vom Standpunkt seiner Voraussetzung, der Warenproduktion, erzwingt die scheinrevolutionäre »Aufhebung« dieses Widerspruchs. Die Realität dieses Scheins findet sich im korporativen Staat oder der NS-Volksgemeinschaft, in dem nicht nur Arbeit und Kapital, sondern ihre verschiedenen stofflichen Träger Industrie und Landwirtschaft, Großbetrieb und Kleinbetrieb, Gutsbesitzer und Kleinbauer, »organisch aufgehoben« sind. Da jedoch die Realität des Weltmarktes diesen Schein immer wieder als solchen präsentiert, versucht der faschistische Doppelstaat, den Widerspruch zu exportieren, indem er die »ökonomische« Konkurrenz mit »politisch-militärischer« Gewalt vollzieht, die auf eine Neuverteilung des Weltmarktes abzielt.

Zusammenfassend ist die Problematik struktureller Bedingungen des kolonialen Gewalttransfers wie folgt zu beschreiben: Sieht man die Entfaltung der Nationalstaaten im Kontext der Entstehungsgeschichte des Weltmarktes, so ist in den Ländern, in denen sich faschistische Formen des Doppelstaates durchgesetzt haben, ein »zu frühes« (Spanien/Portugal) oder ein »zu spätes« Erscheinen (Deutsches Reich, Italien, Japan)

festellbar. Dem besonderen Charakter dieser Durchsetzung innerhalb dieser Staaten liegt der Spannungszustand zwischen hochkonzentriertem und zentralisiertem industriellen Kapital und einer nur formell überlagerten traditionellen Agrarstruktur zugrunde. Dieser Spannungszustand ist mit dem Begriff der »relativen Rückständigkeit« (Getschenkrohn 1973) unzureichend, wenn nicht gar falsch beschrieben. Vielmehr sind diese Länder angesichts der Gleichzeitigkeit der Entfaltung von Weltmarkt und Nationalstaat (England/Frankreich) als ungleichzeitige zu erfassen. Der *strukturellen Wirklichkeit* als historischer Möglichkeit des Gewalttransfers liegt also die Ungleichzeitigkeit der Entwicklungsphasen zugrunde, welche schließlich in die *historische Wirklichkeit* faschistischer Gewaltformen einmündet.

Diese *ungleichzeitigen* Entwicklungsphasen bewegen sich in folgenden *Raumstufen*:

- a) Die allgemeine Expansion der Industriestaaten im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts konstituierte endgültig eine »Weltarbeitseinteilung«, d. h. Metropole und Peripherie (Imperialismus). Diese Entwicklung der Unterentwicklung kann auch als Entwicklung der *Ungleichzeitigkeit im Weltmaßstab* bezeichnet werden.
- b) Die Spannung »verfrühter« oder »verspäteter« Expansion auf dem Weltmarkt schaffte zugleich eine *Ungleichzeitigkeit im europäischen Maßstab* (Spanien/Portugal — Deutsches Reich, Italien).
- c) Da der Weltmarkt die Konstitution und Vermittlung der Nationalstaaten betrieb und betreibt, hatte das »verfrühte« oder »verspätete« Auftauchen eine *Ungleichzeitigkeit der Entwicklung innerhalb dieser Staaten bewirkt*. (Italien Nord-Süd-Problem; deutsches »Ost-West«-Problem; Spanien: Katalonien, Baskenland, Andalusien; portugiesisches Süd-Nord-Problem, wobei die geographischen Grenzen nur innerökonomische Disparität ausdrücken).
- d) Der Versuch, die Ungleichzeitigkeit der Entwicklung in diesen Industriestaaten durch enorme Steigerung der Arbeitsproduktivität, Rohstoffimport und Kapitalexport aufzuheben ebenso wie die Agrarfrage durch Siedlungsprojekte zu exportieren, scheiterte durch die Unergiebigkeit der jeweiligen Kolonialgebiete (Deutsches Reich: Süd-West/Ostafrika; Italien: Eritrea, Lybien; Japan: Mandschurei). Besonders für Deutschland war das Scheitern durch das Ergebnis des ersten Weltkrieges offensichtlich geworden (Schmitt-Egner 1975, 78-92).
- e) Aus diesem Grund verlagerte sich in den »zu spät gekommenen« Industriestaaten (Europas)\* die Perspektive nach dem »Osten«, nachdem der Süden die erhoffte Entwicklungslösung nicht gebracht hatte. Diese vierte Form der Peripherie soll hier als »*Kontinentale Ersatzperipherie*« bezeichnet werden (Deutsches Reich: Baltikum, Ukraine, Südosten; Italien: Südtirol, Fiume, Balkanstaaten etc.).

Mit der Abtrennung oder auch Desillusionierung (Italien) von der Südperipherie entsprang aus dem ökonomischen Rückstau zugleich ein sozialer, der die Hoffnungen auf bodenständige Existenzen zerstörte und andere Alternativen auf die Tagesordnung setzte. So konstituierte sich aus der konkreten historischen Situation der Jahre 1919/23 unser historisches Subjekt einerseits aus der Südperipherie (Führung), andererseits aus der Ostperipherie (Geführte). Die Erfahrung des *Lebensraums im Osten* verschmolz also in dieser spezifischen Situation mit der Erfahrung des *Lebensraums im Süden* und rekrutierte dadurch den *aktiven Kern* der späteren faschistischen Massenbewegung. Diese Verschmelzung offenbart sich in den politischen Biographien der im Sambre genannten Kolonialoffiziere. Das *historische Objekt* als Gewaltobjekt (politische Form

des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters) erfuhr mit dem kolonialen Gewalttransfer *keinen Form- und Funktionswechsel* (Kampf-Organisations-Bewußtseinsformen, Zerstörung der politischen Form des Gesamtarbeiters, Niederschlagung von Aufständen), sondern nur einen strukturellen *Stoffwechsel* (vom kolonisierten zum politisch organisierten Arbeiter der Metropole) in seinen verschiedensten Strömungen, von seiner anarchistischen, kommunistischen bis zu seiner mehrheitssozialdemokratischen Gestalt.

### **Thesen zur historischen Kontinuität und strukturellen Affinität kolonialer und faschistischer Gewaltformen am deutschen Beispiel**

Wenn die institutionelle und funktionelle (rechtsradikale) Gewalt der im Sambre genannten Personen eine Vermittlungsinstanz und Kontinuitätslinie zur Zukunft faschistischer Gewaltformen bildet, so wäre zu fragen

1. ob und in welchem Maße diese die faschistische *Zukunft* im Nachkriegsdeutschland (1918/23) prägende (rechtsradikale und frühfaschistische) *Gegenwart* aus der (kolonialen) *Vergangenheit* begründet werden kann (quantitativ);
2. in welchem Maße die Intensität dieses möglichen Gewalttransfers (Kampf-, Organisations- und Bewußtseinsformen) qualitativ erfaßt werden kann; und
3. ob sich die Untersuchung der Genese und der Gewöhnung von (grundrechtlich nicht mehr domestizierbaren) Politikformen (als Gewaltpraxis) in den Kontext des Verhältnisses von inneren und äußeren Krisen (sozialökonomisch und politisch) einbinden läßt als »besondere« historische Wirklichkeit;
4. inwiefern die Weltmarktentwicklung als strukturelle Möglichkeit der besonderen historischen Wirklichkeit kolonialer und faschistischer Gewalt begriffen werden kann (»Deutsche Sonderentwicklung«, Ungleichzeitigkeit / Gleichzeitigkeit).

Die folgenden Ausführungen beschränken sich auf Quellenhinweise zum empirischen Forschungsprozeß als auch auf weitere Anregungen zur begrifflichen Präzisierung und theoretischen Diskussion.

#### *Empirische Hinweise zur personellen und funktionellen Kontinuität der Gewaltträger (quantitativ)*

Der Zusammenhang zwischen den Freikorpsverbänden (bzw. sonstigen Wehrverbänden) und den NS-Kampfverbänden ist nicht nur in der wissenschaftlichen Literatur unbestritten, sondern auch durch die Daten unseres Samples evident. Erheblich weniger quantitativ faßbar erschien bisher allerdings die koloniale Vergangenheit. Hier eröffnet sich ein weitgehend unbearbeitetes Feld geschichtswissenschaftlicher Forschung. Einen ersten quantitativen Hinweis ergeben die vergleichenden biographischen Daten aus dem NS-Reichstagshandbuch 1936 (Berlin 1936) in Verbindung mit dem Deutschen Führerlexikon 1934/35 (Berlin 1934). Bei dem Vergleich auf eine personelle Kontinuität von Gegenwart, Zukunft und Vergangenheit hin ergab sich, daß insgesamt 193 NS-Reichstagsabgeordnete (rund jeder 3. Abgeordnete) entweder der ehemaligen Schutztruppe, einem Freikorps oder einer Verschwörergruppe angehörten; hinzugefügt werden muß, daß die älteren Abgeordneten zumeist alle diese »Kampfstationen« durchliefen. Weiteres Quellenmaterial liefert ein Vergleich der Mitgliederlisten der während und nach dem Weltkrieg gegründeten Kriegervereine (Kolonialkriegerdank; Deutscher Kolonialkriegerbund, bis 1925 Vorsitz Maercker); zudem wären regionale und lokale Studien zu den Ortsvereinen ehemaliger Schutztruppeler angebracht, welche nach 1920

in 78 deutschen Groß- und Kleinstädten<sup>9</sup> organisiert waren. Besonders hinzugezogen werden müßten die kolonialen Offizierslisten, die mit einem Vergleich der Freikorpsoffiziere und SA-Führer die quantitative Rückwirkung näher statistisch belegen könnte.<sup>10</sup>

### Zur strukturellen Affinität der Gewaltformen

Die Struktur der Gewaltformen in der (rechtsradikalen) Gegenwart unter dem Aspekt ihrer Rückführbarkeit auf die koloniale Vergangenheit zu erfassen, erfordert zugleich, die zeitliche *Besonderung* dieser Gegenwart in den *Raum des allgemeinen Verhältnisses* von Kolonie und »Mutterland«, »Peripherie« und »Metropole« zu stellen. So läßt sich etwa die Situation der Nachkriegszeit mit Carl Schmitt treffend beschreiben, indem das »Wesen des Politischen« auf den seinsmäßigen Gegensatz von Freund und Feind zurückgeführt wird. Es wäre hier zu entwickeln, inwiefern die im Rechtsdenken der deutschen Gegenrevolution verankerte These, daß politisches Handeln keiner Normierung unterliegen kann, implizit die realpolitische Situation des deutschen Reiches auf dem Weltmarkt reflektiert; d. h. inwiefern die Hypothese von der uneingeschränkten Souveränität, welche völkerrechtliche Normen prinzipiell in Frage stellte, aus dem *interstaatlichen* Bereich in den *innerstaatlichen* Bereich zurückverlängert wurde. In diesen Kontext ist auch die Feindbestimmung und Feindbekämpfung zu stellen, als deren Bestimmungsmerkmale die Kampf-, Organisations- und Bewußtseinsformen figurieren:

I. Die näheren Bestimmungen der *Kampfform* ergeben sich

1. am Combattantenstatus (Anerkennung, Pardonverweigerung; Vernichtung des Gegners durch Ausrottung, Südwestafrikanischer Kolonialkrieg; Teilnehmer Lettow-Vorbeck, Maercker, Epp als Offizier; Ermordung der Parlamentäre der »Vorwärtsbesetzung« 1919 etc.).

2. Hieraus sollte die Linie, der Übergang vom »partialen« (interstaatlichen) zum »totalen« (innerstaatlichen) Feind verfolgt werden. Der Übergang der Anerkennung zur Nichtanerkennung wäre der Übergang vom Gegner (inimicus) zum Feind (hostis).

Erst die totale Feindschaft bestimmt qualitativ die totale Kriegssituation. Das jus in bello ist solange in kraft wie

- a) die Anerkennung des Feindes als Gegner gewährleistet ist (Haager Landkriegsordnung von 1907),
- b) individuelle, nicht kollektive Tötungsformen praktiziert werden (etwa Giftgas etc.),
- c) eine Differenzierung des Feindes vorgenommen wird (Unterscheidung von Offizieren und Mannschaften),
- d) schließlich die Trennung von militärischer und ziviler Organisation bestehen bleibt.

3. Dieser Übergang ist zu verifizieren weithin an den *Mitteln* des Kampfes als partielle oder totale (Einsatz bei Straßendemonstrationen vom Polizeiknüppel bis zum Maschinengewehr und Minenwerfer, Flammenwerfer im Kolonialkampf, Taktik der verbrannten Erde, Giftgas).

4. Die Bestimmung der Mittel des Kampfes durch die Ziele (Verteidigung gegen den »Bolschewismus« im Innern und nach außen, Maercker komplementär mit der Verteidigung der »weißen Rasse« gegen farbige »Untermenschen« zugleich als Verteidigung der »Kultur und Zivilisation« gegen die »Barbarei«).

II. Die *Organisation* der kämpfenden Einheit bestimmt den institutionellen Rahmen der Gewalt:

1. *Führer-Gefolgschaft*. Während die klassische Armeorganisation auf bedingungslosem Zwang und fremdem Gehorsam beruht, die jede persönliche Überzeugung und jedes persönliche Interesse am Krieg ausschließt, besteht hier das konstitutive Verhältnis von Führern und Geführten auf dem Vertrauen in die »freiwillige« schicksalhafte »Kampfgemeinschaft« (vgl. den »Grundlegenden Befehl Nr. 1« Maerckers für das »Freiwillige Landjägerkorps«).

2. Diese Kampfgemeinschaft steht weithin im Gegensatz zur traditionellen Militärorganisation, weil die formale Hierarchie ihren Inhalt durch die gemeinsame »*Gesinnung*« gewinnt. Die Gesinnung bestimmt sich hier wieder über den Feind, der nicht partial (also bis zur Zerstörung seiner Wehrkraft), sondern total (d.h. existenziell) bis zu seiner Vernichtung zu bekämpfen ist (Ziele sind existenziell). Von daher ist die Autorität der Führung »freiwillig« keinem äußeren Zwang unterworfen (»zivilisatorische« und »antibolschewistische« Gesinnung etc.). Die scheinhafte Aufhebung der Trennung von »Militär« und »Politik« wäre hiermit gewährleistet. Der traditionelle interstaatliche Krieg verwandelt sich im innerstaatlichen Bereich zu politischem Krieg.

3. Dieser Bruch mit der traditionellen Militärorganisation erscheint in der Besondere dieser Organisation als *Sondereinheit*. Der Feind ist nicht mehr als Gegner anerkannt; von daher ist er nicht mehr — wie oben festgestellt — militärisch, sondern polizeilich zu bekämpfen. Das Militär wird aufgrund des nicht militärisch organisierten Gegners (Haager Landkriegsordnung: Verantwortliche Vorgesetzte, festes sichtbares Zeichen, offenes Tragen von Waffen, Einhaltung der Regeln und Gebräuche des Kriegsrechtes) zur Polizeieinheit mit dem Sondercharakter der kollektiven Feindbekämpfung. (Jede Kolonialtruppe hat Polizeicharakter, wie schon der gängige Begriff der »Strafexpedition« zeigt. Vgl. SA, SS, Waffen-SS.)

4. Leistungsprinzip setzt sich über die traditionelle Struktur hinweg und begründet den »demokratischen Charakter« als Einebnung der Klassen- und Standesunterschiede (»Volksgemeinschaft« [Durchlässigkeit der Hierarchie, Aufstiegsmöglichkeit in der Kolonie analog dem »Siedlungspionier«; Aufstieg im Freikorps durch »heldenhaftes Verhalten« vorgeschlagen von der Truppe, Maerckers Richtlinien, siehe auch Epps »Leiber« — Elitetruppen]).

III. *Das Bewußtsein* als Außerkräftsetzung der Menschenrechte könnte aus den zuvor genannten Punkten gefolgert werden, sollte aber hier nochmals präzisiert werden.

1. Durch die Wendung vom *partialen zum totalen Feind*: Diese Wendung setzt durch seine Dynamik den verschärften Belagerungszustand voraus und damit auch die Außerkräftsetzung der Grundrechte, zugunsten der Erhaltung des »Staates«.

2. Durch die *Kriminalisierung des Gegners als Feind*: Der interstaatliche Feind genießt den Schutz der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung; beim innerstaatlichen Feind entfällt dies (Ausnahme als historisches Produkt des Faschismus: Anerkennung der Widerstandsorganisation durch 3. Genfer Konvention von 1949). Die innerstaatliche Feindschaft kann sich nur auf den Gegensatz Legalität — Illegalität beziehen. Der Krieg wird zur Polizeiaktion. Am Ende des Krieges steht nicht der Waffenstillstand und die Friedensverhandlung, sondern die Verurteilung durch ein Gericht. (Im kolonialen Bereich in Südwestafrika: Übergang vom »System François« zum System »Leutwein«; in Ostafrika System Wissmann, in dem sich der junge Kolonialoffi-

zier Maercker seine »Sporen« verdiente, zum System von Liebert; für 1919/20 zu demonstrieren an den oben genannten historischen Situationen.)

3. Die letzte Stufe ist die Reduktion des Feindes zur »minderwertigen Natur«. Die oben erwähnte Ausgrenzung als Volks- und Staatsfeind führt in seiner letzten Konsequenz zur Ausgrenzung als Mensch. Die Definition als »Nicht- oder Untermensch« erleichtert die physische Vernichtung des Feindes (Vergleich Südwest-Kolonialkrieg, bewußter Vernichtungsfeldzug, an dem alle genannten Kolonialoffiziere beteiligt waren und das Vorgehen der Freikorps in den oben genannten »historischen Situationen«).

*Ereignisgeschichte, Skizze zur historischen Wirklichkeit kolonialer und metropolitaner Gewaltkontinuität*

Die Frage nach einem kolonialen Gewalttransfer der bedeutendsten Kolonialmächte England und Frankreich drängt sich geradezu auf, wenn man davon ausgeht, daß sich in diesen Ländern rechtsradikale und faschistische Gewaltformen nicht in diesem Maße durchsetzen konnten wie in Deutschland und Italien. Zunächst wäre der allgemeine charakteristische Unterschied festzuhalten, daß diese Kolonialmächte nach dem ersten Weltkrieg (im Gegensatz zum Deutschen Reich) nicht von der Süd-Peripherie abgetrennt wurden, sondern im Gegenteil ihre territoriale Ausdehnung noch forcierten. Schon von daher konnte in dieser Situation kein — durch die Abtrennung verursachter — »Rückstau« (Kolonialoffiziere, Mannschaften, Siedler etc.) stattfinden. Zudem konnten die Versailler Siegermächte sozialökonomische und politische Krisen im Innern auf Kosten der Besiegten weitgehend eindämmen und damit die Krise der letzteren bis ins Unerträgliche verschärfen. Die besondere historische Situation des Deutschen Reiches 1919/23 wäre also dahingehend ereignisgeschichtlich zu kennzeichnen, daß hier in einem einmaligen Vorgang die innere Krise (sozialökonomisch und politisch) mit der äußeren Krise (Abtrennung vom Weltmarkt, Verlust der Kolonien) zusammenfällt. Konsequenterweise drückte sich dies in der innenpolitischen Auseinandersetzung aus, die unter den Schlagworten »Dolchstoß« und »Koloniale Schuldlüge« zusammengefaßt werden kann. Dieses einzigartige Zusammenwirken könnte als ein allgemeiner notwendiger Erklärungsaspekt geltend gemacht werden, der freilich noch keineswegs zureichend zur Klärung der Rückwirkung kolonialer Gewaltformen erscheint. Will man also die Möglichkeit und Wirklichkeit des Transfers vergleichend untersuchen, so müßten sich die Unterschiede aus dem spezifischen historischen Charakter der Kolonialmächte und ihrer Kolonialsysteme ergeben.<sup>11</sup>

### Anmerkungen

- 1 Die hier verwendeten Termini »frühfaschistisch«, »rechtsradikal«, haben zunächst nur deskriptiven Charakter; ihre Entwicklung vom Terminus zum Begriff soll sich aus der Darstellung des Gegenstandes selbst ergeben. Dagegen beziehen sich Begriffe wie »Metropole« und »Peripherie« auf die sozialwissenschaftliche Diskussion über Gegenwart und Geschichte der Unterentwicklung (vgl. z.B. D. Senghaas (Hrsg.): *Peripherer Kapitalismus*, Frankfurt/Main 1974). Demzufolge werden diese Begriffe hier kritisch verwendet, d.h. sie implizieren eine Kritik an der europazentrischen Sicht.
- 2 Folgende ehemalige Kolonialoffiziere wurden herangezogen: Major Josef Bischoff (Eiserne Division), Oberst Franz v. Epp (Freikorps Epp), Korvettenkapitän Hermann Erhardt (Brigade Erhardt), Georg Escherisch (Führer d. bayrischen Einwohnerwehren), General Ludwig v. Estorff (Kapp-Putschist in Ostpreußen), General Arnold Lequis (Stellvertr. Generalkommando Berlin 1918/19), Generalmajor v. Lettow-Vorbeck (Freikorps Lettow und Kapp-Putschist), General-

- major Maercker (Freiwilliges Landjäger-Korps), Major Friedrich v. Stephani (Frei-Korps Potsdam). Die Ausbreitung der Lebensdaten dieser Personen, der Nachweis ihrer Bedeutung sowohl für die rechtsradikale Gegenwart von 1919/23 als auch ihres Einflusses auf den organisatorischen Aufbau und die personelle Zusammensetzung der faschistischen Kampforganisationen muß hier aus Platz-Gründen entfallen.
- 3 Ein Grundproblem der Ausführungen Laclaus scheint mir darin zu liegen, daß er glaubt, eine nicht-»ökonomistische« Interpretation des Faschismus sei dann geleistet, wenn ökonomische Begriffe durch einen »politologischen Überbau« »ergänzt« werden. Dies rührt möglicherweise daher, daß solche sich mit meinen Beobachtungen und Fragestellungen deckenden Phänomene, wie das Verhältnis zwischen »Volk« und »Machtblock«, »populärdemokratische Anrufung« nicht weiter *ökonomiekritisch begründet*, sondern — gemäß dem Althusserschen Schulschema — scientifisch *definiert* werden. Die von ihm beschworenen Widersprüche werden daher nur äußerlich erfaßt.
  - 4 Begriffsgeschichtlicher Überblick bei H. Bold (Art. »Ausnahmestand«, in: *Geschichtliche Grundbegriffe*, Hrsg. Brunner, Conze, Kossellek, Stuttgart 1974, Bd. 1, 343-376).
  - 5 Dieser Begriff des Gesamtarbeiters aus der Kritik der politischen Ökonomie ist bisher für die Mittelstandsdiskussion kaum beachtet worden (vgl. Schmitt-Egner 1975, 164 Anm.2). Soweit der Mittelschichtler Eigner seiner Arbeitsbedingungen ist, kann man nur — im Gegensatz zum reell subsumierten Industriearbeiter und Angestellten — von seiner formellen Subsumtion unter das Kapital sprechen (Schmitt-Egner 1976 *passim*).
  - 6 Vgl. Rassismusinterpretation bei Schmitt-Egner 1976 *passim*.
  - 7 Der Begriff der formellen und realen Subsumtion als Kategorie zur Erfassung der peripheren und metropoliten Produktionsstruktur: vgl. Schmitt-Egner 1975, 20ff.
  - 8 Die »japanische Ersatzperipherie« wurde durch den Einfall nach Nordchina und die Mongolei gesucht. Der Widerspruch zwischen industriellem Kapital und der überlagerten Landwirtschaft drückte sich in der maritimen und kontinentalen Expansionskonzeption aus. Während letztere neuen Siedlungsraum gewinnen wollte, ging es ersterer primär um die Rohstoffsicherung. So stand Bedingung 3 gegen Bedingung 2. An diesem Widerspruch ging der japanische Faschismus zugrunde. Das Konzept der informellen (maritimen) Herrschaft des (industriellen) Kapitals, scheiterte an den brutalen Kolonisationsmethoden der formellen Herrschaft. Der Traum durch die Verkündung der »Befreiung von europäischem Kolonialismus« einen Ostasiatischen Warenmarkt mit unerschöpflicher Rohstoffbasis schaffen zu können, zerbrach an der Dynamik von kolonialer und faschistischer Gewalt.
  - 9 S. das Organ des Bundes »Der Kolonialdeutsche«. Jg. 1921ff.; die dort aufgeführten Ortsvereine sind von der bisherigen Geschichtsforschung kaum beachtet worden.
  - 10 S. z.B. »Verein ehemaliger Offiziere der kaiserlichen Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika« (Mitgliederliste 1939); vergleichbare Listen für Südwest und Kamerun sind erhalten. Aus der Literaturfülle der Militärgeschichte heranzuziehen: M. Kitchen: *The German Officer Corps* (Oxford 1968); Holger Herwig: *The German Naval Officer Corps* (Oxford 1973).
  - 11 Aus Platz-Gründen muß hier auf eine Ausführung verzichtet werden; es ging darum, die Geschichte des Gewalttransfers sowohl bei den »gleichzeitigen« Kolonialmächten (England/Frankreich) als auch bei den »ungleichzeitigen« (Italien, Spanien, Japan) zu verfolgen.

### Literaturverzeichnis

- Fraenkel, Ernst* 1974: *Der Doppelstaat*. Frankfurt/M. (Rückübers. d. amerik. Ausgabe v. 1940)
- Gerschenkrohn, Alexander* 1973: *Economic Backwardness in Historical Perspective*, dt. Fassung in: Wehler, H.U. (Hrsg.): *Geschichte und Ökonomie*. Köln, 121-139 (Orig. Chicago 1952).
- Haug, Wolfgang Fritz* 1979: *Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen* (I), in: *Das Argument* 117, 645-654.
- Laclau, Ernesto* 1979: *Faschismus und Ideologie*, in: *Das Argument* 117, 667-677.
- Priester, Karin* 1979: *Faschismus und Massenbewegung*, in: *Das Argument* 117, 655-666.
- Rabinbach, Anson G.* 1976/1977: *Marxistische Faschismustheorien, ein Überblick*, in: *Ästhetik und Kommunikation* 26/1976 und 27/1977.
- Schmitt-Egner, Peter* 1975: *Kolonialismus und Faschismus. Eine Studie zur historischen und begrifflichen Genesis faschistischer Bewußtseinsformen am deutschen Beispiel*. Gießen/Lollar.
- Ders.* 1976: *Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen*, in: *Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie* 8/9, Frankfurt/M.

Thomas Brackel

## Antikapitalismus und Antimarxismus

### Der »linke« Flügel der NSDAP auf dem Weg in das faschistische Herrschaftssystem

Der folgende Beitrag entwickelt einige Thesen zur nationalsozialistischen Ideologie anhand der Programmatik des »linken« Flügels der NSDAP, und damit ebenso zur Massenwirksamkeit dieser Ideologie wie zur Unfähigkeit der Parteien der Arbeiterklasse als politische Vertreter des relativ faschismusresistenten Teils der Bevölkerung, »sich allen beherrschten Klassen als hegemoniale populäre Alternative darzustellen« (Laclau, 675). Er behandelt dabei den Faschismus in seiner Bewegungsphase, so daß — wenn nicht ohnehin mehr Fragen aufgeworfen denn beantwortet werden — das auch von *Karin Priester* in ihrem Beitrag angesprochene Problem der Ambivalenz des Faschismus als System (661f.), dasjenige der Konstante Bewegung im System (Felice, 32-51; ähnlich Broszat, 398) als das große Fragezeichen am Schluß stehenbleibt.<sup>1</sup>

#### I.

Die Dauerkrise, in der das Deutsche Reich sich seit dem Kriegsende 1918 befand, und die nur ihre Zuspitzung in der Weltwirtschaftskrise erfuhr, hatte besonders verheerende Wirkungen auf die Mittelschichten. War der gewerbliche Mittelstand seines ohnehin geringen mobilen Kapitals nicht schon durch den verlorenen Krieg via Kriegsanleihen verlustig gegangen, so machten ihn die Inflationsjahre gänzlich zahlungsunfähig. Die gut fünf Jahre später einsetzende Wirtschaftskrise führte dann zur bekannten Panik. Schuld an den wirtschaftlichen Problemen war im mittelständischen Bewußtsein das politische System, nicht zuletzt auch, weil die Verschlechterung der sozialen Verhältnisse ja mit einer Veränderung des politischen Systems einhergegangen war.

Den Angestellten machte, verstärkt in der Zeit der Wirtschaftskrise, besonders auch die zunehmende Statusunsicherheit gegenüber den Arbeitern zu schaffen. Stark abstrahierend könnte man in der gebotenen Kürze sagen: während ein Arbeiter sich eher durch seine Arbeit zu identifizieren weiß als durch seine Stellung im Betrieb, denn diese ist »unten«, findet die Identifikation des Angestellten über die Stellung im Betrieb und seine bürgerliche Statussymbolik statt. Beides war gefährdet (vgl. Speier 66-101).

Hatte nun die Krise auf die mittleren und unteren Bevölkerungsgruppen die Wirkung, den Einzelnen in massivem Egoismus und in Vereinzelung zurückzulassen (so Vierhaus 160), boten die Systemüberwindungs- und Volkseinheitsparolen der Nationalsozialisten sich dem »alten« wie dem »neuen« Mittelstand und ebenso orientierungslos gewordenen Arbeitern als Ausweg an und waren offenbar in der Lage, der Partei seit 1930 im Reichsmaßstab wachsende Wählermassen zuzuführen (vgl. Falter; Winkler 1972 157-182; Kocka; Leppert-Fögen 271-288).

#### II.

In der Tat bot die NSDAP ein umfassend mittelständisches Programm an; nicht nur die vagen Versprechungen der Punkte 16 (Mittelstandsschutz, sogar konkreter ausgeführt als Art. 164 der Weimarer Verfassung) und 25 (starke Zentralgewalt, Strände- und Berufskammern) des NSDAP-Programms von 1920, sondern ebenso oder noch stärker die übrigen, vorwiegend negativ akzentuierten Punkte inklusive Antisemitismus boten

Anhaltspunkte genug, um diese Partei als Alternative zum bestehenden System zu empfinden. So sollte die »korrumpierende Parlamentswirtschaft« bekämpft werden (Punkt 6) und diejenigen, die das »Gemeininteresse schädigen« (Punkt 18), die »Brechung der Zinsknechtschaft« (Punkt 12), und zwar — wie sich herausstellte — der des »internationalen jüdischen Finanzkapitals«, wurde gefordert, wie daß ganz allgemein »Gemeinnutz vor Eigennutz« zu gehen habe (Punkt 24).

Diesen Angeboten in der Notsituation der Wirtschaftskrise zu widerstehen, bedurfte es starken Rückhalts: im Glauben (katholisch), in einer unerschütterlichen Weltanschauung (marxistisch), in einem gefestigten Demokratieverständnis (liberal) oder auch in einem festen Gruppenzugehörigkeitsgefühl. Mangels alternativer Angebote zur nationalsozialistischen »Alternative« (siehe Abschnitt IV) war der Mittelstandssozialismus der NSDAP (Leppert-Fögen 288-294) als einzige Ideologie in der Lage, die Mittelschichten wirksam »anzurufen« (Laclau).

### III.

Das sog. Straßer-Programm von 1925/26 stand in keiner Weise im Gegensatz zu dieser Programmatik, sondern stellte »lediglich eine Konkretisierung und Präzisierung, an wenigen Stellen auch eine gewisse Verschärfung« dar (Kühnl 1966b, 322). Der Unterschied zwischen einem »linken« und einem »rechten« Nationalsozialismus liegt entsprechend nicht darin, daß die »Linke« einen proletarischen, die Parteiführung dagegen einen kleinbürgerlichen Kurs gesteuert hätte. Auch das Programm der »Linken« lief darauf hinaus, die absolute Dominanz des Mittelstandes im Staat zu sichern (Diktatur des Mittelstandes), hatte also mit Interessen der Arbeiterklasse wenig zu schaffen. Gering war denn auch der Erfolg nationalsozialistischer Programmatik und Ideologie bei organisierten, klassenbewußten Industriearbeitern, wie ein Vergleich der Wahlergebnisse von NSDAP und NSBO (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation) im Ruhrgebiet zeigt (Böhnke 169-176).

Der Unterschied ist vielmehr darin zu suchen, daß die den Brüdern Straßer Nahestehenden willens waren, die Interessen ihrer mittelständischen Anhängerschaft zu vertreten, und ihnen mit einer konkreten, wenn auch sicher rückwärtsgewandt-utopischen, kleinbürgerlich-antikapitalistischen Programmatik Rechnung zu tragen. Der Parteiführung um Hitler in München ging es hingegen ausschließlich darum, um jeden Preis an die Macht zu kommen (so Kühnl 1966a, 88f.). Von der Parteiführung wurde damit mehr der Mentalität des Kleinbürgertums zu Zwecken der Mobilisierung Bedeutung beigemessen, vom »linken« Flügel mehr der objektiven Lage: sie verlangte die Verbindung von Antikapitalismus und Antimarxismus, der »linke« Flügel entspricht somit der Basis einer faschistischen Bewegung. Wenn dieser theoretische Befund auch durch quantitative Analysen ergänzt werden müßte, kann er als relativ gesichert doch mindestens für industrialisierte Gebiete gelten, wo der »Sozialismus« der NSDAP seine Anziehungskraft besonders auf die Angestellten, den »neuen« Mittelstand erwies (Winkler 1976, 103).<sup>2</sup> Der »alte« Mittelstand mußte hingegen des öfteren dahingehend beruhigt werden, daß die entsprechende Programmatik sich nicht gegen sein Privateigentum richte (Winkler 1976, 102).

Wie sah der nationalsozialistische »Sozialismus« aus? Gregor Straßer sprach sich 1932 in der ersten nationalsozialistischen Rundfunkrede gegen »das heutige System des entarteten kapitalistischen Zeitalters und den ebenso naturwidrigen, weil auf der gleichen

weltanschaulichen Basis entstandenen Marxismus« aus (Straßer 388). Dergestalt Entartetem und Naturwidrigem stellte er den »nach innen wirkenden Sozialismus« samt »nach außen wirkendem Nationalismus«, ganz natürlich »aus der gleichen Quelle« stammend, entgegen (381): den Nationalsozialismus. Der will, was das Volk will: »Ordnung, Arbeit und Brot« (387). Detailliertere Zielsetzungen hatten — immer die Situation berücksichtigend — nicht weniger verheißungsvollen Charakter: »innere Aussöhnung des Volkes, die Einigung der guten Kräfte der Arbeiter des Kopfes und der Faust«, »Schutz jeder ehrlichen Arbeit und ihres Ertrages«, »keine Judenverfolgung«, wenn Juden auch offensichtlich unerwünscht waren, und »keinen neuen Krieg«, obgleich die Nationalsozialisten einen solchen aber auch wieder nicht scheuten, sollte er »das letzte Mittel sein (...), um die deutsche politische und soziale Freiheit zu verteidigen« (384).

Möglicherweise sind ideologische Differenzen ein besonderes Merkmal »linker« Nationalsozialisten. Eine gewisse »weltanschauliche Weite« war zudem geradezu Voraussetzung für die Gewinnung breiter Wählerschichten für die Partei (Schildt 58). Gregor Straßer äußerte anlässlich des Austritts seines Bruders Otto aus der Partei (in einem Brief an den Zahnarzt Erckmann vom 7.8.1930, abgedruckt bei Kissenkoetter 196-199):

»Sozialismus, d. h. der granitene Wille, das heutige kapitalistische System, das gleich ungerecht gegen den Einzelnen wie gegen die Lebensinteressen des deutschen Volkes sich auswirkt, zu zerschlagen (!), dieser Sozialismus wird nicht gefördert durch die Proklamierung überspitzter theoretischer Formulierungen, sondern er wird eines Tages dadurch verwirklicht, daß ein nationalsozialistischer Arbeitsminister das notwendige Gesetz veröffentlicht und hinter ihm die Polizeigewalt eines gleichgesinnten oder abhängigen Innenministers steht. Vom Verrat des Sozialismus zu sprechen hätten die Leute um meinen Bruder nur dann das Recht, wenn sie die Gewißheit hätten, daß Hitler und seine Mitarbeiter im Besitz der Macht ihr ursprüngliches, die Gründung seinerzeit bewirkendes Wollen als Inhaber der Staatsgewalt verraten würden.«

Die Gewißheit scheint er weder 1930 noch später gehabt zu haben, Straßers Einstellung war vielmehr die einer Vorrangigkeit der »Idee« des Nationalsozialismus, die nach seiner Anschauung Hitler »am tatkräftigsten und mit der größten Aussicht auf Erfolg« vorwärtstrieb (nach Schildt 29). Im Zitat kommt zudem deutlich der für nationalsozialistisches Denken typische Primat der Staatsgewalt im Sinne eines vorrangigen Ziels zum Ausdruck; diese, neben grundsätzlicher ideologischer Übereinstimmung, mag der Grund dafür sein, daß die Verbreitung des NS-»Sozialismus« als gering angesehen worden ist. Es sollte stärker berücksichtigt werden, daß dieser »Sozialismus der Tat« in weit weniger ausgearbeiteter Form, als diffuses Ressentiment in der NSDAP weit verbreitet war, beispielsweise in der SA. Gab es also Druck von der Basis her, und wenn ja, welche Wirkung hatte er?

Was die Wählerschaft anbelangt, muß die entsprechende Frage lauten: was am Nationalsozialismus war attraktiver, eine »zumindest in Ansätzen rationale Analyse der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse« oder Hitler, der mit seinen »irrationalen Schlagworten« die Krise überdeckte und eine bessere Zukunft verhiieß? (vgl. Horn 264) Das Dilemma des »linken« Flügels bestand demnach aus zwei Problemkreisen: 1. mußten die antikapitalistischen Programmpunkte den selbst Produktionsmittel besitzenden »alten« Mittelstand verschrecken, während man nicht in der Lage war, erhebliche Teile der Arbeiterschaft zu gewinnen. Es genügte dazu unter Umständen schon allein das Wort »Sozialismus«, denn der NS-»Sozialismus« war ein solcher der Distributionssphäre, der Privateigentum kaum antastete, erst recht nicht das kleine (Kühnl 1966b, 328). 2. bildete der »linke« Flügel ein erhebliches Hindernis auf dem Weg an die Macht, da sich

die alten Führungseliten nie sicher waren, ob diese Partei nun national oder sozialistisch war. Hitlers Kurs war — was den Einsatz der Ideologie anbelangte — nicht nur insofern realistischer, als er eine Strategie verfolgte, die eine detaillierte Fassung der Programmatik verhinderte, um jeweils einzelne Punkte als »Werkzeug« einzusetzen (Horn, bes. 236), er konnte sich ebenso einflußreichen industriellen Kreisen als der starke nationale Mann präsentieren, nach dem und dessen Massenbewegung diese immer verzweifelter Ausschau hielten (Stegmann; Mason <sup>2</sup>1978, 15-123).

Der »linke« Flügel mit seinem Kampf um Beibehaltung der ursprünglichen Programmatik ermöglichte es der NSDAP, als Volkspartei zu erscheinen (so Schildt 193f.). Allerdings wurde »die Position in der Partei (...) immer für diejenigen Persönlichkeiten unter der Naziprominenz unhaltbar, die die Rolle der Partei als Triebkraft gesellschaftlicher Veränderungen überhaupt mit einigem Ernst vertraten und für die politische Macht nicht nur ein Selbstzweck war« (Mason <sup>2</sup>1978, 65).<sup>3</sup>

Das Ende des »linken« Flügels, der mit seinem mittelständischen Idealismus am Machtrealismus der Parteiführung scheiterte, war unvermeidlich. Die Arbeitnehmerorganisationen der NSDAP von der NS Hago (NS Handwerks-, Handels- und Gewerbeorganisation) bis zur NSBO, die ohnehin weitgehend funktionslos gewesen waren, gingen in der umfassenden Propaganda- und Kontrollorganisation der DAF auf. Der DAF selbst waren spätestens seit dem »Gesetz zur Knebelung der deutschen Arbeiterklasse« (Roth 60) keine Mittel zur positiven Vertretung von Arbeitnehmer- wie Mittelstandsinteressen mehr gegeben (zum Gesetz: Mason 1974; zur NSBO: Roth; zu den Mittelstandsorganisationen: Winkler 1972, 183-187.).

#### IV.

»Mittelstandspolitik ist im Kapitalismus ökonomisch widersinnig und politisch notwendig« (Leppert-Fögen 244). Dieser sicher stark untergangsprognostisch verhaftete Satz hätte zu einem Leitsatz der Arbeiterparteien in der Weimarer Republik werden sollen, denn eine antifaschistische Strategie hätte darauf abzielen müssen, den — wie oben skizziert — »angerufenen« (Laclau) Mittelstand ideologisch zu integrieren. Die »fortschrittlichen« Arbeiterparteien erwiesen sich in ihrer ideologischen Fixierung und mit der daraus resultierenden Fehlrezeption der Lage und vor allem der Ideologie des Mittelstandes dazu als unfähig. Untergangsprognosen und Diktatur des Proletariats konnten sämtliche Mittelständler nur abschrecken: den Selbständigen schwebte dabei Verlust ihres kleinen Privateigentums vor, die Angestellten wollten sich nun einmal nicht ins Proletariat einreihen lassen, ein Zustand, dem Vorhaltungen über »falsches Bewußtsein« auch nicht abhelfen konnten (vgl. Winkler 1972, 124-127).

Ein bezeichnendes Licht auf diese Situation wirft die Auseinandersetzung um das freilich kurz vor Torschluß entwickelte Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB, das in pragmatischer Weise auf die wirtschaftliche Lage zu reagieren versuchte, von der SPD aber aus ideologischen Gründen — wie sorgfältiger Trennung von Sozial- und Wirtschaftspolitik — nicht parlamentarisch und propagandistisch vertreten wurde, und so »den Nationalsozialisten das Feld überließ« (Gates 212): das von Gregor Straßer in seiner Reichtagsrede vom 10. Mai 1932 zuerst vorgetragene wirtschaftliche Sofortprogramm der NSDAP (Straßer 345-378) trug wesentlich zu deren Wahlerfolg am 31. Juli bei. Straßer nutzte bei der Gelegenheit weidlich die Chance, den Arbeiterparteien »Verrat am Arbeitslosen draußen im Volk« (360) vorzuhalten. Es mag bezweifelt wer-

den, ob eine von der SPD initiierte Arbeitsbeschaffungspolitik den Faschismus zu diesem Zeitpunkt noch hätte stoppen, vor allen Dingen an der »Machtergreifung« hätte hindern können (so Schneider 163f.); grundsätzlich wäre sie eine ideologisch nicht klas- sengebundene, glaubwürdige antifaschistische Taktik gewesen. Das hier über sozialde- mokratische Politik Ausgeführte gilt in höherem Maße für kommunistische, trotz kaum als geschickt zu bezeichnenden Appells an nationalistische Ressentiments (vgl. Winkler 1972, 127).

Wenn Wissenschaft auch nicht in direkter Beziehung zum Zustandbringen einer breiten antifaschistischen Basis steht, soll ihre Aufgabe doch das Erkennen und da- durch die Verhinderung von Faschismus sein. Reinhard Opitz' Kritik »bürgerlicher« Fa- schismusinterpretationen (Kritik an Opitz' Faschismustheorie: K. Priester) krankte an derselben ideologischen Fixiertheit: nicht nur, daß mit geradezu imponierender Konse- quenz eine objektive Entlastungsfunktion der modernisierungs- und totalitarismus- theoretischen Ansätze »aufgedeckt« wurde (545-554), Opitz unterstellte diesem Tun auch noch subjektives Wollen in Zusammenhang mit der seinerzeit neuen Ostpolitik (549) wie mit innenpolitischen faschistischen Tendenzen (553). Bürgerliche (und trotz- dem nicht profaschistische) Faschismusinterpretieren von konservativ bis linksliberal oder sozialdemokratisch zu Faschistoiden machen zu wollen, ist kein Beitrag zur Verhinde- rung von Faschismus. — Insofern sind der Beitrag von Karin Priester und die Überset- zung des Textes von Ernesto Laclau ein erheblicher Fortschritt, wenn nicht geradezu ein Durchbruch in der Faschismus-Diskussion des *Argument*.

### Anmerkungen

- 1 Ich hoffe, mit meiner geplanten Dissertation, einer Studie über Verbleib und Wirkung der nationalsozialistischen Massenbewegung, auf einige Fragen auch Antworten geben zu kön- nen.
- 2 Winkler, der bis dahin offenbar nur den »alten« Mittelstand im Blick und zudem meines Wis- sens keinen Versuch unternommen hatte, das aus analytischen Gründen Getrennte wieder zu- sammenzufügen, bestritt seit 1972 permanent Lipsets These vom Faschismus/Extremismus der Mitte (Winkler 1972, 180 u. ö.). Hier würdigt er zum ersten Mal kurz auch den anderen Teil. Es ist wohl der Faschismusanalyse wenig dienlich, die durchsetzungsfähigeren Gruppie- rungen der NSDAP schlicht absolut zu setzen: die Vorgänge bei der »Machtergreifung« der Hitlerbewegung sollten vielleicht auch an Begriffen wie Entfernung der Parteiführung von der Basis (Oligarchisierung) überprüft werden.
- 3 Will man Naziideologie nicht einfach und nur als Demagogie abtun, ist »Selbstzweck« hier wahrscheinlich nicht der richtige Ausdruck: Zweck war schließlich »Gesundung des Volkskör- pers« etc.: da dieser nicht zu erreichen war, wurde politische Macht evtl. für die Machträger selbst zum Selbstzweck.

### Literaturverzeichnis

- Böhnke, Wilfried*: Die NSDAP im Ruhrgebiet 1920-1933 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 106), Bonn-Bad Godesberg 1974.
- Broszat, Martin*: Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in: Viertel- jahrshefte für Zeitgeschichte 18, 1970, S. 392-401.
- Falter, Jürgen W.*: Wer verhalf der NSDAP zum Sieg? Neue Forschungsergebnisse zum parteipoli- tischen und sozialen Hintergrund der NSDAP-Wähler 1924-1933, in: Aus Politik und Zeitge- schichte B 28-29, 1979, S. 3-21.
- Felice, Renzo De*: Der Faschismus. Ein Interview von Michael A. Ledeen. Mit einem Nachwort von Jens Petersen, Stuttgart 1977 (ital. 1975).

- Gates, Robert A.*: Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929-1933, in: *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik*, hrsg. von Hans Mommsen/Dietmar Petzina/Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 206-225.
- Horn, Wolfgang*: Führerideologie und Parteiorganisation in der NSDAP (1919-1933) (Geschichtliche Studien zu Politik und Gesellschaft, Bd. 3), Düsseldorf 1972.
- Küsenkoetter, Udo*: Gregor Straßer und die NSDAP (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 37), Stuttgart 1978.
- Kocka, Jürgen*: Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914-1933, in: *Industrielles System...* (siehe oben unter Gates), S. 792-811.
- Kühnl, Reinhard* 1966a: Die nationalsozialistische Linke 1925-1930 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, Bd. 6), Meisenheim am Glan.
- Ders.* 1966b: Zur Programmatik der nationalsozialistischen Linken: das Straßer-Programm von 1925/26 (Dokumentation), in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 14, 1966, S. 317-333.
- Laclau, Ernesto*: Faschismus und Ideologie, in: *Das Argument* 117, 21. Jg., 1979, S. 667-677 (engl. 1977).
- Leppert-Fögen, Annette*: Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums (Texte zur politischen Theorie und Praxis), Frankfurt/M. 1974.
- Mason, Timothy W.* 1974: Zur Entstehung des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit, vom 20. Januar 1934: Ein Versuch über das Verhältnis »archaischer« und »moderner« Momente in der neuesten deutschen Geschichte, in: *Industrielles System...* (siehe oben unter Gates), S. 322-351.
- Ders.* <sup>2</sup>1978: Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, 2. Aufl., Opladen 1978 (1977 bzw. 1975).
- Opitz, Reinhard*: Über die Entstehung und Verhinderung von Faschismus, in: *Das Argument* 87, 16. Jg., 1974, S. 543-603.
- Priester, Karin*: Faschismus und Massenbewegung. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem faschismustheoretischen Ansatz von R. Opitz, in: *Das Argument* 117, 21. Jg., 1979, S. 655-666.
- Roth, Hermann*: Die nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) von der Gründung bis zur Röhm-Affäre (1928-1934), in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1978/1, S. 49-66.
- Schildt, Gerhard*: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26, Phil. Diss., Freiburg i.Br. 1964.
- Schneider, Michael*: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 120), Bonn-Bad Godesberg 1975.
- Speier, Hans*: Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus. Ein Beitrag zum Verständnis der deutschen Sozialstruktur 1918-1933 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 26), Göttingen 1977.
- Stegmann, Dirk*: Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der sog. Machtergreifung, in: *Archiv für Sozialgeschichte* XIII, 1973, S. 399-482.
- Straßer, Gregor*: Kampf um Deutschland. Reden und Aufsätze eines Nationalsozialisten, München 1932; darin: Arbeit und Brot (Reichstagsrede am 10. Mai 1932), S. 345-378 und Die Staatsidee des Nationalsozialismus (Rundfunkrede vom 14. Juni 1932), S. 378-390.
- Vierhaus, Rudolf*: Auswirkungen der Krise um 1930 in Deutschland. Beiträge zu einer historisch-psychologischen Analyse, in: *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929/33*, hrsg. von Werner Conze/Hans Raupach (*Industrielle Welt*, Bd. 8), Stuttgart 1967, S. 155-175.
- Winkler, Heinrich August* 1972: Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln.
- Ders.* 1976: Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP, in: *Wolfgang Schieder* (Hrsg.): *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich* (Historische Perspektiven, Bd. 3), Hamburg 1976, S. 97-118.

Dierk Joachim und Uwe Naumann

## Neofaschismus in der BRD. Ein Literaturbericht.

### 1. Phänomene

Eine adäquate Auseinandersetzung mit dem neofaschistischen politischen Spektrum in der Bundesrepublik muß sich sowohl der Verharmlosung als auch der Überzeichnung enthalten. Eine *überzeichnende* Sichtweise liegt sicher vor, wenn einzelne Vorfälle, Personen oder Gruppierungen — etwa Michael Kühnen und die Hamburger »Aktionsfront Nationaler Sozialisten« — als isolierte Phänomene vorgestellt werden und aus ihren spektakulären Aktivitäten auf das Ausmaß und die Gefährlichkeit des gegenwärtigen Neofaschismus insgesamt geschlossen wird. Von einer solchen Überbewertung ist insbesondere die meist auf Sensation angelegte Berichterstattung mancher Medien (z.B. »Stern«) nicht frei. Aber auch die Aktionen sich antifaschistisch verstehender Kräfte tragen in ihrer Fixierung auf das Zurückschlagen des organisierten Neofaschismus z.T. solche Züge. Der Suggestion, braune Banden seien in der BRD schon wieder allgegenwärtig und beherrschten das politische Klima, steht die Alltagserfahrung der anzusprechenden Bürger entgegen — entsprechend erfolglos müssen solche Antifaschisten bleiben.

Eine umgekehrte Folgerung aus einer gleichfalls die Erscheinungsformen des Neofaschismus isolierenden Betrachtungsweise kennzeichnet seit Jahren die Reaktionen staatlicher Organe und schlägt sich alljährlich im Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums als *Verharmlosung* nieder. Insbesondere angesichts des anhaltenden Mitgliederverlusts der NPD (mit 8 500 Parteizugehörigen Ende 1978 ist sie dennoch die größte neofaschistische Organisation) und ihrer geringen Wählerschaft (z.B. 0,3 % bei der Bürgerschaftswahl im Juni 1978 in Hamburg und 0,6 % im Oktober des gleichen Jahres in Bayern) konstatieren die Verfassungsschützer:

»Ablehnung durch die Bevölkerung, staatliche Maßnahmen und eigenes Unvermögen haben den Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland auch 1978 in seiner Wirksamkeit erheblich beeinträchtigt.« (betrifft: Verfassungsschutz 1978, Bonn 1979, 16)

Daraus wird dann, den gesellschaftlichen Nährboden und das fortbestehende autoritäre Potential ausblendend, geschlossen:

»Die rechtsextremistischen Gruppen und ihre Anhänger bildeten auch 1978 keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland.« (ebd., 64)

Ist der Einfluß der sog. »Alten Rechten« erheblich zurückgegangen und deren Anhängerschaft — was den Verfassungsschützern nicht in den Blick kommen kann — v.a. von den sich verstärkt nach rechts profilierenden Unionsparteien aufgesogen worden, so zeichnet sich bei den heute aktiven Neofaschisten und ihren Gruppen in letzter Zeit ein Prozeß zunehmender *Verjüngung* und *Militanz* ab.

»Seit 1976 haben zunehmend junge Neonazisten, darunter auch Jugendliche, die Aktivitäten der Gruppen bestimmt. Von 200 Mitgliedern des harten Kerns dieser Gruppen — von insgesamt etwa 1 300 Anhängern — waren im Frühjahr 1979 12 Prozent unter 20 Jahre alt und 42 Prozent im Alter von 20 bis 30 Jahren.« (H.J. Horchem, Leiter des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz, Frankfurter Rundschau v. 26.11.79).

Die Zahl der in erster Linie diesen Neofaschisten zuzuschreibenden Ausschreitungen nahm 1978 abermals stark zu: 992 registrierte Vorfälle im Vergleich zu 616 im Vorjahr. Dazu zählen insbesondere Hakenkreuzschmierereien und Schändungen jüdischer

Friedhöfe und Synagogen, aber auch 52 (im Vorjahr: 40) Gewalttaten wie Raubüberfälle (z.B. am 19.12.1977 auf eine Hamburger Bankfiliale) und Einbrüche zum Zweck der Waffenbeschaffung (z.B. in Munitionsdepots der Bundeswehr).

Die Situation und die Bedeutung des neofaschistischen Lagers, gesellschaftliche Entstehungsbedingungen und potentielle Gefahren präzise zu analysieren, ist eine dringende Notwendigkeit für eine gegenwirkende antifaschistische Strategie, die weder in momentaner Untätigkeit verharren noch sich zum Aktionismus hinreißen lassen darf. Vorzustellen sind vier Neuerscheinungen zu diesem Problemkomplex.

Der Reader »Neofaschismus« versammelt Beiträge sehr unterschiedlicher Qualität. Manche sind Produkte eines tagespolitisch ausgerichteten Journalismus, für eine Buchveröffentlichung hätte vieles überarbeitet und durch systematische Recherchen ergänzt werden müssen. Andere Wiederabdrucke sind verdienstvoll, so der von A. Klönnes Aufsatz »Zur Geschichte des Nationalbewußtseins«, von Beiträgen aus »Ästhetik und Kommunikation« 32/1978 oder einer differenzierten Stellungnahme des Landesjugendringes Hamburg. Insgesamt ist der Band aber weder sorgfältig konzipiert noch durchgearbeitet worden. Die Film- und Literaturempfehlungen einer Broschüre der GEW Hamburg sind z.B. ohne Angabe einfach erweitert worden; Untertitel werden gegenüber dem Inhaltsverzeichnis im Text selbst verändert; Quellenangaben für einzelne Beiträge fehlen; bei einer Kontroverse zum Rechtsextremismus in der Ökologiebewegung bezieht sich W. Dombrowsky in seiner Replik offenbar auf einen anderen als den abgedruckten Peters-Text. Gerade dieses Ökologie-Kapitel zeigt, wie ein wichtiges, wenig beachtetes Thema verschenkt wurde. Was mag den Herausgeber und die beteiligten Organisationen wohl veranlaßt haben, einen Beitrag wie J. de Graafs »Hippies und Wandervögel« anzunehmen, in dem Sätze von folgender Unpräzision zu finden sind:

»Vajda spricht von der Weimarer Republik, die von Hitler abgelöst wurde, als der klarsten Form liberaler Demokratie in der neueren Geschichte. In der Tat waren fast alle Gruppen wohl proportioniert am Kuchen (!) der Macht beteiligt (!); die Auswirkungen waren unter anderem große soziale Fortschritte und mehr Hilfe für die Armen. Diese Ordnung wurde jedoch vom Wirtschaftseinbruch (!) vollkommen durcheinander gebracht. Der Sieg der Nazis war ein Sieg der Bürger und besseren Leute des Wohlstands — errungen auf Kosten der Arbeiterklasse. Und diese 'Sieger' waren so um Profit und Macht besorgt, daß sie nicht wagten aufzumucken (!?), als Adolf seinen demokratischen Deckmantel (!) abwarf.« (175)

Solche peinlichen Spekulationen und begrifflichen Entgleisungen diskreditieren das ganze Unternehmen.

Meyer/Rabe haben in präziser Kenntnis des rechtsextremen Lagers in der BRD eine differenzierte, informative Darstellung und Analyse geschrieben. Ein umfangreicher Dokumentationsteil stellt Flugblätter, Bilder, Programmtexte, Berichte und interne Informationen aus rechtsextremen Jugendorganisationen zusammen. — Der offene und sich militant äuffernde Neofaschismus wird begriffen als Spitze eines Eisbergs, dessen unter der Wasseroberfläche verborgener, größerer und gefährlicherer Teil die mit »alltäglicher Gegenwart der Vergangenheit« bezeichnete Nicht-Aufarbeitung des Faschismus und fehlende gesellschaftliche Verankerung demokratischer Verhaltensweisen und Strukturen ausmacht. Die Autoren fassen Ergebnisse empirischer Untersuchungen über das politische Bewußtsein junger Menschen in der BRD zusammen (15 % der 17- bis 19jährigen sind »entschiedene Rechtsextreme«!). Meyer/Rabe plädieren dafür, die Motive jugendlicher Neofaschisten erstzunehmen als Kompensation erfahrener Sinndefizite, Perspektivlosigkeit und zunehmender Kälte gesellschaftlicher Beziehungen, als

Suche nach Sinn, Wärme und Solidarität. Ziel von Gegenstrategien muß daher die Veränderung der Lebensbedingungen solcher Jugendlicher insgesamt sein, nicht vordergründige moralische Verdammung nach der Devise »Jagt ihn weg, den braunen Dreck!« Solche Etikettierungen schaffen eher eine — ungewollte — nachträgliche Identifikation mit den zunächst als bewußtlose Provokation angewandten faschistischen Symbolen und Ideologemen.

In ähnliche Richtung argumentieren die Beiträger des Bandes von *Paul/Schoßig*, der aus einer Tagung des Deutschen Bundesjugendrings im September 1978 hervorgegangen ist. Bemerkenswert ist u.a. der Beitrag des Referenten für informativen Verfassungsschutz im hessischen Innenministerium, H.J. Schwagerl, der sich von der üblichen Verharmlosung durch staatliche Organe stark unterscheidet:

»Die bisherigen wiederholten Aussagen des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes und der Bundesregierung, der Rechtsextremismus stelle keine Gefahr für die Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland dar, sind in dieser Pauschale ungenau. (...) Der organisierte Rechtsextremismus in Parteien und Vereinigungen ist seit etwa 1970/71 zur völligen Bedeutungslosigkeit gesunken. (...) Gefährlich dagegen bleiben die rechtsextremen Tendenzen und Denkvorstellungen unter der dünnen Decke des Demokratischen, wie z.B. der latente Antimarkismus oder die Sehnsucht nach einem starken Staat, aber auch eine ausgesprochene Geistesfeindlichkeit.« (43).

Deutlicher als bei Meyer/Rabe werden in diesem Band die sozialpsychologischen Ursachen jugendlicher Faschismus-Schwärmerei herausgearbeitet.

*Pomorin/Junge* nahmen als vorgebliche Gesinnungsfreunde an neofaschistischen Aktionen (z.B. einem Fackelmarsch der »Jungen Nationaldemokraten« an der DDR-Grenze) teil und trafen sich mit führenden Repräsentanten wie dem NPD-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Bundeswehrmajor K.-H. Lindner, und dem Alt-Nazi Oberst Rudel. Die Publikation ist kaum analytisch angelegt, ihr Wert besteht wohl auch weniger in der behaupteten Beschaffung von Informationen, die sonst nicht an die Öffentlichkeit kämen. Interessant dürfte v.a. die Schilderung atmosphärischer Eindrücke bei den Gesprächen sein, die gleichsam von innen her vorführen, »wes Geistes Kind« der Leser vor sich hat.

## 2. Begriffe

Rechtfertigen die skizzierten Phänomene die Anwendung des Faschismusbegriffes? Die Autoren der zu besprechenden Bücher sind sich nicht einig. Meyer/Rabe sprechen durchgängig von »Rechtsextremismus«; Pomorin/Junge schreiben »Neonazismus«; in den Sammelbänden verwenden einige Beiträger den Begriff »Neofaschismus«, andere »Rechtsradikalismus«, wieder andere benutzen mehrere Begriffe abwechselnd. Leider liefert *kein* Autor einen genauen Definitionsversuch dieser Begriffe — lediglich der historische Faschismus wird exakt definiert (in: Neofaschismus, 251-256; Paul/Schoßig, 64-74).

Meyer/Rabe begründen ihre begriffliche Konzeption wesentlich mit folgenden Argumenten:

- erstens halten sie die Begriffe (Neo-)Faschismus und Nazismus für so inflationär gebraucht und in der politisch-wissenschaftlichen Diskussion verunklart, daß ihre Verwendung heute keinen Nutzen bringt,
- zweitens betonen sie, daß viele der heutigen extremen Rechten keine simple Wiederholung des Hitlerfaschismus anstreben und daher auch nicht begrifflich mit dem hi-

storischen Nationalsozialismus/Faschismus identifiziert werden sollten, — drittens gehen sie davon aus, daß der Begriff »Rechtsextremismus« eine fließende Grenze zur sogenannten politischen »Mitte« besitzt und dadurch die Nähe mancher Unionspolitiker zu ultrarechten Gruppen im Begriff mit erfaßt wird.

Das erste Argument ist zu defensiv — weder darf die Linke sich ihre Begriffe von anderen politischen Kräften nehmen lassen, noch sind Diskussionen untereinander ein Grund, bestimmte Begriffe nicht mehr zu verwenden. Sollen wir als Sozialisten nicht mehr von »Freiheit« reden, nur weil die Unions-Demagogen einen Gegensatz zwischen Freiheit und Sozialismus behaupten? Soll die DKP sich nicht mehr »kommunistisch« nennen, weil auch andere Organisationen und Gruppen sich so bezeichnen? Gerade »Faschismus« ist einer der Kernbegriffe des ideologischen Klassenkampfes dieses Jahrhunderts, ein zentraler Kampfbegriff der Arbeiterbewegung — an ihm gilt es festzuhalten.

Zum zweiten und dritten Argument. (Neo-)Nazis, also (neue) Nationalsozialisten, kann man in der Tat nur diejenigen nennen, die in Ideologie und politischen Zielen unmittelbar an den deutschen Faschismus der Jahre 1933 bis 1945 anknüpfen. Dies trifft, wie Meyer/Rabe überzeugend belegen, für erhebliche Teile der heutigen Rechtsextremen nicht zu. »Neonazismus« ist also in der Tat eine zu enge, zu stark ausgrenzende Kategorie. Sie suggeriert zudem (ähnlich wie »Ewiggestrige« u. ä.) durch ihre Wendung zur Vergangenheit, daß es um alte Probleme von gestern gehe, die nur noch einmal von Unbelehrbaren aufgewärmt werden — während alle Bücher (außer Pomorin/Junge) nachdrücklich zeigen, daß die Anhänger rechtsextremer Gruppen aus sehr gegenwärtigen Gründen politisch aktiv werden.

»Faschismus« dagegen ist ein von der historischen deutschen Ausformung abstrahierender Begriff. »Neofaschismus« umfaßt daher ein eher breites Spektrum extremer rechter Kräfte, die ideologisch, ihren politischen Zielen wie auch ihren Organisations- und Kampfformen nach als faschistisch charakterisiert werden können. »Rechtsextremismus« ist noch weiter gefaßt — zu Recht benutzt Schwagerl ihn als »Sammelbegriff, der alle Erscheinungsformen und Inhalte des Nationalismus erfassen soll« (Paul/Schoßig, 19). Auch Teile der CDU/CSU sind darunter subsumierbar. Die Neofaschisten selbst machen also den Kern des Rechtsextremismus aus.

Daß »Rechtsextremismus« (ebenso wie »Rechtsradikalismus«) auch zum sprachlichen Arsenal der Verfassungsschützer gehört und dort wie in Teilen der Öffentlichkeit mit den begrifflichen Pendanten »Linksextremismus«/»-radikalismus« eng verknüpft ist, also in den Kontext totalitarismustheoretischen Denkens gehört, macht beide Begriffe problematisch. Doch läßt sich dies auch offensiv als Aufgabe für die Linken begreifen, die diffamierende Parallelisierung von Sozialisten und Faschisten noch stärker ideologisch zu bekämpfen.

Von »Rechtsradikalismus« sollte man aus einem anderen Grund nicht sprechen: steht doch der »Radikalen«-Begriff in der progressiven Tradition der bürgerlichen Aufklärung und kann daher einen Rang als Ehrenbegriff der fortschrittlichen Bewegung beanspruchen; auf Kräfte des äußersten Rückschritts dagegen paßt er durchaus nicht. —

Einige Autoren versuchen, *innerhalb* des rechtsextremen Lagers Strömungen auszumachen und diese auch begrifflich einzugrenzen. Meyer/Rabe plädieren nachdrücklich dafür, Differenzierungen unter den Rechtsextremen genau wahr- und ernstzunehmen; ein zu pauschales Bild verhindert jede erfolgreiche Strategie gegen diese Kräfte. Unter-

schiede gibt es einerseits hinsichtlich der konkreten Form der Aktivitäten: »Die einen leisten primär Pfadfinderarbeit; andere treiben Wehrsport, wie sie es nennen, während dritte ihre Tätigkeit als vorrangig (partei-)politisch ansehen.« (Meyer/Rabe, 31)

Andererseits unterscheiden Meyer/Rabe drei ideologische Strömungen: »nationale Demokraten«, »nationale Sozialisten« und »*Neue Rechte*«. Letztere, Anfang der 70er Jahre rekrutiert vor allem aus abtrünnigen NPD-Mitgliedern, kämpfen vorgeblich für einen »Dritten Weg« und grenzen sich von den Nationaldemokraten verbal scharf ab; laut Meyer/Rabe spielen sie gegenwärtig »keine Rolle mehr« (31). Die beiden anderen Strömungen, die sich gegenseitig massiv bekämpfen, werden vor allem unterschieden nach ihrem Verhältnis zum Hitlerfaschismus und zur bürgerlich-parlamentarischen Verfassung der BRD. Die »*nationalen Demokraten*« (vor allem die NPD) bekennen sich verbal zum Grundgesetz und betonen ihre Abgrenzung vom Dritten Reich; die »*nationalen Sozialisten*« dagegen (z.B. die Kühnen-Truppe) knüpfen unverhohlen in Ideologie und militanten Aktionsformen an den deutschen Faschismus an.

Stöss (in: Neofaschismus, 186-215) untersucht in seiner höchst anregenden Analyse drei politische Formierungen: den von der CDU/CSU geführten »*Bürgerblock*«, der bis Mitte der 60er Jahre die BRD unangefochten beherrschte; den »*Alten Nationalismus*«, worunter die NPD ebenso gefaßt wird wie die NS-verherrlichenden Gruppierungen um Protagonisten wie Hoffmann, Lauck und Schönborn; schließlich als drittes den »*Neuen Nationalismus*«. Indem Stöss die Geschichte der Formierungen detailliert aufarbeitet, bewirkt er eine über die anderen Bücher hinausgehende Historisierung der Sichtweise.

Der Alte Nationalismus hat nur für wenige Jahre — von der Wirtschaftskrise 1966/67 bis Anfang der 70er Jahre — eine reale Bedeutung gehabt: als nämlich der Bürgerblock eine gesellschaftliche Krisensituation nicht adäquat bewältigen konnte. Seit Beginn der 70er Jahre dagegen hat der rechte Unionsflügel um Strauß und Dregger zunehmend ideologisch-politische Momente des Alten Nationalismus aufgegriffen und in seine Konzeption integriert. Stöss weist diese Tendenz an Ideologie und Politik der Union konkret nach. Der relative Niedergang der NPD in den 70er Jahren ist nicht zuletzt der »Lernfähigkeit« der Bürgerblock-Parteien geschuldet.

Der *Neue Nationalismus* umfaßt neben der Neuen Rechten Gruppen wie die AUD, die an ideologische Traditionen etwa von Otto Straßer und Ernst Niekisch anknüpfen und einen »Dritten Weg« zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu suchen beanspruchen. Ganz im Gegensatz zu Meyer/Rabe sieht Stöss in dieser Strömung eine große potentielle Gefahr, bemühen sich doch diese Gruppen um eine scheinbar unverdächtige, »moderne« Neukonzeption nationaler Ziele, die vom Hitlerfaschismus abweicht. Indem in Fragen der Ökologie, der biologischen Ernährung, einer bedürfnisorientierten Lebensgestaltung u.a. explizit Ziele der Linken angesprochen und integriert werden, versuchen die Neuen Nationalisten einen neuen Identifikations- und Integrationspunkt zu schaffen, der für die Öffentlichkeit nicht immer eindeutig und sofort »rechts« zu verorten ist. Stöss warnt zu Recht davor, aus derzeit noch geringer Mitgliederzahl der Neuen Nationalisten auf dauerhafte politische Ungefährlichkeit zu schließen.

### 3. Ursachen

Der Zulauf vor allem junger Menschen zu den Neofaschisten ist *nicht* primär über die Attraktivität ideologischer Aussagen zu erklären. Vor allem Meyer/Rabe, die viele von ihnen interviewt haben, aber auch Bamme/Holling/Malke (in: Neofaschismus,

111-118) betonen, daß die meisten Jungfaschisten gar keine konsistente ideologische Position artikulieren, auch über den Hitlerfaschismus keine detaillierten Informationen oder Urteile haben. Im Unterschied zu älteren Mitgliedern und Anhängern ultrarechter Organisationen, die den Hitlerfaschismus miterlebt und an seiner Herrschaft mitgewirkt haben — Pomorin/Junge stellen solche Unbelehrbaren vor — spielen weltanschaulich-politische Fragen bei vielen jungen Rechtsextremen keine entscheidende Rolle — zumindest nicht bei den ersten Teilnahmen an neofaschistischen Aktionen und Treffen. Die Suche nach Gemeinschaftserlebnissen und Abenteuerlust sind vorrangige Motivationen vieler Jugendlicher, und die neofaschistischen Inhalte sind zumindest anfangs oft eher ein Mittel provokatorischer Abgrenzung von der Erwachsenenwelt als ein konstitutives politisches Bewußtsein. Wie geschickt und offensiv die Neofaschisten dies in ihrer Agitation ausnutzen, zeigen Auszüge aus einem Flugblatt der »Wiking-Jugend«:

»Jetzt reicht's aber!« ... , werden wieder Eure roten Lehrer kreischen! Da wagt sich doch schon wieder die 'rechtsradikale' Wiking-Jugend an die Öffentlichkeit. — Habt Ihr Euch schon einmal gefragt, warum diese 'Herrschaften', die sonst vor Toleranz triefen, so übertrieben reagieren? Warum fürchten uns diese Leute, wenn wir doch sowieso nur eine Minderheit darstellen? Haben wir vielleicht die besseren Argumente? ... Warum kommen denn überhaupt immer mehr Jugendliche — teilweise gegen den Willen ihrer Eltern — zu den angeblich 'ewiggestrigen Neonazis'? Wenn das doch bloß einige Spinner sind ... gibt es vielleicht bei der WJ Kameradschaft und Gemeinschaftsgeist, der in der Schule bereits vergessen ist?« (Zit. n. Meyer/Rabe, 50).

Meyer/Rabe fassen wesentliche Ursachenkomplexe für das Anwachsen des jugendlichen Rechtsextremismus zusammen:

- die Lage der Jugend als eigentliches Fundament rechtsextremet Tendenzen (Stichworte: Jugendarbeitslosigkeit, stark eingeschränkte Freiheiten bei der Berufs- und Studienwahl, reine Leistungs- und Konsumorientierung usw. — Fazit: eine »betrogene Generation«),
- die antidemokratischen Traditionen und Potentiale in einem Großteil der Erwachsenengeneration,
- Defizite und Versäumnisse der schulischen Bildung,
- rechtsextreme, faschistoide Tendenzen in der Rockmusik — von der Gruppe Kiss bis zu Eric Clapton nachweisbar (ähnlich F. Wolff in Paul/Schoßig, 170-177),
- Verharmlosung und Verherrlichung des Krieges und des Nationalsozialismus.

Während Meyer/Rabe eine nützliche, aber eher deskriptive Kompilation von Ursachenkomplexen liefern, intendieren A. Wacker, G. Paul und E. Hennig in Paul/Schoßig tieferreichende, eigenständige Analysen. Wacker faßt die klassische psychologische Faschismustheorie des »Autoritären Charakters« (Horkheimer u.a.) zusammen und grenzt deren aktuellen Erklärungswert ein. Während in der klassischen Theorie familial vermittelte Persönlichkeitsstrukturen als wichtigste Ursache für faschistische Entwicklungen festgeschrieben werden, hebt Wacker die Ambivalenz psychischer Strukturen und die Bedeutung situativer Handlungszusammenhänge hervor. An KZ-Berichten (Bettelheim) und psychologischen Experimenten (Milgram, Stanforder Gefängnisexperiment) belegt er seine These, daß anstelle eines starren Charaktermodells von einem *Regressionsmodell* ausgegangen werden sollte: psychische Dispositionen sind eine individuelle Voraussetzung, die in Krisenzeiten aktualisiert und dann politisch wirksam werden können; der Einzelne regrediert auf diese psychische Verfassung nur dann,

wenn keine alternativen Verhaltensmöglichkeiten gesellschaftlich überzeugend angeboten werden.

Paul interpretiert den in der jüngsten pädagogischen Forschung viel diskutierten »narzißtischen Sozialisationstyp« (vgl. Argument 118, 907f.) als eine modifizierte Variante des autoritären Charakters, die in hohem Maße für Zwangsverhältnisse anfällig sei. (Der Aufsatz liefert nebenbei die z. Zt. wohl beste Zusammenfassung der pädagogischen Narzißmustheorie und eine vorzügliche Kurzanalyse der Strukturveränderungen familialer Sozialisation in der Nachkriegszeit.) Rechtsextreme Gruppen kommen narzißtischen Bedürfnissen an vielen Stellen entgegen: Wiederherstellung der frühkindlichen Symbiose im Gruppenzusammenhang, Delegation von Verantwortlichkeit, repressive Sicherheit, klare Orientierungen, ständige Bestätigung des Selbst durch aggressive Abgrenzung von der Umwelt.

Wackers und Pauls sozialpsychologische Beiträge sind der gegenwärtig stringenteste Erklärungsversuch für jugendlichen Neofaschismus. Hennigs Untersuchungen von »Kontinuitäten zum historischen Faschismus und jugendliches Politikverhalten in der Bundesrepublik« ergänzt dies aus soziologisch-politologischer Sicht und weist detailliert nach, daß eine plötzliche erhebliche Ausweitung des Rechtsextremismus eine durchaus reale Gefahr ist, »wenn der akute Lösungsdruck einer umfassenden Krise nicht nachläßt, sondern sogar noch zunimmt.« (92)

#### 4. Gegenstrategien

Aufgrund der gegenwärtigen relativen Bedeutungslosigkeit neofaschistischer Organisationen und der weitgehenden Anbindung ihres Potentials an die Unionsparteien liegt es als Schlußfolgerung aus den Analysen nahe, aktuelle antifaschistische Arbeit auf der politischen Ebene primär als Kampf gegen Strauß und die von ihm repräsentierten Kräfte und Ziele zu begreifen. Dies wird jedoch in keinem der Bücher explizit diskutiert.

Zur Bekämpfung des Neofaschismus selbst werden vor allem Vorschläge für die Schule und Jugendarbeit gemacht. Konsens besteht bei den Autoren darin, daß »die Auseinandersetzung mit dem historischen Faschismus nach wie vor wichtigstes Element einer Bildungsarbeit ist, die am historischen Beispiel die Gefahren markieren will, die in einer rechtsextremistischen Politik begründet liegen« (Paul, in: Paul/Schoßig, 184). Es kommt jedoch darauf an, wie der Bezug des Lernsubjekts zu diesem Gegenstand gestaltet wird. Gemeinsamer Ausgangspunkt dabei ist die »Kritik der rationalistischen Aufklärungspädagogik« (ebd.).

Zwar muß die Vermittlung des Faschismus dem Stand der wissenschaftlichen Forschung entsprechen und darf nicht länger von Anachronismen wie z. B. der kultusministeriell verfügbaren Verpflichtung auf die Totalitarismustheorie belastet werden, die Auseinandersetzung darf aber nicht lediglich die Seite des Gegenstandes im Auge haben und die des Subjekts dabei vernachlässigen. Es ist ein »idealistisches Vorurteil« (Paul, 184), die Lernenden auf die Dimension des Rationalen zu verkürzen. »Faschismus ist kein Wissensproblem« (Meyer/Rabe, 159), der subjektive Faktor und die emotionale Dimension dürfen nicht länger ausgeklammert werden und den Rechtsextremisten zur Okkupation offenstehen. Die Thematik soll in Beziehung gesetzt werden zu »den alltäglichen Erfahrungen, Bedürfnissen, Interessen und Vorstellungen der Lernsubjekte und ihrer konkreten Lebenssituation« (Paul, 189). Letztere wird auch in der abstrakt-

moralisierenden »Opferpädagogik« mißachtet, die im Vertrauen auf heilende Wirkung die Schrecken des Faschismus demonstriert und nicht bedenkt, daß aufgrund positiver Teil-Affizierungen im Bewußtsein (z.B. Hitler als Beseitiger der Arbeitslosigkeit) Jugendliche zu Abwehrreaktionen neigen. Aus diesen Abgrenzungen folgen positive Bestimmungen, die — beim gegenwärtigen Stand der Diskussion notwendig — allgemein bleiben:

Da das Alltagsbewußtsein der Schüler historisch-hermeneutischer und ideologiekritischer Aufklärung gegenüber relativ resistent ist (Paul, 191f., 206f.) und an Mythen und Halbwissen festhält (jüngst von D. Boßmann dokumentiert, aber nicht in seiner Funktion eingehend untersucht), kommt es darauf an, durch Selbstreflexionsprozesse diese Vorurteilsstrukturen zu beeinflussen und diejenigen Bedingungen zu verändern, aus denen die Vorurteilsbedürfnisse Jugendlicher erwachsen. Konkretisierungen für den Bildungsbereich sind dabei:

- der Zugang zur Geschichte ist über *Personalität* (H.J. Gamm) zu erreichen, die Allgemeines in individueller Brechung nachvollziehbar und erfahrbar macht;
- Geschichte muß nach »*unten*« (zum »kleinen Mann« hin) sich öffnen;
- in der Auseinandersetzung mit *Lokalgeschichte* können Jugendliche die Geschichtlichkeit ihrer eigenen Umgebung in Projekten (wie Interviews mit Beteiligten) entdecken (beispielhaft werden hier die Antifaschistischen Stadtrundfahrten des Landesjugendringes Hamburg genannt);
- *Unterhaltsamkeit* (im Sinne eigenen Beteiligtseins, Interesse und Freude) soll gewährleistet sein, die Arbeit soll ein Aufsteigen vom Konkreten zu Verallgemeinerungen ermöglichen.

Fokussiert werden die auf das ganze Individuum und die Veränderung seiner Lebenssituation gerichteten Überlegungen in der Forderung, die »Erfahrung von Demokratie und Solidarität« (Paul, 195; vgl. Meyer/Rabe, 160) praktisch zu ermöglichen. Welche Erfahrungsdimensionen dies umgreifen kann und wie sehr dabei vom wohlmeinenden antifaschistischen Missionseifer abgerückt werden muß, deutet sich in B. Schoßigs provokativer Zuspitzung an:

»Unter Umständen ist eine Kajak-Fahrt, am Wochenende im Rahmen einer Jugendgruppe oder von einem Jugendzentrum organisiert, wirksamer und politischer hinsichtlich einer Motivierung zu 'antifaschistischen Einstellungen' als ein 'verkopftes' Wochenendseminar.« (Paul/Schoßig, 220).

### Besprochene Literatur

- Neofaschismus. Die Rechten im Aufwind. Hrsg. von der GEW, Landesverband Berlin, vom Bund politisch, rassistisch und religiös Verfolgter und Jan Peters. Sozialpolitischer Verlag SPV und Das Arsenal, Verlag für Kultur und Politik, Berlin/West 1979 (313 S., br., 13,— DM).
- Meyer, Alwin, und Karl-Klaus Rabe: Unsere Stunde die wird kommen. Rechtsextremismus unter Jugendlichen. Lamuv Verlag, Bornheim-Merten 1979 (286 S., br., 16,80 DM).
- Paul, Gerhard, und Bernhard Schoßig (Hrsg.): Jugend und Neofaschismus. Provokation oder Identifikation? Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt/M. 1979 (232 S., br., 19,80 DM).
- Pomorin, Jürgen, und Reinhard Junge: Vorwärts, wir marschieren zurück. Die Neonazis, Teil II. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1979 (199 S., br., 9,80 DM).

Volkmar Sigusch

## Das gemeine Lied der Liebe\*

Unsere Liebe ist Leben und Tod ineins. Sie ist weich, warm und weiblich. Sie eifert nicht und treibt nicht Mutwillen. Sie bläht sich nicht auf und stellt sich nicht ungebärdig. Sie sucht nicht das Ihre und läßt sich nicht erbittern. Sie verträgt alles, duldet alles, tröstet still und offen. Sie ist ohne Angst, Leere, Zwang und Scham. Sie bereichert, einigt und birgt. Sie schafft Weibliches im Männlichen und Männliches im Weiblichen, leicht, heiter und kindlich wie ein Abendwind über Ägadien. Sie rettet Verlorenes als Gegenwart und schafft Zukunft aus dem Verlust. Nichts ist befreiender für die angespannte Seele, nichts belebender für die verhärtete, nichts stärkender für die kranke. Die Liebe macht die kleine Seele groß.

Singen wir nach dem hohen Lied das niedere Lied der Liebe. Es klingt vielleicht vertrauter: Unsere Liebe ist eine Orgie gemeinster Quälereien. Sie ist voll raffinierter Erniedrigung, wilder Entmächtigung, bitterer Enttäuschung, boshafter Rache und gehässiger Aggression. Sie ist gierig, klebrig, verschlingend, maßlos, kurzatmig, empfindlich, heuchlerisch, unstillbar. Zu ihr gehören Gefühle der Not, nicht des Wohlbehagens: Haß, Angst, Wut, Schuld, Schwäche, Niederlage, Neid und eifernde Sucht. Auf dem Weg der Liebe befriedigt sich der eine selbst durch den und am anderen. Was dem einen recht ist, sei dem anderen billig. Liebende machen einander gefügig. Nur dabei schlägt ihnen keine Stunde. Unsere Liebe ist egozentrisch und asozial, eine nahe Verwandte des Wahnsinns und der Sucht. Wer an Verliebte denkt, weiß, wovon ich rede. Nur die Hochschätzung der Liebe in der Kultur bewahrt sie gewöhnlich davor, als Krankheit im Sinne der Reichsversicherungsordnung liquidiert zu werden.

Das gemeine Lied der Liebe ist gewiß beides: eine Strophe vom hohen, tausend vom niederen, alltäglicher Refrain und lebenslange Reprise. Das, was wir Liebe nennen, ist eine Einheit einander entgegengesetzter seelischer Strebungen. Wie gesagt: Leben und Tod, Selbstwerdung und Verschmelzung, Spiel und Ernst, Harmonie und Spannung, Heiterkeit und Tragik, grobsinnlich und zartzärtlich.

Warum führt sich unsere Liebe wie ein Rätsel auf, als Vexierbild und Schimäre? Warum schillert sie so und entwischt einem immer? Warum erscheint sie im Leben als monströser Bastard, wie der Süßstoff für die muffig-moderne Seele, entweder blutige Realität oder jauchzend, japsend wie halbtote Tanten mit mondweißen Armen? Warum muß jeder, der über Liebe schreibt, wie der Papagei auf der Stange sein? Ich denke, es gibt objektive Gründe dafür.

### Die historische Geburt der individuellen Geschlechtsliebe

So verrückt es auch klingen mag: Kapitalismus und Liebe gehören zusammen. Jedenfalls ist die individuelle Geschlechtsliebe, von der Friedrich Engels sprach, erst mit der Zangengeburt des bürgerlichen Individuums historisch als Möglichkeit aufgekommen, also mit dem Durchbruch der kapitalistischen Produktionsweise und dem Aufstieg der Bourgeoisie zur herrschenden Klasse. Davor, bei Jägern und Sammlern, bei Bodenbauern und Viehzüchtern, in der patriarchalischen Ausbeutergesellschaft, in der Sklaven-

\* Zuerst veröffentlicht im Sonderheft Konkret Sexualität, Hamburg 1979.

ziehungen nicht einfach solidarisch, anständig, harmonisch, menschlich. Im schlechten Allgemeinen können die Beziehungen von Mensch zu Mensch nicht einfach gut sein.

### Die Illusion der Liebe als Zwangsgestalt

Und doch wollen wir alle lieben und geliebt werden. Und doch wollen wir alle mit *einem* anderen Menschen glücklich sein, unsere Sinne befriedigen — ob Frau, ob Mann, ob hetero- oder homosexuell, so genannt. Wie kommt dieser Wunsch in jeden von uns hinein? Und warum hat er die Kraft einer Naturgewalt, obwohl die Liebe, die wir haben, kaum natürlicher ist als Zins und Zinseszins?

Liebesbeziehungen und Lusterleben gibt es beim Erwachsenen nicht losgelöst von den ersten, immer prägenden Empfindungen und Erfahrungen der frühen Kindheit. Die seelische Gegenwart ist ohne die seelische Vergangenheit nicht zu denken. Im Umgang mit *einem* Menschen, im allgemeinen der Mutter, wird unter hiesigen Verhältnissen der Mensch seelisch geboren, viele Monate nach der körperlichen Geburt. Die Psychoanalyse nennt diesen Vorgang Individuation, weil sie an der Vorstellung festhält, es entstünde dadurch, wenigstens im Kern, die Sorte Mensch, die bürgerliches Individuum zu nennen wir uns angewöhnt haben.

Das hohe und das niedere Lied der Liebe repräsentieren Himmel und Hölle der frühen Beziehung zur Mutter. Nichts ist wonniger, nichts ist ängstiger, als der Mutter nah und fern zu sein. Diese Gefühle begleiten uns von der Windel bis zum Leichentuch. Psychologisch gesprochen ist die Liebesfähigkeit eine sekundäre Bildung, die durch Prozesse des Versagens und Trennens, des Gewährns und Verbindens, die durch die Anpassung an die Realität erzeugt wird. Die Fähigkeit zu lieben ist ineins das Verlassen der Mutter und ihr Wiederfinden. Liebe und Lust sind von kleinauf zusammengebrannt mit Einsamkeit, Gewalt, Unterdrückung, Verbot und Angst auf der einen, mit allseitiger Wunscherfüllung, dem Eintauchen ins kollektive Seelenall und dem Gefühl, nun sei die Welt in Ordnung, auf der anderen Seite — eine Illusion, die lebenslänglich mit kindlich-seelischen Mitteln taub gesucht und gefunden wird.

### Die Liebe als allgemeines Erfordernis des Lebens

Liebe ist aber nicht nur die Sehnsucht nach Kindheitsparadiesen voll lustvoller Harmonie. Liebe ist auch ein allgemeines Erfordernis des erwachsenen Lebens. Die Leere, Distanz und Kälte der Arbeitswelt, überhaupt des gesellschaftlichen und öffentlichen Lebens, sind im allgemeinen nur mit der Aufgabe, Nähe und Wärme einer Zweierbeziehung auszuhalten, die wenn schon nicht zu erreichen, so doch wenigstens versprochen sind. Das ist einer der Gründe, warum seit fast zwei Jahrzehnten ohne Unterlaß, massiert und immer schriller, über Beziehungen, »Verkehrsformen«, Sexualität und dergleichen geredet und geschrieben wird, neuerdings in Medizin und Psychologie über Paar und Paartherapie, warum über uns eine »Sexwelle« hinweggewabert ist und diese Zeitschrift nun versucht, zum Thema konkret zu werden.

In der Tat: Nur wer die Verdinglichung und Entfremdung aller Beziehungen durch Liebe oder (die erst noch von ihr zu differenzierende) Verliebtheit, also mehr oder weniger mit den Mitteln des Rauschs, der Sucht, des Wahnsinns außer Kraft zu setzen sucht, kann die Wirklichkeit ein wenig zum Tanzen bringen und überleben. Wer nicht illusionär verkennt, wer nicht liebt, wird krank. Doch das ist unter hiesigen Lebensverhältnissen höchst gefährlich, ein Wagner ersten Ranges, weil wir auf Abwehr und Erstar-

des Mitmenschlichen ist. Der linksliberale Redakteur, der mit der lügnerischen Devise »Bei uns ist alles erlaubt« nach Hause kommt, angelesene Sexualpraktiken ausprobiert wie Eis am Stiel und sich dabei emanzipiert wähnt, macht den Beischlaf zur Klempnelei und zollt denselben Tribut. Wenn Menschen miteinander umgehen, als seien sie generalisierte Geschlechtswerkzeuge, entmenschlichen sie Sinnlichkeit und Sexualität auf ein weiteres. Die heutigen Partner, die einander »alles gestatten«, haben den Kampf um Liebe wider das honigsüße Klischee, um solidarische Treue wider die herrschende Praxis schon lange verloren. Sie handeln auf der Höhe der Unmoral: aufreißen, auslutschen, eintauschen, wegschmeißen. Wollen sie das nicht wahrhaben, müssen sie leugnen und lügen. Das nimmt immer ein böses Ende.

Die Psychoanalyse meint, manchen von uns immer wieder mit ihrem Postulat der »genitalen«, der »reifen« Liebe beunruhigen zu müssen. Doch ihre »genitale« Liebe gibt es im Leben nicht. Aber sie hat recht: Liebe ist nicht einfach da wie die Begierde. Sie muß ständig, ununterbrochen, unermüdlich erlernt, erarbeitet, in Beziehungen gehalten werden — als der Versuch zweier Menschen, einander jene Bedürfnisse zu befriedigen, die lebensgeschichtlich verborgen und gesellschaftsgeschichtlich zum Unding geworden sind.

Ich weiß: Mitmenschliches unter den herrschenden Lebensbedingungen suchen, heißt objektiv, das gesellschaftliche Unding Liebe immer wieder in seiner seelischen und sozialen Zwangsgestalt errichten, als verdinglichtes. Der hiesigen Gesellschaftsformation ist Liebe wesensfremd. Zwei Hindernisse stehen obenan: Erstens das Prinzip des Ganzen samt der Struktur der Mutter-Kind-Beziehung samt der Art und Weise der Kinderaufzucht mit ihren Resultaten. Zweitens — also nicht erstens — die zusätzliche psychosoziale Erniedrigung der Frau durch den Mann. Hinzu kommen die Tyrannis der sogenannten Heterosexualität, Lug und Trug der Alternativgeschlechtlichkeit, der Pompe funèbre um den Triebdurchbruch usw. usf.

Die individuelle Geschlechtsliebe ist eine Idee, die bisher nicht verwirklicht werden konnte, weil die eigentliche Menschheitsgeschichte noch nicht begonnen hat. Sie ist eine junge, instabile Fähigkeit des Menschen, derer er in menschlichen Verhältnissen nicht wird entraten wollen. In ihr überwintert Humanität. Was sie wirklich vermag, werden wir vielleicht einmal wissen — jenseits einer Gesellschaft, in der der Heißhunger des Kapitals alles Menschliche verschlingt, in der der Geschlechterkampf den politischen zusätzlich zerfleddert. Nicht für Lohnarbeit und Sexwellen, nicht für Plastik und Spülmittel, nicht für Bombe und KKW fließt das Blut der Menschen seit dem Feudalismus. Die sozialen Bewegungen haben immer auch um die Werte gekämpft, die die Liebe umschließt. Nicht nur des Hungers wegen hat es Revolutionen gegeben.

Und wenn sich der Hofhund von der Kette reißen wird, wird die Idee der Liebe vielleicht das sein, was sie uns seit Generationen zu sein verspricht: Losung und eine Kraft, die revolutioniert. Derweil aber bleibt uns nur, ihr Lied zu singen, mal hoch, mal nieder und immer das allgemeine, zu stammeln, zu hoffen und zu kämpfen: um unsere Liebe heute — und morgen um die, die des Menschen ist.

schriftlichen E-Literatur-Werke der Vergangenheit in einem produktiven Sinne auf die 'Jetztzeit' zu beziehen (und sie zugleich als unverzichtbaren Maßstab beizubehalten) — oder sie bedienten sich der Erkenntnisse der Kritischen Theorie eines Adorno und Horkheimer und sahen das 'avantgardistische' Element vornehmlich in der bewußten Un- oder Schwerverständlichkeit jener modernen Kunstwerke, die sich vor jeder ideologischen Indienstnahme hermetisch abzuschließen versuchen.

Zugegeben: beides waren anfangs höchst einflußreiche Strömungen, die jedoch wegen ihres Insistierens auf bestimmten 'E-Literatur'-Vorstellungen um 1970 schnell von anderen Gruppen überholt wurden, welche wesentlich kulturrevolutionärer und damit 'radikaler' auftraten. Was sich hier in den Vordergrund schob, war die Idee einer Sub- oder Gegenkultur, mit der man alle Formen der bisherigen oder gegenwärtigen E-Literatur — im Zeichen Marcuses — als Manifestationen 'affirmativer' Kultur zu denunzieren versuchte. Diese Richtung begann mit einer rücksichtslosen Verwerfung des gesamten literarischen 'Erbes'<sup>2</sup>, wandte sich dann einer kritischen Untersuchung der heutigen Massenmedien (Fernsehen, »Bild«-Zeitung usw.) zu und ging schließlich dazu über, die verschütteten Traditionen verschiedener 'zweiter' oder 'dritter' Literaturen (Arbeiter, Frauen, Kinder, Minderheiten) aufzuarbeiten, um von dort her Ansätze zu einer Gegenöffentlichkeit innerhalb des offiziellen Kulturbetriebs zu entwickeln und so die fatale Antinomie von E- und U-Literatur auseinanderzusprennen. Während die von Brecht/Benjamin und Adorno/Horkheimer herkommenden Tendenzen innerhalb der linken Germanistik weitgehend aufs Akademische bezogen blieben, hofften diese Gruppen, stärker ins Demokratische oder Demokratisierende vorzustoßen, indem sie sich weniger an die ästhetischen als an die gesellschaftlichen und politischen Bedürfnisse breiterer außeruniversitärer Schichten wandten. Daß dies — vor allem in den Anfängen — zu einer deutlichen Romantisierung, ja Fetischisierung gewisser Klassen oder sozialer Randgruppen führen mußte, war bei dem mangelnden Realitätsbezug eines Faches wie Germanistik unschwer vorauszusehen. Und auch die Rückschläge, Enttäuschungen und Frustrierungen, die sich nach 1971/72 einstellten, sollten niemanden verwundern. Denn so schnell, wie sich das manche vorgestellt hatten, waren die von der Bourgeoisie aufgerichteten Bildungsbarrieren nun doch nicht zu überspringen.

Was daher die gegenwärtige Situation des linken Flügels der Germanistik — soweit er noch sichtbar in Erscheinung tritt — charakterisiert, ist eine immer deutlicher werdende Abwendung von der ehemals weitverbreiteten These, nach der alle bürgerliche Literatur von vornherein zu verwerfen sei, da sie einen eindeutig 'affirmativen' Charakter habe. Diese Abwendung hat selbstverständlich verschiedene Ursachen und läßt sich nicht einfach ins Monokausale reduzieren. Zum einen kommt darin eine wohl begründete Furcht vor jener Repression zum Ausdruck, die sich mit Schlagworten wie 'Tendenzwende' und 'Sympathisantenhetze' umreißen läßt. Zum anderen äußert sich in dieser Abwendung von radikalen Gegenkulturkonzepten eine wesentlich nüchternere Einschätzung des gegenwärtigen Literaturbetriebs, dessen E- und U-Kunst-Orientierung nun einmal so tief im System verankert ist, daß ihr eine bloße Kulturrevolution nichts anhaben kann. Allerdings hat dieser Verzicht auf eine wirkliche Strukturveränderung, dem sich große Teile der linken Germanistik schließlich widerwillig anbequemen, nicht sofort zu einer Restaurierung des älteren Literaturkanons und der mit ihm verbundenen Interpretationsmethoden geführt. Dieses Geschäft besorgen wie eh und je die Rechten<sup>3</sup>, obwohl auch sie von den Ereignissen der letzten fünfzehn Jahre nicht

ganz unbeeinflusst geblieben sind und nicht einfach zu jenen Formen einer existentialistischen, religiös-gefärbten, formalistischen oder kunstschmusenden Literaturbetrachtung zurückkehrten, die in der 'guten alten Zeit' der Adenauer-Ära gang und gebe waren. Selbst sie gehen heute verstärkt auf historische, sozialgeschichtliche, ja sogar politische Zusammenhänge ein, versehen diese allerdings mit einem anderen Vorzeichen.

Die Schrumpfungs- und Veränderungsprozesse auf dem linken Flügel der Germanistik verlaufen dagegen wesentlich komplizierter. Auf den ersten Blick sieht hier manches nach einem Einschwenken auf einen mittleren Kurs, also fast nach Konvergenz aus. Schließlich bezogen selbst viele Vertreter dieser Richtung wieder das Konventionellere und lassen in Kanon und Methode das 'Radikalere' mehr und mehr beiseite. Sogar in ihren Schriften ist plötzlich viel von jenem 'subjektiven Faktor' die Rede, den bisher lediglich die Rechten akzentuiert hatten. Selbst in diesen Bereichen spricht man in zunehmendem Maße von seelischen Bedürfnissen, ästhetischer Sensibilität, ja Möglichkeiten gesteigerter Selbstrealisierung — sieht jedoch all diese Dinge wesentlich unmittelbarer, auf den tatsächlichen 'Lebenszusammenhang' bezogen. Bei genauerem Zusehen meint also die Subjektivität der einen durchaus nicht das gleiche wie die Subjektivität der anderen. Was nämlich bei den Rechten innerhalb der Germanistik — im Zuge der steigenden Subjektivierung und Sensibilisierung — zu einer verstärkten Hinwendung zum Kunstwerk geführt hat, zielt bei den Linken — durch die größere Betonung des 'Lebenszusammenhanges' — eher in die entgegengesetzte Richtung: in den Alltag der zwischenmenschlichen Beziehungen und unmittelbar erfahrenen Lebensumstände, das heißt zu psychologischen, soziologischen, pädagogischen, feministischen, ökologischen Fragestellungen — und damit vom Kunstwerk weg.

In manchen Punkten ist sich also diese Linke durchaus treu geblieben — vor allem darin, daß sie weiterhin die Frage nach der Relevanz ihres Tuns stellt und das literaturtheoretisch Vertretene auch in die eigene Lebenspraxis umzusetzen versucht. Allerdings heißt diese Praxis heute kaum noch Basisarbeit, ja nicht einmal mehr Mitarbeit in den 'Werkkreisen', sondern weitgehend 'Lebenspraxis'. Damit ist zwar vieles aufgegeben, aber auch manches gewonnen worden. Denn die Realität der Arbeiterklasse ist doch den meisten dieser Germanisten, die aus bürgerlichen Verhältnissen stammen, zum großen Teil fremd und irrelevant geblieben. Über ihre eigenen 'Lebenszusammenhänge' zu diskutieren und auch darüber zu schreiben, interessierte sie deshalb viel unmittelbarer. Im Rahmen solcher Beschäftigungen konnten sie sich engagiert vorkommen, ohne dabei das Gefühl des Fremden, Angelesenen und im weitesten Sinne Unerlebten zu haben. Und das mußte sich auf die Dauer — bei mangelnden Kollektiverfahrungen — höchst anziehend auswirken.

Durch diese Umorientierung fühlen sich viele der linken Germanisten — trotz mancher beruflichen Ängste und ideologischen Verunsicherungen — seit einigen Jahren wieder etwas wohler in ihrer Haut. Die These des 'unmittelbaren Lebenszusammenhanges' hat sie in dem Gefühl bestärkt, nicht mehr ständig für etwas Theoretisches, Abstraktes, Proletarisches eintreten zu müssen. Im Gegensatz zu solchen 'Fremdbestimmungen', wie sie es nennen, liefert ihnen die Parole vom unmittelbaren Lebenszusammenhang alles, was sie zur Konkretisierung ihrer eigenen Bedürfnisse brauchen und verleiht ihnen somit wenigstens psychologisch eine neue Sicherheit. Abgestoßen von den revisionistischen Praktiken der Sozialdemokraten und Gewerkschaften, enttäuscht, doch nicht auf die Arbeiterklasse eingewirkt zu haben, entsetzt über die rapide

um sich greifende ökologische Verwüstung — verzichten daher viele der linken Germanisten auf den 'langen Marsch durch die Institutionen' oder gar auf ein Konzept revolutionärer Umwälzungen und beschränken sich lieber auf das Nahe- und Nächstliegende: ihre Umgebung, ihre Freunde, ihre Partner, ihre Kinder oder ihre ureigensten seelischen, geistigen und leiblichen Bedürfnisse.

Wie man weiß, haben diese Tendenzen auch ihre trendbewußten Aspekte. Daher ist nicht alles, was heute für eine grundlegende Änderung der 'unmittelbaren Lebenszusammenhänge' eintritt, unbedingt als 'links' zu bezeichnen. Viele laufen hier, wie gehabt, einfach der letzten Mode nach. Und dazu gehören vor allem jene literaturinteressierten Bürgersöhnchen und höheren Töchter, die es um 1967/68 lediglich schick oder zumindest »an der Zeit« fanden, sich auch einmal 'links' zu geben. Diese Gruppen und Grüppchen waren dann auch die ersten, welche nach 1972 den neuen Subjektivitäts- und Verinnerlichungstendenzen folgten, die auf der heutigen Sponti- oder Alternativszene fast die Erscheinungsformen einer neuen Romantik angenommen haben. In diesen Bereichen ist man bei der Suche nach der 'verlorenen Seele' inzwischen bei der Verherrlichung einer schrankenlosen Spontaneität, ja Vernunft- und Wissenschaftsfeindlichkeit gelandet — ein Vorgang, der häufig als 'Paradigmawechsel' von Heine und Börne zu Novalis und Hölderlin, von Hegel zu Nietzsche, von Freud zu Lacan, von Marx zur anarchistischen Tradition hingestellt wird. Das zwangsläufige Ergebnis dieser Rückkehr zu längst totgeglaubten lebensphilosophischen und existentialistischen 'Haltungen'<sup>4</sup> ist in Weißnix- oder Tunix-Kreisen ein merklich angewachsener Narzißmus, der in extrem neurotischen Fällen zum Ausflippen in Seelenwanderungsglauben, Telepathie, Astrologie, Schamanismus und Mythengläubigkeit führen kann. Wenn diese Vertreter der 'Großen Weigerung' noch von Rebellion sprechen<sup>5</sup>, dann nicht mehr von einer Rebellion »gegen die Gesellschaft«, sondern nur noch von einer gegen die ermüdenden »Pflichten« innerhalb dieser Gesellschaft.<sup>6</sup>

Nun, wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen. Solche Mutationen gewisser linker Gruppen ins Anarchische haben es den Rechten selbstverständlich leicht gemacht, sich in ihren Zeitungen und Journalen über das Abflauen, ja Verschwinden des marxistisch orientierten Elans unbarmherzig lustig zu machen. Diese Leute stellen inzwischen alle spezifisch linken Tendenzen als 'veraltet', 'anachronistisch', 'utopistisch' und damit 'unrealisierbar' hin, während sie die 'Neue Romantik' oder den 'Neuen Pessimismus' selbstverständlich als höchst begrüßenswert empfinden. Ein Autor der »Frankfurter Allgemeinen« ging dabei 1979 mit geheuchelter Biederemannsmiene so weit, den sich auflösenden Linken — angesichts der fortschreitenden Verinnerlichungstendenzen — »Fahnenflucht«, »psychische Unstabilität« und »Charakterlosigkeit« vorzuwerfen.<sup>7</sup>

Wenn es auch an Perfidie grenzt, sich im Gefühl der Macht über die Schwachen zu mokieren, so ist doch an diesen Anschuldigungen leider einiges Wahre dran. Auch unter linken Germanisten — wie unter allen Gruppen der sogenannten freischwebenden Intelligenz — gibt es zwangsläufig solche, die sich wie eh und je den gewandelten Machtverhältnissen opportunistisch anpassen und der jeweils gängigen Mode folgen. Die Gescheiterten unter diesen Mitläufern stellen das selbstredend nicht als modisch, ja nicht einmal als Anpassung, sondern — im Gegenteil — als 'zeitbewußt', wenn nicht gar 'progressiv' hin. Dies sind jene, die bei allen Wandlungen des 'Weltgeistes' den anderen stets um eine Nasenlänge voraus zu sein glauben. So gibt es Vertreter der linken

Germanistik, die 1968 stramm 'antiautoritär', 1970 stramm 'basisverbunden', 1976 stramm 'neuromantisch' eingestellt waren — und die sich heute schon wieder über die 'Neue Romantik' erhaben fühlen. Und sie tun das mit dem besten Gewissen, da diese Leute stets von den Ideen und nicht von den Realia ausgehen. Ideen ändern sich nämlich laufend, zusehends, manchmal fast von Woche zu Woche — während sich die Realia der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Situation wesentlich langsamer, wenn überhaupt wandeln. In diesen Bereichen herrschen — zugegeben: in leicht veränderter Form — noch immer jene Grundwidersprüche des Kapitalismus, die dort schon in den fünfziger und sechziger Jahren geherrscht haben. Vermeiden wir daher, den Sirenenklängen jener 'Neuen Philosophen' zu lauschen, die über den Problemen Wotans wieder einmal die Probleme des Goldes vergessen<sup>8</sup> und die deshalb nur allzu leicht dem Wechselspiel von Euphorie und Depression anheimfallen. Denn es ist nicht die Linke, sondern der Status quo, der von der »ewigen Wiederkehr des Neuen« profitiert, wie Walter Benjamin einmal so hübsch gesagt hat.<sup>9</sup> Es genügt darum nicht, nur das »jeweils neueste politische Feeling der linken Szene« in einem Aufsatzbündel zusammenzufassen — und dann das Ganze als »Kursbuch« herauszugeben.<sup>10</sup> Hier sollte man schon mit etwas konkreteren Dingen aufzuwarten haben.

Doch gehen wir bei dieser Kritik nicht so weit, lediglich auf irgendwelchen Abweichlern oder Dissidenten eines als 'richtig' empfundenen Weges herumzuhacken — wie das leider allzu lange geschehen ist. Niemand leugnet, daß solche internen Richtungsbestimmungen von Zeit zu Zeit nötig sind. Aber es wäre ein Zeichen von Schwäche, ja Feigheit, statt der Gegner zur Rechten dauernd die falschen Freunde zur Linken anzurempeln. Seien wir in diesem Punkte — auch als Germanisten — in Zukunft lieber etwas vorsichtiger und entwickeln wir eine gesamtlinke Strategie, die — bei aller Verpflichtung der 'Forderung des Tages' gegenüber — auch die langfristigen Ziele nicht aus dem Auge verliert. Und gehen wir dabei nicht nur von unseren eigenen, höchst privaten Bedürfnissen aus, da zwar die vielbeschworene 'Selbstrealisierung' auch ein links-utopisches Ziel ist, sich aber in der momentanen Praxis oft verdammt wenig von der bürgerlich-kapitalistischen 'Selbstrealisierung' unterscheidet. Es ist zwar verständlich, daß bei der in den letzten Jahren konsequent in Angriff genommenen 'Vergangenheitsbewältigung' alles, was nach Disziplin, Autorität, Solidarität oder Partei riecht, ins Negative abgerutscht ist. Doch wie weit soll man diesen Prozeß treiben? Und worin unterscheidet sich diese Haltung, die sich an der Fiktion des bürgerlich-autonomen 'Ich' orientiert, von den älteren Totalitarismustheorien?

Vielleicht sollte man vor der Beantwortung solcher Fragen erst einmal die als kollektiv bestimmbaren Probleme neu durchdenken und sich dann stärker als bisher auf die als entscheidend erkannten Grundwidersprüche unserer Gesellschaft konzentrieren. Und zu diesen Grundwidersprüchen gehört für uns Germanisten noch immer jene zäh weiterbestehende, ja immer krasser werdende Dichotomie von E- und U-Literatur, die auch in Zukunft mit der gebührenden Schärfe und pädagogischen Hartnäckigkeit herausgearbeitet werden sollte, da sich mit dem Aufweis einer so eklatanten Verletzung aller Vorstellungen von Demokratie eine besonders irritierende Wirkung erzielen läßt. Huldigen wir daher nicht nur der Forderung nach unabdingbarer Icherfüllung — und vermeiden wir vor allem jene nur allzu einladenden »Spazierwege für linke Melancholiker«, wo man sich den masochistisch-beglückenden Gefühlen einer durch den frustrierenden Druck der Gesellschaft erzeugten Schwermut hingeben kann. Schließlich gibt es

nicht nur eine erste und zweite, sondern auch eine 'dritte' Sache, nicht nur eine persönliche Betroffenheit oder Selbstaufklärung, sondern auch eine wirkliche Aufklärung, nicht nur eine moralische Integrität innerhalb des unmittelbaren Lebenszusammenhangs, sondern auch ein 'eingreifendes Denken'.

Doch wie läßt sich ein solcher Aktivismus, der über den eigenen auch die Belange der anderen nicht vergißt, heute überhaupt noch praktizieren? Zum einen, indem man unentwegt auf das alte bürgerlich-revolutionäre Versprechen von »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« und die Nichteinlösung dieses Versprechens in der politischen, sozialen, ökonomischen wie auch kulturellen Wirklichkeit der heutigen BRD-Gesellschaft hinweist. Im Sinne dieser These ließe sich die Literaturgeschichte weiterhin als eine Wissenschaft der »in dieser Gesellschaft subjektiv erfahrbaren Widersprüche« definieren, die nicht nur ein allgemeines, sondern ein »brauchbares« Unbehagen erzeugt.<sup>11</sup> Zum anderen, indem man nicht nachläßt, auf die verschütteten Traditionen einer progressiven Arbeiter-, Frauen-, Kinder- und Minderheitenliteratur hinzuweisen und zugleich sorgfältig zu sondieren, was sich aus diesen Bereichen in eine mögliche Gegenöffentlichkeit zur kommerziellen U-Literatur, also in Formen einer A-Literatur (Allgemeinliteratur) einbringen läßt. Doch darüber brauchen wohl keine überflüssigen Worte verloren zu werden. Das sollte inzwischen zur Selbstverständlichkeit geworden sein.

Viel problemgeladener ist dagegen die Frage nach der Funktion der sogenannten 'E-Literatur', vor allem der älteren, die von den kulturrevolutionären Radikalinskis der späten sechziger Jahre nur allzu schnell über Bord geworfen wurde. Diese Literatur einfach zu übersehen und sie damit im Rahmen des staatlich institutionalisierten Literaturunterrichts widerstandslos den Rechten zu überlassen, wäre kurzsichtig, ja töricht. Denn gerade die 'progressiven' Elemente dieser Literatur dürfen nicht verloren gehen, wenn wir nicht eines Tages ohne Legitimation, ohne Stafette, ohne historische Schubkraft dastehen wollen. Nichts wäre falscher, als den Rechten die bisherige Hochliteratur einfach zu schenken, die breiten Massen mit der gängigen U-Literatur mehr oder weniger allein zu lassen — und sich selber nur für irgendwelche alternativen 'Lebenszusammenhänge' zu interessieren, die zwar im einzelnen ganz konkret sein mögen, aber wenig oder nichts zur Änderung der allgemeinen Verhältnisse beitragen. Denn erst den Einzelmenschen und dann das System ändern zu wollen — diesen idealistischen Trugschluß hat man schon an Schillers Einstellung zur Französischen Revolution oft genug gerügt.

Wohlgemerkt: man gebe sich dabei nicht der vorschnellen Hoffnung hin, als Literaturwissenschaftler die Welt verändern zu können. Literatur allein verändert nichts — was nicht gegen die These spricht, daß man mit ihrer Hilfe etwas zu den als wünschbar erkannten Änderungen beitragen kann. Denn völlig wird auch der böseste Kapitalismus nicht auf 'Kunst' verzichten können, ohne sich als ein total menschenunwürdiges System zu entlarven. Hier steckt also selbst für Germanisten noch immer eine Chance, aktiv zu werden. Und zwar geht das, wie gesagt, am leichtesten, wenn man die kulturellen Ungleichheiten innerhalb unserer Gesellschaft, die zu ihrer politischen Legitimation gern als durch und durch 'homogen' hingestellt wird, so kraß wie möglich akzentuiert. Schließlich ist die Kluft zwischen E- und U-Literatur in den letzten Jahrzehnten nicht kleiner, sondern eher größer geworden. Weisen wir deshalb *auch* auf dem Sektor der Literatur ständig auf das Ideal einer Gesellschaft hin, in der man auf der einen Seite nicht an Überfülle und auf der anderen nicht an Unterernährung zu leiden hat.

## Anmerkungen

- 1 Vgl. die Ansätze dazu in Büchern wie Jost Hermand, *Synthetisches Interpretieren. Zur Methodik der Literaturwissenschaft* (München, 1968); Marie Luise Gansberg und Paul Gerhard Völker, *Methodenkritik der Germanistik* (Stuttgart, 1970); Viktor Žmegač (Hrsg.), *Marxistische Literaturkritik* (Bad Homburg, 1970); Jürgen Hauff u.a. (Hrsg.), *Methodendiskussion. Arbeitsbuch zur Literaturwissenschaft* (Frankfurt, 1971); Werner Girnus u.a. (Hrsg.), *Von der kritischen zur historisch-materialistischen Literaturwissenschaft* (Westberlin, 1971); Florian Vaßen, *Methoden der Literaturwissenschaft: Marxistische Literaturtheorie und Literatursoziologie* (Düsseldorf, 1972) usw.
- 2 Vgl. Jost Hermand, *Zukunft in der Vergangenheit. Zum Gebrauchswert des kulturellen Erbes*. In: *Basis. Jahrbuch für deutsche Gegenwartsliteratur* 5 (1975), S. 11ff.
- 3 Vgl. Jochen Vogt, *Die Wiederkehr der Vergangenheit. Skeptisches zum Germanistentag 1979*. In: *Frankfurter Rundschau* vom 9.4.1979.
- 4 Vgl. Rolf Hosfeld und Helmut Peitsch, »Weil uns diese Aktionen innerlich verändern, sind sie politisch.« *Bemerkungen zu vier Romanen der Studentenbewegung*. In: *Basis* 8 (1978), S. 92ff.
- 5 Vgl. Hans Heinz Holz, *Die abenteuerliche Rebellion. Bürgerliche Protestbewegungen und Philosophie. Stirner, Nietzsche, Sartre, Marcuse, Neue Linke* (Darmstadt, 1976), S. 249ff.
- 6 Hannelore Schläffer, *Der Aufzug der Romantiker. Über neue Tendenzen intellektueller Opposition*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.5.1979.
- 7 Br., *Weißt du, wo die Linken sind?* In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26.4.1979.
- 8 Oskar Negt, *Nicht das Gold, Wotan ist das Problem. Der jüngste Aufstand gegen die dialektische Vernunft: Die »Neuen Philosophen« Frankreichs*. In: *Literaturmagazin* 9 (1978), S. 37ff.
- 9 Walter Benjamin, *Illuminationen* (Frankfurt, 1961), S. 257.
- 10 Dieter Hoffmann-Axthelm, *Ein neuer Existentialismus (einer ohne Subjekt)*. In: *Ästhetik und Kommunikation* 36 (1979), S. 73.
- 11 Gute Ansätze dazu finden sich in dem noch unpublizierten Manuskript »*Brauchbare Literaturwissenschaft*« (1978) von Klaus R. Scherpe.



Brechts Beitrag zum Marxismus; Literaturtheorie; Widerspruchskunst des Volker Braun. Bearbeitungstechnik, Lehrstückpraxis. Biermanns Vertonungen. Haug, Hermand, Knopf, Wekwerth u.a. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).



Gestalt des Philosophen bei Brecht. Kopflanger der Feudalaristokratie. Der Dialektiker Brecht. Materialästhetik. Geschichten/Besprechungen. Haug, Pickerodt, Mittenzwei u.a. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

Jörg-Michael Vogl

## Zur Parteientheorie

### Anmerkungen zu Michael Jägers Konzept\*

Michael Jäger gibt mit seinem Artikel dicht gedrängt viele Anregungen, die Diskussionen wert sind.

1. Er zielt darauf ab, eine marxistische politische Wissenschaft zu initiieren, die den Ansatz der Staatsableitungsdebatte aufheben kann. Eine wichtige Voraussetzung, die er macht, ist die der »empirischen Identität von Basis und Überbau«. Zunächst stellt er fest, daß Marx und Engels keine politische Theorie entwickelt hätten, weil für sie das (ökonomische) Sein das Bewußtsein bestimmt hätte, genauer: jede tiefe Wirtschaftskrise zur Revolution hätte führen müssen. Deswegen muß nach Jäger der Begriff »Sein« korrigiert werden: nicht Fakten des Produktionsbereichs werden sinnlich wahrgenommen, »sondern stattdessen ein unentmischtes Gesamtphänomen, in dem die ökonomischen Fakten immer schon politisch vermittelt sind, in dem daher, in letzter Konsequenz gedacht, Ökonomie und Politik, Basis und Überbau empirisch dasselbe sind.« (51)

Die marxistische politische Wissenschaft soll eine »Theorie der Abgrenzungen« enthalten: Schon von der Anlage her soll nicht nur der bürgerliche Staat erfaßt werden, sondern es sollen homogen auch Aussagen über den »sozialistischen Alternativstaat« (48) gemacht werden. Dazu soll die »bestimmt bürgerliche Gesetzmäßigkeit« abgehoben werden von der allgemeinen, die Staat überhaupt, also auch den sozialistischen Staat, determiniert (49). Dieses Vorgehen sieht M. Jäger in Analogie zum Marxschen Paradigma bei der Analyse der Wertform. Er versucht, die Analogie auch weiterzutreiben und führt einen Begriff ein, der das Grundelement der politischen Wissenschaft bilden soll. Dessen Entfaltung und Konkretisierung erzeugt die Aussagen der politischen Theorien (über Parlament, Verfassung, ...). Dieser Grundbegriff ist der der »Partei«. Im Gegensatz zum üblichen Sprachgebrauch erweitert Jäger den Begriff allerdings zu einer Eigenschaft aller Individuen: jedes Individuum gehört einer Partei an, die Parteien im engen Sinn sind nur die »Organisationszentren der wirklichen Parteien« (55). Diese Organisationszentren repräsentieren — allerdings modifiziert — die Parteien im weiten Sinn (55).<sup>1</sup>

2. Hier liegt m.E. ein erstes Problem: wenn das Grundkonzept erhalten bleiben soll, daß die Basis in letzter Instanz den Überbau determiniert, dann muß diese Beziehung schon in diesem Grundbegriff »Partei« angelegt sein. Sie darf nicht auf einer späteren Stufe der Entfaltung »hinzukommen«. Die einzige Stelle, wo Jäger seinen Partei-begriff indirekt in die Beziehung Basis-Überbau einordnet, ist die, wo er die Beziehung zwischen Partei und Klasse skizziert (56): Parteiindividuen sind danach Konkretionen von Klassenindividuen. Von daher wäre im Begriff »Partei« die Beziehung von Basis und Überbau enthalten. Mir scheint jedoch, daß hier ein innerer Bruch in seiner Argumentationskette liegt: Die Bestimmung von Parteiindividuen als Konkretion von Klassenindividuen widerspricht der These von der empirischen Identität von Basis und Überbau. Die Gesellschaft kann danach sinnvollerweise nicht mehr nach ökonomisch-

\* Jäger, M. 1979a: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien — ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband AS 44, Berlin, S. 45ff.

sozialen Klassen eingeteilt werden, sondern eben nur nach ökonomisch-politischen Kriterien. Wobei man mit dieser Einteilung wieder bei den Parteien im weiten Sinn gelandet wäre, ohne daß die Determination-in-letzter-Instanz durch die Ökonomie im Parteienbegriff zum Ausdruck käme.

Ein weiteres Argument gegen die These des empirisch unentmischten Gesamtphänomens Politik-Ökonomie liefert, meine ich, eine historische Relativierung dieser These. Die Möglichkeit, Ökonomie als »Aspekt dieser politischen Phänomenologie« (52) zu sehen, besteht für das Alltagsbewußtsein gerade erst in neuester Zeit, mit der Zunahme staatlicher Eingriffe in die wirtschaftlichen Abläufe.

Für mich ist außerdem anschaulich evident, daß das Alltagsbewußtsein keineswegs überwiegend von einem politisch vermittelten Gesamtphänomen ausgeht. Die materiellen Lebensumstände sind dafür einfach zu elementar wichtig, berühren jeden Lohnabhängigen unmittelbar.<sup>2</sup>

Die strikte Beibehaltung der Trennung von Ökonomie und Politik bietet gerade gute Erklärungsansätze konkreter Parteienbewegungen (»Partei« kann hier zunächst sowohl im weiten als auch im engen Sinn gelesen werden). Zum Beispiel ist die Anpassungsphase sozialdemokratischer bzw. sozialistischer Parteien in Westeuropa ohne die »Wirtschaftswunder«-Entwicklung nicht erklärbar. Die ökonomisch bedingte Möglichkeit, dem sozialen Druck Zugeständnisse zu machen, die hier eine Rolle spielt, zeigt sich auch vermittelt als Handlungsspielraum von Regierungen.

Als Resümee läßt sich bis jetzt feststellen, daß der Ansatz der empirischen Identität von Basis und Überbau zu immanenten Problemen führt und wohl auch nicht stichhaltig ist. Deswegen muß er aufgegeben werden, wenn der Begriff »Partei« im weiten Sinn als Grundbegriff einer marxistischen politischen Wissenschaft beibehalten werden soll; zu überlegen ist noch die Zweckmäßigkeit dieses Begriffs (siehe unten).

3. Sehr wichtig finde ich M. Jägers Wendung gegen den Ansatz der Staatsableitungsdiskussionen. Dort geht es um die »begriffliche Entwicklung politischer Grundstrukturen aus der ökonomischen Formation der bürgerlichen Gesellschaft« (Kostede 1976, 156). Dagegen muß, meine ich, versucht werden, systematisch zu erfassen, wie sich genetisch bestimmte Strukturen (in Ökonomie und Politik) über einen bestimmten Willen durchsetzen und reproduzieren. Das scheint mir auch die Arbeitsweise Gramscis zu sein, auf den sich Jäger beruft.<sup>3</sup>

M. Jägers Kriterium, daß eine marxistische politische Wissenschaft eine »Theorie der Abgrenzungen«, d.h. der Grenzen zwischen bürgerlichem und sozialistischem Staat, der Keime des sozialistischen Staats im gegenwärtigen sein muß, halte ich für entscheidend. Denn nur eine politische Theorie, die die genetische Durchsetzung und Reproduktion von Strukturen im Blick hat — und durchgesetzt werden Strukturen konkret immer durch den Willen von bestimmten Gruppen —, kann Aussagen über das »Umkippen« des bürgerlichen Staats in den sozialistischen machen, also praktisch relevant sein.

M. Jäger vertritt jedoch eine spezifische Ausprägung des hier unterstützten Konzepts: Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen Klassenindividuen und ihr politischer Problemlösungsprozeß, »aus dem Parteien als permanente Bewegungsform politischer Aktivität hervorgehen.« (Jäger 1979b, 630) Der Begriff Partei, als Eigenschaft jedes Individuums, zieht diese Akzentuierung wohl nach sich. Die Untersuchung von politischen Problemlösungsprozessen der Klassenindividuen muß aber m.E. aufgelöst wer-

den in die Untersuchung der »spontanen« Problemverarbeitung durch Individuen (Stichworte: Alltagsbewußtsein; sicher auch beeinflusst durch die »Problemlösungsangebote von oben«) und die anschließende Verarbeitung der Impulse, die aus dieser Basis (im doppelten Sinn) der politischen Institutionen kommen. Anders formuliert: ich sehe zwei relativ isolierte Untersuchungsgegenstände: a) die Problemverarbeitung der Individuen, die schwerpunktmäßig durch ihre ökonomische Stellung bestimmt wird, b) und die Struktur der Organisationen und Institutionen, die politischen Willen artikulieren (Gewerkschaften, Verbände, Parteien, Parlamente, ...). Mit zwei Begriffen könnte man hier vielleicht die »soziale Bewegung« von der »politischen Struktur« absetzen. Beide Bereiche sind natürlich wechselseitig verbunden. Von »oben nach unten« zum Beispiel — in Stichworten — durch Ideologie und Gewalt im weiten Sinn, von »unten nach oben« durch die »soziale Verflechtung« der politischen Instanzen, wobei je nach Art dieser sozialen Verflechtung der Impuls und die Art seiner Verarbeitung in der politischen Instanz variiert.

Wenn von vornherein »Partei« weit definiert wird, als Eigenschaft aller Individuen, besteht die Gefahr, daß diese Zweigliedrigkeit des »politischen Willensbildungsprozesses« untergeht, und damit auch das Spannungsverhältnis, aus dem Parteienentwicklungen gesetzmäßig ableitbar sind.<sup>4</sup> Ein Beispiel für die Praktikabilität der beiden Definitionen liefert vielleicht das Phänomen der Arbeiterwähler von konservativen oder christlich-demokratischen Parteien. Diese Erscheinung läßt sich zwar noch unter Jägers weiten Parteibegriff subsumieren, weil Parteien als Nomenklatur von Klassenbündnissen aufgefaßt werden (Jäger 1979a, 55). Die Entstehung und Auflösung solcher Klassenbündnisse (und damit die Möglichkeit, praktischen Nutzen aus der Theorie zu ziehen), kommt m.E. erst bei der Betrachtung dieser Zweigliedrigkeit ins Blickfeld. Von daher ist der alte enge Parteibegriff wohl sinnvoller. Als Elementarbegriff einer politischen Theorie, in Analogie zum Begriff »Wert«, steht »Partei« dann allerdings nicht mehr zur Verfügung.

4. Im folgenden will ich meine Vorstellung von der »Zweigliedrigkeit des politischen Willensbildungsprozesses« etwas näher konkretisieren, um ansatzweise klarzumachen, wie ich mir eine Vorgehensweise vorstelle, die die genetische Durchsetzung und Aufrechterhaltung von Strukturen erfaßt. Nach meinem Eindruck kann dabei nicht auf eine hinreichend breite empirische Forschung zurückgegriffen werden, »Konkretisierung« heißt also: Angeben von zu lösenden Problemen.

Zunächst scheint mir wesentlich zu sein, daß sich aus dem Anspruch, allgemein politische »Willensbildungsprozesse« im bürgerlichen Staat zu erfassen, auch ergibt, daß diese Theorie im internationalen Vergleich gewonnen werden muß. Allgemeine Theorien auf der Grundlage einer nationalen Entwicklung zu konstruieren, halte ich nicht für legitim.

Von unmittelbarem praktischen Interesse ist natürlich ein Vergleich der »Grenzträger kapitalistischer Macht« (A. Klönne), also der europäischen sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Parteien. Deshalb skizziere ich im folgenden kurz ein Modell, von dem ich meine, daß zumindest die wichtigsten Faktoren der Nachkriegsentwicklung dieser Parteien mit den unter Punkt 3 aufgeführten Kategorien erfaßt werden. Dabei zeigt sich aber sofort, daß ständig auf die »Rahmenbedingungen« zurückgegriffen werden muß, also Entwicklung der bürgerlicher und kommunistischen Parteien usw.

Meines Erachtens sehen sich die sozialdemokratischen / sozialistischen Parteien (wie

die kommunistischen) mit der ökonomischen Aufschwungsphase nach dem 2. Weltkrieg einem Abflauen des Drucks der »sozialen Bewegung« gegenüber. Dieses »Abflauen des Klassenkampfes« erzeugt in den Parteien einen Entscheidungsprozeß über neue erfolgversprechende Strategien. Dieser Entscheidungsprozeß läuft natürlich unter ganz bestimmten Voraussetzungen ab, z. B. aufgrund bestimmter theoretischer und strategischer Prämissen (primäre Orientierung an Wahlen ...). Ein Teil dieser Prämissen ist »typisch sozialdemokratisch«, ein anderer Teil ist spezifisch national. Trotzdem scheint mir die Grundtendenz der Strategien, die sich schließlich durchsetzen, gleich zu sein: Transformation der »Klassenparteien« in »Volksparteien«. Das Ende der ökonomischen Aufschwungsphase hat unmittelbare Auswirkungen in einer Zunahme der betrieblichen und gewerkschaftlichen Kämpfe. Jetzt wirkt sich das Angebot an Wirklichkeitserklärungen aus, das vorliegt. In der Bundesrepublik ist z. B. die kommunistische Partei verboten, die gesamte Linke (auch die in der SPD) hat lange im Dunstkreis des Illegalen gestanden. Die Suche nach einer angemessenen Strategie in der Linken fängt also aus Gründen, die in der politischen Struktur liegen — im Gegensatz zu anderen Ländern — praktisch bei Null an.

Nicht nur »von oben nach unten« zeigen sich unterschiedliche Ausprägungen, sondern auch »von unten nach oben« in der Art der Verflechtung zwischen »sozialer Bewegung« und sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien. Die Mitgliedschaft der Gewerkschaften in der englischen Labour-Party setzt sozialen Druck, wenn er sich erstmal in den Gewerkschaften durchgesetzt hat, unmittelbar in die Partei um. Im allgemeinen läuft dieser Übersetzungsprozeß indirekter ab. Die soziale Basis der Parteien (Wählerstruktur, aber auch Mitgliederstruktur) setzt die Parteiführungen unter viel diffuseren Druck, der nicht schon als »politischer Wille« formuliert ist, sondern sich als Wahlenthaltung von Stammwählern, innerparteilicher Protest zeigt.

Vielleicht ist es darüberhinaus möglich, die soziale Verflechtung der verschiedenen innerparteilichen Gruppen zu erfassen, und zwar auf einem Konkretions-Niveau, bei dem auch die verschiedenen Lohnabhängigenschichten berücksichtigt werden. So zeigt sich z. B. in der SPD, in deren Mitgliedschaft Arbeiter zunehmend zugunsten anderer Lohnabhängigengruppen verdrängt werden, daß zur Zeit bei ökologischen Themen der stärkste Druck auf die Parteiführung ausgeübt wird. Und die ökologische Bewegung hat ja wohl ein ähnliches, »gehobenes« soziales Profil.

An der Betrachtung dieses Ausschnitts wird vielleicht — bei aller Vorläufigkeit — klar, daß eine Trennung von ökonomisch-sozialer Bewegung und politischem System sinnvoll ist, weil sich gerade aus der Vermittlung zwischen den beiden Elementen gute Erklärungsansätze für die Entwicklung der sozialdemokratischen/sozialistischen Parteien ergeben. Es scheint mir außerdem möglich zu sein, ein allgemeingültiges Grundmuster dieser Entwicklung herauszuschälen, das in diesen Kategorien formuliert ist.

5. Überlegungen, wie sie bei Jäger oder hier gemacht werden, können zunächst nur Anregungen sein. Probleme, die sich aus meiner Sicht weiter stellen, sind zum Beispiel:

— Es muß herausgearbeitet werden, wie sich im »politischen Willensbildungsprozeß« als Ergebnis bürgerliche, d. h. Klassenherrschaft erhaltende Politik durchsetzt.

— Macht eine Betrachtungsweise, die auf die willentliche Durchsetzung politischer Strukturen abzielt, nicht den Begriff »Staat« im Sinn eines abgetrennten Gegenübers der »Gesellschaft« überflüssig? Gramscis Konzept des »integralen Staats« zeigt, meine ich, in diese Richtung.

## Anmerkungen

- 1 Ich meine, daß sich M. Jäger mit seinem Parteibegriff vorschnell auf Gramsci beruft. Nach Gramsci besteht eine Partei aus drei Teilen: Massen, Führung und Mittelgliedern; er hebt dabei aber gerade die besondere Bedeutung der Führung heraus, vgl. Gramsci 1967, 305f. und allgemein Priester 1979. Bei Gramsci und Jäger liegen also zwei völlig verschiedene Gewichtungen vor.
- 2 Vielleicht entsteht die Vorstellung eines unentmischten Gesamtphänomens Politik-Ökonomie gerade erst auf einer höheren Reflexionsstufe, in Zusammenhang mit reformistischen Ideologien, Konzepten des Wohlfahrtsstaats ...
- 3 In diesem Kontext würde ich auch eine Äußerung Gramscis über die bürgerliche Freihandelsbewegung sehen, die Jäger jedoch als Untermauerung seiner These der empirischen Identität von Basis und Überbau benutzt: »Aber da in der Wirklichkeit bürgerliche Gesellschaft und Staat identisch sind, muß man feststellen, daß auch der Freihandel eine auf dem Wege des Gesetzes und des Zwangs eingeführte und aufrechterhaltene 'Reglementierung' ist. Es ist eine Gegebenheit eines Willens, der der eigenen Zielsetzung bewußt ist, und kein spontaner, automatischer Ausdruck des ökonomischen Tatbestandes.« Gramsci 1967, 310.
- 4 Vgl. auch die Kritik an Jäger in Projekt Ideologie-Theorie 1979, 211, Anm.7.

## Literaturverzeichnis

- Gramsci, A.* 1967: Philosophie der Praxis (Hrsg. Chr. Riechers), Frankfurt/Main.
- Jäger, M.* 1979a: Von der Staatsableitung zur Theorie der Parteien — ein Terrainwechsel im Geiste Antonio Gramscis, in: Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung (Hrsg.): Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik, Argument-Sonderband AS 44, Berlin, 45ff.
- Jäger, M.* 1979b: Besprechung von J. Raschke (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa, Reinbek 1978, in: Argument 116, Juli/August 1979, 628ff.
- Kostede, N.* 1976: Die neuere marxistische Diskussion über den bürgerlichen Staat. Einführungskritik-Resultate, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie 8/9, Frankfurt/Main, 150ff.
- Priester, K.* 1979: Politische Soziologie und Staatstheorie. Begriff und Funktion des Intellektuellen bei Gramsci, in: Beiträge zum wissenschaftlichen Sozialismus 4/79, 74ff.
- Projekt Ideologie-Theorie* 1979: Theorien über Ideologie, Argument-Sonderband AS 40, Berlin.

---

ARGUMENT  
SONDERBAND  
AS 47

Gegenstand, Standpunkt und Perspektive materialistischer Kulturtheorie. Kultur und Ideologie. Produktästhetik. Alltag der Lohnarbeiter. Vereinskultur. Tourismus. Stadtfest. Haug, Hillgärtner, Maase u.a. 15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

## Krisenverarbeitung im Alltag. Themenausschreibung

Bei der redaktionellen Vorarbeit für diese *Themenausschreibung* sind wir auf grundsätzliche Schwierigkeiten gestoßen, über die Krise zu schreiben. Sie mitzuteilen, soll der Verständigung unter denen dienen, die sich an dieser Forschungsarbeit beteiligen wollen. — Der Ausgangspunkt ist die Beobachtung, daß sich gegenüber den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik neue Widersprüche und neue Formen ihrer alltäglichen Verarbeitung entwickelt haben. Aber fallen wir mit dieser Gegenüberstellung von »heute« und »früher« nicht auf die Mär vom »Wirtschaftswunder« und von der »Wohlstandsgesellschaft« der ersten Nachkriegsjahrzehnte herein? Immerhin stellt die ökonomische Krise seit 1973/74 mit Arbeitslosigkeit um die Millionengrenze, Preissteigerungen zwischen 3,5 und 5,5 Prozent und stagnierenden Reallöhnen einen deutlichen Einschnitt dar. Haben wir mit der Analyse der *Wirtschaftskrise* nicht den Schlüssel in der Hand zur Erklärung einer umfassenden, in alle Lebensbereiche hineinwirkenden Krise? Aber gibt es *die* Krise überhaupt?

Ließen sich die vielfältigen Versuche von Widerspruchsbewältigung auf das Ökonomische reduzieren, so wäre die besondere wissenschaftliche Anstrengung hier überflüssig und praktische Mutlosigkeit vorprogrammiert: was nützt es, der Hydra einen Kopf abzuschlagen? Da ist es nützlicher, von vielen *Krisen* auszugehen, statt von dem geheimnisvollen Gesamtwesen »Krise«. Die Frage bleibt trotzdem: was ist das Krisenhaftes an den Krisen? — Das Wort scheint zunächst nicht mehr zu bedeuten, als daß die gewohnten Formen der Bewältigung von Widersprüchen in Staat und Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Aber betrachtet man das Leben unter dem Krisenaspekt dann nicht automatisch vom Standpunkt der *herrschenden* Formen, die eben zerbrechen? Wollen wir eine Perspektive der Krisenvermeidung bzw. -bewältigung formieren im Sinne der Wiederherstellung, Stabilisierung? Müssen wir angesichts dieser Schwierigkeit nicht auf den Krisen-Begriff lieber ganz verzichten? Zumal wenn wir die Strategien der Herrschenden bedenken, uns an die Krise zu gewöhnen und sie als »Selbstverschulden/Selbstverantwortung« den Einzelnen in die Schuhe zu schieben.

Die Frage ist also: wie kann man in sozialistischer Perspektive über die Krise schreiben — ohne sich auf den Standpunkt des Alten zu stellen oder in das allgemeine Krisengejammer einzustimmen? Norman Paech hat im Argument-Sonderband 36 »Staat und Monopole (III)« vor der »Inflationierung des Begriffs« gewarnt: »Wenn jede Reibung, Schwierigkeit, Ineffizienz und Funktionsstörung mit dem Wort Krise belegt wird, bleibt der zugleich zerstörerische und reinigende Charakter der Krise, d.h. die Möglichkeit der Erneuerung, des Übergangs und der Transformation unerkannt.« (28f.) Er schlägt vor, in der »Krise des Staates« nicht den »Zusammenbruch des überkommenen Systems, sondern die Möglichkeit der weiteren Destruierung oder Fortentwicklung zur sozialistischen Demokratie« zu sehen (29).

Verallgemeinert könnte das heißen: untersucht werden muß, in welchen neuen Formen die Widersprüche in den verschiedenen Bereichen gelebt werden, und welche Ansätze zu ihrer kollektiven Verarbeitung es gibt. Auszugehen ist von den verschlechterten ökonomischen Lebensbedingungen, die aber nicht als einfach »durchschlagend« untersucht werden dürfen, sondern so: sie blockieren alte Verarbeitungsformen von Widersprüchen und lösen einen Kampf um neue Lösungen aus. Dieser Kampf ist das, was vom Standpunkt der alten Lösungen als »Krise« angesprochen wird. Verschiedene Instanzen sind darin verwickelt: Massen, Individuum, ideologische Mächte und ihre Apparate. In ihren Kämpfen um die Problemstellungen und ihre Lösungen tritt die Entwicklungsrichtung nicht immer eindeutig zutage: alte Problemlösungen versagen zusehends, werden aber krampfhaft festgehalten und mitgeschleppt, neue Problemlösungen müssen erst umwegig, vielfach blockiert und beschnitten, entdeckt werden. In

dieser Bewegung gilt es, Lösungsformen herauszuarbeiten und zu verallgemeinern, die die Handlungsfähigkeit der Massen stärken und die Kapitalherrschaft schwächen.

Wir laden die Mitarbeiter und Leser des *Argument* zu Untersuchungen der alltäglichen Krisenverarbeitung ein. Als Anregung veröffentlichen wir im folgenden Thesen und Fragen, die freilich nicht beanspruchen, vollständig und systematisch die kritischen Lebensbereiche und -praxen zu erfassen. Es sollen Thesen und Fragen zum Weiterdenken sein. Mancher Begriff, manche Fragestellung wird im Forschungsprozeß umgebaut werden müssen. — Mögliche Bearbeitungsformen sind:

- Berichte über empirische Untersuchungen, Fallstudien,
- Literaturberichte,
- theoretische und methodologische Beiträge,
- Thesen, Forschungsskizzen, Werkstattberichte.

### Lebenspläne

Die Zuspitzung der Widersprüche provoziert neue Wege und neue Fähigkeiten, sie zu verarbeiten. Soweit ein entsprechender Schub bewußter Vergesellschaftung der Problemlösungen blockiert wird, werden zuerst die kooperativen Lebensperspektiven durchkreuzt: Isolation. Zugleich entwickeln mehr — vor allem junge — Menschen die Einsicht, daß man es allein nicht schafft. Größere Offenheit für gesellschaftliche Perspektiven, Desillusionierung der »Autonomie des Individuums« und Rekonstruktion der individuellen Handlungsfähigkeit in neuen Kollektiven (Nachbarschaftshilfen, Wohngemeinschaften, Bürgerinitiativen usw.).

— Wie hängen das Zerbrennen »gesicherter« Lebenswege und Karrieren mit dem Verlust an wirkender Regelungsmacht der Institutionen im Leben des Einzelnen zusammen? Die positive Seite von Karriereverlust und Institutionenschwäche untersuchen: Risikobereitschaft, weg von den ausgetretenen Lebensbahnen, experimentelle Haltungen dem eigenen Leben gegenüber, Entbeamtung der Lebenspläne. — Das dabei freierwerdende (neben oder auch mit Angst und Verlassenheit) »Tu's selbst« wird auch von rechts mobilisiert in einem autonomistisch-antikollektivistischen Diskurs: die »Entmündigung« des Bürgers durch seine »Verstaatlichung« soll einer neuen »Autonomie / Freiheit« weichen. In Wirklichkeit: *Superüberforderung* des Bürgers durch nicht mitwachsende gesellschaftliche Mittel der Verarbeitung von Widersprüchen.

— Die ohnmächtigen Lösungsversuche / Haltungen in der Isolation untersuchen: Aufgaben von Perspektivität überhaupt, Apathie, Gleichgültigkeit. Leben von der Hand in den Mund und von Tag zu Tag. Aktiver: ungerichtete, ohnmächtige Aktion / Gewalt. Selbstmord. — Wie können davon Überlebens-Haltungen unterschieden werden, die ein Zurechtkommen in den Verhältnissen stabilisieren, wobei einem vieles Wurst ist? Wo sind die Punkte, an denen solche Lebensweisen in aktivere und kollektive übergehen können? Wie steckt in den vielerlei Lebensersatz / Ersatzleben (von der Disco bis zu Rauschgiften — wobei das kein Kontinuum ist) ein selbstbestimmtes Leben eingeklemmt und verdreht? Wo beginnt es sich zu befreien? Die Kulturisierung des Lebens nicht unter dem Aspekt des Rückzugs aus der Politik sehen, sondern auch als das Vordringen zu ihr über die Bildung neuer Identitäten und Kollektive (soziale Bewegungen beginnen häufig als neue kulturelle Formationen).

— Gesondert untersuchen: die Umwälzung der Lebensweise auf dem Lande. Alte Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten sind im Schwinden begriffen, traditionelle Werte und Normen verlieren ihre Geltung. Die Individuen werden zur Selbstorientierung gezwungen, d. h. das Muster bürgerlicher Autonomie wird nun auch dort maßgebend — verspätet insofern, als die ökonomische Entwicklung es gleichzeitig mehr und mehr zur Farce macht. — An die Stelle des naiven Konservatismus tritt ein breites Spektrum möglicher Neuorientierungen einschließlich der rechten (CSU, Neofaschi-

sten). Wo sind die Ansätze zu einer Neuorientierung in Richtung gemeinsamer Kontrolle der Lebensbedingungen?

### Arbeit

— Potenzierung der produktiven Kräfte der Menschen bei verschärfter Ausbeutung und Unsicherheit. Automation verlangt die wissenschaftliche Analyse der eigenen Arbeit, was häufig darauf hinausläuft, sie mit ihrer Maschinerisierung überflüssig zu machen. Wachsende Anforderungen bei unzureichender Information und Qualifizierung. Je produktionsnotwendiger die Entwicklung der Erkenntnis- und Handlungsfähigkeit der Produzenten, desto stärker der Druck der Verhältnisse, die freigesetzten Kräfte zu fesseln. Resultate solcher Widersprüche sind Hilflosigkeit, Resignation, Angst, Stress; wie können sie durch aktiven Kampf um Informationen, Qualifikationen und Mitbestimmung, durch kollektives eingreifendes Erobern von Handlungsfähigkeit abgelöst werden?

— Mit dem technischen Fortschritt sind immer gravierendere Eingriffe in die Natur verbunden. Die Umweltzerstörung, unbeherrschte Energiegewinnung durch Kernspaltung, biologisch-medizinische Experimente (Genmanipulation), verweisen beispielhaft auf das Problem, daß mit der wachsenden Mächtigkeit der Natureingriffe die gesellschaftliche bewußte Beherrschbarkeit dieser Prozesse keineswegs Schritt gehalten hat: welche Konsequenzen haben solche Konfliktpotentiale für die Individuen?

— Die Gleichzeitigkeit historisch verschiedener Arbeitsweisen: von der automatischen Prozeßsteuerung bis zu Tätigkeiten, die ein Taylor zynischerweise, jedoch wirklichkeitsnah, auf der Entwicklungsstufe eines abgerichteten Gorillas ansiedelte. Wo Arbeit zunehmend die Entwicklung der Menschen verlangt, wird umso mehr als Skandal offenbar, daß immer noch Arbeiter auf Teilfunktionen von Maschinen reduziert und, diesen nicht unähnlich, abgeschrieben und verschrottet werden. Wie können passive und isolierte Formen der Gegenwehr: Krankheit, Absentismus, Fluktuation, Ausschußproduktion etc. in produktive und gesellschaftliche Entwicklungsstrategien der Arbeitenden selbst umgewandelt werden?

—Die Gleichzeitigkeit des Verschiedenen prägt zugleich drastische Differenzierungen der Arbeits- und Lebensbedingungen aus; große Teile der Bevölkerung wie ausländische Arbeiter, Frauen, Behinderte, Alte und Jugendliche etc. sind als »Problemgruppen« in ihren Beschäftigungschancen und Entfaltungsmöglichkeiten eindeutig benachteiligt. Wie läßt sich der aus solchen Unterschieden resultierende Konkurrenz und Entsolidarisierung beugen?

— Verheerender noch als menschenunwürdige Arbeitsbedingungen sind die persönlichkeitszerstörenden Wirkungen der Arbeitslosigkeit: Passivität, erwartungsloses Dahinleben, reduzierte Ansprüche, Hoffnungslosigkeit, Verzicht auf Zukunft, Zerfall der Zeitstruktur, der Tages- und Lebenspläne, zwangsweise Individualisierung. Wie läßt sich das aufhalten? Welche Chancen einer produktiven, aktivierenden Gegenwehr gibt es?

—Die organisierte Arbeiterbewegung, insbesondere die Gewerkschaften, machen erst zögernde Versuche, auf diesen Problemfeldern Handlungsstrategien zu entwickeln. Über die klassischen Aufgaben der Lohn- und Tarifpolitik hinaus geht es um die Eroberung neuer Politikmöglichkeiten und ihre wissenschaftliche Begründung: Entwicklungspotenzen in der Arbeit, Lebensverbesserungen, Bildung, Kultur etc.

### Lernen

— Nicht unbekannt mehr ist die Tendenz, das Leben als permanenten Lernprozeß zu organisieren, das Lernen in den verschiedenen Phasen zu verwissenschaftlichen (Erkennen der Bewegungsgesetze von Natur und Gesellschaft, Beherrschung der Metho-

den des Erkennens und Arbeitens etc.). Mit den wachsenden Anforderungen ans Lernen wird das Versagen der alten Formen der Schule sichtbar; die neuen Formen sind schwer zu entwickeln, stehen unter Dauerbeschuß von rechts, bleiben in Ansätzen stecken, werden gebrochen und verbogen. Wie wird dieser verschlungene, widersprüchliche Prozeß von den Beteiligten: Schülern, Lehrern, Eltern verarbeitet?

— Es gab und gibt im vergangenen Jahrzehnt ein hohes Engagement bei Lehrern, das zugleich in zunehmendem Maße und von allen Seiten umstellt und behindert wird. Zwischen einer steckengebliebenen Bildungsreform: Gesamtschuldebatte, obsoleter Lehrstoffe etc., der Drohung der Verfassungsfeindlichkeit, einem enger werdenden Arbeitsmarkt mit der Folge verschärfter Selektion etc. kann der Veränderungswille leicht erstickt werden. Lehrertagebücher können ein Weg sein in eine neue Innerlichkeit, aber auch Form öffentlicher Verarbeitung von Schulproblemen. Welche neuen Handlungsmöglichkeiten lassen sich entwickeln?

— Motivationsprobleme auch bei Schülern; wie sich zurechtfinden zwischen wachsenden Anforderungen und uneinsichtigen Lehrstoffen, zwischen linken Lehrern und rechten Elternverbänden? Wie die Widersprüchlichkeit der Anforderungen an mehr Autonomie und Ich-Stärke bei gleichzeitiger Fesselung und Vorenthaltung von Autonomie aufheben? »Aussteigen«, Alkoholismus, Drogen als Reaktionen. Wie lassen sich verschüttete, verstellte, verlorene Handlungsmöglichkeiten neu erobern?

— Perspektiv- und Orientierungslosigkeit in diesem Praxisfeld ist nicht unbedingt neu; neu ist jedoch die geballte Wucht, sind die verheerenden Wirkungen, mit denen sie um sich greifen. Das findet seinen Ausdruck in der Grundwerte-Diskussion von rechts: Heimat, Vaterland, religiöse Bindungen etc. anstatt vernunft-begründetes Handeln. Welche Perspektive läßt sich aufbauen, in der mehr geleistet wird, als bloß motivationslose Schüler und frustrierte Lehrer zusammenzubinden, sie auf den Weg nach Innen zu führen oder ganz gewähren zu lassen?

— Welchen Weg weist die Alternativschulbewegung?

## Frauen

— Nicht zuletzt die Frauenbewegung hat in den vergangenen 10 Jahren große Veränderungen bewirkt. Vieles ist aus seiner althergebrachten Selbstverständlichkeit gerissen, umgebaut das landläufige Frauenbild, das Selbstverständnis vieler, neue Ansprüche sind zumindest gestellt, alternative Wohnmöglichkeiten wie auch andere Beziehungen werden versucht, eine andere Kultur entsteht. Die Wende in der offiziellen Politik, die Wegweiser zurück ins Heim und an den Herd, wachsende Arbeitslosigkeit von Frauen, die gerade erst für ein Berufsleben gewonnen wurden, haben katastrophale Auswirkungen. Wie viele Selbstmordversuche, wieviel Konsum von Alkohol und »Beruhigungspillen«, wieviele Krankheiten haben in diesem Teil der ökonomischen Krise, der auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wird, ihren Grund?

— Immer noch zu wenig Besserungen in den Berufsfeldern für Frauen, immer noch »unqualifizierte Arbeit« ein Synonym für Frauenarbeit. Die Perspektivlosigkeit des kommenden Berufslebens wirkt entmutigend und abschreckend insbesondere auf weibliche Schüler. Wie kann unter solchen Bedingungen ein sinnvoller Unterricht gegeben werden?

— In der jüngsten Debatte um den dritten Familienbetriech wetteiferten die Abgeordneten der CDU und CSU darin, die aufopferungsvolle Mutter, die Heiligkeit der Familie, die Idylle von 2 bis 3 Kindern zu propagieren und mit Erziehungsgeld und Anerkennungsversprechen die Frauen für ein Leben in der Familie zu ködern. Die Vergesellschaftung der Erziehung, historisch längst fällig, galt als kommunismusverdächtig, die vielen Erziehungsschäden reichen immer noch nicht aus, wieder und wieder die private Einzelerziehung zu fördern. Wie erreichen wir praktische Alternativen und die aktive

Zustimmung der Frauen?

— Frauenbewegung: die Anstrengung zum aufrechten Gang, der Versuch zur produktiven Verarbeitung der Krise. Darin jedoch, losgelöst von gesamtgesellschaftlichen Perspektiven, die leichte Verführbarkeit für Sackgassen. Sind Lohn für Hausarbeit, neue Gemeinschaften, Hausgeburten, Aufs-Land-Bewegung etc. mehr als Sackgassen? Was wäre eine vorwärtsbringende, eine befreiende Strategie?

### Politik

— »Krise des Parlamentarismus« — vom Standpunkt der Monopolisierung politischer Kompetenz aus gesprochen *gegen* den wachsenden Anspruch der sozialen Bewegung sich einzumischen. Zu untersuchen also, welche neuen Formen von Politik sich in Ökologie-, Frauen-, Studentenbewegung entwickeln; ob und wie weit sie das Parteiensystem verändern und bisher politisch Passive zum Eingreifen in gesamtgesellschaftliche Belange aktivieren. Wie verhält sich dazu die Tendenz, sich in Teilzusammenhängen abgeschnitten von gesamtgesellschaftlichen Perspektiven zu engagieren? Gibt es eine zum Aufschwung der sozialen Bewegungen parallele Entwicklung in den Parteien, politischen Organisationen, Gewerkschaften? Oder gibt es immer mehr »Karteileichen«?

— »Krise der Linken« — wohl auch ein falscher Begriff, weil er einerseits das ungeklärte Verhältnis der »alten« linken Organisationen/Gruppierungen zu den neuen sozialen Bewegungen bezeichnet, andererseits das Problem linker Bündnisse. Also die Fragen: wird es der sozialistischen Linken gelingen, mit den neuen sozialen Bewegungen Orientierungen auszuarbeiten, die einen linken Block zu formieren erlauben? Wie kann die Linke, statt angesichts neuer ungelöster Fragen und unter wachsendem Druck von rechts sich abzuschotten und zu dogmatisieren, ihr hegemoniales Feld durch Öffnung/Erweiterung stabilisieren? Wie müssen Theoriediskussionen geführt werden, damit sie zur vielfältigen und zusammenhaltenden politischen Kultur der Linken beitragen können? Wie können die Politikformen (innerorganisatorische Demokratie) so gestaltet werden, daß sich neue Handlungsmöglichkeiten zwischen Ausflippen ins Private oder Kulturelle einerseits und Überanpassung an die gegebenen Strukturen andererseits, ergeben?

— »Überlebenskrisen« — untersuchen, wie bei hohem Lebensstandard auf einmal Grundfragen des Lebens/Überlebens, des Verhältnisses zur Natur ins Zentrum von Politik rücken. Wie hängen zusammen: Politisierung in Form der Entwicklung einer alternativen *Lebensweise* — Fundamentalkritik der Politik in Parteien, Parlamenten usw. — Formierung der Ökologie- und Alternativbewegung zur Partei?

— Gegenüber passiven Erwartungshaltungen, daß einem Recht zuteil wird, nehmen die Kämpfe ums Recht enorm zu, in allen Lebensbereichen (Arbeit, Lernen, Politik etc.). Der massenhafte Kampf ums Recht treibt die Definitions- und Exekutionsinstanzen des Rechts (Unternehmer im Bereich des Zivilrechts, Arbeitsrechts, Staatsadministration und die Spitzen der Justiz wie führende Kader der Rechtsideologieproduktion) an den Rand der Legalität bzw. in die Illegalität (Berufsverbote, Erfassungs- und Überwachungsstaat etc.). Welches sind die Mechanismen, mit denen den Massen relevante Rechtsbrüche (Rasterfahndung, Telefonüberwachung, Brieföffnung, Listen »verfassungsfeindlicher« Organisationen und Schriften etc.) als legal bzw. als im Interesse ihrer Freiheit und Sicherheit liegend erklärt werden?

### Kultur und Kunst

— Je mehr Krise, desto mehr Kultur. Die kulturelle Praxis der »Linken« und »Alternativen« hat sich in den letzten fünf Jahren buschfeuerartig ausgeweitet. Wie sehr, wäre selbst schon untersuchungsbedürftig und angesichts des dezentralen Charakters solcher kulturellen Aktivitäten, eine Forschungsaufgabe ersten Ranges. Diese Ausbreitung

ist — entgegen kurzschlüssig-ideologiekritischem Verdacht — ein positives Faktum, bedeutet sie doch Entwicklung von Eigeninitiative, Phantasie, Handlungskompetenz. Die Gefahr ist kulturelle Praxis als Politik-Ersatz. Zu befördern ist die Totalisierung kulturellen Anspruchs auf alle Lebensbereiche, keinesfalls jedoch der untaugliche Versuch, Kultur als Trojanisches Pferd der Politik zu mißbrauchen.

— Dringendstes und aktuellstes Desiderat ist die Untersuchung/Selbstdarstellung der »neuen Gegenkultur«, ihrer Öffentlichkeit, der Zentralbegriffe ihrer Ästhetik wie »Betroffenheit«, »Authentizität«, »Erfahrung«, »Unmittelbarkeit« in der Perspektive, den Zugewinn, den diese Sichtweise für selbstbestimmte Praxis bringt, zu umreißen, zugleich aber die blinden Stellen zu orten. D.h. auch, die Ideologie in der Gegenkultur dingfest zu machen.

— Zu untersuchen wäre auch die Widersprüchlichkeit der tatsächlichen gegenwärtigen Arbeiterkultur. D.h. nicht Suche nach einer autochthonen, »reinen« proletarischen Kulturpraxis, sondern Entdeckung kultureller Elemente im Vereinswesen, im Schrebergarten, selbst noch im Fußball, in der Jogging-Bewegung etc.

— Untersuchung des Angebots ästhetisch/kulturkritischer Haltungen von oben: Neue Varianten des Absurdismus; Sinnlosigkeit vom Selbstmord bis zum Non-Sense; die Welt als erlebte, phantastisch romantisierte, nicht mehr als veränderbare. Renaissance des Mythos, Absage an Vernunft und Aufklärung, entsprechende Umorganisation des Geschichtsbilds. Interessant dabei die modellierende Aufnahme alternativer oder linker Überlegungen; die Hilflosigkeit der Aufklärer. Der Trend, der die schon nicht mehr neue Subjektivität ablöst: die Ästhetisierung. Wohn-, Kneipen- und Literaturkultur der Linken ebenso wie die Kleidungsgegewohnheiten der Frauenbewegung auch hier ein Vorbild, Habitus von »Popper-Gruppen«, von »Schüler-Dandys«, eines der massenhaften Resultate.

— Ein anderer Strang: Das Ende der vag-emanzipatorischen »Suhrkamp-Kultur«. Verlust der Vorherrschaft kritischer Theorie auf Teilen des Buchsektors, in den Rundfunkanstalten, in den Feuilletons. Was tritt an die Stelle?

— Umsetzung solcher differenzierter Strategien für kulturelle Eliten in »massenkulturelle« Veranstaltungen und Formen: der Katastrophenfilm z.B. nimmt den Protest gegen unkontrollierte Lebensbedingungen auf und richtet ihn zugleich gegen das wichtigste Mittel der Abhilfe: die Verwissenschaftlichung des Alltags. Vermittels der Dämonisierung von Wissenschaft wird dem Protest Nahrung verschafft und zugleich die Spitze gebrochen. (Einübung in die Krise im vielfältigen Zelebrieren von Gewalt, Tod, Unterwerfung unter dunkle Mächte).

Generell ist zu beachten, daß sich auf dem Kunst/Kultursektor der Umschlag von Kultur in Ideologie besonders leicht und unauffällig vollzieht. Die Modellierung der Ideen und Praxen in solchen Metamorphosen ist zu untersuchen, um ideologischen Strategien der Enteignung der Kultur schon in ihrer Anlage begegnen zu können.

### Krankheit als Normalzustand

— Wie verändert sich unter dem Druck wachsender Probleme ohne Lösungen die gesellschaftliche Bedeutung/Anordnung von Gesundheit/Krankheit? Zunahme von psychischen und »Volkskrankheiten«. Die Unterscheidung Kranke/Gesunde ist infragegestellt, zugleich gelingt die Reduktion des Leidens auf den Körper und auf das Symptom nicht mehr wie früher. Es kommt in den Blick, daß Krankheit eine Unmöglichkeit/Unfähigkeit ist, unter diesen Bedingungen zu leben. Auf der anderen Seite verschärft sich die strukturelle Überforderung des Arztes, das Arzt-Bild bröckelt ab (»Halbgötter in Weiß«). Kunstfehlerskandale.

— Krise des Heilens, Kostenkrise und Strukturkrise des Gesundheitssystems, Krise des Arztbildes.

— Massenhaftigkeit von Krankheit, ihre Selbstverständlichung. Therapie: Beruhigen statt Heilen. Generalisierung der Ursachen/Diagnosen: alles ist Streß, hierin zugleich Individualisierung/Subjektivierung — Schutz des Einzelnen vor den Anforderungen, die bei Nicht-Veränderung der Verhältnisse nicht erfüllbar = »Belastungen« sind.

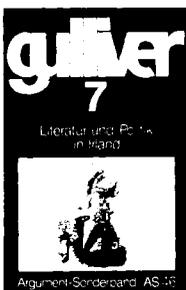
— Individualisierungsschub im Heilen: jeder wird sein eigener Arzt, Selbstmedikation. Ständige Selbstbeobachtung, Herumdoktern an sich selbst. Tablettenkonsum. Darin zugleich das Positive: Wiederaneignung medizinischer Kompetenz durch die Massen, Verwissenschaftlichung der Lebensführung. Darin mischen sich antiwissenschaftliche Tendenzen, Rückgriff auf Volksmedizin.

— Beim Arzt mehr Einsicht in die gesellschaftlichen Ursachen von Krankheiten ohne Erweiterung der Heilmittel — Indikationswandel derselben: Pillen gegen die Krise, Hilflosigkeit. Arzt in der Zerreißprobe zwischen seinen Funktionen als »Priester«, Wissenschaftler und »Sozialbeamter«.

— Krise der Reform des Gesundheitswesens durch die ökonomische Krise. Rückzüge der Linken bei Übernahme ihrer Programme durch die Rechten (z.B. bei Humanisierung des Krankenhauses). Das übliche Hase-und-Igel-Spiel.

— Gewerkschaftliche und sozialistische Gegenstrategien. Z.B. Demokratische Psychiatrie, wo die Krise der medizinischen Instanzen positiv gewendet wird in einer Vergesellschaftung/Kommunalisierung des Heilens. Gefahr von Rückschlägen/Diskreditierung durch die Beschränkung von Möglichkeit/Bereitschaft zum sozialen Experiment in der ökonomischen Krise.

— Todesthemen: Verschiebung vom Gesundbleiben aufs Heilen und von dort aufs ruhige Sterben. Diese Verschiebung macht der Wunsch auf Selbstbestimmung mit: statt Selbstbestimmung über das Leben, Selbstbestimmung über das Wann und Wie des Todes. Tod als Bewußtseinsweiterung (Berichte von Leuten, die wiederbelebt wurden); gleichzeitig Euthanasiediskussion, Arzt soll töten dürfen. Erstaunlich dabei ist, wie das seit dem Faschismus tabuisierte Thema, was der Entwicklung einer rationalen, fortschrittlichen, präventiv orientierten Genetik hierzulande geschadet hat, nun plötzlich an einer irrationalen Stelle wieder ausbricht. Versuch, die Probleme an den Rändern zu regeln, zu beschneiden, damit Ordnung im vermeintlich nicht ordenbaren Chaos zu schaffen.



Bürgerliche und sozialistische Literatur in Irland. O'Casey: Biographie/Autobiographie, Einakter. UE: Irlandkonflikt. »thought control« und »counter-intelligence« in den USA.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

## Kongreßankündigungen und -berichte

**Aktualisierung Brechts. Symposion, veranstaltet vom *Argument* und dem Landestheater Tübingen, 16. — 18.5. in Tübingen.**

Die Rezeption der Werke Brechts tritt in ein neues Entscheidungsstadium. Die Stücke aus den verschiedenen Entwicklungsphasen des Autors sind durchgespielt. Eine Ermüdung in der Beschäftigung mit diesem Autor breitet sich bei den Theatermachern und in den Feuilletons aus. Fazit der Ermüdeten: die Parabel-Dramaturgie der Stücke und die soziale Determiniertheit der Figuren in diesen Stücken reichen zur Darstellung unserer komplizierter gewordenen Wirklichkeit nicht aus. Diese Tendenzen zur Brecht-Müdigkeit sind im Zusammenhang mit der politischen Entwicklung kritisch zu analysieren: ist diese Müdigkeit nur eine Kulturmode? Und wenn, wem nützt diese Mode?

Gegen die Müdigkeit setzen wir neue Versuche der Verlebendigung Brechts. Die historisch-materialistische Dialektik als Methode in Brechts Werk ist auf den Autor und dessen Werk selber anzuwenden, mit dieser Methode ist unter den Bedingungen der gegenwärtigen Klassenauseinandersetzungen das Werk Brechts wieder produktiv zu machen. Die Frage nach der Aktualität ist die Aufgabe zur Aktualisierung Brechts: Brecht und unsere Wirklichkeit.

Diese vorrangig unter Theateraspekten umrissenen Probleme sollen auf dem Tübinger Symposion dadurch weiterentwickelt werden, daß bisher vernachlässigte Bereiche der Brecht-Rezeption mit einbezogen werden: Brecht als marxistischer Theoretiker, Brecht in der Schule, Brecht und die ästhetische Praxis außerhalb des Theaters (politisches Lied, Lyrik). Eröffnet werden sollen Perspektiven für eine neue, zeitbezogene Rezeption Brechts zu Beginn der achtziger Jahre. Die Diskussionen über Brecht werden ergänzt durch Aufführungen von Brecht-Stücken.

Anmeldung oder weitere Informationen beim LTT, Eberhardstr. 6, 7400 Tübingen, Tel.: 07071/33091. Zu der Veranstaltung erscheint der *Argument*-Sonderband AS 50 *Aktualisierung Brechts*, herausgegeben in Zusammenarbeit mit dem Tübinger Theater.

**»Wissenschaftler analysieren Funktion und Konzeption von F.J. Strauß«.**  
**Kongreß des BdWi, 27. — 28.6. in Bonn.**

Der Kongreß soll Wissenschaftlern unterschiedlicher Provenienz ein Forum bieten, um Hintergründe und Perspektiven der Kanzlerkandidatur von Strauß zu analysieren. Es soll nach thematischen Schwerpunkten im Plenum diskutiert werden; abends findet eine Podiumsdiskussion unter Beteiligung ausländischer Kolleginnen und Kollegen statt zum Thema: »Ist die Bundesrepublik an einem Scheideweg?«

Nähere Informationen bei der BdWi-Geschäftsstelle, Gisselberger Str. 7, 3550 Marburg, Tel. 06421/21395.

## Fortschritt der Computer — Computer für den Fortschritt?

**Kongreß über Erfahrungen mit der Informationstechnologie in der Arbeitswelt,**  
**Kassel, 22. — 24.2.1980**

Die »Computerwoche« sprach von einem »Volkskongreß« (7.3.1980). Erregend war, daß nahezu die Hälfte der Teilnehmer an diesem wissenschaftlichen Kongreß Arbeitnehmer aus Betrieben und Behörden, Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte waren, die gegenüber den Wissenschaftlern, insbesondere Informatikern aus den Hochschulen und den Informationstechnologie-Konzernen, ihre Ansprüche, Befürchtungen, Vorbehalte, Proteste, Forderungen formulierten. Es gibt deprimierende Erfahrungen

gen: Undurchdringliche Informationssperren der Betriebsleitungen, mindestens bis das Grobkonzept eines DV-Systems ausgearbeitet ist. — Mangelhafte Qualifizierungsmaßnahmen für die Arbeit mit dem Computer; Einweisungen, die auf oberflächliches Kennen der Bedienungsfunktionen beschränkt sind; undurchschaute Systeme, die handlungslähmend wirken und deren weitergehenden Nutzungsmöglichkeiten verschlossen bleiben. — Personalinformationssysteme, die es den Betriebsleitungen gestatten, mittels grobschlächziger Merkmale zweifelhafte Persönlichkeitsprofile der Beschäftigten herzustellen und damit die Sicherung ihrer Kontrolle zu betreiben. — Betriebsleitungen, die den Computer-Einsatz zum Probetrieb deklarieren und daraus die Rechtfertigung für die Verweigerung bestehender Mitbestimmungsrechte ableiten. — Das Schüren von Konkurrenz unter den Beschäftigten: z.B. werden bei der Einführung rechnergestützter Textsysteme in der Druckindustrie mal Redakteure an die Maschinen gesetzt, mal kurzfristig angelernte Schreibkräfte; daß hier traditionelle Arbeitsteilungslinien sich verflüssigen, wird in Arbeitsplatzangst vor allem der Gruppe der Setzer umgemünzt. — Daß solche Erfahrungen allzu häufig in Hilflosigkeit und Resignation münden, unsinnige Vergleiche zwischen Computern und Atomkraftwerken oder den Ruf nach einem Moratorium, einem zeitweiligen Stopp jeden Computereinsatzes provozieren, darf nicht verwundern. Es gab aber auch in Kassel die engagierten und mutmachenden Berichte, wie der zunächst oft aussichtslos erscheinende Kampf um Informationen, um Qualifikationen, um Mitbestimmung, um Lebensverbesserungen und Handlungsmöglichkeiten der arbeitenden Menschen aufgenommen wurde: Betriebsräte, die sich für die Verhandlungen mit Unternehmensleitung und Systemhersteller Informatiker als sachverständige Berater besorgten, um die vorgesehenen software-Pakete kritisch durchdringen und Änderungsforderungen begründen zu können; Belegschaften, die Betriebsvereinbarungen über Organisationsverbesserungen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen etc. dadurch erkämpften, daß sie davon die Arbeitsaufnahme an dem DV-System abhängig machten (»die Geräte haben ein Jahr lang im Schrank gestanden«). Das Bewußtsein von der Notwendigkeit, schrittweise ein neues Terrain zu besetzen, offensiv mit Forderungen, Initiativen, Alternativen, Entwicklungsperspektiven auf den Plan zu treten, ist überall im Wachsen.

Der Kongreß war von den Diskussionen in den Arbeitsgruppen geprägt. Einschlägiges Filmmaterial stand zur Verfügung. Die Teilnehmer konnten Ausstellungen zur Geschichte der Büroarbeit und der Satz- und Druckarbeit in die Diskussion einbeziehen: Vorgeführt wurden konkrete Tätigkeiten in ihrer geschichtlichen Entwicklung, gefördert die Einsicht in ihre Veränderbarkeit und die Bedingungen der Veränderungsmöglichkeiten. Von den Rahmenvorträgen war insbesondere der von Mike Cooley, Konstrukteur beim englischen Luftfahrtkonzern Lucas Aerospace und Vorsitzender der Technikergewerkschaft, bemerkenswert wegen einer merkwürdigen Ambivalenz: Auf der einen Seite wird mit der Auffassung vom Computer als »Trojanisches Pferd für den Taylorismus« die automatisierte Datenverarbeitung gegen die eigene Absicht mystifiziert. Abgesehen davon, daß die inflationäre und umstandslose Gleichsetzung beinahe jeglicher Arbeitsteilung und Arbeitsverwissenschaftlichung mit Taylorismus den Begriff seines spezifischen Inhalts beraubt, vernebelt die Auffassung, der Computer trete den Menschen als fremde und feindliche Macht entgegen, beraube sie der Verfügungsgewalt über ihre Arbeit, nehme alle Kreativität weg etc., die Problemlage. Wir halten dem die Aussage eines Betriebsrates der »Plakat«-Gruppe bei Daimler-Benz, Unterrückheim, entgegen: »Guck mal, da kommt zum Beispiel ein Meister in den Vorrichtungsbau und sagt: Wir brauchen solchen Apparat, wo da der Kolben reinfährt, und dann muß da der Schalter runtergehen, er darf dann aber noch'n Stück weiter vor usw.: das ist das Problem. Dann überlegt sich einer an der Drehmaschine, wie muß dann das Ding aussehen, und entwickelt das und macht das usw. Und wenn er das macht, dann

ist er kreativ. Der sitzt dann an der Maschine und spielt damit richtig. Ja, das ist wie 'ne Spielerei, so schön. Ist halbe Kunst, wenn du so einzelne Modelle schleifst, oder drehst und fräst, wenn du dir das überlegen mußt. Das Wesentliche, was weggenommen wurde durch Rechner, vor allem an numerisch gesteuerten Maschinen, das sind ja nicht diese Sachen, sondern das sind die Sachen, die schon immer wiederholbar waren und wiederholt werden.« (zit. nach Wechselwirkung, 4, 1980, S. 42). Die Ambivalenz des Cooley'schen Vortrags bestand darin, daß er selbst eindrucksvolle Beispiele kreativitätsfördernden Computer-Einsatzes zum Maßstab des Handelns in den Betrieben machte, etwa »ein System für computerunterstütztes Entwerfen..., das auf Menschen antwortet, statt sie zu kontrollieren.«

Gegen Entwicklungsrückstände in der EDV und gegen ihre gesellschaftlichen Mißbräuche stellte Ulrich Briefs vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des DGB die Potentiale der EDV: die Möglichkeiten der Aufhebung von Arbeitsteilungen, der verstärkten Selbstkontrolle der Beschäftigten, der Produktion neuer, gesellschaftlich nützlicher Gebrauchswerte, der Verkürzung der gesellschaftlichen Arbeitszeit, des Abbaus von Routine, des vermehrten Wissens an den Arbeitsplätzen. — Der Computer ist ein Instrument der Reflexion aufs eigene Tun, der methodischen und systematisierten Bildung von Problembewußtsein; sein Einsatz verlangt nicht bloß die Analyse und Lösung vorgegebener Probleme, er führt auch an die Reflexion der Probleme selbst heran. Mittels EDV werden ja nicht nur Problemstellungen in einer Form bearbeitet, wie sie in der Mathematik häufig vorliegt: »gegeben...« und »gesucht...«; im allgemeinen sind die Aufgaben weit weniger präzise formuliert. Die Aufgaben müssen zunächst analysiert werden, um den Kern des Problems aufzuspüren. Diese Auseinandersetzung mit einer Aufgabe ist bereits ein Moment ihrer Kritik. Außerdem muß bedacht werden, daß von der Qualität der Problemanalyse die der Problemlösung abhängt: empirisch erwiesen ist, daß Schwierigkeiten bei der Einführung von Informationssystemen bereits in unzureichenden Problemanalysen begründet liegen. Sofern überdies der Programmierprozeß auf Hindernisse stößt oder bislang nicht bewußte Abläufe in einem Arbeitsprozeß aufdeckt, hat dies Rückwirkungen auf die Formulierung der Aufgaben. In solchen Prozessen bleiben auch gegebene Organisationsgefüge nicht unberührt, geraten in die Reichweite der Auseinandersetzung gegensätzlicher gesellschaftlicher Interessen. Dergestalt wird deutlich, daß vom Automatisierungsprozeß ein Druck zur Kritik und Planung gesellschaftlicher Aufgaben durch die Arbeitenden selbst ausgeht. Dieser Druck wäre zur Förderung allgemeiner Mitbestimmung über die gesellschaftlichen Aufgabenstellungen gegen alle zweifellos mächtigen Restriktionen in Betrieb und Gesellschaft nutzbar zu machen. Wie schwierig dies freilich ist, mit welchen Widerständen zu rechnen ist, was es allein an Qualifikationsdefiziten zu beseitigen gilt, um die Mitbestimmungserfordernisse auf Seiten der Beschäftigten zum Tragen zu bringen, hat der Kasseler Kongreß deutlich gemacht. Das Aufgabenfeld ist riesig und die Zeit drängt.

Werner van Treeck (Kassel)

## Klinische Psychologie und Psychotherapie.

**Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie und der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie, Berlin / W., 18. — 23.2.1980**

Bioenergetik, Psychodrama, Urschrei- und Primärtherapie, Transaktionsanalyse, Verhaltens-, Gesprächs- und Gestalttherapie — selbst Psychologen schwirrt zuweilen der Kopf angesichts des Wirrwalls an Methoden und Techniken, die auf dem Psychomarkt gehandelt werden. »Integration« hieß deshalb das Zauberwort, das über diesem ersten gemeinsamen Kongreß schwebte, den die bislang eher getrennt marschierenden

Gesellschaften für Verhaltens- und Gesprächstherapie veranstalteten. Über 3 500 Teilnehmer und 300 Referenten waren zusammengekommen, um »Neue Wege der Psychotherapie« zu beschreiben; Vereinheitlichung der bestehenden Ansätze hieß ihr Ziel. Zum Auftakt hatte man mit M. Mahoney aus den USA jemanden geholt, der sich schon seit Jahren seinen Kopf über eine integrative Psychotherapie zerbricht. In Analogie zum Kuhnschen Modell der Wissenschaftsentwicklung beschrieb er den Weg eines Menschen in die psychische Krise als Zerstörung seines Weltbildes durch diesem widerstreitende Erfahrungen; den Weg zurück in die »Normalität« als revolutionären Prozeß der subjektiven Neukonstruktion eines Bildes der Welt. So richtig es ist, dies als einen aktiven Prozeß zu beschreiben — »reality is no cafeteria«, so Mahoney, in der man sich nur zu bedienen brauche — so fragwürdig bleibt es, diese Neukonstruktion als subjektiv beliebig aufzufassen. Schließlich wird die Tragfähigkeit des neuen Weltbildes stets davon abhängen, inwiefern die realen Ursachen des bisherigen psychischen Leidens erkannt und verändernd angegangen werden.

Klar ist, daß die Praktiker sich wenig um den Schulenstreit in der Psychotherapie scheren und so die Wissenschaftler zu einer theoretischen Integration drängen. Als Zugang zur theoretischen Integration schlugen Grawe, Fiedler u. a. die differenzierte Indikationsstellung vor. Nicht von allgemeinen psychologischen Theorien über das menschliche Handeln solle man ausgehen, sondern sich die Frage stellen: »Welche Therapiemethode unter welchen Bedingungen bei welchen Patienten welche Effekte« erziele. Über diesen Weg will man dem Praktiker Entscheidungskriterien an die Hand geben, bei welcher Störung er zu welcher Methode greifen könnte. So gestellt, führt diese Frage jedoch eher zur Konservierung des bestehenden Zustands, zum beziehungslosen Nebeneinander der bestehenden Therapieschulen. Die Symptome psychischen Leidens, die bestehenden Krankheitsbilder werden hier als gegebene genommen, anstatt sie auf die gemeinsamen Bedingungen ihrer Entstehung zu hinterfragen. Die Indikationsforschung ernst genommen, stellt sich ihr dasselbe Problem, das man durch den Indikationszugang umgehen zu können glaubte, nämlich daß sie als Basis einer allgemeinen Theorie menschlichen Handelns bedarf.

In der Folge ging die Diskussion darum, ob die Handlungsstrukturtheorie eine solche Rahmentheorie sein könnte. Denn diese präsentiert sich als eine Theorie, welche die subjektiven psychischen Regulationen von Handlungen, wie auch das äußerlich sichtbare Verhalten zu integrieren vermag. Menschliches Handeln wird nach dieser Theorie gesteuert über feed-back-Beziehungen zu inneren Modellen der Umwelt, des eigenen Handelns und seiner Folgen. Mit der aus der Arbeitspsychologie herkommenden Handlungsstrukturtheorie wurde in einigen Beiträgen (u. a.: Schmidtchen, Zoeke) eine Analyse des Klienten- und Therapeutenverhaltens vorgenommen. Insbesondere bei den Versuchen, gruppentherapeutische Vorgänge abzubilden, offenbarten sich aber eher die Defizite als die Brauchbarkeit dieses Ansatzes. Auch von den anwesenden Handlungsstrukturtheoretikern, den Arbeitspsychologen Greif und Volpert, wurde die Fruchtbarkeit dieses Vorgehens angezweifelt. Die Handlungsstrukturtheorie bilde als quasi idealtypisches Modell menschlichen Handelns mögliche Fehlverhaltensweisen bisher nur unzureichend ab; zur Übertragung in die Therapie bedürfe sie der Modifizierung. Andersherum läßt dies natürlich auch den Schluß zu, daß in diesem Modell wesentliche Bedingungen menschlichen Handelns gerade nicht erfaßt werden. Frese benannte mit dem ungeklärten Zusammenhang von Handlungsstrukturtheorie und Emotion eine solche Leerstelle. Es blieb offen, ob vom Ausgangspunkt her — der Analyse der einzelnen Handlung — die gerade auch therapeutisch wichtigen motivationalen und emotionalen Voraussetzungen menschlichen Handelns überhaupt in den Blick geraten können. Anders gefragt: Kann von dieser Basis aus der kooperative Aspekt menschlichen Handelns, dessen Bedeutung im gesellschaftlichen Kontext erfaßt wer-

den? In der ganzen Auseinandersetzung mit der Handlungsstrukturtheorie wurde vor allem die Präsenz der Kritischen Psychologie vermißt, die, vom Begriff der gesellschaftlichen Arbeit ausgehend, über ein Konzept verfügt, das die angesprochenen Aspekte menschlichen Handelns zu umspannen vermag. (Zur Diskussion um die Handlungsstrukturtheorie vom Standpunkt der Kritischen Psychologie vgl. Forum Kritische Psychologie 6.) Allerdings machte die Diskussion um die Handlungsstrukturtheorie auf einige wichtige Tatbestände aufmerksam, die in den bisherigen Therapietheorien weitgehend unberücksichtigt bleiben: die Situation am Arbeitsplatz und der institutionelle Kontext von Therapie. Es wurde klar, daß auch der klinische Psychologe sich nicht nur auf die »Reparatur psychischer Schäden« beschränken kann, sondern daß der Therapeut sich auch in den Arbeitsbereich seiner Klienten einmischen und Forderungen entwickeln muß, wenn er erfolgreich im Interesse seiner Klienten tätig sein will. In einer Diskussion über die »Grenzen der Psychotherapie« führte Ernest Bornemann dazu aus, daß jede Therapie, die sich gegenüber ihren gesellschaftlichen Voraussetzungen ignorant verhält, im Grunde genommen nur von Vorteil für den Therapeuten sei. Sie wird immer wieder scheitern — dem Therapeuten dadurch aber auch den zahlenden Klienten erhalten —, solange sie nur versucht, den Klienten zu verändern und an die äußeren Bedingungen anzupassen.

Psychotherapie nicht nur als Einzelfallhilfe zu betreiben, dieses Anliegen hat auch eine gesundheitspolitische Dimension, die in einem anderen Schwerpunkt des Kongresses zur Debatte kam. Annähernd zehn Jahre wird in der Bundesrepublik nunmehr über die psychiatrische Versorgung diskutiert, ohne daß Nennenswertes geschehen wäre. Im Gegenteil: die als Alternative zur stationären Versorgung in Großkrankenhäusern eingerichteten Modelle gemeindenaher Versorgung drohen nach Ablauf des ursprünglich geplanten Finanzierungszeitraumes jetzt aufgrund einer Intervention der CDU/CSU regierten Länder einzugehen. Dagegen formierte sich auf einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der drei Bundestagsparteien scharfer Protest. Zugleich wurde aber klargestellt, daß man sich allein mit Modelleinrichtungen nicht mehr zufrieden geben will, sondern eine allgemeine, gesellschaftsweite Veränderung der psychiatrischen Versorgung realisiert sehen will. Gefordert wird der Ausbau der ambulanten Dienste, in denen berufsübergreifende Teams von Sozialarbeitern, Psychologen und Medizinerin therapeutisch tätig sein sollen. Energischer Widerstand wurde auch gegen das geplante Psychotherapeutengesetz angemeldet. So notwendig es ist, in diesem Bereich zu gesetzlichen Regelungen zu kommen, solange der Entwurf die Gefahr einer »freien Niederlassung« von Therapeuten enthält, fällt er allen fortschrittlichen Intentionen in den Rücken, die eine Überwindung der Einzelfallhilfe und den Ausbau der therapeutischen Betreuung durch öffentliche Einrichtungen anstreben. Erwin Seyfried (Berlin / West)

## Dialogforschung

Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache, Mannheim, 4.3. — 8.3.1980

Da »ideologietheoretisch besonders interessant ist am Alltagsbewußtsein, wie über die alltäglichen Selbstverständlichkeiten Ideologien in den Persönlichkeiten verankert werden« (AS 40, Theorien über Ideologie, S. 154), war man auf die einzelnen Beiträge der bisher wohl wichtigsten Tagung dieser noch jungen Wissenschaft besonders gespannt. Grund dazu gaben die 18 Themen, welche Diskursprobleme aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen behandelten. Untersucht wurden z.B. »Linguistische Aspekte des forensischen Diskurses« (Ullmer-Ehrich) auf sprachliche Prozeduren, Steuerungsmechanismen des Richters hin (der Angeklagte wird vom Richter mittels sprachlicher Verfahren soweit gebracht, daß er dessen Beurteilung des Falles akzeptiert). Konrad Ehlich fragte, inwieweit dem schulischen Unterrichts-Diskurs noch

Dialogqualitäten zugeschrieben werden könnten. Die Schule nehme am ursprünglichen und »spontan-freiwilligen« (?) Lehr-Lern-Diskurs entscheidende Veränderungen vor. Sprachliche Muster wie Fragen werden strukturell verändert (vorgeführt an der sog. »Lehrerfrage«). Gezeigt wurde, wie sich die Schüler, ihnen selbst unbewußt, gegen diese einseitige Diskursituation äußerst listig wehren, indem sie den Unterrichts-Diskurs wenigstens zeitweise mit raffinierten Ablenkungsdiskursen stören können. — Auffällig war, mit welcher theoretischen und methodologischen Naivität oft das jeweilige Erkenntnisobjekt konstruiert (bzw. nicht konstruiert) wurde. Henne z. B. charakterisierte, auf kaum nennenswertes Korpus gestützt, die »Jugendsprache« als »eigene Sprache, die den Jugendlichen selbst gehört und ihre Identitätsfindung ermöglicht« — ohne jede Reflexion darüber, was Identität eigentlich heißt, ob es eine Sprache geben kann, die mir oder irgendeiner sozialen Gruppe »gehört«, oder darüber, ob solche Soziolekte (als besserer Terminus für das Phänomen jugendspezifischer Sprache) nicht ganz bestimmte und komplexe Vereinheitlichungsfunktionen den Jugendlichen gegenüber besitzen (wie das ansatzweise, wenn auch nicht als leitendes Erkenntnisinteresse, von Ehlich und Ullmer-Ehrich für ihre Untersuchungsbereiche demonstriert wurde). Aber auch traditionelle linguistische Fragestellungen sollten durch Einbeziehung der Alltagskommunikation neu fundiert werden. Wenn ich mit der Äußerung »Ich werde kommen« ganz verschiedene Sprechakte (wie drohen, versprechen usw.) ausführen kann, sollte diese Funktionsvielfalt des Futurs doch auch Eingang in eine — nun »kommunikativ-pragmatische« begründete — Grammatik finden (Ditmann). Dem wurde in der Diskussion zurecht entgegengehalten, daß eine solche »kommunikative Grammatik« an ihrer ungeheuren Kompliziertheit scheitern müsse und daß der umgekehrte Weg: von der Situation ausgehend zu fragen, welche sprachlichen Mittel dem Sprecher für die Ausführung des jeweiligen Sprechaktes zur Verfügung stehen, erfolgversprechender sei. — Bei aller Fülle der Detailuntersuchungen, die weitergehende Fragestellungen und Analysen sicher erst ermöglichen, war auffällig, daß von keinem der Teilnehmer auch dasjenige untersucht wurde, was *nicht* in den analysierten Texten gesagt wurde oder werden konnte — und aus welchen Gründen nicht. Untersuchungsobjekt war das »Sichtbare, Gegebene«, das, was als sprachlich Objektiviertes transkribiert vorlag. »Abwesenheit« wurde als Nicht-Vorhandenes, statt als organisierende Struktur des Dialogs begriffen. Ausgrenzungsmechanismen, Tabuisierungen, Nicht-Kommunikation — das alles schien nicht zum Gegenstand der Dialogforschung zu gehören. Dabei hätten manche Beiträge leicht zeigen können, daß es nicht vom »richtigen Kode«, vom »guten Willen« oder der Kompetenz der Teilnehmer allein abhängt, ob es Kommunikation gibt oder nicht, sondern von den sozialen Beziehungen, die den jeweiligen Platz der sprechenden Akteure in einer bestimmten Situation definieren. Aufschluß darüber hätte man vom Beitrag des Psychoanalytikers Alfred Lorenzer erwarten dürfen — und wurde herb enttäuscht. Die Untersuchung des psychoanalytischen Gesprächs als »zugespitztes dialogisches Verhältnis« verhalf zwar dazu, Sprache nicht mehr als »Netz von Namen und Definitionen« zu verstehen, sondern als »Medium der Beschreibung von Praxisfiguren«, aber praktische Hinweise, wie die »Positionierung des Subjekts« gerade auch in Alltagsdialogen vorstatten geht, wie sich das Subjekt (lexikalisch, syntaktisch, semantisch und dialogologisch beobachtbar) im jeweiligen Diskurs einnistet und wie seine bewußtesten Bedeutungsintentionen oft durch das Spiel der Sprache hindurch hintergangen werden, wurden dem hilflosen, weil überforderten Linguisten vorenthalten.

Die Veranstalter hatten einen Überblick über das Feld der Dialogforschung beabsichtigt. Den möglichen Ausblick auf praxisrelevante Orientierung verhinderte nicht nur die fehlende Reflexion psychologischer und soziologischer Zusammenhänge seitens der Linguisten, sondern auch die verwirrende Vielzahl des thematisch diffusen Programms. Letzteres aber wäre den Veranstaltern anzulasten. P. Schmidt und H. Woetzel (Mannheim)

## Besprechungen

### Philosophie

**Autorenkollektiv** (Leitung Vera Wrona): *Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR*. Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1979 (690 S., Ln., 26,— M).

Das Buch ist ein »erster Versuch«, die marxistisch-leninistische Philosophie von 1945 bis ca. 1963 darzustellen. Der 1. Teil behandelt die marxistisch-leninistische Philosophie im Zeitraum der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung« (1945-49). Eines der theoretischen Hauptprobleme der KPD nach 1945 resultierte aus der angestrebten Vereinigung der beiden Arbeiterparteien auf revolutionärer Grundlage. Dabei erwies sich die Rezeption des Leninismus, vorrangig seiner Staats- und Revolutionstheorie, als ein kompliziertes, nur sukzessiv zu lösendes Problem. Zunächst mußten zwei Widerstände überwunden werden: Die Vorstellung vom Sprung in den Sozialismus ohne Übergangsphase, dann die nicht minder subjektivistisch-voluntaristische Vorstellung vom schon erfolgten »Zusammenbruch des Kapitalismus in Deutschland — Beides der theoretische Inhalt der Schumacherschen Lösung vom »Sozialismus als einer Tagesaufgabe« (32-41). Mit dem 2. Parteitag der SED (Herbst 1947) kam es zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit der Gesellschaftskonzeption Schumachers, besonders seiner These vom besonderen deutschen Weg zum Sozialismus (76f.). Eine schwierige Aufgabe war die Begründung der Bedeutsamkeit der marxistisch-leninistischen Philosophie für die einzelwissenschaftliche Praxis, die in Diskussionen an den Hochschulen aufgenommen wurde. Hier zeigten sich deutlich Grenzen, da die personellen und institutionellen Voraussetzungen für die gesellschaftswissenschaftliche Arbeit im universitären Bereich noch weithin fehlten, der Tageskampf der führenden Kader nur in begrenztem Maße ein vertieftes Studium der diffizilen wissenschaftstheoretischen und eine intensive Aufarbeitung der marxistischen Klassiker zuließ (102). Breiten Raum nimmt die deutsch-sowjetische Kooperation bei der Entwicklung der marxistisch-leninistischen Philosophie ein (147ff.). Sie betraf in der 1. Periode die Tätigkeit sowjetischer Buchverlage, das aufklärerische Wirken sowjetischer Kulturoffiziere, die Ausbildung marxistischer Kräfte an den Antifaschulen.

Der 2. Teil behandelt die marxistisch-leninistische Philosophie von der Gründung der DDR bis Anfang der 60er Jahre in der Phase des planmäßigen Aufbaus der Grundlagen des Sozialismus. Die philosophische Tätigkeit gewann an Breite, Intensität und Differenziertheit. Mit der Einführung des Parteilehrjahres 1950 wurde auf breiter Basis ein systematisches Studium des Marxismus-Leninismus durchgeführt: ein Novum in der deutschen Arbeiterbewegung. Seit der 7. Tagung (1951) verstärkte das ZK der SED die Herausgabe der Werke von Marx, Engels und Lenin (179). Um die Jahreswende 1952/53 entstand die Deutsche Zeitschrift für Philosophie (643ff.). Von Wichtigkeit war die Gründung der Institute für Marxismus-Leninismus an allen DDR-Hochschulen, die Einführung des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums für alle Studenten im Zuge der Hochschulreform von 1951, die Gründung von philosophischen Instituten, eines fünfjährigen Philosophiestudiums an einigen Unis, die Installation der gesellschaftswissenschaftlichen Institute an der Deutschen Akademie der Wissenschaften sowie die Einrichtung des Instituts für Gesellschaftswissenschaft beim ZK der SED 1951.

Kapitel 7-12 analysieren das komplexe, arbeitsteilige Aufgabenfeld der marxistisch-leninistischen Philosophie. Kap. 7 behandelt die Entwicklung einzelner philosophischer Disziplinen seit 1949: Die Geschichte der Erkenntnistheorie mit der widerspruchsvollen Logik- und Praxisdiskussion; die Geschichte der Ethikdiskussion und Aufarbeitung der

Geschichte der Philosophie, besonders der systematischen Erforschung des »progressiven philosophischen Erbes« der deutschen Klassik. Kap. 8 enthält die Analyse der Kontroversen um die Beziehung von marxistisch-leninistischer Philosophie und Einzelwissenschaften sowie der langjährigen Materiedebatte und Determinismusproblematik. Kap. 9-11 gehen auf die Bestrebungen auf dem Felde des historischen Materialismus ein: Die Ausarbeitung von Grundproblemen des historischen Materialismus (Gegenstand, Verhältnis zur empirischen Sozialforschung, Charakter und Wirkungsweise gesellschaftlicher Gesetze, begriffliche Fixierung des Verhältnisses von Spontaneität und Bewußtheit, der Subjekt-Objekt-Dialektik etc. [Kap. 9]); philosophische Fragen des Verhältnisses von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen (die Debatten über die Hauptproduktivkraft Mensch und die Produktivkraft Wissenschaft [Kap. 10]); die marxistisch-leninistische Staats- und Revolutionstheorie unter Präzisierung des Macht- und Demokratiebegriffs (Kap. 11). Kap. 12 enthält die Auseinandersetzungen mit Strömungen der bürgerlichen Gegenwartsphilosophie samt einer lesenswerten Skizze der philosophischen Nachkriegsentwicklung in der BRD.

Die im Buche aufgeworfenen Probleme signalisieren zugleich einen kritischen Selbstverständigungsprozeß heutiger DDR-Philosophie-Forschung und können in mindestens drei Punkten einen fruchtbaren Meinungsstreit eröffnen. Die Darstellung der Auseinandersetzungen mit den philosophischen, im Ansatz konvergierenden Ansichten G. Lukács' und E. Blochs Mitte der 50er Jahre zeigt Ansätze einer differenzierteren Einschätzung. Zwar dominieren immer noch die damaligen Urteile, die die Positionen beider als revisionistisch und kleinbürgerlich umschreiben. Zugleich werden ihnen aber im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Hegelschen Erbes und der Auseinandersetzung mit dem Existentialismus ausdrücklich »starke humanistische und progressive Tendenzen« zugeschrieben (193, 336ff.). Wird ihre Philosophie kategorisch als »idealistische, vom wirklichen Leben und Kampf der Werktätigen losgelöste« Theorie qualifiziert (193), so bleibt allerdings die Frage unbeantwortet, wie eigentlich solche Konzeption den ihr bescheinigten, doch praktisch relevanten humanistischen, antifaschistischen, aufklärerisch-progressistischen Charakter entwickeln konnte. Jedenfalls lassen die Autoren offen, in welchem Maße die Bloch- und Lukács'schen Auffassungen reale Probleme sozialistischer Praxis reflektieren bzw. — bei der betonten relativen Selbstständigkeit der Philosophie — diese antizipieren. Auch bei der historischen Würdigung des Existentialismus zeigt sich fallweise eine gewisse Pauschalität der Wertung. So wird der Sartresche Existentialismus eingebettet in die »reaktionären, extrem idealistischen und philosophischen Denkweisen«, die nach dem »Bankrott der faschistischen Ideologie« als bourgeois Auffangbecken gegenüber marxistischen Einflüssen dienten (23). Die Wirkungsgeschichte speziell des französischen Existentialismus verhält sich jedoch anders. Der Sartresche Existentialismus konnte auch in der damaligen Sowjetzone gerade deswegen Anklang finden, weil er als antifaschistische, antiimperialistische Theorie und sensibler schichtenspezifischer Ausdruck der Krise der spätkapitalistischen Gesellschaft konzipiert war.

Interessant ist die in Kapitel 5f. dargestellte Aufarbeitung des philosophischen Dogmatismus, die unter dem Eindruck des 20. Parteitages der KPdSU seit dem 30. Plenum des ZK der SED Anfang 1957 einsetzte. Den »Dogmatismus« bestimmen die Autoren als Ausdruck der Loslösung der Theorie von der gesellschaftlichen und politischen Praxis, als ein weltfremdes, unwissenschaftlich abstraktes Philosophieren (200). In diesem Zusammenhang spielt die historische Wertung der theoretischen Arbeiten J. Stalins eine Hauptrolle.

Kritisch werden die »vulgarisierenden Bestrebungen« bewertet, »alles unter Grundsätze zu subsumieren«, anstatt die philosophischen Kategorien, Gesetze und Prinzipien »auf dem Wege der wissenschaftlichen Abstraktion aus der konkreten Analyse der ge-

sellschaftlichen (und natürlichen) Prozesse« zu gewinnen (216f., 243). Besonders kritisieren die Autoren die von Stalin nicht zur Geltung gebrachte »Einheit des dialektischen und historischen Materialismus«. Andererseits läßt sich aus einigen Abschnitten, die sich mit der Überwindung des Dogmatismus im Zusammenhang mit dem Verhältnis von dialektischem und historischem Materialismus beschäftigen, nur schwer entnehmen, worin z. B. der R. O. Groppe zugeschriebene theoretische Fortschritt gegenüber der Stalinschen Position bestehen soll. Der von Groppe verfaßte kurze Abriß »Der dialektische Materialismus« dürfte wohl kaum — eingeständenermaßen — ein »richtiges Verständnis von der Einheit des dialektischen und historischen Materialismus sowie vom materialistisch monistischen Charakter der marxistisch-leninistischen Philosophie« vermitteln, wenn seine Schrift allein »auf den dialektischen Materialismus bezogen« ist; zumal sie auch nicht der »Forderung nach einer eng mit der Praxis des sozialistischen Aufbaus und der Entwicklung der Wissenschaften verbundenen Darstellung der marxistisch-leninistischen Philosophie gerecht« wird (203f.). In der Loslösung von der wissenschaftlichen Geschichtsauffassung müßte der dialektische Materialismus wiederum als ein systematisch aufbereitetes Konglomerat von historisch unvermittelten Formeln erscheinen. In anderer Hinsicht jedoch wird die hohe Meinung der Autoren über den Groppe'schen Abriß relativiert. Im Zusammenhang mit der Einschätzung der philosophisch-historischen Forschung zur Genese der marxistischen Philosophie zeigen sie, daß sie eben nicht als ein apart-abstraktes, das Weltganze abdeckendes Aussagensystem entstanden ist, sondern als wissenschaftliche Erklärung der Tätigkeits- und Aneignungsformen der Menschen in ihrer sozial-historischen Entwicklung; als historischer Materialismus (355ff.).

Horst-Dieter Strüning (St. Augustin/Bonn)

**Kimmerle, Heinz:** Philosophie der Geisteswissenschaften als Kritik ihrer Methoden. Martinus Nijhoff, Den Haag 1978 (212 S., Ln., 87, — hfl.).

Daß die Philosophie der Geisteswissenschaften zunehmend Gegenstand der Reflexion unterschiedlichster theoretischer Provenienz wird, setzt Kimmerle der Öffnung 'neuer Dimensionen' (IX) gleich; diesem Pluralismus divergenter Ansprüche verschließt er sich grundsätzlich nicht, da er sie vielmehr, in »integrative(r) Bemühung« (IX), zusammendenken will. Zuvor freilich muß Fundamentaleres geklärt werden; Kimmerle stellt unter dem Stichwort 'Paradigmenwechsel' (29) den Versuch an, die Notwendigkeit der »Preisgabe des Paradigmas der Naturwissenschaften für die Wissenschaft überhaupt« (11) zu begründen. Nun ist ein solcher Versuch nichts Neues, und so kann der Autor denn auch unter ausdrücklicher Berufung auf Habermas (18) den seinen skizzieren: Je und je verschieden eignet danach sowohl den Natur- als auch den Geistes- und Sozialwissenschaften ein 'humanwissenschaftlicher' Aspekt; zielen jene auf die »Naturbedingungen« (13) der menschlichen Arbeit, so gelten die Aktivitäten dieser, reichlich abstrakt formuliert, der »Lebenswirklichkeit der Menschen« (13), die sich nicht in Bewußtseinsinhalten erschöpfe. Auf solcher Basis arbeitet Kimmerle den I. Teil aus, der sich den »Grundlagen der geisteswissenschaftlichen Methoden« widmet. Hier werden einmal Fragen des Verhältnisses von Geistes- zu Gesellschaftswissenschaften behandelt; sodann — erneut mit Habermas — Fragen der Interessensgrundlage der Geisteswissenschaften; schließlich steht das Verhältnis von strukturelem zu traditionellem Geschichtsbegriff zur Rede. Was den ersten Punkt anlangt, so konstatiert Kimmerle eine »relative Autonomie« der Geisteswissenschaften bei gleichzeitiger »letztlich bestehende(r) Abhängigkeit« (57) vom »Basisbereich der Gesellschaftswissenschaften« (24). Die Interessensgebundenheit der Geisteswissenschaften gilt Kimmerle als nicht transzendierbar, als transzendental mithin; die Funktion dieser Wissenschaften sei affirmativ bei politischem »Desinteresse« (32), bei bewußtem Einsatz hingegen haben sie

die Chance, zu »gesellschaftlicher Veränderung« (35) beizutragen. Strukturalistische Theoreme, zumal die Bestimmung des »Bereich(s) des Unbewußten als fundamentale Begründungsdimension« (50), unterstützen diese Aufhellung der Interessensgebundenheit und stehen daher nicht notwendig im Widerspruch zu traditionellen Analysen. Im weiteren thematisiert Kimmerle die Wirkungsweise der Geisteswissenschaften in der Gesellschaft, worunter vornehmlich die Konzeption eines emanzipativen Geschichtsbildes zu verstehen ist, um sodann sich der geisteswissenschaftlichen Produktion von Werten und Normen zuzuwenden. »Angemessenheit« heißt der postulierte »Grundwert« (87), der ökonomisch den »Zusammenhang von Produktion und Bedürfnisbefriedigung« (89) meint. Der I. Teil schließt, recht religiös, mit einer emphatischen Interpretation des christlichen Wertes der »Liebe« (97). Wirklich *Neues*, das Wissen des Lesers Erweiterndes, hat der Autor bis zu diesem Punkte nicht gesagt, wiewohl manches Zutreffende, aber Bekannte, wiederholt. Realisiert wird sein integrativer Plan im zweiten Teil, der den »Zusammenhang der geisteswissenschaftlichen Methoden« erörtert. Der Titel bezeichnet die Taktik: Es geht dem Autor nicht darum, von einer eigenen methodischen Position aus andere zu kritisieren (wie es der Buchtitel vermuten lassen könnte), sondern »Kritik der Methoden« heißt hier Konservierung dessen, was von den einzelnen Positionen als brauchbar abgesondert werden kann. Den so sich bildenden Zusammenhang begreift Kimmerle als dialektische Integration in Gestalt einer Stufeneinteilung: Analytische Methodik, Hermeneutik, Tiefenhermeneutik, Ideologiekritik, strukturalistische und systemtheoretische Methoden sollen die Stufen sein, die sich im dialektischen Prozeß des Aufbaus der Geisteswissenschaften entfalten. Indessen: was der Autor als Integration sieht, wirkt viel eher als Zusammenballung; da seiner Darstellung die konsequente Behauptung einer eigenen Position abgeht, gerät sie doch letztlich zu einem kaum zu kaschierenden Versuch der Rettung der einzelnen vorgefundenen Richtungen und damit nicht zur kritischen Integration im Ergebnis, sondern zu einem offensichtlichen Eklektizismus mit leicht modischem Einschlag: Alles heute Gängige wird irgendwie in das Konzept hineingepreßt. Zu diesem negativen Eindruck stimmt, daß Kimmerles Marx-Verständnis durchaus nicht unanfechtbar ist. Kann die Marxsche Theorie wirklich »als eine spezifische Form des Historismus aufgefaßt werden« (176)? Ist Dialektik bei Marx in der Tat »materialistische Spekulation« (191)? Ist mit mystifizierenden Wendungen, wie: materialistische Dialektik sei ein »Wiederaufstieg aus Wiederaufstiegen« (195), tatsächlich Erkenntnis verbunden? Insgesamt verspricht Kimmerles Arbeit mehr als sie einlösen kann, da sie gegenüber den divergenten Ansprüchen eine zu unentschlossene Haltung einnimmt; dubios ist danach die Befürchtung des Autors, daß seine Arbeit »notwendig die Reaktionen einer Mehrheit hervorrufen (werde), die das traditionelle Modell zu verteidigen suchen« (197). — Die ungewöhnlich vielen Druckfehler machen die Lektüre des Buches streckenweise mühsam.

Michael Schneider (Bonn)

**Lakatos, Imre: Beweise und Widerlegungen.** Die Logik mathematischer Entdeckungen. Hrsg. von John Worrall und Elie Zahar. Vieweg-Verlag, Braunschweig 1979 (XII und 161 S., br., 24,80 DM).

Lakatos' berühmte Artikelserie »proofs and refutations« aus dem »British Journal for the Philosophy of Science« 1963-64, von ihm überarbeitet für die englische Buchausgabe 1976, liegt jetzt zum erstenmal in deutscher Übersetzung vor. Es geht um die Frage »Wie entwickelt sich die Mathematik?« und im Vorwort nennt Lakatos seinen Hauptgegner: den Formalismus, der Philosophie der Mathematik auf Meta-Mathematik reduziert, mathematische Theorien durch formale Systeme ersetzt (VIII). Zur Frage der Entwicklung der Mathematik bleibt dann nur die »Alternative zwischen dem Rationalismus einer Maschine und dem Irrationalismus des blinden Mutmaßens« (XI). Demge-

genüber will Lakatos zeigen, daß es in der »*inhaltlichen*« Mathematik... eine reichhaltige Situationslogik der arbeitenden Mathematiker« gibt (ebd.) und daß solche »*inhaltliche*«, quasi-empirische Mathematik nicht durch die andauernde Vermehrung der Zahl unbezweifelbar begründeter Sätze wächst, sondern durch die unaufhörliche Verbesserung von Vermutungen durch Spekulation und Kritik« (XII).

Eingelöst wird dieser Anspruch in der Darstellung einer illustren Abfolge von Beweisen, Gegenbeispielen und neuen Beweisen des »Eulerschen Polyedersatzes« sowie in wissenschaftstheoretischen Interpretationen dieser Entwicklung unter den Aspekten des »Gehalts«, der »Strenge«, der »Begriffsbildung« und des Verhältnisses von »mathematischer und logischer Wahrheit«. Lakatos will die Herausbildung und die Funktionsweise des heuristischen Vorgehens der »Beweise und Widerlegungen« (vgl. die Zusammenfassung 119f.) zeigen, das seiner Auffassung nach die Entwicklung der Mathematik optimal befördert. Seine Devise lautet prägnant im Englischen »improving by proving« (6): Beweise haben heuristische Funktion, sie sind Schritte in der Entwicklung mathematischer Theorien. In der Abfolge der verschiedenen Beweisversuche entwickelt Lakatos seine dem traditionellen Beweisverständnis — Beweise sind die Sicherung endgültiger Wahrheit — entgegengesetzte Sichtweise: Beweise sind *Erklärungen* (62ff.). Auch mathematisches Wissen hat kein absolut sicheres Fundament, es ist ständiger Revision unterworfen. Wir neigen dazu, diese zu übersehen, weil die Wörter gleichbleiben, nur ihre Bedeutung sich verändert durch die Verschiebungen und Brüche des Netzwerks der Begriffe insgesamt.

Die »Logik der Beweise und Widerlegungen« ist selbst ein spätes Produkt der mathematischen Forschung, zum erstenmal bewußt formuliert von Seidel 1847 (43, 128). Seine Herausbildung wurde durch die Vorherrschaft der »Euklidischen Methodologie« behindert, in der mathematische Entwicklung als Aufeinanderhäufen wahrer Sätze, gesichert durch endgültige Beweise aus evidenten (oder sonstwie unbefragten) Axiomen, aufgefaßt wird.

Der Satz von Euler, dessen »rationale Rekonstruktion« Lakatos darstellt, ist eine elementare Beziehung zwischen der Anzahl von Ecken, Kanten und Flächen eines Polyeders; daher ist das Buch (bis auf einige Seiten des Anhangs) ohne jede mathematische Vorkenntnis verständlich. Zu den wissenschaftstheoretischen kommen die literarischen Qualitäten des Buches: Der Leser wird hineingezogen in die Diskussion einer Schulklasse (einer ziemlich fortgeschrittenen), deren überschäumende Fülle überraschender Uminterpretationen und ironischer Anspielungen er beim ersten Lesen kaum erfassen kann.

Die wichtigste Konsequenz des Buches wurde von W. Berkson (Essays in memory of I. Lakatos, Ed. Cohen et al., Dordrecht 1976, S. 47) formuliert: Im Gegensatz zum herrschenden Vorurteil kann es auch für die Mathematik »keine scharfe Grenze geben zwischen der Geschichte eines Gegenstands und dem Gegenstand selbst«. Das »Alltagsbewußtsein« über Mathematik sieht die mathematischen Sätze als unabhängig von der wirklichen Praxis der Theoretiker, erst recht als unabhängig von materieller Praxis gültige Wahrheit, nur der Herrschaft logischer Gesetze unterworfen, die selbst eine von dieser Praxis unabhängige Existenz haben. Konsequenzen von Lakatos' Angriff auf diese Sichtweise für die Vermittlung der Mathematik werden von ihm selbst angedeutet (»heuristischer« statt »deduktivistischer« Stil [134]), auch in politischer Dimension: »... die gegenwärtige mathematische und naturwissenschaftliche Ausbildung ist eine Brutstätte des Autoritätsdenkens...« (135). — Lakatos hat auch seine Borniertheiten. Etwa die (»quasi-empiristische«) Reduktion der *Dynamik* auf das Finden oder Konstruieren von Gegenbeispielen, analog den »falsifizierenden Experimenten« in der Popperschen Wissenschaftstheorie. In »proofs and refutations« sind ja noch nicht einmal die Modifikationen des »Falsifikationismus« berücksichtigt, die Lakatos selbst mit seiner »Methodologie der Forschungsprogramme« eingeführt hat. Gerhard Herrgott (Berlin/West)

**Engels, Friedrich:** Über die Dialektik der Naturwissenschaft. Zusammengestellt und herausgegeben von B.M. Kedrow. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1979 (612 S., br., 32,— DM).

Die Editions-geschichte der »Dialektik der Natur« von Friedrich Engels ist nicht zuletzt ein Reflex auf die Herausgebere-tätigkeit von Engels selbst, die ihm einen wenigstens vorläufigen Abschluß seiner Arbeiten an der Dialektik der Natur nicht gestattet hatten. Nun liegt eine Textzusammenstellung vor, die einen Fortschritt und eine Weiterentwicklung gegenüber der bekannten Zusammenstellung »Dialektik der Natur« (MEW 20) darstellen soll. Das Buch gliedert sich nach einem kurzen Vorwort in die Textzusammenstellung (17-392), Textanhänge mit Briefen, nichtverwendeten Materialien und Exzerpten (393-421) sowie den Apparat des Herausgebers Kedrow: Die Rede »Engels und die Naturwissenschaft«, das Nachwort mit den editorischen Prinzipien dieser Ausgabe und der Anmerkungsapparat. Die Gliederung innerhalb der Textzusammenstellung stützt sich auf Pläne von Engels und Rekonstruktionen durch den Herausgeber.

Wer die Dialektik der Natur (MEW 20) kennt, wird vom Aufbau und der Darstellungsweise dieser Ausgabe zunächst verwirrt sein, vielleicht vor allem deshalb, weil man die in der bekannten Ausgabe angeordneten Notizen viel zuwenig beachtet hatte (im Gegensatz zu den größeren Abschnitten, wie etwa der »Menschwerdung«) und oft »aphoristisch« mißverstehen könnte. Die Edition von Kedrow legt einen strengen Aufbau, größtmögliche Konsistenz und neue mögliche Verbindungen vor, in diesem Sinn ist sie eine echte Weiterentwicklung. Die bekannten »naturwissenschaftlichen« Aufzeichnungen sind so sinnvoll ergänzt und angeordnet, daß sich als Zusatzeffekt eine bessere Übersicht über die Erkenntnisse von Engels in seiner Zeit einstellt. Darüber hinaus wird ganz deutlich, wie differenziert Engels Dialektik in bezug auf Natur und Wissenschaft verstehen will: einerseits als notwendige historisch entwickelte und in Denkformen mögliche Methode (z.B. 58ff.), besonders aber als Wissenschaft selbst (62ff.); andererseits als Prinzip der Bewegungs- und Erscheinungsformen von Materie, zweideutig unter dem Gesetzesbegriff fallend (u.a. im 3. Abschnitt, 288ff.). Das Erkenntnis- und das Wesens-Problem finden sich allerorten verschränkt, so daß man geradezu von einem Beispiel dialektischen Diskurses sprechen kann. Insofern ist die Analogie zur »Kritik der politischen Ökonomie« bzw. zur Logik des »Kapitals«, wie sie Kedrow sieht (451, 497 u.a.), berechtigt, auch was die Totalität der Zugänge und Aspekte betrifft. Die Problemzugänge des heute so aktuellen Verhältnisses von Natur und Gesellschaft, von Naturwissenschaft und Gesellschaftskritik werden jedenfalls bei Engels nachvollziehbarer und Möglichkeiten-schaffenderweise so dargestellt, daß es sich bei seiner Arbeit um einen breit verwendbaren wissenschaftlichen Einführungstext auch an den naturwissenschaftlichen Fachbereichen unserer Universitäten handeln sollte, nicht zuletzt, um die Überheblichkeit der Wissenschaftstheorie, von Systemtheoretikern und Logikern zu irritieren.

Im Nachwort werden sowohl die Geschichte der Engels'schen Aufzeichnungen als auch die Prinzipien der vorliegenden »Chrestomatischen Ausgabe« übersichtlich dargestellt. Die Leser erfahren so auch die Hintergründe der bekannten Ausgabe der »Dialektik der Natur« und die Konsistenz der auf das Ziel »Dialektik der Naturwissenschaft« zusammengestellten Beiträge. In diesem Sinn ist die Ausgabe von Kedrow m.E. eine gute Mischung aus popularisiertem Text und textkritischer Ausgabe; eine Einschränkung muß allerdings bezüglich der vielen Fußnoten von Kedrow gelten, die allzu häufig keine Information, sondern bloße Affirmation der editorischen Einschätzungen beinhalten.

Hingegen ist die abgedruckte Rede Kedrows »Engels und die Naturwissenschaft« wenig hilfreich. Im ersten Teil bringt sie eine widersprüchliche und zugleich Engels unnö-

tig idealisierende Darstellung in seiner Bedeutung für die Grundlegung der Naturwissenschaften selbst. Im zweiten Teil wird ein hinter den dialektischen Gehalt von Engels zurückgehender Schematismus von Wissenschaft dargestellt, der dem Anspruch auf eine differenzierte Einheit menschlicher Erkenntnis und der Erscheinungsformen von Materie nicht gerecht wird. Logische, methodologische und praktische Differenzierungsmöglichkeiten werden weder adäquat wahrgenommen noch in ihrer positivistisch vorherrschenden Lehre kritisiert; so werden gänzlich verschiedenartige Ordnungskriterien (z.B. 426, 429, 435 u. a.) kaum miteinander vermittelt, die verdächtig häufige Erwähnung dessen, was Engels »voraussah«, wird dessen Forschungsprogramm ebenso wenig gerecht wie dem dargestellten editorischen Ziel. Kedrow greift auch längst verfestigte und auch in der marxistischen Wissenschaft zuwenig beachtete Postulate wie das der Teilbarkeit innerhalb der Naturwissenschaft in keiner Weise an, obwohl sich hier der gesellschaftliche Bezug besonders deutlich zeigen ließe (430ff.).

Michael Daxner (Osnabrück)

**Poser, Hans (Hrsg.): Philosophie und Mythos. Ein Kolloquium.** Verlag de Gruyter, Berlin/New York 1979 (245 S., Ln., 88,— DM).

Die in diesem Bande zusammengefaßten Vorträge eines im Wintersemester 1977/78 an der Technischen Universität Berlin abgehaltenen Forschungskolloquiums umfassen Beiträge zum Verhältnis von mythischem und wissenschaftlichem Denken (Topitsch, K. Hübner, Hubig, Rapp), zur Bestimmung des Mythos (Burkert, Brand), zur Kritik des Mythos in der Aufklärung und dessen Wiederkehr in der Philosophie der Romantik (Poser, Meier) sowie zum Begriff des Mythos in der Philosophie von Nietzsche, Husserl und Cassirer (Salaquarda, Brand, Krois) und schließen mit einer Auseinandersetzung mit Horkheimers/Adornos These des Umschlagens von Aufklärung in Mythologie (Hubig). Gemeinsam ist allen Beiträgen nur die »Gegenwärtigkeit des Mythos«, hierbei stützen sich fast alle auf ethnologische und religionswissenschaftliche Untersuchungen (Levi-Strauss, M. Eliade, W.F. Otto u. a.); aber schon bei der Behandlung der Frage, ob es sich bei dieser Gegenwärtigkeit des Mythos um noch nicht aufgeklärte Restbestände mythischen Denkens (Topitsch) oder um eine auf einer grundsätzlichen »Mythenpflichtigkeit« des Menschen (O. Marquard) basierende Wiederkehr des Mythos handelt, weichen die Autoren erheblich voneinander ab. Es besteht auch keine Einigkeit sowohl über das, was Mythos, und ebensowenig über das, was Philosophie sei. Dies zeigt sich z.B. darin, daß K. Hübner »im Begriff der Arché und der mit ihrem Inhalt zur Einheit verschmolzenen Zeitvorstellung ... gleichsam die Grundfigur mythischen Denkens; im Begriff des Gesetzes und der von allem Inhalt unterschiedenen Zeitvorstellung ... diejenige wissenschaftlichen Denkens« sieht (86), G. Brand aber »die Rückkehr zum Ursprung« als »das grundlegende Element aller 'Erklärung'« bezeichnet, welches »in der Philosophie zur Suche nach den 'Archai', 'Prinzipien'« wird (102), so daß vom Standpunkt Hübners aus Brands Anwendung der Phänomenologie auf den Mythos selber als Mythos erscheint (Brand bezeichnet denn auch das »Im-Mythos-sein« als »eine grundlegende Seinsweise des Menschen«, 106). Dieser Widerspruch zwischen einerseits dem Versuch, mit Hilfe der Vernunft die Vernunft zu begrenzen, Rationalität auf die Zweck-Mittel-Beziehung zu verkürzen, damit z.B. die Frage nach den Zielen und Werten einer vernünftigen Auseinandersetzung zu entziehen und an dieser Stelle den Mythos dann als »Letztbegründungsinstanz« (Fr. Rapp, 120) einzusetzen, und andererseits dem Festhalten an dem (bescheidener, als es das Pathos und die Tradition dieses Ausdrucks nahelegt, gemeinten) Universalanspruch der Vernunft — wenn auch nicht einer positivistisch reduzierten — und mithin an der Kritik des Mythos durch die Philosophie, ist kaum ausgetragen; es wäre interessant, die an die Vorträge sich anschließenden Diskussionen ebenfalls dokumentiert zu haben. Auch fehlt eine zureichende Themati-

sierung der Frage, warum gerade in unsrer gesellschaftlichen Situation, die wesentlich durch ihre Unvernunft gekennzeichnet ist und darum gleichsam in einer Regression in mythisches Denken wenigstens eine scheinhafte Synthesis sucht, und in unserer Geschichte, in der vor kaum einem halben Jahrhundert unter dem Namen des 'Mythos des 20. Jahrhunderts' mythisches Denken seinen Einzug nicht nur in die Politik vollzog, eine Wiederkehr bzw. eine »Gegenwärtigkeit des Mythos« zu konstatieren ist. Konsequenterweise ist denn auch die Frage nach den Opfern mythischen Denkens kaum berührt, in einem Beitrag sind diese sogar in ein »sacrificium mythorum« (48) verkehrt. Ich kann in dem mir hier zur Verfügung stehenden Raum nur auf die bedenklichsten Tendenzen eines Gutteils der Beiträge, die ich als Symptom eines zur Zeit wieder in Gang befindlichen Unternehmens ansehe, nämlich: »denkend das Denken aufzuheben« (vgl. P. Tillich, Werke II, 264), eingehen; andere Beiträge, wie der von W. Burkert über mythisches Denken, der von H. G. Meier über Orte neuer Mythen und der von Chr. Hubig über die »Dialektik der Aufklärung« erforderten jeweils eine selbständige Besprechung.

Hartmut Zinser (Berlin / West)

**Piga, Francesco:** *Il Mito del Superuomo in Nietzsche e D'Annunzio.* Vallecchi editore, Firenze 1979 (171 S., br., Lire 4500).

Die Begeisterung für das Konzept des Übermenschen war eines der Jugenderlebnisse Mussolinis. Der Boden war vorbereitet durch die Rezeption Nietzsches durch D'Annunzio. Der Verfasser stellt die Geschichte der »Anwendung« Nietzsches als Fälschungsgeschichte dar, seine Intentionen liegen im Nachweis der Mißverständnisse D'Annunzios, angefangen von simplen Übersetzungsfehlern, und weniger in der Entwicklung der Notwendigkeit dieser Mißverständnisse und Verfälschungen, er betont den Bruch zwischen Nietzsche und seinen Nachfolgern, nicht die Kontinuität. Zentral sieht er zunächst die Metamorphose der Übermenschen zum Aristokraten; »superuomo« und »gentiluomo« sind die beiden Pole seiner Interpretation. Er beschreibt den Prozeß der Veräußerlichung jener spezifischen deutschen Innerlichkeit, als deren letzten und militant gewordenen Vertreter er Nietzsche sieht. Der Held D'Annunzios ist Übermensch vermöge der Geschlossenheit seiner Erscheinung. Es genügt, sich die Interieurs eines beliebigen Romans D'Annunzios zu vergegenwärtigen, um diesen perfekt und theatralisch arrangierten Schein als Käfig zu erkennen. In »Il piacere« leidet der Held noch unter dem Druck der erlesenen Gegenstände, die er um sich angehäuft hat. In späteren Romanen, eben unter dem Einfluß Nietzsches, wie der Verfasser nachweist, verschwindet diese Spur: der Käfig wird zur Falle. Erst später bezieht die Figur D'Annunzios von den erlesenen Dingen die eigene Erwähltheit, während es doch bei Nietzsche gerade die jeden Schein verschmähende Unabhängigkeit des »freien Geistes« war. Zarathustra schrieb mit dem eigenen Blut, Cantelmo, ein »Übermensch« D'Annunzios, mit dem seiner Opfer.

D'Annunzio teilt Nietzsches tragisches Selbstbewußtsein, seine Figuren sind Sterbende, sie begreifen sich als »letzte Vertreter eines uralten Geschlechts« (Il piacere), aber sie schicken die anderen in den Tod voraus. D'Annunzio nimmt seine Zeit als die des Untergangs der aristokratischen Traditionen unter dem Einfluß des neuen Bürgertums wahr. Die neue Klasse des Bürgertums benötigt, sobald zur Macht gelangt, eben diese Tradition zur Selbstrechtfertigung. So reflektiert sich in D'Annunzios Romanen die Antinomie des bürgerlichen Geschichtsbewußtseins; als traditionszerstörende Kraft tritt das Bürgertum auf, um nach dem Machtwechsel sofort dieselbe Tradition, aber als zerstörte, als Anschauungs- und Genußobjekt, als Raffinesse, wieder heraufzubeschwören. Nietzsches Übermensch, selbst Naturwesen, träumte von einer Auferstehung der Natur, D'Annunzio jedoch setzt den Schein als Gegenarrur, nämlich als Dekadenz.

Soweit stellt der Verfasser die Wirkungsgeschichte dessen, was er als Nietzsches ethi-

ches Denken bezeichnet, im ästhetischen Medium D'Annunzios als Fälschungsgeschichte dar. »Ein geschwächter und müder Individualismus, getränkt vom Ästhetizismus der Jahrhundertwende, verbietet ihm (D'Annunzio; M.H.) das Verständnis der wahren Bedeutung von Nietzsches Kunst, einer Kunst, die an den Menschen die Forderung stellt, gegen den bürgerlichen positivistischen Geist den alten und falschen Glauben zu bekämpfen, um neue moralische Werte zu schaffen« (156). Zunächst ist die Banalität dieser Aussage anzumerken, und dann, was sind denn diese »moralischen Werte«? Solche Vagheit zeichnet die gesamte Nietzsche-Interpretation des Buches aus. »Der Übermensch ist das Wesen, das geboren aus dem 'Tode Gottes' und den Ruinen der Dekadenz, 'ja' sagen kann zum Leben wie es ist ... in Harmonie mit dem Gesetz der Natur.« (51) Der Verfasser übersieht, daß der Herrschaftsanspruch gegenüber Natur sich gerade in Nietzsches Zarathustra durchhält. Er spricht zwar auch als Vertreter der Natur, aber einer anderen als der empirischen. Nur so kann der Verfasser zu folgender Ansicht kommen: »Nietzsches Denken, in seiner gedoppelten destruktiven und rekonstruktiven Bewegung, ist authentisch revolutionär, in mancher Hinsicht entschiedener sogar als das marxistische« (42). Wir werden aber im Dunkeln darüber gelassen, worin dieser revolutionäre Impetus denn bestehe.

Was dem Verfasser als Verfälschungsgeschichte seines Denkens bei der Übertragung von der einen Sphäre in die andere erscheint, war in Wahrheit bei Nietzsche selbst vorbereitet. Nietzsches Ethik nährt sich aus der Kunstutopie, mit dem Unterschied allerdings, daß Nietzsche diese bitter ernst nimmt und nicht zum breiten ideologischen Gebrauch des Bürgertums herzugeben gewillt ist. Es war die Crux von Nietzsches Polemik gegen Wagner, daß dieser seine Kunst in Bayreuth durch Vorführung an die Massen desavouiere. Indem er Gefolgschaft suche, werde Wagner der tragischen Elite abtrünnig. D'Annunzio übernahm nicht zufällig die Verteidigung Wagners, für ihn handelte es sich um einen »Fall Nietzsche«. D'Annunzio schrieb: »Der Musiker wie der Maler und der Poet und alle anderen Künstler kann nur ein nicht verantwortlich zu machendes Phänomen sein« (151). Im Nachweis, daß D'Annunzio mit seiner Selbstveranstaltung eher in der Linie Wagners als Nietzsches steht, liegt vielleicht die wertvollste These dieses Buches. Nietzsches Zarathustra entging in seiner absoluten Einsamkeit der Auflösung in den Schein, bezahlte das aber mit Askese und übersteigertem Egoismus. Nietzsches »Elite« aber war in sich selbst widersprüchlich, sie war ohne Gefolgschaft, sein Schein wollte niemandem erscheinen. D'Annunzio und Wagner ziehen daraus nur die schlüssige Konsequenz.

Manfred Hinz (Florenz)

## Sprach- und Literaturwissenschaft

**Nemec, Friedrich, und Wilhelm Solms (Hrsg.): Literaturwissenschaft heute.** 7 Kapitel über ihre methodische Praxis. Unter Mitarbeit von Ruth Kayser, Nikolaus Müller, Bernhard Paukstadt und Norbert Schöll. Wilhelm Fink Verlag (UTB), München 1979 (295 S., br., 14,80 DM).

Von Methoden-Müdigkeit, ja -Überdruß getragen erscheint ein Buch, das sich mit der »methodischen Praxis« der »Literaturwissenschaft heute« befaßt. Leitfaden der Darstellung ist die Absicht, »an jeder einzelnen Methode nachzuprüfen, ob sie zumindest dem Anspruch nach eine Theorie der Literatur darstellt oder ob sie nur dazu dient, die jeweils vorausgesetzte Absicht durch die Literatur zu legitimieren.« (47) Das Ergebnis solcher Nachprüfung ist durchgängig negativ, und dies nicht nur deswegen, weil »Methoden« und »Theorien« von den Verfassern umstandslos ineingesetzt werden, sondern, prinzipieller noch, weil eine Methode, wie sie den Verfassern vorzuschweben scheint, in Theorielosigkeit ihre Voraussetzung hätte.

Als kritischer Tenor durchzieht die sieben Kapitel — »Die Methodologisierung der Literaturwissenschaft«, »Materialistische Literaturtheorie«, »Kritische Ästhetik«, »Strukturalismus«, »Rezeptionsästhetik«, »Kommunikationswissenschaften«, »Literaturdidaktik« — der Einwand, der methodologische Apparat verselbständige sich gegenüber der Sache »Literatur«, diese werde als Instrument außerliterarischer Absichten ihrer selbst entfremdet, mißbraucht.

Empfohlen wird demgegenüber jedoch nicht, von den dargestellten Verirrungen im Methodengestrüpp zugunsten einer »gegenstandsadäquaten Methode« Abstand zu nehmen, sondern den Begriff und die Praxis von Methode gänzlich zu verwerfen: »Es kennzeichnet die Aussichtslosigkeit der heutigen methodischen Praxis, daß gerade das Ideal einer gegenstandsadäquaten Methode die Literaturwissenschaftler daran hindert, diese zu entwickeln. Wer nämlich Methode im Wortsinn als 'nachgehen' versteht, wird sein literarisches Urteil nicht an fremden, von außen bezogenen Kriterien ausrichten und deshalb von der Anwendung von 'Methoden' Abstand nehmen, die unabhängig von der Literatur über den Umgang mit ihr schon entschieden haben.« (272)

Positiv ausgedrückt bedeutete die Anerkennung dieser angeblichen »Aussichtslosigkeit« die Hoffnung, der Gegenstand Literatur werde demjenigen, der auf literaturtheoretische Reflexion und methodisches Bewußtsein verzichtet, den Weg schon selber zu sich weisen, indem er ihm »nachgeht«. Das theoretische Substrat solchen Dafürhaltens besteht in dem Grundsatz, daß die Literatur diese sei und nichts anderes. Methodisch entspricht dem der Begriff einer »wirklich *immanenten Analyse*« (ebd.), einer solchen also, die sich all dessen entschlagen hat, was Immanenzler früherer Prägung in die Literatur »hineininterpretiert« haben. Dieses anempfohlene Verfahren sei, wird behauptet, »im vorliegenden Band an Literaturtheorien bereits zu praktizieren versucht« (ebd.) worden. Stimmt dies, so hätte das Methodenpostulat voraussetzungslosen »Nachgehens« sich nicht nur seiner hermeneutischen Naivität überführt, sondern auch bereits seiner Inpraktikabilität.

Der Spaß, den die Verfasser mit ihren Lesern zu treiben scheinen, hört nämlich dort auf, wo sie zur Sache kommen. Da gewinnt das Verfahren urplötzlich Methode, und zwar weniger die des »Nachgehens« als, wie beispielsweise bei Friedrich Nemeč über »Materialistische Literaturtheorie«, des Verzerrens, der willkürlichen Textmontagen, des Textfälschens und absurder Deutungen. Nemeč' Zitierpraxis (83 und andernorts) erweist sich als in trauriger Weise komplementär zum Jux des Theoriefundaments, das der Band ausbreitet.

Hält Nemeč etwa der Publikationsreihe »Literatur im historischen Prozeß« vor, das sozialgeschichtliche Interesse nicht zu »betätigen, um Literatur zu erklären, sondern allein, um Literatur als Funktion ihrer historischen Bedingungen zu bestimmen und für den gegenwärtigen Standpunkt des materialistischen Betrachters zu funktionalisieren« (85), was schon der Titel der Reihe ablesen lasse, so unterschiebt er dem Gegner nicht nur argumentlos einen deterministischen Funktionsbegriff, sondern beweist vor allem die eigene Unfähigkeit, einen dialektisch-materialistischen Begriff von Literatur überhaupt nur zu denken. Eine Materialismuskritik auf der Grundlage der Tautologie 'Literatur ist Literatur' dürfte an Begriffslosigkeit kaum zu überbieten sein. Vorurteilsgeladene Ahnungslosigkeit ist hier ihr Movens.

Methodenkritik, wie sie der Band präntendiert, besitzt ihre wissenschaftspolitische Stoßrichtung im Theorieverbot, das die Verfasser an sich selber bereits praktizieren. Auf der Basis der Begriffshülse 'Literatur' wird jegliche Reflexion auf den Begriffsinhalt als dieser äußerlich und gegenstandsfern denunziert. »Literaturwissenschaft heute« ist nur der Titel des Buches. Indem es auf die Entfaltung eines Begriffs von Literatur als Maßstab der Kritik an den dargestellten »Methoden« programmatisch verzichtet, bleibt es selber vorwissenschaftlich.

Dies alles lohnte kaum der Rede, wäre das Buch nicht in einer Reihe erschienen, die gerade bei Studenten den Ruf genießt, in gediegener Handbuch-Weise den aktuellen Stand der Forschung zu repräsentieren. Der sehr wichtigen Informationsaufgabe im theoretisch-methodischen Bereich der Literaturwissenschaft wird das vorliegende Buch nicht nur nicht gerecht, sondern es unterstützt die verbreitete agnostizistische Tendenz, mit dem als endlos empfundenen Methodenstreit Schluß zu machen, indem man schlicht und einfältig zur Sache kommt. Gerhart Pickerodt (Marburg/Lahn)

**Bürger, Peter:** *Vermittlung — Rezeption — Funktion. Ästhetische Theorie und Methodologie der Literaturwissenschaft.* Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (233 S., br., 10,— DM).

Das »Auseinandertreten von Literaturtheorie und Interpretationspraxis« (9) ist für Bürger Symptom einer Wissenschaftskrise, der er durch Vorschläge zu einer rationalen ästhetischen Theorie — als Grundlage einer Methodologie der Literaturwissenschaft — entgegentreten will. Der Aufsatzband soll in diesem Sinne Bausteine liefern für eine kritische Theorie der Literatur. Auch wenn die meisten der zehn Arbeiten schon publiziert vorliegen und nur zum Teil überarbeitet oder zusammengefügt wurden, geht es hier weder um Dokumentation eigener Arbeit noch um Darstellung verschiedener literaturtheoretischer Ansätze, was auf den ersten Blick leicht angenommen werden könnte. Im einzelnen behandelt Bürger: den Widerspiegelungsbegriff bei Lenin, Lukács und Metscher (Kap. I; zuerst im *Argument* 90); den literatursoziologischen Ansatz Lucien Goldmanns (Kap. III); die Kunstsoziologie Adornos (Kap. IV); den Russischen Formalismus (Kap. V); Theoreme zur Rezeptionsforschung von Silbermann über Adorno bis Jauß (Kap. VI); Benjamin und die kritische Hermeneutik (Kap. VIII). In dreier programmatischen Arbeiten antwortet Bürger (Einleitung) auf die Kritik an seiner einflußreichen »Theorie der Avantgarde« von 1974 (sie ist durchgehend Bezugspunkt der Argumentation), entwirft er gegen den Traditionsbegriff in Gadammers »Wahrheit und Methode« Vorüberlegungen zu einer kritischen Literaturwissenschaft (Kap. VII) und entfaltet seine zentrale Kategorie der Institution Kunst in forschungspraktischer Absicht (Kap. IX). In einem kurzen, bisher ungedruckten Aufsatz beschäftigt sich der Autor allgemein mit Althussers Reformulierung des Basis-Überbau-Theorems (Kap. II), berücksichtigt aber nicht dessen Äußerungen zur Kunst und Literatur (in: »Pour Marx« 1965, 129-152, dt. in: *Alternative* 97), was wünschenswert gewesen wäre. Warum die Aufsätze insgesamt nochmals unter die Oberbegriffe Vermittlung, Funktion und Rezeption subsumiert werden, bleibt unerfindlich, zumal sie in allen Aufsätzen diskutiert und zum Teil unterschiedlich verwandt werden. Die Einleitung hätte einen Beitrag zu ihrer Klärung liefern können.

Die einzelnen Aufsätze des Bandes werden zusammengehalten durch wissenschaftstheoretische Annahmen, die einer »Hegel-Marx-Tradition« (15) verpflichtet sind: *Kritische Hermeneutik* bezeichnet ein erklärendes Verstehen, das sich vor dem Hintergrund eigenen Interesses in ideologiekritischer Absicht den Gegenständen nähert. Das Verfahren der *dialektischen Kritik* soll (in Anlehnung vor allem an Habermas) immanent an den Theorien ansetzen und »aus deren Lücken und Widersprüchen entscheidende Denkanstöße« gewinnen (14). Habermas selbst jedoch, dem der Band gewidmet ist, wird nicht zum Gegenstand dialektischer Kritik. Schließlich zeichnet sich Bürgers Methode durch das Zusammendenken von *Gegenstands- und Kategorienentwicklung* aus (vgl. z.B. 15, 69, 90, 104f., 118, 132, 174), d.h. er geht über eine immanente Betrachtung der Theorien hinaus und bezieht sie auf den ihnen zugrundeliegenden Entwicklungsstand der Kunst. So werden besonders die Ästhetiken von Lukács und Adorno auf der Grundlage ihrer unterschiedlichen Bewertung der historischen Avantgardebewegungen (Surrealismus, Dadaismus, Futurismus) einsichtig (z.B. 31ff.; 87ff.).

Bürger konzipiert nun auch seine Literaturtheorie von der entscheidenden Zäsur her, die die Avantgardebewegungen gesetzt haben — aber nicht wie Adorno und Lukács, die das Vermittlungsproblem von Kunst und Gesellschaft auf der Ebene des gesellschaftlichen Gehalts von Einzelwerken lösen wollten. Bürger geht dagegen vom Scheitern der avantgardistischen Intention aus, Kunst in Alltagspraxis zu überführen — ein Scheitern, das den Autonomie-Status der Kunst in der bürgerlichen Gesellschaft deutlich werden ließ. Die These Bürgers: Kunst ist zur gesellschaftlichen Folgenlosigkeit (nicht Funktionslosigkeit!) verurteilt (158). Aus diesen Überlegungen zieht er weitreichende methodologische Konsequenzen, die in der Aufstellung der literatursoziologischen Kategorie »Institution Kunst/Literatur« (173ff.) gipfeln. Damit soll das ideologiekritische Verfahren über die Werke hinaus auch auf die gesellschaftliche Funktionsbestimmtheit von Kunst gelenkt werden, d.h. »auf den normativen Rahmen (...), der das Funktionieren von Kunstwerken in der bürgerlichen Gesellschaft regelt.« (14; vgl. auch 79) Dieses Vorgehen erlaubt eine historische Sicht auf den Funktionswandel ästhetischer Gebilde, der an den jeweils herrschenden Kunst-Vorstellungen festgemacht wird. Letztere werden in Beziehung gesetzt zu den »materiellen und ideellen Bedürfnissen der Träger« wie auch zu den »materiellen Bedingungen der Kunstproduktion und -rezeption« (176).

Wenn Bürger die Frage der Vermittlung von Produktion und Rezeption ins Zentrum der Rezeptionsdebatte und dann konsequent zu einer Kritik an Iser und Jauf und deren — wie Bürger meint — »pseudodemokratischen Theoremen von der Emanzipation des Lesers« (17) führt (vgl. auch seine Polemik gegen die Rezeptionsästhetik in Habermas' »Stichworten zur 'Geistigen Situation der Zeit'«, 781ff.), so ist es bedenklich, daß sowohl Jauf's Debatte mit materialistischen Rezeptionstheorien (Weimann, Naumann), als auch neuere Versuche zu einer sozialgeschichtlich verfahrenenden Rezeptionstheorie (bes. B. Zimmermann, »Literaturrezeption im historischen Prozeß« von 1977) bis auf eine Anmerkung unangesprochen bleiben. Sicherlich hat Bürger von der Rezeptionsdebatte in der neueren Literaturwissenschaft mehr profitiert, als er eingesteht. — Das schmälert allerdings nicht Bürgers bedeutsame Beiträge zur Literaturtheorie, die die Aporien von darstellungsästhetischer Widerspiegelungstheorie, Literatursoziologie und Rezeptionsforschung zu überwinden versuchen, ohne diese Richtungen selbst ganz zu verwerfen.

Günter Beiersdorf/Detlev Schöttker (Braunschweig)

Lüdke, W. Martin (Hrsg.): Nach dem Protest. Literatur im Umbruch. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/Main 1979 (270 S., br., 10,— DM).

Der Band will »eine historische Einschätzung des Verhältnisses von Studentenbewegung und Literatur« (7) leisten. Als roten Faden durchzieht ihn die Auseinandersetzung mit der Funktion bzw. Funktionslosigkeit von Literatur, die vor dem Hintergrund erinnernder Reflexion über die These vom 'Tod der Literatur' geführt wird, als dem exponiertesten Ausdruck dieser Diskussion in der Studentenbewegung.

Die ersten drei Aufsätze (von Widmer, Zwerenz und Buselmeier) tragen essayistischen Charakter und wollen die persönlichen Erfahrungen mit der Studentenbewegung und den durch sie hervorgerufenen Veränderungen aufarbeiten. Widmer beschreibt die Auswirkungen einer veränderten Hierarchie der Werte auf die eigene Sozialisation, auf sein Selbstverständnis als Schriftsteller und Lektor bei Suhrkamp. Zwerenz berichtet vom Aufbau und Scheitern des alternativen Heinrich Heine Verlags in Frankfurt. Dabei stehen seine eigenen Erlebnisse im Vordergrund. Auch Buselmeier reflektiert die eigene Sozialisation. Er bleibt allerdings so in sich selbst verhaftet, daß es ihm nicht gelingt, den selbst formulierten Anspruch einzulösen, den Erfahrungshintergrund so darzustellen, daß »er den Politisierungsprozeß und damit auch die Studentenbewegung ... erklärt.« (42) Die Subjektivität ihrer Ausführung und deren Problematik thematisieren

die Autoren selbst: »Ich fühle mich auch heute unfähig zu sagen, welches denn nun die wichtigsten Erfahrungen waren. (...) Es war so vieles. Öffentliches vermischte sich mit sehr Privatem.« (Widmer, 19)

Es folgen Gespräche, die die Auswirkungen der Studentenbewegung auf das literarische Schaffen der betreffenden Autoren zum Gegenstand haben. A. Andersch — H.M. Enzensberger und O.F. Walter — W.M. Lüdke diskutieren das Verhältnis von Literatur und Politik und die Wirkungsmöglichkeiten von Literatur. L. Baier und D. Claussen führen eine allgemeinere Auseinandersetzung über das Verhältnis von Intellektuellen und Politik.

Wenn die Form des Gesprächs auch eine weitergehende Durchdringung der thematisierten Gegenstände ermöglicht als die Berichte aus der eingeschränkten Perspektive einzelner Individuen, so leisten die weiteren Aufsätze mehr, indem sie sich analytisch mit je verschiedenen Bereichen der zeitgenössischen Literaturszene auseinandersetzen. Dieser zweite Teil ist aufschlußreicher, da eine verallgemeinernde theoretische Aufarbeitung der unterschiedlichen Phänomene angestrebt wird. Thomas Rothschild gibt eine fundierte Einschätzung der Entwicklung des politischen Liedes als eines literarischen Genres, das in besonderer Weise von der Studentenbewegung geprägt sei, da es 1. spontaner als Prosa zu produzieren und 2. auf unmittelbare Öffentlichkeit hin angelegt sei. Er stellt sowohl die Traditionslinien als auch die Entwicklung der Lieder vor allem Degenhardts, dann auch von Moßmann, Wader und May dar. Stephan Reinhardt kritisiert in seinem Beitrag den neuen Irrationalismus »als narzißtische(n) Innerlichkeitskult und als Biologismus in Teilen der Frauenliteratur« (182). Er macht deutlich, daß nicht jede »Hinwendung zu Subjekt, Psyche, Innenwelt« (160) notwendig mit dem »Rückzug aus Politik und Außenwelt« (160) identisch sein muß: Die Selbstvergewisserung des Subjekts als »die zentrale Triebkraft künstlerischer Produktion« (182) muß dieses nicht notwendig zum Selbstzweck erheben. An literarischen Beispielen, »in denen es Autoren gelingt, von ihren individuellen und sozialen Erfahrungen zugleich zu erzählen« (176), wird das Subjekt als »immer auch eine soziale Größe« (175) vorgestellt.

Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der These vom Tod der Literatur zeichnet sich die deutliche Tendenz ab, der Literatur nach wie vor eine Funktion zuzuschreiben. Eine abweichende Position vertritt allein Enzensberger: »Für literarische Kunstwerke läßt sich eine wesentliche gesellschaftliche Funktion nicht angeben. Das ist alles, und dabei möchte ich bleiben.« (93)

Klaus Pabel stellt die Bedeutung von Literatur im Schulunterricht dar, indem er seine Erfahrungen bei der Behandlung von Georg Büchners 'Lenz' und Peter Schneiders 'Lenz' in einer 12. Klasse berichtet: Gerade durch die Besonderheit der Rezeption ästhetischer Darstellung des Auseinanderfallens von »empfindlicher Subjektivität und undurchschaubarer Objektivität« (218) wird den Schülern die sinnliche Erkenntnis ihrer eigenen Situation zugänglich gemacht. Im ermöglichten emotionalen Nachvollzug der Konflikte sieht Pabel eine Dimension, die über eine theoretische Reflexion hinausweist. W.M. Lüdke formuliert vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung mit der »Kritischen Theorie«, insbesondere der Ästhetischen Theorie Adornos, eine Ausgangstheorie, die es erlauben soll, »über die gesellschaftliche Funktion von Literatur erneut nachzudenken.« (196) Er bleibt jedoch sehr allgemein, kann die Funktion von Literatur letztendlich nicht bestimmen: »Literatur kann beschreiben, was sich den Begriffen der Theorie entzieht, ja, begrifflich dargestellt, vielleicht bereits (...) genau das verdeckt, worauf die Literatur zielt.« (196) Vage bleiben auch die Thesen von K. Hielscher — (»jedoch kann die kurze Strophe eines Gedichts Wesentlicheres mitteilen als wissenschaftliche Begriffe«, 228) —, der den Gegensatz von Kunst und Utopie im Rahmen eines geschichtsphilosophischen Abrisses untersucht.

Volker Bohn (Zum Hinscheiden der These vom Tod der Literatur) mißtraut im ab-

schließenden Aufsatz den theoretischen Funktionsbestimmungen der Literatur. Deren Schwierigkeiten, die in der Tat der gesamte Band veranschaulicht, will er vermeiden, indem er die betroffenen Autoren (vor allem Martin Walser) mit ihren Reflexionen auf den eigenen literarischen Schaffensprozeß zu Wort kommen läßt.

Die Autoren verstehen sich als unmittelbar den Traditionen der Studentenbewegung verpflichtet, ihnen geraten die Organisationen der traditionellen Arbeiterbewegung nur als orthodox und dogmatisch in den Blick. So wird einer Beschäftigung mit Literatur, die in diesem Kontext steht (etwa des Werkkreises oder der Autorenedition), keine Bedeutung für die Auseinandersetzung beigemessen. Berücksichtigt man diese Einschränkung, so eignet sich der vorliegende Band gleichwohl aufgrund der weitgefaßten Thematik als Diskussionsgrundlage für eine Situationsanalyse der zeitgenössischen Literatur.

Ulrike Hick (Marburg/Lahn)

**Fischbach, Peter, Horst Hensel und Uwe Naumann (Hrsg.): Zehn Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt. Dokumente, Analysen, Hintergründe.** Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1979 (236 S., br., 7,80 DM).

Die Herausgeber des Bandes wollen nach zehn Jahren »eine erste grundlegende und gründliche Gesamtdarstellung des Werkkreises vorlegen. Wesentliche Aspekte der Werkkreis-Arbeit und -Geschichte werden hier aufgearbeitet und untersucht.« (8) Im ersten Teil beschreibt Peter Fischbach die Entstehung und den Werdegang des Werkkreises, erläutert den gesellschaftlichen Hintergrund, auf dem er entstehen konnte. »Die wirtschaftliche Rezession von 1966/67, die Studentenunruhen, die breite Protestbewegung gegen die Notstandsgesetze und schließlich die spontanen Streikbewegungen der Jahre 1968/69 bewirkten ein wachsendes Bewußtsein bei großen Teilen der Lohnabhängigen (...) und führte dazu, daß Arbeiter verstärkt zur Selbsttätigkeit und Selbstdarstellung drängten.« (11) Der Werkkreis als politisch-literarische Kulturorganisation könne seine Aufgabe nicht von Erfordernissen einer Literaturtheorie, sondern aus den Erfordernissen der Arbeiterbewegung ableiten. Wolfgang Röhrer behandelt in seinem Beitrag — den er als Gespräch zwischen einem Werkkreis-Mitglied und einem, der sich für dessen Arbeit interessiert, gestaltet — interne Probleme des Werkkreises. So etwa die Auseinandersetzung mit der Dortmunder Gruppe '61 um die Nachfolge in der Tradition proletarisch-revolutionärer Literatur, aber auch um die Frage, ob Arbeiter überhaupt zu Literaturproduzenten werden können. In diesem unterhaltsamen, fiktiven Dialog benennt er alle wesentliche Kritik, die an den Werkkreis herangetragen wird, dokumentiert aber auch die Bereitschaft zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Rezipienten. Im Folgenden wird die Organisationsstruktur des Werkkreises anschaulich erläutert. So z.B. der Aufbau der Werkstätten, die Funktion der Delegiertenversammlungen, des Sprecherrates oder der Bildungsarbeit. Diese erachten die Werkkreis-Mitglieder als eine Voraussetzung, um auf »allgemeine gesellschaftliche Probleme, spezielle Sachfragen zu Buchthemen, Probleme der journalistischen und literarischen Gestaltung« (62) eingehen zu können. Der Band gibt Aufschluß über die Finanzlage, den eigenen Buchversand, die bisher erschienenen Publikationen und die Auslandskontakte. Einen wichtigen Aufsatz steuert Silvia Moster zum Verhältnis Werkkreis und Gewerkschaften bei. Ohne eine intensive Kooperation mit den Gewerkschaften könne der Werkkreis seine politisch-literarische Tätigkeit überhaupt nicht verwirklichen. Den zweiten Teil des Bandes nimmt eine von Horst Hensel zusammengestellte Chronik des Werkkreises von 1968-1978 ein. Eine Bibliographie, Dokumente zur Programmatik, zur Satzung und der Abdruck wichtiger politischer Beschlüsse, u.a. zur »Aktionseinheit« runden die Selbstdarstellung ab.

Dieser Band bietet reichhaltiges Faktenmaterial. Vor allem die ausführliche Chronik und die Bibliographie ermöglichen eine weitergehende Beschäftigung mit Texten zur

Arbeiterliteratur. Eher spärlich dagegen sind die Aussagen zu einer eigenen theoretischen Begriffsbildung von Literatur. Die Feststellung Fischbachs, man orientiere sich an den Erfordernissen der Arbeiterbewegung, greift zu kurz. Denn eine Praxis ohne Theorie kann leicht zu einer Verzettelung führen. Zu wenig auch erfährt der Leser über die Praxis des kollektiven Schreibens und den Schwierigkeiten, die sich damit für die Textgestaltung ergeben. Informativ dieser Band für diejenigen, die einen ersten Einstieg suchen. Inhaltlich sind die Texte aber nicht ausführlich genug für jene, die sich näher mit Arbeiterliteratur auseinandersetzen wollen. Rita v.d.Grün (Berlin / West)

**Berg, Jan:** Hochhuths Stellvertreter und die Stellvertreter-Debatte. Vergangenheitsbewältigung in Theater und Presse der sechziger Jahre. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1977 (234 S., br., 30,— DM).

Dies ist einer der wichtigsten Beiträge zum Thema Bewältigung der Vergangenheit in der Gegenwartsliteratur. Indem Berg Werk und Rezeption zum Gegenstand der Untersuchung macht, gelingt es ihm zugleich, ein methodisches Modell zu entwickeln, das durchaus auf andere literarische Debatten übertragbar scheint. Berg definiert (2) als »Rezeptionsdisposition« Bewußtseinsformen und Erfahrungen, die auch die Produktion prägen, und faßt die »faktische Rezeption« als Ergebnis der Konfrontation von Rezeptionsdisposition und Dramenprodukt. Die neun Kapitel legen den Schwerpunkt der Analyse auf die Rezeption; das Werk wird primär auf in ihm nachweisbare Rezeptionsdispositionen hin untersucht.

An literaturhistorischen »Zuordnungsversuche(n) und Klassifikationen« des »Stellvertreters« und an der »Debatte« (11) gewinnt Berg die Belege für seine These, der als Klassiker und Quellenforschung ideologisierte »Stellvertreter« fungiere als Vergangenheitsbewältigung durch »Wechsel der Abwehrform« (68), sei »Ausdruck einer nach wie vor von Verdrängung der faschistischen Vergangenheit bestimmten Bewältigungsanstrengung« (67). Die »Schillersche Tragik« verbinde das »Ideal klassischer Ausgewogenheit und das Öffentlichkeitsideal der pluralistisch ausgewogenen Meinungsbildung« (47); die ideologische Qualität des Dokumentarischen, die der »Stellvertreter« mit dem zeitgenössischen Sachbuch teile, »appelliert an den Leser ..., die der Fachwissenschaft verstellte sensationelle Einsicht parteinehmend nachzuvollziehen« (24). Den selbstgestellten methodischen Anspruch, gegen die Moralisierung des Faschismusproblems durch das Schlagwort der »Bewältigung« die soziale, politische und ökonomische Bedingtheit der ethisierenden Ansicht selbst aufzudecken (38), kann Berg allerdings nur bedingt einlösen. Es bleibt bei der deklamatorischen Forderung einer sozialökonomischen Faschismuserklärung und der These, in der »Stellvertreter«-Debatte wollte man ein Schuldgefühl loswerden, deshalb identifizierte man sich mit dem Aggressor Hochhuth, der es einerseits erlaubte, weiterhin nicht nach den sozialhistorischen Ursachen des Faschismus zu fragen, andererseits einen neuen Gestus der Verurteilung bereitstellte.

Berg läßt sich wohl doch zu wenig auf die konkreten, im Alltagsbewußtsein und in der Politik der BRD Anfang der 60er Jahre dominierenden Bewältigungsformen ein, um über die negative Funktionsbestimmung hinauszukommen, die das Fundament der These der ästhetischen und politischen Folgenlosigkeit (33/34) abgibt. So vorbildlich Bergs Versuch ist, in dem, was in der Debatte über den »Stellvertreter« geredet wurde, gerade das aufzudecken, wovon man nicht reden konnte, das Ideologische der Debatte also in dem den Kontrahenten Nicht-Bewußten und deshalb quer durch die an der Oberfläche liegenden Fronten Gemeinsamen zu fassen, so bedenklich bleibt die Ausklammerung einiger für die BRD-Gegenwart der 60er Jahre nicht leichthin abzutuerender Rezeptionsrichtungen (33/34).

Die negative Funktionsbestimmung schärfte in einer sehr produktiven Weise den Blick für das Werk prägende Rezeptionsdispositionen. Weniger die etwas geistesgeschichtlich

und daher kurzschlüssig ausgefallenen Hinweise auf Hochhuths als faschistisch suggeriertes Geschichtsbild als die Untersuchungen der »Implikationen der Pius-Riccardo-Konfrontation« (Kap. V), des Verhältnisses von »Dokument und Unmittelbarkeit« (VI) und des »Vorbild(es) Albert Camus« (VIII) erschließen wissenschaftliches Neuland.

Berg analysiert den Autoritätskonflikt Pius-Riccardo (vor allem die Zwischenstellung des Vaters) als »travestierte BRD-Realität« (123). Der »Generationskonflikt« war sicher eine »Ideologisierungsförm der Faschismus-Abwehr in den 50er und 60er Jahren« (127), deren Gründe bleiben allerdings vage im autoritären Charakter (vgl. auch die Figur des Doktors als »zensierte Sexualphantasie«, 175ff.) beschlossen. In der Bestimmung des Hochhuthschen Umgangs mit Dokumenten geht Berg über alle bislang vorliegenden Untersuchungen zum Dokumentartheater hinaus. Er zeigt, wie das Dokumentarische im »Stellvertreter« einer »Unmittelbarkeitstopik von Auge und Ohr als Ausdruck ethischer Adäquatheit« (VI, 3) dient. Der Topos der Faschismus-Abwehr nach 1945, daß Geschichte nur am eigenen Leibe erfahrbar sei, werde der apologetischen Züge entkleidet, Unmittelbarkeit zu den Opfern zur einzig adäquaten Haltung (154). Die sehr präzisen Textanalysen (so auch im Kap. VII: Auschwitz auf der Bühne) weisen nach, wie »Augenverschließen-Schuld-Schweigen-politisch-taktisches Rationieren« und »Schen-Solidarität mit Leidenden-Schreien-leidenschaftliches Bekennen« polarisiert werden. Hierin liegt auch die Entsprechung zu Albert Camus, dessen »Belagerungszustand« als Vorbild des V. Akts in Figurenaufbau und Details plausibel gemacht wird.

Bergs Arbeit kann insgesamt als ein gelungener Nachweis der apologetischen Funktion des Absurdismus gelten. Weil sie auf breiter Kenntnis der Quellen fußt (und sehr lesbar geschrieben ist), gibt sie eine Fülle von Anregungen und Material für historische Spezifizierungen der Funktion absurdistischer Ideologie in den Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit.

Helmut Peitsch (Berlin / West)

## Kunst- und Kulturwissenschaften

**Schnell, Ralf (Hrsg.): Kunst und Kultur im deutschen Faschismus.** Metzler Verlag, Stuttgart 1979 (350 S., br., 39,— DM).

»Zu realisieren bleibt also auch in Zukunft, was die politische und wissenschaftliche Intention des vorliegenden Bandes bestimmt hat: Aufarbeitung des Faschismus als Beitrag zu dessen Verhinderung.« (Vorwort, R. Schnell) — Die Bescheidenheit, die in diesem programmatischen Satz des Herausgebers zum Ausdruck kommt, ist unangebracht. Trotz seiner Unvollständigkeit und Vorläufigkeit ist der Sammelband ein wichtiger Beitrag in der Auseinandersetzung mit der Ideologie des Faschismus, insbesondere ihren kulturellen Manifestationen.

Den theoretischen Kern, von dem mehr oder weniger explizit alle Autoren ausgehen, entfaltet der Herausgeber mit seinem »Versuch über die Ideologiegeschichte faschistischer Ästhetik« (177f.). Schnell verknüpft hier die These von der »Zerstörung der Historie« mit dem Benjaminschen Paradigma der »Ästhetisierung der Politik« zum Charakteristikum faschistischer Ideologie: »Der staatliche Machtapparat als Garant erzwingener 'Volksgemeinschaft' wurde zu einem Instrument der Politik verfeinert, mit dem sich faschistische Herrschaft sowohl verwirklichte als auch selber repräsentierte. Dieses Herrschaftsinstrument diente gleichwohl nicht nur der scheinhaften Stillstellung historischer Prozesse, sondern brachte darüber hinaus in seiner Struktur den alten Traum von der Schönheit des Staates in ironischer Weise realpolitisch zur Geltung: der bürgerliche Staat als faschistisches Gesamtkunstwerk.« (18) Diesen »alten Traum« rekonstruiert Schnell in einem philosophie-geschichtlichen Rückgriff »von Hegel über Nietzsche bis zu Carl Schmitt« (18). Als besondere Qualität des Verhältnisses von

Ästhetik und Wirklichkeit (politischer Herrschaft) erhält er so für den Faschismus: »Hier ist nicht mehr nur eine Theorie des schönen Scheins entworfen, vielmehr ist der schöne Schein Konstituens einer immer schon entworfenen Totalität, in der die herrschende Ästhetik zur Ästhetik totaler Herrschaft wird.« (21, Schnell in Anlehnung an die ideologiekritische Argumentation von Martin Jürgens.) — Entscheidenden Stellenwert für die Praxis der »Ästhetisierung des politischen Lebens« mißt er der politischen Funktionalisierung »regressiver Mythologie« (40) bei, deren faschistisch besondere Tradition er exemplarisch an Langbehns »Rembrandt als Erzieher« herauschält. Ihre entscheidende »propagandistische Wirksamkeit« (33) bekämen diese Mythen freilich erst durch ihren *rituellen Einsatz* »(...) im Zusammenhang faschistischer Massenveranstaltungen, im Kontext eines Rituals, das zahlreiche Mythen zu einem Gesamtbild ästhetisierter Politik integriert« (33).

Um diese (hier nur grob skizzierten) theoretischen Postulate ranken sich die Untersuchungen einzelner Phänomene faschistischer Kultur, — reichlich ausgestattet mit Reminiszenzen an die Ideologie-Kritik in der Tradition Adornos, Horkheimers und Blochs.

Breitesten Raum nimmt dabei die Behandlung unterschiedlicher Ausformungen faschistischer *Literatur* ein: P. Werbick untersucht beispielhaft historische Romane des Faschismus. R. Stollmann, der mit seinen theoretischen Ausführungen am stärksten mit dem Herausgeber korreliert, analysiert das Nazi-Selbstbildnis im SA-Roman. (Vgl. dazu meine Rezension des Stollmann-Buches »Ästhetisierung der Politik« im Argument-Beiheft 79, aus dem der Aufsatz wesentlich subtrahiert ist.) H. Geyer-Ryan behandelt die »Trivilliteratur im Dritten Reich«. Besonders interessant ist ihr Beitrag für mich dort, wo sie für den Faschismus spezifische Ausprägungen allgemeiner Merkmale des Genres herausarbeitet. Eine einleuchtende Korrektur des durch die bisherige Literaturgeschichte vermittelten Bildes von Max Barthel, dem von KPD über SPD zu den Nazis »avancierten« Schriftsteller, liefert M. Rector in einer Detail-Studie. Er leitet dessen literarische Entwicklung nicht aus seinen »zahlreichen politischen Standortveränderungen« (280) ab, sondern »umgekehrt: seine jeweilige politische Positionsnahme ergab sich stets nur aus den gesellschaftlichen Implikationen seines Kunstbegriffes« (280). — S.B. Würffels »Anmerkungen zum Hörspiel im Dritten Reich« verzichten leider völlig auf eine Eingliederung dieser — quantitativ sehr unbedeutenden — Sendeform in das Gesamtprogramm des faschistischen Rundfunks und seine besondere gesellschaftliche Qualität. Auch interpretiert er nicht die *Hörspiele* (von denen eine ganze Reihe noch erhalten und zugänglich sind), sondern die Texte, die zu Hörspielen verarbeitet wurden. So gehen wichtige mediale, und damit auch ideologische, Dimensionen des Materials verloren.

In doppelter Beziehung herausragend ist der Beitrag F. Vaßens zur illegalen Arbeit des BPRS nach 1933. Er ist der einzige Beitrag des Bandes, der Formen *antifaschistischer Kultur* thematisiert. Und er verbindet eindrucksvoll die Interpretation der einschlägigen Texte mit den Produktions- und Rezeptionsverhältnissen antifaschistischer Literatur. Eine Verknüpfung, die in den übrigen Interpretationen kaum hergestellt wird, obwohl sie im theoretischen Aufsatz R. Schnells allgemein pointiert herausgehoben wird.

Wichtige Alltagsbereiche faschistischer Kultur thematisieren zwei weitere Beiträge: M. Damus' Beschreibungen von bildender Kunst und Architektur im Faschismus machen vor allem die Funktionalisierung der »regressiven Mythologie« (am Beispiel der Architektur) und die von Schnell herausgehobene »Systemkohärenz der Künste« (45ff.), am Beispiel von Malerei und Plastik, anschaulich. A.G. Rabinbach legt mit seinem Aufsatz zur »Ästhetik der Produktion im Dritten Reich« eine Überarbeitung der 1976 in den USA erschienenen Fassung vor. Hier werden vor allem zwei Gesichtspunkte

deutlich, die für die Erforschung der Ideologie im Faschismus eminente Bedeutung haben: 1) die *Materialität* von Ideologie, die sich in den architektonischen Objektivierungen ausdrückt, welche das Amt »Schönheit der Arbeit« im betrieblichen und Freizeit-Bereich durchzusetzen versuchte; 2) die wichtige Erkenntnis, »daß sogar in *einem* Bereich der staatlichen Sozialpolitik der widersprüchliche, aber synthetische Charakter der ästhetischen Objektivierung bei der faschistischen Machtausübung offen zutage liegt« (58). Rabinbachs Beitrag ist ein überzeugender Gegenentwurf zu monolithischen Erklärungsansätzen faschistischer Ideologie, die zumeist in die diversen Varianten der Totalitarismustheorie münden.

Gegenüber den genannten Texten relativ unbrauchbar sind die Beiträge, welche den Sammelband einrahmen. Sowohl B. Weyergrafs »Aspekte faschistischer Demagogie und Volkstümlichkeit«, als auch W.W. Sauers Überlegungen »zum Problem der Sprachkritik während der Zeit des Faschismus« lassen klare Formulierungen des Erkenntnisinteresses vermissen, sind recht willkürlich in der Auswahl ihrer Quellen und ignorieren wichtige, für ihren Gegenstandsbereich vorhandene, Ansätze. Insgesamt jedoch stellt der Band wohl den entwickeltsten Stand von Analysen faschistischer Kultur dar, die in der Tradition der Ideologie-Kritik stehen. Eine Kommunikation zwischen seinen Autoren und dem »Projekt Ideologie-Theorie« schiene mir sehr fruchtbar; für beide Seiten und insbesondere für die »Rezipienten« künftiger Forschungsergebnisse zur Ideologie des deutschen Faschismus.

Siegfried Zielinski (Berlin / West)

**Reiss, Erwin:** »Wir senden Frohsinn«. Fernsehen unterm Faschismus.

Elefant Press Verlag, Berlin / West 1979 (231 S., m. zahlr. Abb., br., 21,80 DM).

»Ob Hitler zur Macht gekommen wäre, hätte es das Fernsehen schon gegeben?« (35, 116) — diese für den Historiker ebenso unergiebig Frage wie die, ob der Faschismus ohne Hörfunk möglich gewesen wäre, beschäftigt E. Reiss allenfalls mittelbar: in dem Zusammenhang nämlich, welchen propagandistischen Stellenwert die Nationalsozialisten dem Fernsehen beimaßen, wie und mit welchen Motiven sie seine Entwicklung förderten, tolerierten oder gar vernachlässigten und welche Direktiven die Programmgestaltung bestimmten bzw. wie das Fernsehprogramm zwischen 1935 und 1944 tatsächlich aussah.

Hingegen setzt sich der Autor zwei andere Ziele für die Rekonstruktion des verdrängtesten Kapitels der Fernsehgeschichte (wie ja das Medium überhaupt noch einer gesamt-historischen Verortung harret): Einmal könnte die »Darstellung des Fernsehens im deutschen Faschismus« der seit Sommer 1977 wieder einmal aufgeblühten »publizistischen Nazi-Renaissance« kategoriale Einordnungen und Erklärungen liefern; zum andern seien für die aktuelle medienpolitische Situation, für die »Zerschlagungskampagnen und Zersetzungstendenzen der bestehenden Medienorganisation«, »Kontinuitäten, Differenzen oder Kontrapositionen in der Entwicklung vom faschistisch-zentralstaatlichen zum bürgerlich-demokratischen, öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu ermitteln«, um »Erfahrungswerte von damals (...) für die Erhaltung, Bekräftigung und Verstärkung der nach 1945 erlangten Rundfunkfreiheit« bereitzustellen (17). Dahinter stecken natürlich eine bestimmte »faschismustheoretische Position«, die Reiss allerdings nur vage als »Revision eines monolithischen Faschismusbildes« andeutet, wie auch eine medientheoretische, die »ausgeht von einem historischen Prozeß des Bedingungs-zusammenhangs ökonomischer und technischer, politischer und ideologischer, sozialer und kultureller Faktoren in seinen Widersprüchlichkeiten, in den auch die Fernsehentwicklung mit inbegriffen ist« (19).

So plausibel und wohl auch konzeptionell notwendig solch ausgreifende Zielsetzungen sein mögen, sie übersteigen doch unzweifelhaft die Kapazität wohl jeder Einzelarbeit und schmälern den Wert des Erforschten: nicht nur weil von dem fraglichen Fern-

schprogramm kaum audiovisuelles Material erhalten blieb und sich der Autor mit den in der Presse ausgedruckten Programmvorschaun behelfen muß, nicht nur, weil über die tatsächliche Rezeption dieses auf Berlin beschränkten Gemeinschaftsfernsehens so gut wie nichts bekannt ist (und auch der Aufruf des Autors nach 'Augenzeugen' unbeantwortet blieb), sondern weil auch die Fülle der einzubeziehenden Faktoren bestenfalls paradigmatisch beleuchtet werden kann und nötige Vermittlungsschritte ausgeblendet bleiben. Allzu bereitwillig greift der Autor dann zu rhetorischen Figuren, zu ironisch gefärbten Verkürzungen, zu salopp-satirischen Schlenkern oder zum personalisierenden 'Statuieren' von Exempeln: Lale Andersen z.B. als Prototyp des unpolitischen Unterhaltungskünstlers, der allenfalls einen »gezwinkerten Widerstand« wagte, oder Paul Nipkow »als seniler Rentner« von den Nazis zum »reinrassig deutschen Fernseh-Genius« stilisiert und ideologisch verwertet (62).

Solch verbalinjuriöses Abrechnen, das sich das Einverständnis erheischen soll, daß die Nazi-Führung sowohl die »in den Kommunikationsmitteln angelegten Möglichkeiten seiner kulturellen Handhabung« als auch die »materiell-technische Vorarbeit kommunikativer Innovationen — wohl objektiv ausweglos — verkommen lassen mußte« (78), schmälert die Glaubwürdigkeit und wissenschaftliche Dignität dieser erstmalig umfassenden und überaus materialreichen Fernsehgeschichte — mindestens in den Augen des 'uneingeweihten' Lesers. Aber was hier in gewiß mühsamer Archivarbeit, unterstützt von zahlreichen Fotos, über das damalige Fernsehprogramm zusammengetragen wurde, hätte einen größeren Leserkreis verdient: In den zwei Hauptkapiteln zeichnet Reiss nicht nur die Konturen des Programms, porträtiert er nicht nur mittels Selbstdarstellungen und Erfahrungsberichten einzelne Sendungen und schildert er die konkrete Programmarbeit, sondern versucht auch durch einfache Statistiken bestimmte Verteilungen und Kontinuitäten im Programm herauszuarbeiten. Ob sich mit diffizileren Methoden jemals noch die Ausformung einzelner Programmgenres im wechselseitigen Kontext mit anderen Kulturbereichen (Film, Theater, Unterhaltungskunst) rekonstruieren läßt? Reiss gibt darüber keine Auskunft, weder über ein solches Erkenntnisinteresse noch über die Ergiebigkeit des Materials; ihn beschäftigt doch immer wieder die propagandistisch-ideologische Funktion des Fernsehens. Aber was da in den Berliner Fernsehstuben und Großprojektionsräumen (Fernsehkinos) und später auch im Pariser »Magic City« zunächst für das gemeine Publikum, seit Kriegsbeginn nur noch für Soldaten und Verwundete zur ideologisch-psychologischen Aufrüstung mit unterschiedlicher Qualität und Umfänglichkeit präsentiert wurde, war getreu dem Goebbels-Wort von der »Erholung, Unterhaltung, Entspannung« größtenteils Unterhaltung, blieb bis auf wenige Ausnahmen »Amüsier- und Animier-Fernsehen« (158), während sich der politisch-propagandistische wie auch der kulturelle Sendeanteil in den engen Grenzen von meist weniger als 20 % hielten. Propagandistische Höhepunkte wie die Live-Übertragung der Olympischen Spiele von 1936 wurden dem Fernsehen und seinen rund 10000 Zuschauern pro Monat selten zuteil.

So bleibt das medienpolitische Kalkül der Nationalsozialisten durch das gesamte Buch hindurch widersprüchlich oder eigentlich ungeklärt. Offenbar war ihnen die Fernseh-Propaganda (als 'Beweis' der technisch-wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Systems) wichtiger als das Propaganda-Fernsehen als ideologisches Kampf- und Lenkungsmittel, sieht man einmal von den übersteigerten Visionen der militärischen Verwendbarkeit des Fernsehens (Verkabelung und Feindaufklärung) ab. Daß indes die gesamte Forschung und Entwicklung im Elektrobereich vornehmlich der Kriegsvorbereitung diente, steht wohl außer Frage. Die Elektroindustrie drängte jedenfalls auf eine baldige Massenverwertung der neuen Kommunikationstechnik, um die investierten Kapitalsummen zu amortisieren und den technischen Vorsprung auf dem Weltmarkt zu verteidigen (der unmittelbar nach Kriegsende wieder eingelöst wurde). Publizisti-

sche oder militärische Nutzung sind dementsprechend sekundär. Allein die fehlende Kaufkraft der Massen vereitelte die rasche Verwertung.

Ecke Kant- und Hardenbergstraße in Berlin-West, wo 1939 eine Fernseh-Großbildstelle untergebracht war, lockt 40 Jahre später eine Peep-Show — zufällige Inkonzidenz oder eindeutiges Omen für die künftige Fernsehentwicklung, gleichsam für die »Endlösung« der vorprogrammierten kommerziell-ideologischen Deprivation des Mediums? Reiss spielt mit solch krassen Assoziationen, mit solch zusammengezwungenen Entwicklungslinien und Synopsen — nur: er postuliert und unterstellt sie, ohne sie eingehend zu begründen und zu erklären. Die Kontinuität der bürgerlich-kapitalistischen Kulturindustrie, deren verschiedenen Ausprägungen Reiss nachzugehen beabsichtigt — und ja nicht nur er, sondern die Kulturwissenschaft insgesamt — ergibt sich dann nicht mehr aus dem Gang der Untersuchung, vielmehr bleibt sie unbefragtes, konkret uneingelöstes (oder uneinlösbares) Apriori: »Wir senden Frohsinn« — aber was unterscheidet oder vereint diesen von / mit dem heutigen Fernsehspaß? Immer noch eine unbeantwortete Frage der Fernsehgeschichtsschreibung: gleichwohl hat Reiss dazu unentbehrliche Vorarbeiten geleistet.

Hans-Dieter Kübler (Bielefeld)

**Dilly, Heinrich:** Kunstgeschichte als Institution. Studien zur Geschichte einer Disziplin. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979 (301 S., br., 30,— DM).

Die drei Kapitel des Buches (1. Geschichte der Kunstgeschichtsschreibung und neue Wissenschaftsforschung. — 2. Kunstgeschichte: Geschichte der Kunst — Kunst in der Geschichte. — 3. Institutionalisierte Wissenschaft — kunstwissenschaftliche Institutionen) sind als relativ selbständige Studien konzipiert. Überschneidungen und Wiederholungen unter modifizierten Gesichtspunkten sind dabei nicht vermieden worden, wodurch die Lektüre, d.h. die Erkenntnis einer stringenten Argumentationsfolge, erschwert wird.

Im zweiten Kapitel untersucht Dilly die Entfaltung kunsthistorischer Theorie von Winkelmann und Hegel bis zu Rumohr und Kugler, die er als eine Entwicklung von der Verzeitlichung der Künste zu deren Enthistorisierung (letztere setzt Dilly bereits im frühen 19. Jahrhundert an) begreift. Diese Theoriebildung parallelisiert er mit dem gleichzeitigen Wandel in der »präsentativen kunsthistorischen Praxis«. Er untersucht Ansätze der Kunstgeschichte, die in den Ordnungs- und Präsentationssystemen erkennbar werden, denen Kunstwerke unterworfen werden: alte Klebebände mit Stichen, erste Kupferstich- und Zeichnungssammlungen noch vor 1800; Foto- und Diasammlungen zu Ende des 19. Jahrhunderts. Diese Sammlungen waren Impuls und Ergebnis kunsthistorischer Interessen und Forschungen, die sich nach Dilly zunehmend von dem »realen Gegenstand«, dem in Gebrauchszusammenhängen eingebundenen Kunstwerk, zu dem mit diesem nicht identischen wissenschaftlichen Gegenstand der Kunstgeschichte, einem Abstraktum zuwenden, nämlich dem aus historischen Zusammenhängen isolierten Kunstwerk.

In der dritten Studie untersucht Dilly die Institutionalisierung der Disziplin Kunstgeschichte. Er begreift diese — angeregt durch das Kuhnsche Modell der Abfolge verschiedener »scientific communities« — als Organisation konkurrierender kunsthistorischer Gemeinschaften. Die erste konstituierte sich 1873 mit dem 1. internationalen Kongreß in Wien. Methoden der Konservierung, Katalogisierung und technischen Erfassung von Kunstwerken in staatlichem oder privatem Besitz sowie Kriterien der Kennerschaft wurden hier erstmalig vereinbart. Der Abschnitt »Gemeinschaft der akademischen Künstler und Gelehrter« geht auf den historischen Zusammenhang zwischen bildender Kunst und Kunstgeschichte ein, es belegt die ursprüngliche Personalunion zwischen Künstlern und Kunsthistorikern an den Universitäten und die allmähliche Verdrängung der Künstler aus dem universitären Bereich im Zuge der Verwissenschaftli-

chung des Faches. Durch Aufbau und/oder Nutzung kunsthistorischer Sammlungen an den Universitäten wurde diese Lösung von aktueller Kunstpraxis kompensiert. Unter der »Gemeinschaft der Kunst- und Kulturpolitiker« versteht Dilly diejenigen Historiker, Theoretiker und Publizisten, die nicht im akademischen Bereich tätig waren, sondern in der Kultusbürokratie, in Kunstvereinen, Denkmalpflege oder an Kunstzeitschriften. Die »informelle Gemeinschaft der Kunsthistoriker« schließlich bilden die Ordinarien der Universitäten. Dilly verfolgt die Durchsetzung der Kunstgeschichte an verschiedenen Universitäten, das theoretische und wissenschaftspolitische Verständnis ihrer Vertreter, das u.a. ihr Verhältnis zu den Nachbardisziplinen definierte, ihre Verbindungen zum preußischen Staat und zur Großbourgeoisie. In Zusammenhang mit der dem Besitzdenken besonders affinen Stellung dieser Hüter kultureller Schätze sieht Dilly die universitäre Theoriebildung, die dem Biografismus der Geschichtswissenschaft in der Gründerzeit entgegenkam. Dagegen propagierten die wenigen demokratischen Geister wie Anton Springer eine strenge Methode in Anlehnung an die Naturwissenschaften und damit den Rückzug aus der im Sinne der Bismarckschen Ziele politischen Geschichte und Literatur.

Diese Studien bestehen durch ihre Detailkenntnisse, durch viele, aufschlußreiche Zitate aus den unterschiedlichsten Texten, die Dilly überlegt ausgewählt hat. Vor allem für denjenigen, der der »Gemeinschaft der Kunsthistoriker« selbst angehört und seine »Ahn« nur aus ihren Publikationen kennt, wird diese Konkretisierung der Geschichte der Kunstgeschichte eine lehrreiche, zudem spannende und oft amüsante Lektüre sein. Zu begrüßen ist auch der Aspektreichtum der Arbeit Dillys. Hierin liegt jedoch zugleich die Schwäche des Buches. Dilly lehnt mit Recht die bisherige Begrenzung der Fachgeschichte auf Gelehrtengeschichte, Theorie- und Methoden- oder aber Institutionengeschichte ab. Jedoch gelingt es ihm nicht, die Vermittlungsverhältnisse zwischen den unterschiedlichen Ebenen der Organisationsform Kunstgeschichte in den Griff zu bekommen. Der Zusammenhang zwischen den Aspekten, die Dilly unterscheidet — praktischer, ästhetischer, wissenschaftlicher, theoretischer Diskurs, die präsentative und diskursive Kunstgeschichte (78) wird allenfalls aperçuhaft angedeutet.

So erscheint mir die erste Studie dieses Bandes am problematischsten, weil sie am stärksten programmatischen Charakter hat. Dabei ist es nicht einfach, Dillys Grundposition herauszudestillieren, da er sich unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze und Instrumentarien zu eigen macht, ohne deren logische Konsequenzen und Implikationen zu diskutieren. Dilly bestimmt hier, was er unter der Analyse der Historizität bildender Kunst versteht: Gemälde, Skulpturen, Gebäude sollen als »Monumente mit Geschichte« erkennbar werden im Unterschied zu ihrer Auffassung als »die Zeit überdauernde Dokumente von Geschichte« (79). D.h., die Wirkungsgeschichte von Kunst steht für Dilly im Zentrum. Es geht ihm nicht darum, die »jeweils richtige Einstellung« zu den Kunstwerken zu eruieren, sondern wichtiger ist es ihm in Anlehnung an Foucault, »jene stummen Handlungen in die Kunstgeschichtsforschung aufzunehmen, wie sie auf den Ausstellungen und in den Museen erfahrbar werden und sich in einer stark reduzierten Sprache des Staunens manifestieren« (78). Für die Erforschung dieser Geschichte einer »stummen Rezeption« kann ich jedoch in den folgenden Untersuchungen keine konkreten Ansätze finden, sie bleibt vielmehr reines Postulat. Wo die Diskrepanz zwischen »öffentlicher Meinung« und »wissenschaftlichem Diskurs« einmal faßbar wird wie bei dem berühmten Holbein-Streit, wird diesem Konflikt zwischen Alltagsverständnis von Kunst und wissenschaftlichen Ansprüchen nicht historisch genetisch nachgegangen (vgl. 165ff.). Mit seinem Verzicht auf die systematische Rekonstruktion der Produktionsbedingungen von Kunst und von deren Institutionalisierung beraubt sich Dilly auch der Möglichkeit, Ideologisierungprozesse aufzudecken und damit die Etablierung der Kunstgeschichte als wissenschaftliche Disziplin auf Klassenaueinanderset-

zungen zu beziehen. Zwar kritisiert Dilly mit Thomas S. Kuhn die Annahme einer kontinuierlich sich entwickelnden disziplinären Theorie- und Methodenbildung, die den Einfluß von Außenfaktoren auf die Konstitution von »wissenschaftlichen Gemeinschaften« vernachlässigt. Jedoch wird die scheinbare Logik einer Wissenschaftsentwicklung noch nicht konsequent durch die Logik der Geschichte, in der jene verankert ist, ersetzt.  
Jutta Held (Osnabrück)

**Brix, Michael, und Monika Steinhauser (Hrsg.): »Geschichte allein ist zeitgemäß«.** Historismus in Deutschland.

Anabas Verlag, Gießen 1978 (328 S., br., 32,— DM).

Die Erforschung des Historismus in Architekturtheorie und Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts mußte von der Kunstgeschichte nach dem zweiten Weltkrieg fast notwendig vernachlässigt werden, je ausschließlicher sich diese der in den 30er Jahren unterdrückten avantgardistischen Kunst verpflichtet fühlte. Erst die von Thyssen initiierten und finanzierten Forschungsprojekte zur Kunst und Architektur des 19. Jahrhunderts brachten eine Wende. Eine quantitativ in neuem Stil durchgeführte positivistische Aufarbeitung der Dokumente und Denkmäler des 19. Jahrhunderts setzte ein. In der Analyse und Bewertung ihres Gegenstandes blieben diese Forschungen jedoch in den meisten Fällen unsicher. Die Versuche, historische, dem Anschein nach also innovationsfeindliche Formen dem avantgardistischen ästhetischen Kanon anzugliedern, konnten nicht überzeugen. Die Notwendigkeit, produktivere wissenschaftliche Fragestellungen zu entwickeln, erwies sich gerade bei der Erforschung des 19. Jahrhunderts als zwingend. Diese Umorientierung wurde von Kunsthistorikern aus dem Umkreis des »Ulmer Vereins«, einer fortschrittlichen Berufsorganisation der Kunsthistoriker, in Angriff genommen, die mit dem vorliegenden Band ein erstes Ergebnis vorlegen, das sich mit den Sammelbänden der Thyssen-Stiftung nicht nur messen kann, sondern sie im theoretischen Ansatz übertrifft. Die Mehrzahl der Beiträge ist aus der kollektiven Arbeit eines Projekts des Ulmer Vereins zu Problemen des Historismus hervorgegangen und auf einer Tagung in München erstmalig vorgestellt worden.

Als Einführung in die Problemstellungen des Bandes ist der perspektivenreiche Beitrag von W. Hardtwig zur Begriffsgeschichte des Historismus zu empfehlen. Hardtwig stellt die wesentlichen Inhalte historistischen Denkens zu Beginn des 19. Jahrhunderts heraus, das ähnlich wie die historistische Kunst die epochale Erfahrung des Traditionsbruchs seit der Französischen Revolution zu verarbeiten sucht. Sein Ergebnis, daß Historismus als ein Kampfbegriff gegen den Feudalismus verstanden werden kann, bietet der Kunstgeschichte fruchtbare Ansatzpunkte für die Neubewertung historistischer Kunst.

Bei den folgenden Beiträgen handelt es sich um speziellere Untersuchungen, die jedoch stets zentrale Probleme der Kunst und Kunsttheorie des 19. Jahrhunderts im Blick haben. So wird an dem Beispiel der Straßburger Stadterweiterung die Expansion der Städte und die planerischen und ideologischen Überlegungen, die sie provozierte, verdeutlicht (Hammer-Schenk). — Der Aufsatz von Peters über die Restaurierung der Kathedrale von Hertogenbosch weist auf glänzende Weise die Problematik und die Aporien der Denkmalpflege nach. Die Programmatik des Verhältnisses von Wissenschaft und Kunst im Vormärz wird von Hinz durch die Analyse der Fakultätenbilder der Bonner Universität untersucht. Er geht dabei der zentralen Frage nach, warum überhaupt der Kunst eine Schlüsselposition im Denken des 19. Jahrhunderts eingeräumt wurde.

Der Beitrag von M. Brix und M. Steinhauser, wohl wegen seines Umfangs in den zweiten Teil des Bandes verlegt, war ursprünglich als Einführung gedacht. Er bietet eine umfassende Diskussion aller wesentlichen Probleme historistischer Architekturtheo-

rie und Architekturgeschichte des 19. Jahrhunderts. Nicht zuletzt sei auf die vorzügliche Bebilderung gerade dieses Beitrages hingewiesen. Nach einem einleitenden Kapitel über die neuen Bauaufgaben des 19. Jahrhunderts — darunter Mietskasernen, Glaspalast, Passagen und Bahnhöfe, die sich der Subsumption unter akademische ästhetische Kategorien und Bautypen widersetzen, behandeln die beiden Autoren den Umgang des 19. Jahrhunderts mit Bauwerken der Vergangenheit, d.h. die Bewertung historischer Monumente und die praktischen Konsequenzen dieser Wertungen in der Denkmalpflege, die im 19. Jahrhundert institutionalisiert wird. In den folgenden drei Kapiteln wird die Stildiskussion des 19. Jahrhunderts behandelt — von der Suche nach einem verbindlichen Stil zu Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur theoretischen Legitimation des bereits früher praktizierten Stilpluralismus in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts. Es folgt ein Kapitel über die theoretische Reflexion der beiden bestimmenden, zunehmend antagonistischen Momente der Baupraxis des 19. Jahrhunderts, nämlich ihrer »Kunstform« und ihrer »Zweckform«. Wohl als Anhang zu verstehen ist der letzte Abschnitt über den Architekturbegriff in der philosophischen Ästhetik. — Eine Vielfalt literarischer Quellen ist von den Autoren neu erschlossen und analysiert worden, so daß die Erforschung der ästhetischen Diskussion des 19. Jahrhunderts auf ein neues Niveau gehoben wird. Die unvorbereitete Lektüre dieses im besten Sinne anspruchsvollen Beitrags ist jedoch nicht einfach, auch deshalb nicht, weil seine Systematik nicht ganz einsichtig ist. Die Autoren erkennen selbst, daß ihr Versuch, die historische Logik der ästhetischen Diskussion zu begreifen, noch vorläufig bleiben muß. Hier wird zweifellos ein Defizit weniger dieses Beitrages als der fortschrittlichen Kunstgeschichte insgesamt erkennbar. Es gelingt noch nicht, ästhetische Kategorien und ihre Uminterpretationen in verschiedenen historischen Kontexten konsequent sozialgeschichtlich zu begründen, d.h. die theoretische Diskussion stringent in Relation zu der sie fundierenden Praxis — nicht nur der Baupraxis — zu analysieren.

So wird in dem Band auch nicht das Problem der Periodisierung angegangen, das eine wesentliche Frage historischer Forschung ist und z.B. in der Literaturwissenschaft seit einigen Jahren neu diskutiert wird. Der Versuch steht noch aus, die divergierenden bzw. konvergierenden ästhetischen Strömungen und ideengeschichtlichen Traditionsstränge, die die Kunstgeschichte des 19. Jahrhunderts bestimmen, dialektisch aufeinander sowie auf die Geschichte des bürgerlichen Emanzipationskampfes und die beginnende Arbeiterbewegung zu beziehen und damit auch einen kunstgeschichtlichen Beitrag zum Epochenproblem im 19. Jahrhundert zu leisten. Jutta Held (Osnabrück)

**Herdling, Klaus (Hrsg.): Realismus als Widerspruch. Die Wirklichkeit in Courbets Malerei.** Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (337 S., br., 12,— DM).

Courbet, wesentliche Teile seines Werks, sein ästhetisches und politisches Selbstverständnis, zeitgenössische Rezeptionsansätze und Versuche aus unserer Zeit, die früheren Rezeptionsweisen zu erklären und selbst moderne vorzuschlagen: all dies ist Gegenstand des vorliegenden Buches. Der thematischen Vielfalt entspricht die Vielfalt der Texte, die diese Künstlermonographie vereint. Künstler und Werk gewinnen ästhetisches und politisches Relief durch dokumentierte Äußerungen und Einschätzungen des Künstlers selbst und seiner Zeitgenossen wie Proudhon, Zola, Champfleury, Buchon, Baudelaire u.a. Hinzu gesellen sich Aufsätze der neueren Courbet-Forschung, denen ein Interesse gemeinsam ist in verschiedener Gestalt — sei's als Bildinterpretation (W. Hofmann über die 'Schlafende Spinnerin'), als Aufarbeitung der Rezeptionsgeschichte eines Werks (M. Nungesser über 'Die Steinklopfer', T.J. Clark über mehrere Werke), oder als sozialgeschichtliche Untersuchung über die Entstehung eines Werks (K. Herdling über das 'Atelier des Malers'): das Interesse nämlich, den Zugang zum künstlerischen Werk dadurch zu eröffnen, daß sowohl seine Entstehung als auch seine histori-

sche Rezeption sozialgeschichtlich rekonstruiert wird. Dem liegt die im Vorwort von Herding formulierte Einsicht zugrunde, daß der Umweg über die Rezeptionsgeschichte eines Bildes »oft erst den Schlüssel zum Inhalt ergibt« (11).

Um dies auch dem kunsthistorischen Laien zu vermitteln, sind dem Buch ebenso notwendige wie sinnvolle Lesehilfen beigegeben. Neben ausgesuchtem Bildmaterial, das zum großen Teil die in den Texten verhandelten Bilder Courbets abdeckt, finden sich sowohl eine ausführliche Biographie als auch historisch einordnende Kommentare, mit denen der Herausgeber die dokumentierten zeitgenössischen Texte versehen hat.

Nun liegt — trotz solcher Stützen — in der Vielfalt des angebotenen Materials nicht nur die Stärke, sondern auch die Schwäche des Buches: Stärke, weil Courbets Persönlichkeit und seine Bilder dem Leser nicht fertig vorgesetzt werden, sondern zunehmend Kontur gewinnen, gebrochen durch eine Vielzahl von Blickwinkeln, seien sie historisch persönlicher, politischer oder ästhetischer Natur; Schwäche, weil dem Leser stellenweise viel zugemutet wird bei der Tätigkeit, aus dem Textpuzzle ein Ganzes zu gewinnen. Zudem wird ab und an reizvolle Spannung verschüttet, die erst durch direkte Konfrontation von im Buch auseinandergezogenen Texten augenfällig wird. Noch ein zweites trübt die Lektüre. Von zeitgenössischen Auseinandersetzungen um Courbets Kunstkonzeption und -realisierung angeregt, hofft der Leser auf Verwendung dieser Debatten in konkrete und detaillierte Bildanalyse. Solches Bedürfnis wird aber enttäuscht. Streitet etwa Zola mit Proudhon über thematisch oder formal bestimmte Kunst und Kunstkritik am Beispiel von Courbets Bildern (146ff., 126ff.), so wird zwar im Aufsatz z.B. Hofmanns über die 'Schlafende Spinnerin' Proudhons Interpretationsansatz zu diesem Bild referiert (214f.), dann aber abgebogen in einer Art, die den Leser enttäuscht, der diese Auseinandersetzung noch im Kopf hat und sich nach ihrer Fortführung oder gar Lösung vom Kunstwerk her sehnt.

Trotz der erwähnten Mängel: das Buch ist lesenswert. Besonders gilt dies für den Aufsatz von T.J. Clark, bei dem der theoretische Ansatz des Sammelbandes am sinnfälligsten verwirklicht wird. Er rekonstruiert sehr präzise und eingängig die politischen und soziologischen Ursachen der Verwirrung, die das bürgerliche Pariser Publikum speziell im Hinblick des 'Begräbnis in Ornans' ergriff. Insgesamt liefert das Buch Anschauungs- und Diskussionsmaterial: für das spannungsvolle Verhältnis von Politik und ästhetischer Konzeption (hierher gehört der Aufsatz von L. Nochlin über Courbet und die Commune), für die Diskussion des Realismusproblems, des Verhältnisses zwischen Künstler und historischer Wirklichkeit (z.B. Courbets offener Brief vom 25.12.1861 [29ff.]), für die Situation der Kunst in Frankreich in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Und schließlich läßt es anschaulich werden, in welcher vielfältiger und doch nicht historisch zufälliger Art Zugänge zu einem Künstler gefunden werden können.

Frieder Hildt (Stuttgart)

## Soziologie

**Riedel, Manfred:** Verstehen oder Erklären? Zur Theorie und Geschichte der hermeneutischen Wissenschaften. Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1978

(231 S., Ln., 38,— DM). (a)

**Eberlein, Gerald, und Hans-Joachim von Kondratowitz (Hrsg.):** Psychologie statt Soziologie? Zur Reduzierbarkeit sozialer Strukturen auf Verhalten.

Campus Verlag, Frankfurt/M. 1977 (179 S., br., 34,— DM). (b)

**Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.):** Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1979

(465 S., br., 16,— DM). (c)

Hondrich, Karl Otto, und Joachim Matthes (Hrsg.): *Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften*. Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied 1978 (367 S., br., 50,— DM). (d)

Ohne Abschluß ging in den letzten Jahren der »Positivismusstreit« um die methodischen und theoretischen Grundlagen der Sozialwissenschaften in eine Diskussion verschiedener Ansätze über, in deren Verlauf zunehmend der Anspruch auf ein angemessenes methodisches Instrumentarium und die zutreffenden begrifflichen Vorstellungen von sozialer Praxis suspendiert wurde. Ihn ersetzte die Anerkennung eines Nebeneinanders von gleich gültigen Positionen, welche trotz »ritualisierter Frontstellungen« (d 287) nur mehr mit Schwierigkeiten paradigmatischen Grundorientierungen zugeordnet werden können. In den Beiträgen der hier diskutierten Sammelbände zum Stand der Theorie- und Methodendiskussion läßt sich daher nur grob und zuweilen willkürlich differenzieren zwischen (a) systemtheoretischen, (b) funktionalistischen, (c) verhaltenstheoretischen, (d) kommunikationstheoretischen, (e) symt olisch- interaktionistischen, (f) hermeneutisch-interpretativen und (g) phänomenologisch-handlungstheoretischen »Ansätzen«, den drei Dimensionen analytischer Philosophie, die in den handlungstheoretischen Überlegungen der (h) Oxforder ordinary language philosophy, des (i) Kritischen Rationalismus und des (k) Konstruktivismus zum Tragen kommen, sowie der (l) historisch-materialistischen Position (welche in der soziologischen Literatur auch mit dem Etikett »konflikttheoretisch« versehen wird — vgl. d 197). Wie unscharf diese, als vorläufige Hilfestellung gleichwohl nötigen Unterscheidungen sind, zeigt sich u. a. darin, daß sie sowohl in gegenstandstheoretischer wie auch in methodischer Hinsicht gelten, wobei es auf den verschiedensten Ebenen zu Überschneidungen kommt — so ließen sich, sieht man vom sprachkritischen Verfahren ab, Gemeinsamkeiten zwischen dem phänomenologischen und einigen analytischen Ansätzen feststellen. Häufig werden auch der systemtheoretische und der funktionalistische Beitrag für die Soziologie identifiziert, während im Verlauf der Theoriediskussion zwischen beiden charakteristische Differenzen hervortraten.

Will man nun nicht bei einer die Auseinandersetzung kaum weitertreibenden Aufzählung der Grundpositionen stehenbleiben, sondern zu einer zureichenden Bestimmung des aktuellen Niveaus der Theoriebildung gelangen, scheint ein anderer Weg sinnvoll: Man muß das Problem rekonstruieren, über welches sich die Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln in ihrem neuzeitlichen Selbstverständnis konstituierten, und seine gegenwärtige Gestalt in den vorliegenden theoretischen und methodischen Versuchen aufdecken. Nur in einer derartigen problem- und damit sachbezogenen Sicht werden die Implikationen und Aporien der derzeit vertretenen Ansätze deutlich.

Obwohl schon das antike philosophische und politische Denken nach dem zutreffenden Begriff von »Praxis« suchte, wird die methodologische Dimension dieser Bemühung erst mit der Kritik des Cartesianismus durch Gianbattista Vicos »Neue Wissenschaft« aufgezeigt, welche den historischen Charakter menschlicher Tätigkeit zum Thema hat. Die Kontroverse zwischen Positivismus und Historismus hat hier ihren Ursprung; systematisch als Methodenproblem wird sie allerdings erst im 19. Jahrhundert diskutiert. So zielt Diltheys Kritik der historischen Vernunft auf die Ausarbeitung einer Grundwissenschaft vom menschlichen Handeln, die dessen Historizität als das tragende, un hintergehbare Konstituens anerkennt. Er konzipiert daher die Umriss einer stets geschichtlich orientierten »Logik der Geisteswissenschaften«, welche sich auf die geschichtliche und soziale Praxis als Totalität bezieht. Weil Dilthey die Einheit der gesellschaftlichen Praxis als die eines Natur und Vernunft vermittelnden Prozesses denkt, wird es ihm möglich, die Unterscheidung von Natur- und Geisteswissenschaften »methodologisch, nämlich in der Differenz von Erklären und Verstehen als Auffassungs-

und Konstitutionsbedingungen möglicher Erfahrungswissenschaft« zu fundieren (a 23), ohne dabei seinen Gegenstand selbst in partikuläre Momente zerreißen zu müssen. Manfred Riedel macht in seiner Aufsatzsammlung (a), welche auf philosophische Weise die expliziten und impliziten Voraussetzungen gegenwärtiger Auseinandersetzung um die Grundlagen der Sozialwissenschaften freilegt, auf dieses immer noch richtungsweisende Bemühen Diltheys aufmerksam und belegt dabei, wie sehr viele Autoren des 20. Jahrhunderts hinter Dilthey zurückfallen. Allerdings neigt Riedel — wohl aus dem Interesse an der Nützlichkeit des bei Dilthey erreichten Praxisverständnisses als eines Kriteriums zur Beurteilung der aktuellen Vorstellungen — zur Idealisierung und Harmonisierung des im Ganzen doch höchst widersprüchlichen Diltheyschen Denksammenhanges. So übersieht er, daß im »Aufbau der geschichtlichen Welt« die Differenz von Geistes- und Naturwissenschaften eben nicht bloß methodologisch, sondern auch ontologisch, durch den Rekurs auf das »Gesetz der Tatbestände« legitimiert wird; es gehört ja zu den schon fast tragischen Eigentümlichkeiten im Werk Diltheys, daß er nur selten das von ihm selbst skizzierte Wissenschaftsideal konsequent verfolgte.

Die »Geisteswissenschaften« — der Begriff übersetzte ursprünglich nur den Ausdruck »moral science« aus John Stuart Mill's »Logik« — erhoben die Rückführung der Wissenschaften auf die realen Lebenszusammenhänge zum Programm. Sie intendierten somit einerseits eine der praktischen Philosophie bis heute aufgegebenen Erneuerung, nämlich »wieder in ihre klassische Funktion (einzurücken), Fundament der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln zu sein« (c 7); andererseits sollte ein Zusammenhang zwischen begrifflicher Reflexion und Lebenswelt hergestellt werden, wie ihn die an den späten Wittgenstein anknüpfenden grundlagentheoretischen Versuche anstreben.

Im Unterschied zur gegenwärtigen Diskussion hat Dilthey allerdings nie übersehen, daß »die Gegenüberstellung von idiographischen oder individualisierenden und nomothetischen oder generalisierenden Wissenschaften eine falsche Alternative enthält« (a 103). Für ihn war, anders als etwa für den Neukantianer Windelband, der auf die zur Jahrhundertwende ins Bewußtsein der Intellektuellen getretene scheinbare Naturgesetzlichkeit gesellschaftlicher Dynamik mit der Dogmatisierung des Methodengegensatzes reagierte, die historische Praxis (des Bürgertums) zwar problematisch und bedenkenswert geworden; die Elemente des Begriffs der Praxis schienen jedoch noch in gesicherten Beziehungen zu stehen. Die bei Dilthey dem Urteil über den Vorrang des jeweiligen methodischen Ansatzes zugrundegelegte Einheit des Gegenstandes ermöglicht daher — als kritisches Kriterium — die Aufdeckung der Problemstrukturen, welche die heutige Diskussion tragen — wobei nicht entschieden werden soll, ob die Konstitution des Gegenstandes bei Dilthey tatsächlich zureichend geleistet ist: Als Basisproblem zeichnet sich (1.) das Verhältnis von Natur und Geschichte ab. Zu klären ist in vielfacher Hinsicht, wie weit natürliche Faktoren tatsächlich solche sind und in der Erkenntnis des historischen und sozialen Handelns — etwa in der Form von Aussagen über dessen naturbedingte Grenzen — aufgenommen werden müssen. Selbstverständlich wäre hier auch der systematische Ort der politischen Ökonomie, sofern sie Zusammenhang und Dynamik von Naturaneignung und gesellschaftlicher Entwicklung zum Gegenstand hat. Damit ist (2.) die Beziehung zwischen subjektiven und objektiven, determinierten Sinngehalten von Tätigkeiten verbunden, an welche (3.) die Frage anknüpft, wie auf der Ebene des Sozialen Besonderes und Allgemeines, also Individualität und gesellschaftliche Struktur begrifflich zu vermitteln sind. Der (4.) Zusammenhang von sozialer Dynamik und Statik schließt hier an und verweist zurück auf das Verhältnis von Natur und Geschichte.

Wären diese Problemstrukturen von Dilthey noch spannungreich aufeinander bezogen und selbst noch im Positivismusstreit als Momente einer Einheit verstanden wor-

den, so sind sie in der gegenwärtigen Diskussion auseinandergetreten oder auf die Ebene methodologischer Auseinandersetzungen soweit reduziert, daß die »durch ein dominantes empirisches Selbstverständnis charakterisierten Sozialwissenschaften« einer »wesentlich auf nicht empirische, konzeptionelle Elemente abstellenden Gesellschaftstheorie« unversöhnlich gegenüberstehen (vgl. c 7). Diese sachlichen wie methodischen Einseitigkeiten führen aber zu jener kaum übersehbaren Unfruchtbarkeit einer Auseinandersetzung, der es eben nicht mehr um ein Vorwärtstreiben des Wissenschaftsprozesses geht, sondern allein um das Nebeneinander von Positionen, die einen Anspruch auf Aufhebung (in welchem Sinne auch immer) ihres Gegensatzes keineswegs erheben.

Überwiegend wendet sich die Mehrzahl der Beiträge in (b, c, d) dem Problembereich Individualität/soziale Struktur zu und sucht das Verhältnis von »objektiver« und »subjektiver Seite« des Handelns zu klären: So strebt die in (b) unter dem Stichwort »Psychologie vs. Soziologie« geführte Auseinandersetzung »eine Intensivierung und Radikalisierung, zugleich aber auch eine Differenzierung der Kontroverse methodologischer Individualismus/Reduktionismus — methodologischer Holismus« (b 14) an. Ihren Ausgangspunkt hatte diese Kontroverse bekanntlich im Bemühen, soziologische Theoreme auf verhaltenstheoretische zurückzuführen, um so individuelles Handeln empirischer Beobachtung zugänglich zu machen. Aber auch im vorliegenden Band bleibt die Unterscheidung von Soziologie und Psychologie ungeklärt; daß eine methodologische Zuordnung von individualistischen Erklärungsprogrammen zur Psychologie und der ganzheitlichen Auffassungen zu einer nicht empirisch verfahrenen Soziologie nicht hinreichen, zeigt schon Poppers antipsychologisch gemeinte, durch eine atomistische Sozialontologie abgesicherte Anweisung an die Soziologie, sie habe Soziales auf Individuen zurückzuführen, da nur diese zu Handlungen imstande seien.

Worin liegt nun überhaupt die Fruchtbarkeit dieser Auseinandersetzung für die grundlagentheoretische Diskussion der Soziologie? Sie könnte helfen, die Kluft zu überwinden, die zwischen der Annahme, der Mensch mache die Geschichte selbst, und der Feststellung besteht, daß Individuen nur in den seltensten Fällen über die Bedingungen ihres (historischen) Tuns verfügen, vielmehr im Sinne des Marxschen »sie wissen es nicht, aber sie tun es« kollektiv institutionalisierten »Sachzwängen« gehorchen. Eine Integration psychologischer und soziologischer Annahmen könnte dazu beitragen, den problematischen Zusammenhang von Verhältnissen, Verhalten und Intentionen aufzuhellen. Die in diese Richtung weisenden Vorschläge in (b) und (c), nämlich Soziologie und Psychologie im Rahmen eines »interessenhermeneutischen Verfahrens« mittels der einheitlichen Form ihrer Aussagen als »interpretierenden Sätzen« in einen Zusammenhang zu bringen (c 101) oder aber in der empirischen Forschung selbst durch komplexe Mehrschichtenanalysen individuelles Tun und soziale Strukturen aufeinanderzubeziehen (vgl. Scheuch in b), könnten zwar erste Schritte darstellen, bedürften aber einer ausreichenden methodologischen Fundierung.

Ebenfalls auf die Klärung des Verhältnisses von individueller Subjektivität und sozialer Objektivität zielt die Wiederaufnahme des Aristotelischen »Praktischen Syllogismus« in der Handlungstheorie (vgl. a, c): Dieser stellt ein Modell dar, welches in einem rekursiven Verfahren eine Beziehung zwischen Zielen/Normen und Aktivitäten herstellt. Seine Grundannahme lautet, daß immer dann, wenn diese Beziehung logisch, d.h. durch den Praktischen Syllogismus, gesichert ist, ein Geschehen als Handlung gedeutet werden könne. Er liefert somit das entscheidende begriffliche Instrument sowohl für die individuelle Konkretisierung der in der Tradition Durkheims und Webers entwickelten Auffassung, soziale Systeme unterschieden sich durch Normenstrukturen, wie aber auch für die im Kontext der konstruktiven Ethik entstandene Handlungstheorie. Letztere bezieht sich vorrangig auf die »objektive Seite« des Tuns und sucht »im Rahmen von allgemein entscheidbar normierten Sprachsystemen« (c 23) Ziele und Nor-

men rational zu rechtfertigen. Der dazu unterstellte, an den »Praktischen Syllogismus« angelehnte Handlungsbegriff teilt mit jenem das Merkmal der Rekursivität: »Handeln«, so definiert Oswald Schwemmer, »soll ein Tun genau dann genannt werden, wenn es argumentationszugänglich ist. Daß ein Tun argumentationszugänglich ist, soll heißen, daß es durch Reden, die als Argumentationen darstellbar sind, verhindert oder herbeigeführt werden kann. Den Beweis für die Behauptung, daß ein bestimmtes Tun argumentationszugänglich ist, liefert man dadurch, daß man eben die Argumentation angibt, mit denen sich dieses Tun begründen läßt« (c 29). Gegen dieses formal zuschreibende Verfahren, bei dem methodisch entwickelte Argumentationen auf eine Tätigkeit bezogen werden, lassen sich wenigstens drei Einwände erheben: Erstens kann nachträglich zu jeder Aktivität eine Begründung angeführt werden, zumal dann, wenn — wie bei den Konstruktivisten — zum einzigen Kriterium die Forderung nach »zunehmender Rationalität«, nicht jedoch die nach Berücksichtigung von handlungsdefinierenden Randbedingungen erhoben wird. Institutionelle Voraussetzungen, die eine Tätigkeit u.U. zwanghaft zustandekommen lassen, bleiben so unberücksichtigt oder werden schlicht wegargumentiert (vgl. zu dieser Kritik c 287). Dieser Einwand der Beliebigkeit von möglichen Begründungen und somit der post festum aufgestellten Ziel-Tätigkeitsbeziehungen gegenüber der Realität des Tuns muß übrigens gegen den Praktischen Syllogismus in allen seinen Variationen geltend gemacht werden. Zweitens scheinen die von Schwemmer als Konstitutionselemente des Handlungsbegriffs betrachteten Begründungen infinit möglich; sie lassen sich demnach auf letzte Zwecke oder ontologische Voraussetzungen zurückführen. Damit nimmt aber das konstruktivistische Ethikprogramm nur eine Verschiebung der traditionellen Handlungstheorieprobleme vor, ohne sie selbst zu lösen. Die Struktur von Handlungen bleibt daher — drittens — weiterhin ungeklärt, da die »Beweislast« methodischer Handlungsreflexion nur auf der methodischen Herstellung eines Zusammenhangs von Zielen und Normen ruht. Wenngleich die Konstruktivisten »Normensysteme für die ganze Gesellschaft kritisch (beurteilen) und neue Normen zur Veränderung« rechtfertigen wollen (c 275), bleiben sie doch die Antwort auf die klassische Frage schuldig, wie ihre Theorie praktisch werden könnte. Weil sie von einem realitätsgerechten Begriff der Praxis weit entfernt sind, gehen sie, wie J. Nanninga zurecht bemängelt, von der Fiktion der »herrschaftsfreien Beratung« von Normen aus (vgl. c 280), welche nur dem möglich ist, der von den, gesellschaftliches Handeln konkret beeinflussenden (und durch eine konkrete Handlungstheorie in ihrer tatsächlichen Wirksamkeit aufzuklärenden), Machtverhältnissen abstrahiert. Ein Versuch zur Aufhebung des konstruktivistischen Defizits bei der Beschreibung und Analyse von Handlungen deutet sich in (c) insofern an, als sich alle thematisch wesentlichen Beiträge der Hermeneutik zuwenden. Allerdings bleibt ungeklärt, ob sich die in ihrer philosophischen Ausprägung eher individualistisch-rückblickend verfahrenende Hermeneutik überhaupt mit dem generalistisch-produktiven Programm der konstruktiven Ethik vereinbaren läßt. Sinnigerweise wurde (c) übrigens mit den zwei Abteilungen »Pragmatische Hermeneutik und praktisches Wissen« und »Ökonomie und praktisches Wissen« in einer Weise unterteilt, daß die Beiträge der letzteren sich den Anschein geben können, als wäre das in der ersteren noch recht vage handlungstheoretische Kategoriengerüst längst verankert und für die Anwendung verfügbar.

Unverkennbar bleibt freilich in jedem Falle das Bemühen der Konstruktivisten, den Erkenntnisprozeß voranzutreiben. In dem von Hondrich und Matthes als Nachtrag zum 18. Deutschen Soziologentag herausgegebenen Sammelband (d), der für die deutsche Soziologie repräsentative Beiträge vorstellen will, scheint dagegen dieser Anspruch endgültig zurückgenommen: es geht in den drei Abteilungen des »Theorienvergleichs« (»Problembezogener Theorienvergleich«, »Paradigmata im Vergleich«, »Zur Methodolo-

gie des Theorienvergleichs) »allein um Abklärungen, Verständigungen, gemeinsame Sicherung von Voraussetzungen für sozialwissenschaftliche Theoriebildung« (d 7). Die sonst übliche historische Darstellung und den Vergleich von Begriffen löst ein Nebeneinander von Hypothesensystemen ab, das im Grunde dem Gedanken folgt, Erkenntnis sei durch die Teilnahme am Diskurs einer Disziplin gesichert.

Auch im »Theorienvergleich« steht in sachlicher Hinsicht die Fragestellung nach dem handlungstheoretischen Grundverständnis der Beziehung Individualität-soziale Struktur im Mittelpunkt; so sucht Opp unter Zugrundelegung einer verhaltenstheoretischen These über die »subjektive Belohnungs- und Bestrafungswahrscheinlichkeit« die marxistische These über Kriminalität zu widerlegen, die sich von dem Ausschluß von Produktionsmitteln herleitet. — Dabei gelingt ihm der Nachweis einer Schwäche dieser Position, weil die Erklärung abweichenden Verhaltens mit dem Ausschluß von der Verfügung über Produktionsmittel zu stark ist, weil sie natürlich nicht begründet, warum die Mehrzahl Lohnabhängiger eben nicht delinquent wird. Zum gleichen Thema führt Haferkamp als »allgemeinste handlungstheoretische These« ein: »Soziales Handeln ist notwendig. Damit ist gemeint, soziales Handeln wird von Menschen durchgeführt, weil gehandelt werden muß, um Not zu wenden« (45). Mit der Annahme, die Überwindung von Hindernissen stelle das objektive Moment von Handlungen dar, greift er eine Argumentation auf, die Harald Wohlrapp hinsichtlich des »systematischen Beginns des Konzepts Handlungsforschung« entwickelt, der in der Vergegenwärtigung von Problemen als »Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten« liege (c 141). Beide folgen implizit dem von Luhmann entwickelten Modell des Ablaufs sozialen Wandels.

Haferkamps Beitrag steht in einem zentralen Punkt stellvertretend für den entscheidenden Mangel fast aller in der Diskussion vorgetragenen Positionen. Trotz der von interaktionistischer Seite intensivierten Bemühungen in der Biographieforschung werden sowohl individuelle Entwicklungsvorgänge wie auch generelle historische Prozesse ausgeklammert. Mit der Konzentration auf den Zusammenhang von Individuen und sozialen Strukturen geraten (K.H. Tjaden ausgenommen) allen Autoren dynamische Momente aus dem Blick; diese Eskamotierung von Geschichte und Dialektik führt notwendig in unlösbare Aporien, verfehlt sie doch den bei Dilthey noch klar gesehenen, notwendigen inneren Zusammenhang aller Problemstrukturen.

Die methodologische Seite des Theorienvergleichs zeichnet zu allererst die schon mehrfach erwähnte Herabsetzung des Anspruchsniveaus aus: Der wissenschaftliche Forschungsprozeß reduziert sich auf ein ohnedies selbstverständliches Verfahren, das jeder systematischen Darstellung prinzipiell vorausgeht; vermutlich werden ja im Theoriebildungsprozeß verschiedene konzeptionelle Elemente und empirische Erkenntnisse problembezogen auf einem Weg synthetisiert und aufgehoben, der analog zur Stegmüllerschen Unterscheidung von »Strukturkern« und »intendierter Anwendung« einer Theorie als Übernahme von sachlich akzeptablen und Löschung von aufgabenfremden Elementen beschreibbar wäre. Als Voraussetzungen dazu müßten angenommen werden, daß bei der Bearbeitung neuer Aufgaben schon vorhandene Theorien in der semantischen Ebene eines »wissenschaftlichen Alltagsverständnisses« aufeinander bezogen werden und ferner methodisch relativ unkontrollierbare, konstruktive Bildungsprozesse bei der Entstehung neuer Theorien wirken.

Diese schlichten Voraussetzungen könnten jene Plattheiten ersparen helfen, welche explizit im dritten Teil von (d) zu Tage treten, implizit freilich das ganze Buch, mehr noch die gegenwärtige sozialwissenschaftliche Grundlegendiskussion insgesamt betreffen. Die geforderte methodische Kontrolle des Theorienvergleichs bedarf zunächst des tertium comparationis; die bloße, maßstabslose Konfrontation, in der Opp »eine besonders wirksame Art der Kritik von Theorien« sieht (d 214), vermag eben auch nur nachzuweisen, daß unterschiedliche Sprachgebilde einander gegenüberstehen. Weiter

muß die Gleichheit der Hypothesendenotate, bzw. die semantische Gleichwertigkeit der formulierten Sätze gesichert werden. Beidem kann nur die Konstruktion einer dritten, gegenstandsadäquaten Theorie oder — allgemeiner — ein »übergeordnetes Grundmuster soziologischer Erklärung (genügen), in dem die verschiedenen Elemente systematisch miteinander in Beziehung gebracht werden können« (d 213). Die Notwendigkeit der Rekonstruktion »aller Aussagen unter dem Gesichtspunkt ... daß sie vergleichsfähig werden« (ebd.), besteht allerdings dann immer noch; zudem wären »auch die methodologischen Regeln des Theorienvergleichs kritischem Vergleich« zu unterziehen (d 233).

Die Überwindung des hier skizzierten, von den Autoren nicht einmal in allen Punkten wahrgenommenen Dilemmas, daß zum Theorienvergleich immer schon eine weitere Theorie erforderlich wäre, erhoffen sich Volker Ronge, Rainer Greca und Constans Seyfarth — die in ihren Beiträgen noch am ehesten eine realistische Position vertreten — auf zwei Ebenen: einmal wird die »empirische Analyse — selbstverständlich nicht ohne begriffliches Vorverständnis« (d 59) anvisiert; somit stehen die methodologischen Themen des Positivismusstreits erneut auf der Tagesordnung. Zum anderen plädieren sie für die Einführung eines von der »Tradition unabhängigen ('prätheoretischen') Verständigungsmediums« (d 256) oder für ein aus der Geschichte der soziologischen Fragestellungen gewonnenes »Metaparadigma« in Form eines gemeinsamen handlungs- und systemtheoretischen Basisvokabulars (d 294).

Verworren genug scheint die Situation der gesellschaftswissenschaftlichen Grundlagenforschung; als charakteristisch müssen die Partikularisierung des Gegenstandes Praxis in der Theorie und der methodologischen Diskussion, die Aufgabe der geschichtlichen Dimension und schließlich die Zurücknahme des Erkenntnisanspruchs überhaupt gelten. Dies läßt sich in einem Satz umschreiben: Auf die Krise der Gesellschaft reagiert die Wissenschaft von der Gesellschaft mit dem Verlust ihrer kritischen Funktion.

Michael Winkler (Nürnberg)

## Geschichte

**Flemming, Jens, Claus-Dieter Krohn, Dirk Stegmann und Peter-Christian Witt** (Hrsg.): Die Republik von Weimar. Bd. 1: Das politische System; Bd. 2: Das sozialökonomische System. Athenäum/Droste Verlag, Königstein/Ts.-Düsseldorf 1979 (insgesamt 425 S., br., je Bd. 19,80 DM).

Es klafft eine Lücke zwischen der als »kaum noch überschaubar« (Bd. 1/XI) zu bezeichnenden Literaturflut über die Weimarer Republik und wenigen handhabbaren Quellensammlungen, die sich zudem fast ausschließlich auf Anfang und Ende der ersten Republik — Novemberrevolution und Weltwirtschaftskrise / Aufstieg des Faschismus — beziehen. Den Herausgebern geht es deshalb darum, das »bislang weniger beachtete Weimar« (Bd. 1/XI) in seinen grundlegenden politischen, sozialen und ökonomischen Strukturproblemen zu präsentieren. Dies geschieht in vier großen Themenblöcken: Verfassungs- und politisches System (Bd. 1), soziales und ökonomisches System (Bd. 2). Explizit ausgeklammert wird die außenpolitische Komponente. Die insgesamt über 200 Quellen sind in der Mehrzahl staatlichen Archiven der Bundesrepublik und der DDR entnommen, nach dem Kriterium der Lesbarkeit ausgewählt und deshalb sowie aus Platzgründen durchgängig gekürzt worden. Dem breiten Spektrum von Quellen wird zu den jeweiligen Sachabschnitten ein einführender, allerdings partiell sehr komprimiert abgefaßter und entsprechend aufmerksam zu lesender Einführungstext vorangestellt.

Schon die Quellenauswahl zum ersten Themenkomplex, dem Verfassungssystem, verdeutlicht die bemerkenswerte Fähigkeit der Herausgeber, das Geschehen in seiner

realen Differenziertheit zu erfassen. Die Debatte um Räte­demokratie versus Parlament in der Anfangsphase der Republik (vgl. Bd. 1/16ff.) etwa wird nicht allein auf den Gegensatz Mehrheitssozialdemokratie-Linksoption reduziert, sondern hebt auch die Ver­genzen zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung heraus, wobei — dies gilt durchgängig für die gesamte Edition — die subjektive Intention der jeweiligen historischen Protagonisten für den Leser nachvollziehbar ist. Der Kompromiß der schließlich verabschiedeten parlamentarisch-demokratischen Verfassung, der sich vor allem im »Sozialstaatspostulat« (Bd. 1/7) ausdrückte (vgl. Bd. 1/44ff.), wurde von Anfang an und forciert seit der Weltwirtschaftskrise durch Bestrebungen für eine »Reichsreform« von rechts bekämpft. Dies wird mit Stellungnahmen aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen — Bürokratie, Wirtschaft und Wissenschaft — belegt (vgl. Bd. 1/28ff.). Allerdings vermißt man einen Hinweis auf den repräsentativen Zusammenschluß der Verfassungsgegner, den »Bund zur Erneuerung des Reiches«, zumindest im einführenden Text. Gegen die rechten Frondeure betonte vor allem die Sozialdemokratie die zu verteidigenden Essentials der Verfassung, während sie etwa das Verhältniswahlrecht nicht unbedingt beibehalten wollte (vgl. Bd. 1/39ff.). Bei der Dokumentation der sozialdemokratischen Position greifen die Herausgeber allerdings hier, wie auch des öfteren in anderen Teilen der Edition (Bd. 1/Quelle 9a, 9c, 30b, 31a; Bd. 2/Quelle 3c, 5a, 9b) auf Textpassagen der »Neuen Blätter für den Sozialismus« (1929-1933) zurück, ohne zu vermerken, daß dies das Organ der bislang wenig untersuchten »jung-rechten« Parteiopposition war und nicht umstandslos die Position der SPD-Führung ausdrückte.

Das »politische System« (Bd. 1/53ff.) wird von den Herausgebern in vier Abschnitte unterteilt. Im ersten geht es um Rolle und Selbsteinschätzung der Bürokratie, wobei deutlich wird, daß es einer »Quadratur des Kreises« (Bd. 1/57) glich, qualifizierte Beamte und vor allem Juristen mit gleichzeitig demokratischer bzw. republikanischer Gesinnung zu finden (vgl. Bd. 1/58ff.). Eine besondere Rolle spielte das im zweiten Abschnitt behandelte Militär, das mit einer »Gegenrevolution auf leisen Sohlen« (Bd. 1/70) zur Destabilisierung der Republik beitrug und sich schließlich bei »gewissen Reservern« (Bd. 1/73) in das NS-Regime integrierte. Notwendig zum besseren Verständnis der ansonsten anschaulich dokumentierten innenpolitischen Handlungsmuster der Reichswehrführung (vgl. Bd. 1/74ff.) wären hier allerdings einige Anmerkungen zur außen- und militärpolitischen Rahmensetzung der Weimarer Republik gewesen. Im dritten Abschnitt des politischen Systems geht es um Strukturprobleme des »Parteienstaates« (Bd. 1/85), wobei die Breite des Spektrums von KPD über SPD, Staatspartei, Zentrum, DVP, DNVP bis zur NSDAP ausführlich dokumentiert (Bd. 1/117ff.) und gängige Klischees wie etwa das der Deutschnationalen als großagrarischer Partei aus­geräumt werden (vgl. Bd. 1/100ff.). Einen berechtigten Schwerpunkt nehmen der Aufstieg der NSDAP (vgl. Bd. 1/149ff.) und speziell das Verhältnis der faschistischen Partei zur »Industrie« (Bd. 1/164ff.) ein. Treffend werden auch die analytischen Schwächen der Antifaschismus-Konzeption von SPD und KPD hervorgehoben (Bd. 1/107f.). Inkonsequent erscheint es dagegen, zwar den unheilvollen Sozialfaschismusvorwurf der KPD gegenüber der Sozialdemokratie zu dokumentieren (Bd. 1/147f.), von SPD-Seite aber lediglich die Ablehnung dieser Begrifflichkeit (Bd. 1/148), nicht die wechselseitige Diffamierung zu zeigen, was erst der historischen Realität entsprechen würde. Diese Inkonsequenz ist u.U. auf eine unbestimmte und ungeklärte Position der Verfasser in der Frage der Totalitarismustheorie zurückzuführen (vgl. Bd. 1/89, 105f., 109). Die Darstellung des politischen Systems wird abgerundet durch Materialien zur Rolle wirtschaftlicher Interessen im politischen Prozeß (vgl. Bd. 1/179ff.), besonders deutlich exemplifiziert anhand der DVP (vgl. Bd. 1/207ff.) als »eigentliche(r) Industrie-Partei« (Bd. 1/181).

Das »soziale System« wird ausdrücklich nicht als »Chiffre für Sozialpolitik« (Bd. 2/221) aufgefaßt, sondern soll den Blick auf ein »komplexes Geflecht sozialer Interaktion« (Bd. 2/221) lenken. Im Zentrum des Interesses stehen dabei zum ersten das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Unternehmern (vgl. Bd. 2/238ff.), beginnend mit der Zentralarbeitsgemeinschaft über das Betriebsrätegesetz bis zum Tarifwesen, zum zweiten das Feld »sozialpolitischer Intervention« (Bd. 2/270ff.) des Staates — worunter systematisch vielleicht nicht ganz korrekt vor allem die Möglichkeiten aktiver Konjunkturpolitik subsummiert werden —, zum dritten die Frage nach einer »Bündnispolitik der Interessenten« (Bd. 2/283ff.), unter der zum einen Integrationskonzeptionen der Unternehmer bezüglich der Arbeiterbewegung, zum anderen Möglichkeiten des Interessenausgleichs zwischen Industrie und Landwirtschaft dargestellt werden.

Das »ökonomische System« schließlich wird von den Verfassern als der »gesellschaftliche Zusammenhang zwischen Wirtschaftsordnung und Staatsordnung« (Bd. 2/298) verstanden, eine Formel, die der Veränderung des kapitalistischen Systems, der »Aufhebung des Prinzips der freien Konkurrenz« (Bd. 2/298), gerecht wird. Wie auch in anderen Teilen der Arbeit wird dabei die Kontinuität und Diskontinuität deutscher Geschichte deutlich, in der die Weimarer Republik steht. Nachdem zunächst Entwicklungstrends der Wirtschaftspolitik unter der Leitfrage »Kapitalismus in der Defensive?« (Bd. 2/308) dargestellt werden (u.a. die Sozialisierungsdiskussion und Zielprojektionen der deutschen Industrie), wird der Blick vor allem auf den Konzentrationsprozeß und die Rationalisierungswelle der 20er Jahre gelenkt (vgl. Bd. 2/336ff.). Abschließend wird das bereits im Kontext des »sozialen Systems« dokumentierte Problem der staatlichen Intervention in die Wirtschaftspolitik (s.o.) noch einmal aufgegriffen und um weitergehende Komponenten, vor allem der grundsätzlichen theoretischen Begründung ergänzt (vgl. Bd. 2/356ff.).

Den Gebrauchswert der Edition erhöhen Auswahlbibliographien weiterführender Literatur nach den jeweiligen Einführungstexten zu den Quellen, eine alphabetische Sacherläuterung wichtiger Begriffe (Bd. 2/366-385) sowie mehrere hundert biographische Informationen zu wichtigen Akteuren der Weimarer Republik (Bd. 2/386-420).

Bei aller notwendigen Detailkritik: die Herausgeber haben einen entscheidenden Schritt unternommen, die eingangs konstatierte Lücke zwischen Erforschung und Vermittlung historischer Prozesse der Weimarer Republik zu schließen.

Axel Schildt (Hamburg)

**Losemann, Volker:** Nationalsozialismus und Antike. Studien zur Entwicklung des Faches Alte Geschichte 1933-1945. Verlag Hoffmann und Campe, Hamburg 1977 (283 S., br., 48,— DM).

Bei diesem Buch handelt es sich um die verkürzte und überarbeitete Fassung einer Marburger Dissertation von 1975. Daß eine Arbeit mit einem solchen Titel aus Marburg kommt, ist kein Zufall, denn unter den westdeutschen Althistorikern ist der Marburger Professor K. Christ fast der einzige, der sich nicht nur beiläufig mit der Geschichte der althistorischen Disziplin befaßt.

Die Arbeit kann als später Nachfahre der seit etwa 1960 bis vor etwa zehn Jahren an verschiedenen deutschen Universitäten mit unterschiedlicher Intensität geführten Diskussion über die Rolle der Universitäten im 3. Reich gelten. Die Altertumswissenschaft ist in diesen Diskussionen fast gänzlich ausgespart geblieben. Ganz anders als etwa bei der Germanistik ist das Selbstverständnis dieses Faches weder durch die Faschismus-Diskussion noch durch die Studentenbewegung ernsthaft ins Wanken geraten (was modernisierende Tendenzen zur Anpassung an gewandelte Bedürfnisse nicht ausschließt). Die Arbeit von Losemann macht sowohl in ihren ausgesprochenen Ergebnissen wie in ihren nicht ausgesprochenen Prämissen deutlich, warum das so ist.

Von den vielfältigen Aspekten der Beziehungen zwischen Nationalsozialismus und 'Antike' hat der Autor einen Ausschnitt zur Bearbeitung gewählt: er behandelt die Formen und Resultate direkter staatlicher und parteipolitischer Maßnahmen gegenüber dem Universitätsfach 'Alte Geschichte' und (soweit davon nicht zu trennen) den anderen Disziplinen der Altertumswissenschaft, wie Klassischer Philologie oder Archäologie. Er stützt sich sowohl auf frühere Literatur wie hauptsächlich auf Akten der NS-Zeit. Es ergibt sich dabei das Bild eines Teilaspektes der NS-Wissenschaftspolitik und ein Einblick in die Geschichte der deutschen Altertumswissenschaft im Faschismus, letzteres freilich, wie Losemann selbst einräumt, von einer begrenzten Perspektive her, der 'äußeren' Geschichte des Faches.

Losemann beginnt mit der Beschreibung der 'Säuberung' der Universitäten von politisch mißliebigen und von jüdischen Wissenschaftlern. Die Altertumswissenschaften waren davon in besonders hohem Maß betroffen, allerdings nicht deswegen, weil bei ihr viele Vertreter der politischen Linken zu finden gewesen wären, sondern (bedingt durch die spezifischen Emanzipationsmöglichkeiten der jüdischen Bürger in Deutschland) besonders viele Juden. Selbst die aus politischen Gründen vertriebenen Althistoriker Arthur Rosenberg und Ernst Stein waren zugleich als Juden von der 'Säuberung' betroffen. War von diesen Maßnahmen die Wissenschaft zunächst nur passiv betroffen, so standen spätestens mit der Neubesetzung der durch die 'Säuberung' vakant gewordenen Lehrstühle Voraussetzungen und Erfolg der NS-Maßnahmen im Zusammenhang mit und in Abhängigkeit von der inneren Entwicklung des Faches. Losemann zeigt dabei eine doppelte Entwicklung auf:

Auf der einen Seite gab es von 1933 an, z.T. auch schon vorher, zahlreiche Altertumswissenschaftler, die sich dem Faschismus anschlossen und sich auch genuin faschistischen Wissenschaftsprogrammen mit z.T. eindeutig rassistischen Zielen zur Verfügung stellten, wie z.B. der SS-Forschungs- und Lehrgemeinschaft 'Das Ahnenerbe' (F. Dirlmeier, R. Till, F. Altheim) und der Rosenberg'schen 'Hohen Schule', deren Münchener 'Institut für indogermanische Geistesgeschichte' vom Altphilologen Richard Harder geleitet wurde. Beide Projekte werden vom Autor im Hinblick auf die Alte Geschichte ausführlich und unter Einbeziehung von bisher vernachlässigten Quellen dargestellt. So erfährt man auch erstmals Genaueres über die im Rahmen der berüchtigten Kunsträuber-Bande 'Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg' 1941 in Griechenland durchgeführten Ausgrabungen, wo entgegen allen internationalen Abmachungen die Fundmaterialien nach Deutschland verbracht wurden (teilweise freilich noch während des Krieges den griechischen Behörden wieder übergeben).

Auch in der vom NS-Dozentenbund initiierten 'Lager-Arbeit' (Tagungen von Wissenschaftlern unter dem Motto 'Männerbund und Wissenschaft') fehlten die Altertumswissenschaftler (federführend H. Drexler) ebensowenig wie beim 'Kriegseinsatz der Geisteswissenschaften' (bes. H. Berve, J. Vogt).

Andererseits mißlangen zahlreiche Versuche von Partei und NS-Staat, Forschung und Lehre in den Altertumswissenschaften vollkommen der NS-Ideologie zu unterwerfen. Als eine der Ursachen dafür beschreibt Losemann anschaulich die vielfachen Kompetenzschwierigkeiten und Konfusionen innerhalb des nationalsozialistischen Herrschaftsapparates selbst. Das führte z.B. dazu, daß die Berufungspolitik des Reichserziehungsministeriums sich bis 1945 z.T. gegen direkten Widerstand aus der Partei durchaus an 'fachlichen' Kriterien orientierte, wenn man einmal davon absieht, daß politisch suspekter oder jüdische Wissenschaftler von vornherein chancenlos waren. Es gab in der Alten Geschichte jedenfalls keinen dem Fach von 'außen' aufgezwungenen NS-Parteigänger auf einem Lehrstuhl (und auch in der Klassischen Philologie gab es davon nur sehr wenige).

Aber auch auf dem eigentlich ideologischen Feld war der Faschismus nicht schlecht-

hin erfolgreich. Für die Mehrheit der Altertumswissenschaftler blieb die Bindung an das traditionelle, positivistische Selbstverständnis von Wissenschaft mit seinem klassizistisch gefärbten Geschichtsbild gültig. Das gilt sogar in gewisser Weise für die entschiedenen Anhänger des Faschismus selbst, auch sie sprachen gegenüber ihren Fachkollegen eine andere Sprache als gegenüber ihren Parteifreunden.

Typisch für das, was dabei herauskam, ist etwa der 1942 im Rahmen des 'Kriegseinsatzes' von H. Berve herausgegebene Sammelband 'Das neue Bild der Antike'. An ihm monierten entschiedene Faschisten die nur oberflächliche Färbung der alten Wissenschaftshaltung (H. Oppermann), die fehlende rassenkundliche Betrachtung (F. Schachermeyr) oder klagten darüber, daß der Band ein Beleg dafür sei, daß sich seit 1933 eigentlich nichts geändert habe (W. Weber). Von heute aus wird man diesem Urteil durchaus zustimmen, und auch der im gleichen Rahmen von J. Vogt herausgegebene Band 'Rom und Karthago' enthält Beiträge, die völlig frei von jedem NS-Gedankengut sind.

Wie dies freilich zu bewerten sei, dazu äußert sich Losemann kaum. Gelegentlich sieht es so aus, als sei für ihn der blanke Positivismus schon so etwas wie ein Programm des antifaschistischen Widerstandes. Und so wird auch nicht klar, worum es sich bei dem teilweisen Mißerfolg der NS-Politik handelt. Denn auch ein von NS-Schablonen freier Beitrag in einem mit eindeutig rassistischem Programm herausgegebenen Sammelband wie 'Rom und Karthago' läßt sich ja wohl eher als eine Kollaboration mit dem NS-Regime denn als eine Kollision betrachten. Wir stehen vor dem Faktum, daß die Altertumswissenschaften, wie auch andere von der NS-Ideologie in Anspruch genommenen Disziplinen, bei grundsätzlicher Bereitschaft zur Kollaboration doch ihre wissenschaftliche Tradition und ihr nicht-faschistisches Selbstverständnis bewahren konnten. Losemann zitiert dazu, ohne eine eigene Ansicht deutlich zu machen, die Ansicht von F.K. Werner, der in den tieferliegenden Affinitäten zwischen deutscher Geschichtswissenschaft und NS-Geschichtsbild die Erklärung dafür sieht, warum das Bürgertum und seine Universitäten sich Bereiche zu behaupten wußten, die Hitlers Leute gern im Weg der Gleichschaltung beseitigt hätten.

Hier ließe sich auch für die Altertumswissenschaft einiges anführen. Gerade in ihr gab es schon in der Kaiserzeit und der Weimarer Republik eine genuin antidemokratische und rechtskonservative Tradition, für die Ed. Meyer und U. v. Wilamowitz-Möllendorf als Protagonisten genannt seien. Wilamowitz z.B. war in den letzten Jahren des 1. Weltkrieges ein fanatischer und aktiver Feind jedes 'Verständigungsfriedens', dann einer der ideologischen Erfinder und Propagandisten der Dolchstoßlegende und beim Kapp-Putsch offenbar als Kultusminister einer reaktionären Regierung im Gespräch.

Und auch wenn der auf die griechisch-römische Vergangenheit gerichtete Klassizismus nicht so einfach für germanisches Rasse-Denken verwertbar war (der italienische Faschismus hatte es da schon leichter), so stand er doch weder in seiner eher idealistischen (3. Humanismus) noch in seiner historistischen Ausprägung außerhalb des konservativen Weltbildes des deutschen Bürgertums. Gerade für den Historismus eines Wilamowitz ist es kennzeichnend, daß er nicht mehr dem Erbe der europäischen Aufklärung verpflichtet war, sondern sich einfügte in das borniert-preußische Weltbild der wilhelminischen Zeit.

Von diesen 'tiefer liegenden Affinitäten' aus läßt sich auch die Art und Weise der 'Bewältigung' der NS-Zeit nach 1945 in der Bundesrepublik Deutschland verstehen. Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen Praxis in der NS-Zeit fand weder auf der personellen noch auf allgemein ideologischer Ebene statt. Man brauchte deutlich rassistisches und nazistisches Gedankengut bei Personen oder in ihren Werken nur als überschüssig und eliminierbar anzusehen, um sich der Auseinandersetzung über die tiefer liegenden Ursachen des Faschismus zu entziehen. Beispiel-

haft dafür sind die Nachrufe auf verstorbene NS-Parteigänger in den wissenschaftlichen Zeitschriften. Entweder wird die NS-Zeit völlig übergangen oder es wird suggeriert, daß diese Zeit im gesamten Leben und Werk eines Mannes nicht wesentlich war.

Anstelle einer Beschäftigung mit dem Faschismus entwickelte sich in der BRD in den 50er Jahren eine spezifische und nur hier mögliche wissenschaftliche Literaturform (bei der eine z.T. auch personelle Kontinuität mit dem Faschismus nicht zu übersehen ist): die antikommunistische Wissenschaft, die auch für den Bereich Alte Geschichte den Marxismus zu widerlegen suchte.

Von der Vor- und Nachgeschichte des Faschismus handelt Losemann nicht. Das mindert nicht sein Verdienst, endlich das Thema Faschismus auch für die deutsche Altertumswissenschaft wieder auf die Tagesordnung gesetzt und eine erste Bestandsaufnahme vorgelegt zu haben.

Martin Schmidt (Hamburg)

**Spohn, Wilfried:** Weltmarktkonkurrenz und Industrialisierung Deutschlands 1870-1914. Eine Untersuchung zur nationalen und internationalen Geschichte der kapitalistischen Produktionsweise. Mit einem Vorwort von Bernd Rabehl. Verlag Olle u. Wolter, Berlin/West 1977 (452 S., br., 29,80 DM).

Die Arbeit beansprucht, »die in der marxistischen Diskussion oft postulierte, aber in der empirisch-historischen Forschung selten material eingelöste systematische Vermittlung von Marxscher Theorie und konkreter Geschichte anzugehen und vorwärtszubringen.« (Vorwort, XVIII) Leitend ist die Fragestellung, »wie die wichtigsten nationalen Besonderheiten in der Entwicklungsgeschichte des deutschen Kapitalismus in dieser Periode auf Basis der Marxschen Kapitaltheorie interpretiert und erklärt werden können« (7). Da »die Marxsche Kapitaltheorie« beanspruche, die allgemeinen Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise zu formulieren — wenn auch auf einem »bestimmten Abstraktionsniveau« (1) — ist nach Spohn die theoretische und empirische Begründung einer Stadientheorie der kapitalistischen Entwicklung mit diesem Anspruch unvereinbar. Seine Arbeit ist daher auch explizit gegen die Konzepte des Staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK), des Organisierten Kapitalismus und des Staatsinterventionismus als »unzulässigen« Versuchen der Modifikation der Marxschen Theorie gerichtet.

Der Schwerpunkt seines Interpretationsversuchs liegt auf der Darstellung des Zusammenhangs zwischen der Herausbildung und Umstrukturierung des kapitalistischen Weltmarkts und der Entwicklung der verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft in Deutschland: Charakteristisch für die deutsche Entwicklung des Kapitalismus war die Herausbildung einer »dualen Akkumulationsstruktur« mit einerseits weltmarktorientierten und prosperierenden Industrien (Montan, Elektro, Chemie) und andererseits auf den Binnenmarkt beschränkte und daher auch relativ unterentwickelten Branchen wie die Textilindustrie und Agrarwirtschaft. Während dieser Teil der Untersuchung durch Material aus der einschlägigen Sekundärliteratur fundiert ist, erschöpft sich die Behandlung der »Besonderheiten der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland 1870-1914« (231-365) im wesentlichen darin, Monopolisierung, Imperialismus und den Funktionswandel des Staates ausschließlich aus der veränderten Weltmarktkonstellation zu erklären, wodurch der Text zwangsläufig redundant und langweilig wird.

Kapitalistische Entwicklung ist für Spohn ausschließlich ein Prozeß der sich immer »reiner« herausbildenden kapitalistischen Produktionsverhältnisse; anders kann er die notwendig abstrakte Theorie und die konkrete Wirklichkeit nicht miteinander vermitteln: »Bezogen ... auf die historische Analyse der Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland 1870 bis 1914 heißt das, daß hier die gesellschaftlichen Verhältnisse nur soweit dargestellt sind, als sie dem allgemeinen Typus kapitalistischer Verhältnisse entsprechen, und daß sie eben soweit nicht dargestellt sind, als sie dem allgemeinen Typus nicht entsprechen.« (61a) So wird die »Marxsche Theorie« zum Prüfstein der deutschen

Wirtschaftsgeschichte seit 1870, was der Untersuchung der *kapitalistischen* Wirklichkeit aber keinen Abbruch tun kann, denn: »Die historische Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise nähert sich ... zunehmend an die in der Kapitaltheorie gemachten Voraussetzungen an, oder die Abstraktionsstufe der Kapitaltheorie entspricht zunehmend den wirklichen Verhältnissen.« (63) — Die Kritik an den »unzulässigen« Modifikationen der Kapitaltheorie besteht nun ausschließlich in der Behauptung von Gegensätzen zwischen »der Marxschen Kapitaltheorie« und Versuchen, diese theoretisch weiterzuentwickeln. Formen der Monopolisierung wie Schutzzölle und Kartelle als Formen kapitalistischer Konkurrenz aufzufassen (so 271), stellt keinen Widerspruch zur Monopoltheorie jüngerer Datums dar. Die Kritik am Imperialismus-Konzept der SMK-Theorie beruht auf der Gleichsetzung von Imperialismus und Kolonialismus und verfehlt daher die SMK-Theorie. Die Entwicklung der Staatsfunktionen beschreibt Spohn charakteristischerweise nach dem Schema »Die Staatsintervention *war nichts anderes als* die durchgeführten gemeinsamen Interessen der herrschenden Klassen« (vgl. 348, 364, 375); warum diese Interessen ausgerechnet in jenen *Staats*eingriffen mündeten, wird nicht gefragt.

Aufgrund der vorweg angenommenen schwindenden Differenz zwischen Begriff und Geschichte kann er alle »Stationen« der kapitalistischen Entwicklung (Monopol, Imperialismus, Staatsinterventionen) als lediglich konkret-historische »Durchsetzungs-« oder »Erscheinungsformen« auffassen und »der Theorie« unterordnen, so daß sein Versuch, die historische Wirklichkeit »auf Basis« dieser Theorie zu erklären, oberflächlich bleibt. Die Zusammenstellung altbekannter Fakten zur deutschen und Weltwirtschaftsgeschichte im Lichte der »Reinwerdung« des Kapitalverhältnisses bringt keine neuen Einsichten in die zur Debatte stehenden Prozesse, vernachlässigt dafür aber innerhalb der marxistischen Geschichtswissenschaft noch immer ungelöste und zu wenig behandelte Probleme der Geschichte des deutschen Kapitalismus, zu deren Analyse »die Marxsche Theorie« allein eben nicht ausreicht: etwa die Frage nach dem Zusammenhang zwischen bürokratischer Tradition und kapitalistischer Industrialisierung in Deutschland oder nach dem Wechselverhältnis von ökonomischer Veränderung und dem politisch-ideologischen Herrschaftsverhältnis im Kaiserreich. Diese Prozesse sind genauso Bestandteil historischer Wirklichkeit wie die durch Marx entdeckten Entwicklungsgesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise.

Thomas Lindenberger (Berlin/West)

**Scharf, Claus, und Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.):** Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949. Fünf Beiträge zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten. Franz Steiner Verlag, Wiesbaden 1977 (93 S., br., 18,— DM).

Diese erweiterten Referate eines Kolloquiums vom November 1976 zur Vorgeschichte der Bundesrepublik stehen im Kontext einer jüngeren Forschung, die sich bemüht, stereotype Klischees der bisherigen Geschichtsschreibung zu überwinden und damit tradierte politische Vorurteile zu relativieren.

Abelshäuser wendet sich gegen die gängige Überbewertung von Währungsreform, Marshallplan und Marktwirtschaft als Träger des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Unter der methodischen Prämisse eines langfristigen volkswirtschaftlichen Wachstums und mit empirischem Material versucht er nachzuweisen, daß der Aufschwung bereits im Herbst 1947 begonnen habe, also vor jenen angeblich entscheidenden Maßnahmen. Daß die Währungsreform überhaupt als Impuls habe erscheinen können, sei darauf zurückzuführen, daß bis dahin das Produktionsniveau »systematisch um etwa ein Viertel unterschätzt worden« sei (9). In ihrem Vorfeld habe sie überdies Warenhortungen provoziert und somit der Rekonstruktion eher entgegengewirkt. Die Bedeutung der drei

Maßnahmen sieht Abelshäuser vor allem in ihren »sozialpsychologischen und politischen Wirkungen« (16). Im Gegensatz zu Abelshäuser betont Knapp die große politische Bedeutung des Marshallplans als Antriebsmoment für die Weststaatgründung, als Einfluß- und Steuerungsmoment zur Durchsetzung der »sozialen Marktwirtschaft« sowie als außenpolitischen Orientierungsrahmen (43). Den Marshallplan insgesamt charakterisiert er als »Verbindungskonzept zwischen der amerikanischen Europa- und Deutschlandpolitik«, dessen Ziel — zusammen mit der NATO — die »umfassende ökonomische und politische Stabilisierung der von den USA reklamierten Einflußsphäre in Europa« (42/43) gewesen sei. Angesichts des sich verschärfenden Systemkonflikts habe der Marshallplan »um so mehr antikommunistische und antisowjetische Wirkungen« gehabt und insoweit den Ost-West-Konflikt verstärkt (43). Link untersucht anhand reicher Materialien die Mitwirkung amerikanischer Gewerkschafter und Geschäftsleute an der westdeutschen Stabilisierung und konstatiert maßgeblichen praktisch-politischen und konzeptionellen Einfluß: die Gewerkschaften, besonders die AFL, hätten erheblich zur »Verankerung einer demokratisch-pluralistischen Ordnung« beigetragen (59), wobei die »gemeinsame demokratische, antikommunistische Grundhaltung ... ein wesentlicher Impuls der Zusammenarbeit« mit den westdeutschen Gewerkschaftlern gewesen sei (49). Die Geschäftsleute hätten — bei eindeutiger Favorisierung und Forcierung einer marktwirtschaftlichen Ordnung — auch eine »demokratische Entscheidung zugunsten der Sozialisierung der Grundstoffindustrie« respektiert, vermured Link (59). Die Behauptung eines harmonischen Zusammenwirkens von amerikanischen Gewerkschaftern und Geschäftsleuten bei der Installierung des »demokratischen und verkehrswirtschaftlich organisierten Gemeinwesens« (45) Bundesrepublik provoziert jedoch einige — leider unbeantwortete — Fragen nach der Vereinbarkeit gewerkschaftlicher und unternehmerischer Zielsetzungen, nach den Auswirkungen der Aktivitäten der US-Gewerkschaften auf die westdeutsche Unternehmerschaft bzw. der amerikanischen Geschäftsleute auf die westdeutschen Gewerkschaften. Die Diskrepanz zwischen den 1945 formulierten Zielen der französischen Deutschlandpolitik und den 1949 erreichten Ergebnissen thematisiert Kiersch. Dabei greift er auf die bekannte These vom fundamentalen Widerspruch zwischen »traditioneller und nationaler Großmachtpolitik« und einer wirtschaftlich und politisch schwachen, »auf die Hilfe von außen angewiesenen Mittelmacht« (61) zurück. Das von ihm festgestellte Defizit der bisherigen Erklärungsansätze, die Vernachlässigung oder Ignorierung »ökonomischer Faktoren und Prozesse«, will er mit dem Penetrationsansatz überwinden. Sein Fazit lautet, daß die französische Deutschlandpolitik »im Zuge der seit 1946 wachsenden ökonomischen Abhängigkeit« von den USA »in letzter Analyse lediglich als Wurmfortsatz der amerikanischen Deutschland- und Westeuropapolitik« verstanden werden könne (76). Mit dieser überpointierten These vereinfacht Kiersch den Zusammenhang zwischen amerikanischer und französischer Politik in realitätsverzerrender Weise, obwohl er gerade dahingehend seinerseits einige zeitgenössische Arbeiten »marxistisch ausgerichteter Wissenschaftler« meint kritisieren zu müssen (73). Eine Deutschlandkonzeption der britischen Labour Party hat es nach May/Paterson nicht gegeben, da sie sich in erster Linie um die schnelle Durchsetzung »innerer Reformen« in Großbritannien bemüht habe. So sei der institutionelle und der politisch-ideologische Einfluß auf die westdeutsche Entwicklung gering gewesen, nicht zuletzt wegen des zum Teil inkompetenten Personals der britischen Besatzungsbehörden. Mit der — allerdings noch breiter zu belegenden — These, »daß keines der wichtigen Ziele der Labour-Regierung in Deutschland ... ideologischer Natur« gewesen sei, daß zu keiner Zeit eine »sozialistische Lösung« angestrebt worden sei (91), widersprechen May/Paterson dem Bild von den sozialisierungswilligen, jedoch von den Amerikanern gebremsten Briten und relativieren somit die These von der »verhinderten Neuordnung«.

Der Band bietet einen guten Überblick über den aktuellen Stand und die Tendenzen der Forschung zur westdeutschen Nachkriegsgeschichte sowie zur Deutschlandpolitik der westlichen Alliierten. Er enthält viele neue Informationen und Erkenntnisse und weiterführende Fragestellungen, so daß sich die Lektüre für den, der keine »fertigen« Ergebnisse erwartet, sicher lohnt.

Werner Bührer (Hamburg)

### Soziale Bewegung und Politik

Bourderon, Roger: *Le fascisme. Idéologie et pratiques (essai d'analyse comparée)*. Editions sociales, Paris 1979 (219 S., br., 45,— frs).

Bourderon ist Historiker an der Universität Montpellier. Seine Untersuchung vergleicht Programme, Ideologie und Praktiken der drei wichtigsten faschistischen Erscheinungsformen: italienischer Faschismus, deutscher Nationalsozialismus und spanischer Phalangismus. Ziel ist, darin das Gemeinsame und »ihren Klassencharakter zu bestimmen« (9). Die Hauptthese besagt, daß die ideologische Konstruktion sich nur negativ bestimmen läßt als »prinzipieller Antimarxismus« (34). Ihre Elemente stammen aus der Gesamtheit des nichtsozialistischen politischen und sozialen Denkens des 19. Jahrhunderts. »Les thèmes idéologiques essentiels du fascisme brouillent toutes les pistes«, d. h., daß sie nicht nur die Spuren des sozialistischen Denkens verwischen, sondern auch die Richtung, in die sie führen. Der Nationalismus ist der Eckstein der drei Bewegungen; Bourderon beschreibt, wie Elemente aus »Urraditionen« des nationalen Lebens, mit denen das Volk unabhängig von neuen historischen Zusammenhängen »sentimental« verbunden bleibt und in denen es seine Identität erkennt, in die faschistische Ideologie integriert wurden. Dies wird z. B. gezeigt an der Ausnutzung der revolutionären Tendenzen des Risorgimento und an den Elementen in den faschistischen Fahnen und Symbolen. Die Anleihen beim sozialistischen Denken sind nur »formeller« Natur, wie z. B. das Wort »National-Sozialismus«. Bei der Umgruppierung (»regroupement«) von Elementen liegt »ein erster origineller Beitrag in der Radikalisierung schon vorhandener Themen« (108), z. B. der hitlerische Rassismus als übersteigerter Nationalsozialismus. Die »Unehrlichkeit« dieser Ideologie und ihre »demagogische Natur« (112) zeigt sich in der Diskrepanz zwischen den propagierten revolutionären und den wirklichen konterrevolutionären Zielen.

Eine Zugehörigkeit zur sozialen Gruppe, die von der Stellung des Individuums in der Produktion herrührt, wird »radikal verneint« und »kompensiert« durch die Zugehörigkeit zur Nation bzw. Rasse. Diese wird durch mannigfache Zwangszugehörigkeiten und die Mittätigkeit in Massenorganisationen praktiziert. Ziel ist die Auslöschung jeglichen Funks von Klassenbewußtsein. Überzeugung/Propaganda und Zwang/physische Gewalt sind zwei sich ergänzende Seiten der faschistischen Praxis: Überzeugung besteht hauptsächlich in Zwang. Er richtet sich gegen die vom Marxismus »unterwanderten« Massen, um sie in den »Sozialkörper« wiederinzugliedern (155). Der Autor beschreibt den Aktionsstil der Faschisten als breitgefächertes Instrumentarium, wobei Feste, Strafexpeditionen, Versammlungen, Zeremonien abwechselnd Angst und Begeisterung auslösen. Was das Wie der Durchsetzung der Ideologie betrifft, verweist er auf die Beiträge der Einzelwissenschaften: »Die Forschungsbeiträge der Soziologie, der Psychoanalyse und der Linguistik können es erlauben, die mannigfaltigen Vermittlungsschritte besser zu verstehen, die es einem absolut konterrevolutionären und für breitere Massen — einschließlich der Mittelklassen — Zwangssystem erlaubten, einen wichtigen Teil der öffentlichen Meinung in Italien und Deutschland (wenn auch keineswegs in Spanien) schon vor der Machteroberung gegen ihre eigenen Interessen zu gewinnen.« (165f.)

Martine Hénessart und Wolfgang Kowalsky (Paris)

**Kühnl, Reinhard:** Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskussion 2. Ein Leitfaden. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1979 (334 S., br., 6,80 DM).

Solange in regierungsoffiziellen Darstellungen von »Hitlers krankem Hirn« geredet wird (Demokratie als Auftrag, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Mai 1979, 72, vgl. 47ff.), solange werden die gesellschaftlichen Ursprünge von Faschisierung und Faschismus an der Macht verdrängt und muß Aufklärung über Faschismustheorien als ein Medium kritischer Darstellung des Gegenstandes geleistet werden. In diesem Sinn ist Kühnls popularisierende Darstellung wichtig. Allerdings wird diese politische Bedeutung dadurch gemindert, daß die »Gesamtinterpretation« (9) wissenschaftlich bereits zum Zeitpunkt ihres Erscheinens veraltet ist und somit keine zureichende Einsicht in den Gegenstand vermittelt, was wiederum den politischen Gebrauchswert entscheidend mindert.

Kühnl will eine »Gesamtdarstellung der Faschismuskussion« (10) liefern, nachdem er mit seinen »Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus« 1971 schon eine »Einführung in die Sache selbst« (13) gegeben hat. Die neue Publikation versteht sich als »Leitfaden« durch »die Haupttypen der Faschismusinterpretation« (10).

Kühnl gründet seine Arbeit auf eine konzeptionelle Einleitung, eine Betrachtung von »Wissenschaft als nützliche Tätigkeit und als Herrschaftswissen«, eine Behandlung von »Wesen und Funktion von Geschichtswissenschaft« und auf eine Betrachtung zur wissenschaftlichen Analyse von Wissenschaft, ehe er dann die »Hauptvarianten« mit ihren hauptsächlichen Vertretern behandelt; zuletzt äußert sich Kühnl auch noch »Zur Aktualität des Faschismusproblems«, wobei der Spannungsbogen von den »Randzonen der kapitalistischen Welt« bis zu den »entwickelten kapitalistischen Länder(n)« reicht und die Beziehung zwischen politisch-sozialen Verhältnissen und Stand, Entwicklung und Ausprägung der Faschismustheorien in der BRD mit behandelt wird. — Fürwahr, ein umfassender Anspruch, der dadurch noch höher wird, daß Kühnl »gewisse grundlegende Tatbestände über Ursachen und Struktur des Faschismus« nicht notwendig als bekannt voraussetzt, weil der »Bezugspunkt der Kritik an den Theorien ... notwendigerweise und immer wieder der wirkliche Faschismus« (13) ist.

Auch wenn Kühnl eine klare zusammenfassende Bewertung der Theorien nicht vorträgt, so wird erkenntlich, daß er denjenigen Theorien den höchsten »Erklärungswert« zuspricht, die im Zusammenhang mit Faschismus von Kapitalismus reden. Die Darstellung des »Faschismus als Bündnis« von traditionellen Eliten bzw. herrschender Klasse und faschistischer Parteioligarchie, »die Theorie von Faschismus als Diktatur des Monopolkapitals« (213ff.) werden als jene »Gesamtinterpretation der Ideologie, der Massenbewegung und des Herrschaftssystems« (12) bezeichnet, die — ergänzt durch sozialpsychologische Aussagen (110ff.) — der Kühnl'schen Gegenstandsisde entsprechen.

Mit dieser Bewertung erweist sich Kühnls Buch als traditionalistisch; Subjekt von Faschismus und Faschisierung ist »die herrschende Klasse« (vgl. z.B. 40ff., 168ff., 252) und zentral ist die Erklärung des Faschismus als System. Diese Position gibt Kühnl eine Interpretationsicherheit, die allerdings wesentlich durch Nichtwahrnehmung divergierender Interpretationen zustande kommt. So kann Kühnl (121f.) beispielsweise mit Theweleits Erklärungsansatz gar nichts anfangen, Argumente der »psycho history« und der Rekonstruktion faschistischer Lebensverläufe sind ihm unbekannt, Präsentationsformen der NSDAP werden nicht behandelt; selbst die Unterscheidung von »System« und »Bewegung« wird nicht gewürdigt. Die entsprechenden Arbeiten fallen für Kühnl wohl alle unter die Rubrik: nicht-einflußreich. Kühnl fällt damit hinter dem neueren Differenzierungsstand zurück (vgl. im *Argument* Karin Priesters Beitrag zu H. 117). Als zentrale Kritik ist — gegenüber aller Kritik im Detail (vgl., sehr peinlich, 330, wo zwei gleichlautende Autoren verwechselt werden) — festzuhalten: Kühnl hängt an der überholten Politik — Ökonomie — Kontroverse und betreibt weiterhin jene ökonomi-

stische Reduktion einer marxistischen Theorie, von der Sartre gesagt hat, sie sei durch die »Austreibung des Menschen« charakterisiert, und gegen die sich auch im Feld der Faschismusanalyse der Wunsch nach Erkenntnis der Handlungsspielräume, -schränken und Gestaltungsmöglichkeiten von Subjekten richtet. Kühnl aber zeigt nicht, wie subjektive und objektive Strukturen in Verbindung gebracht werden können.

Eike Hennig (Frankfurt/M.)

**Habermehl, Werner:** Sind die Deutschen faschistoid? Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über die Verbreitung rechter und rechtsextremer Ideologien in der Bundesrepublik Deutschland. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1979 (256 S., br., 14,80 DM).

»45 Prozent der Befragten stimmen der Meinung zu, daß 'gegen diejenigen, die die freiheitliche demokratische Grundordnung bedrohen, alle Mittel recht sind' (bei 21 Prozent 'Enthaltungen' und 34 Prozent 'Gegenstimmen').« (62) »Zwei Fünftel der Befragten glauben, der im Fragebogen unterstellte 'moralische Verfall unserer Gesellschaft' könne 'nur dann aufgehalten werden, wenn die Gerichte härter urteilen'.« (75) Die Hälfte der Befragten stimmt der Auffassung zu: »Der Staat muß über seine Bürger genau Bescheid wissen. Jedermann hat deshalb die Pflicht, die Polizei bei all ihren Nachforschungen so gut es geht zu unterstützen« (75) und »ein Drittel der Befragten findet, daß 'die Polizei jeden Verdächtigen solange festhalten können muß, bis dessen Unschuld erwiesen ist.'« (76) Dies sind einige Ergebnisse der Untersuchung Habermehls, die jener bewußt kurzschlüssigen Logik der Verfassungsschutzberichte widersprechen, derzufolge die geringen Stimmenanteile der NPD bei Wahlen die verbreitete Ablehnung rechtsextremistischen Gedankenguts in der BRD beweisen. Habermehl vertritt eine »Auffassung vom Faschismus, die darin ein Syndrom erblickt, das sich im wesentlichen aus drei fundamentalen Einstellungskomplexen zusammensetzt: Autoritarismus, Militarismus, Ethnozentrismus« (33). Ob er damit die faschistische Ideologie mit der nötigen Trennschärfe gegenüber anderen rechten und rechtsextremen Ideologien erklärt hat, ist zu bezweifeln. Daß der Faschismus nicht bloß in den Köpfen stattfindet, wie seine Formulierung nahelegt, weiß Habermehl selbst.

Für seine schriftliche Befragung hat er »insgesamt sechs zum Teil recht unterschiedliche Fragebogen verwendet« (225), ohne deren Unterschiede allerdings im Buch mitzuteilen. Die Fragen sind zum Teil nahezu wörtlich aus der schon als »klassisch« zu bezeichnenden Untersuchung von Adorno u. a. über die autoritäre Persönlichkeit entnommen, doch hat Habermehl fünf Antwortmöglichkeiten vorgegeben und damit den Befragten größere Differenzierungsmöglichkeiten geschaffen. Problematisch sind besonders die acht offenen Fragen, denen der Verfasser großes Gewicht beimißt. Wenn Habermehl etwa fragt: »Wie stehen Sie grundsätzlich zu Diktatur und Demokratie?« und sich 90 Prozent der Befragten »grundsätzlich« für die Demokratie aussprechen, so ist dies nicht mehr als ein wohlfeiles Bekenntnis der grundsätzlichen Übereinstimmung mit dem bestehenden politischen System. Aber: »Über vierzig Prozent glauben, daß eine Diktatur in mindestens einem der folgenden Punkte einer Demokratie überlegen ist: — Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; — Bekämpfung der Kriminalität, insbesondere des Terrorismus; — schnelles, effizientes Operieren in Krisensituationen; — Lösung der Probleme von Entwicklungsländern. Häufig wird auch darauf hingewiesen, daß in Diktaturen ganz einfach 'mehr Ordnung' herrsche« (38). An dieser Stelle wäre nötig gewesen zu analysieren, *was* die betreffenden Befragten sich unter »Diktatur« und »Demokratie« vorstellen — schließlich will Habermehl die Verbreitung faschistoider Einstellungen und nicht die Reaktion auf die schlagwortartige Frage »Diktatur oder Demokratie« untersuchen. Die Antwort auf die zum Titel erhobene Frage bleibt er aber nicht nur an dieser Stelle schuldig. Die Ergebnisse der einzelnen Fragenkomplexe stehen

recht unvermittelt nebeneinander und da sie vom Verfasser nur im Zusammenhang seiner eigenen Interpretation referiert werden, eine Synopse leider fehlt, ist es für den Leser mühsam, die Umfrageergebnisse zu überschauen und die Darstellung des Verfassers zu kritisieren.

Trotzdem verdient diese Arbeit Aufmerksamkeit, auch mit Hinblick darauf, welche erhebliche Rolle demoskopische Untersuchungen, die im Gegensatz zu Habermehls Arbeit nicht der Öffentlichkeit zugänglich sind, gerade in Wahljahren in der Politik der BRD spielen.

Harald E. Jost (Marburg)

**Pressedienst Demokratische Initiative PDI (Hrsg.): Rechtsradikale Jugendorganisationen. Beiträge und Dokumentation. PDI-Sonderheft 8, München 1979 (80 S., br., 3,60 DM).**

Dem vom PDI herausgegebenen Sonderheft über neonazistische Jugendorganisationen kommt schon deshalb besondere Bedeutung zu, weil die Bundesverbände der Jungdemokraten, Jungsozialisten und der sozialistischen Jugend Deutschlands — Die Falken — als Mitherausgeber fungieren und durch eigene theoretische Beiträge vertreten sind. Insofern gibt das Heft nicht nur Informationen über 23 rechte Jugendorganisationen, sondern es repräsentiert quasi-offizielle Stellungnahmen dreier wichtiger antifaschistischer Jugendorganisationen.

Alle Autoren betonen den »eindeutigen Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Repression« (9) und den »besonderen Boden, auf dem Neofaschismus gedeiht« (11): fehlende demokratische Traditionen, verpaßte Entnazifizierung, subjektive Ohnmacht gegenüber Arbeitslosigkeit und unbeherrschten Technologien. *Reinhard Schultz* (Jusos) betont die Notwendigkeit, Widerstand zu organisieren nicht gegen die neonazistischen Jugendlichen selbst, sondern gegen die Statthalter des »besonderen Bodens«; er sieht jugendlichen Neofaschismus als »eine Ausdrucksform der subjektiv Ohnmächtigen« (11) im Zusammenhang mit Jugend-Alkoholismus, Drogenkultur, Terroristen-Szenerie.

Für *Georg Hundt* (Jungdemokraten) stellt sich das Problem, »anhand nicht bewältigter Vergangenheit Aufklärung zu betreiben« (13); Antifaschismus in der BRD sei nicht massenhaft verankert, die demokratischen Jugendorganisationen seien »zu geschichtlichem Nachhilfeunterricht aufgefordert« (17). Hundts Aufklärungs-Postulat läßt allerdings die Frage offen, wie (und ob überhaupt) auf emotional stimulierte »rechte« Verhaltensweisen »rational« (d. h. kognitiv) reagiert werden kann. Dieses Defizit wird auch in den abschließenden Beiträgen von *R. Berthelmann* (SJD — Die Falken), *M. Koppnagel* — Katholische Landjugendbewegung (KLJB) und *E. Ubr* (Evangelische Schülerarbeit) nicht behoben. Koppnagel beispielsweise hält im Rahmen von Jugendverbandsarbeit die Thematisierung von Zielsetzungen und Praktiken nationalistischer Gruppen, »die Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in der politischen Bildung«, die Bereitstellung »angemessener Orientierungs- und Verhaltensmodelle für menschliches Zusammenleben« und die Bewußtmachung der »ethischen Voraussetzungen gerechter und sinnvoller gesellschaftlicher Ordnungen« (27) für unentbehrlich. Die Problematik antifaschistischer Politik wird von allen Autoren dimensioniert auf kognitive didaktische Modelle, ohne daß das Problem von »Verstand« und »Sinnlichkeit«, von »Kopf« und »Bauch« als solches thematisiert wird.

Der dokumentarische Schlußteil beschreibt rechtsradikale Jugendorganisationen und Funktionäre. Die biographischen Angaben zu einzelnen Funktionären (u. a. die jetzt verurteilten Kühnen, Puls, Schulte, Wegener) beschränken sich auf deren jeweiliges Eintrittsdatum in eine neofaschistische Organisation, auf deren Funktion innerhalb der Organisation und auf etwaige Verurteilungen und anhängige Verfahren, auf Gründe der Anklage. Das biographische Datenmaterial gibt keine Aufschlüsse über Sozialisa-

tion und Motivationen dieses Personenkreises. Die Frage, was Jugendliche heute bewegt, sich stärker als je zuvor in der Geschichte der BRD nach »rechts« zu radikalisieren, wird weder in den Beiträgen gestellt, noch kann dieses Problem anhand der biographischen Daten diskutiert werden.

Insgesamt gesehen vermittelt das Heft Informationen über eine Art rechter Subkultur, belegt aber auch die Unfähigkeit demokratischer Jugendorganisationen zu antifaschistischer Politik, die noch immer in verschulter »Aufklärung« steckenbleibt anstatt sich zu überlegen, ob und wie den Ausdrucksformen des jugendlichen Faschismus (vorwiegend ästhetisch: Sonnenwendfeiern, Militarismus, Tragen von NS-Kleidung, Hakenkreuzschmierereien) begegnet werden kann. Ein theoretischer Ansatzpunkt hierzu wäre z.B. die Problematik der »Durchlaufzeit« Jugendlicher in neofaschistischen Organisationen. Es ist nicht bekannt und zu wenig diskutiert, ob die rechtsradikale jugendliche Subkultur »einer Entwicklungsphase entspricht, durch die der Jugendliche hindurchgeht und der er wieder erwächst« (R.R. Bell), oder ob Tendenzen für längerfristiges Engagement überwiegen. Deshalb kann z.Zt. wenig darüber ausgesagt werden, welche der Jugendlichen im Umfeld des »harten Kerns« (z.B. der ANS, der Jungen Nationaldemokraten) noch demokratisch ansprechbar sind bzw. welche es schon nicht mehr sind.

Auf längere Sicht kann es unter strategischen Aspekten mit der Produktion von Aufklärungswissen allein — etwa in der Art des vorliegenden Buches — nicht sein Bewenden haben. Mit der »Rock gegen Rechts«-Kampagne beispielsweise ist ein Ansatzpunkt für eine nicht-intellektuelle, nicht-kognitive und nicht-juristische »Aufklärung« gefunden worden, deren Ausstrahlung in das »rechte« Lager allerdings vorerst unklar ist. Bleibt zu vermerken, daß die Stellungnahmen der Jungdemokraten, Jungsozialisten und der »Falken« genau dort haltmachen, wo es gilt, Aufklärungswissen durch andere Formen gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung zu ergänzen.

Hans-Gerd Jaschke (Frankfurt / M.)



Historische, rechtliche, psychoanalytische Aspekte der Emanzipation. Autorität und Familie. Geschlechterspannung. Bloch, Marcuse, Heinrich u.a. (aus: Argument 22/23/24)  
SH 36 126 S. 8,00 DM.



Häufigkeit, Sozialverteilung, Verursachung psychischer Störungen. Empirische Daten aus der BRD. Vorwort und Bibliographie 1980.  
SH 38 47 S. 4,00 DM.




---

## 2 '80

### *Afghanistan*

W. Brönnen: Ursachen der afghanischen Krise

K. Ege: US-Interventionismus in Afghanistan

B. Karmal: Unmittelbare Aufgaben der neuen Regierung

### *Kampuchea*

H. Meinke: Kampuchea-Hilfe für wen?

FG BRD-Vietnam: Forderungen zu Kampuchea

### *Zimbabwe*

J. Ostrowsky: Frieden oder neuer Krieg?

### *Nicaragua*

P. Jacobs: Beobachtungen im neuen Nicaragua (2. Teil)

## 3 '80

### *USA*

W. Brönnen: Carters Doktrin — Antwort auf Afghanistan?

Globales Pakt- und Stützpunktsystem der USA

### *Erdölpolitik*

Brönnen/Maaskola: Die Ölkrise — Werk der OPEC? (1. Teil)

### *Indien*

U. Rupp: Das Comeback Indira Gandhis

### *Afghanistan*

Interview mit Maulawi Abdul Aziz Sadeq: Wir Moslems stehen zum revolutionären Prozeß

11. Jg 1980

---

## 3 '80

b:ie-Thema: Leben statt Pauken. Soziales und gemeinwesenorientiertes Lernen in oberitalienischen Kommunen

J. Zimmer: Der Mut Risiken zu übernehmen

W. Gaiser/J. Ramseger: Schule jenseits der Schule?

O. Herz: Widersprüche im eigenen Land kennenlernen

### *Wissenschaft und Studium*

R. Fuhr/M. Wesseler: Die Methode Paul Freire oder: Wem dient die Wissenschaft?

R. Lehmann: Wissenschaftliche Pädagogik

### *Serie Erziehungswissenschaft*

A. Sander: Sonderpädagogik.

Aussondern ist falsch

### *Beiträge*

V. Hopf: Lehrerverhalten. Zusammenarbeit ohne Zwang

## 4 '80

W. Hahn: Kirche schließt pädagogisches Institut. Prozeß gewonnen — Arbeitsplatz verloren

T. Neraal: Schüler-Selbstmord: Ohnmacht der Schule?

K. Hurrelmann: Schulversagen und Orientierungskrise

Hopf/Neumann/Richter: Empirisches über Schulaufsichtsbehörden

K.P. Craemer: Lehrerstudenten:

Examen und dann?

P.E. Kalb: Pädagogische Forschung.

Der Staat zensiert.

13. Jg 1980

---

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. Erscheint monatlich. Einzelheft 2,— DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahressabo 20,— DM. AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

---

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim · Einzelheft DM 5,—; Jahressabo DM 48,—; Studentensabo DM 38,—; Prohabsbo (4 Hefte) DM 10,—

# Blätter für deutsche und internationale Politik

---

3'80

*Kommentare und Berichte*

D. Lulinski: Zu Edward Giereks Vorschlag für eine Europäische Abrüstungskonferenz in Warschau

U. Rupp: »Fällt« auch El Salvador?

A. Pinck: Ein Jahr EWS

*Glosse*

A. Kreutzberg: Kein Button im Dienst!

*Hauptaufsätze*

B. Greiner: »Aggressiv, natürlich auf friedliche Weise«. Die Außenpolitik der Carter-Administration

H.W. Kahn: Vergessene Interventionen? Ein chronologischer Abriss

C. Götz: Der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms. Eine Übersicht über die Veränderungen gegenüber dem geltenden Programm von 1963

G. Zipfel: Die Frauenbewegung und der »Starke Mann«

V. Holz: Was wurde aus der »Großen Steuerreform«?

Das Konzept des F.J. Strauß. Aus Reden und Schriften des Kanzlerkandidaten

*Wirtschaftsinformation*

J. Goldberg: Die wirtschaftliche Entwicklung in der BRD im Jahre 1979 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

*Medienkritik*

G. Giesenfeld: »... dann wehr ich mich«

*Dokumente zum Zeitgeschehen*

25. Jg. 1980

---

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolfinger, J. Hüffschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. - Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhofer, J. Weidenheim. - Erscheint monatlich. - Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,30 DM. - Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

## BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

---

2'80

*Kommentare*

Schrecken ohne Ende/Schlachten um Plumeyer/Wende im Lehrstellenpoker?/Imperialistische Großmachtpolitik?/Wie die Entspannung sichern?/Sacharows Gegner/Goldrausch

*Die Linke und die Grünen*

Streitgespräch mit Vertretern der Alternativen Liste Berlin

Thesen zu Marxismus und Ökologie II

Die planetarische Wende (Gruhl)

Kommunismus? Ohne Wachstum? (Harich)

Regierung Strauß = Neuer Faschismus und reaktionäre Ordnungsmacht Westeuropas? Auseinandersetzungen in der Gewerkschaftsjugend

*Internationalismus*

Die Hand Moskaus über der PCF?

Linksverschiebung bei den italienischen Sozialisten?

Vereinigung von Sozialisten und Kommunisten in Katalonien?

Arbeitsrecht in Spanien

Das Erbe Lenins ist nicht der Leninismus (Teil 2)

*Ökonomisch — politische Reviews*

Afghanistan — Hintergründe einer militärischen Intervention

Der bürgerlich-konservative Weg in Großbritannien

*Zeitschriften**Bücher**Notizen*

6. Jg 1980

---

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher — Erscheint zweimonatlich — Einzelheft DM 9,—, Jahresabo DM 44,—, VSA Verlag, Postfach 260230, 2000 Hamburg 26

The Canadian Journal of Sociology  
Cahiers canadiens de sociologie

# Demokratische Erziehung

## 5'80

R. Ogmundson: Toward study of the endangered species known as the anglophone Canadian

S.D. Berkowitz: Structural and nonstructural models of elites: a critique

G. Nettler: Sociologist as advocate

Taylor/Chappell/Brickey: A critical comment on Hagan and O'Donnell's »Sexual stereotyping and judicial sentencing: a legal test of the sociological wisdom«

Hagan/O'Donnell: Back to basics: a reply to Taylor, Chapell, and Brickey

*Book Reviews / Comptes Rendus*

G. Neuwirth: Guenther Lueschen and Gregory P. Stone, eds., Herman Schmalenbach on Society and Experience

A.W. Frank III: Barry D. Adam. The Survival of Domination: Inferiorization and Everyday Life

B. Baldus: Rudolf Bahro. The Alternative in Eastern Europe

M. Baker: Armstrong. Pat and Hugh Armstrong. The Double Ghetto: Canadian Women and their Segregate Work

R.D. Schwartz: Charles David Axelrod. Studies in Intellectual Breakthrough: Freud, Simmel, Buber

H. Mol: David Martin. A General Theory of Secularization

D. Smythe: Frank W. Peers. The Public Eye: Television and the Politics of Canadian Broadcasting 1952-1968

B.E. Burtch: W.P. Kinsella. Dance Me Outside, Scars

5. Jg 1980

Editorial Board: S.D. Clark; G. Fortin; E. Gross; S. Lieberson; M. Schwartz; D. Wrung. — Erscheint vierteljährlich. Einzelheft Can. \$6.00. Jahresabo Can. \$18.00. — Bestellungen: Department of Sociology, The University of Alberta, Edmonton, Alberta, Canada T6G 2E1

## 2'80

*Kommentare und Berichte*

H. Lüdtkede-Ide/A. Weinmann: Afghanistan — Ein politischer Konflikt an unseren Schulen

J. Trede/M. Wolter: Der Arbeitskampf der GEW in Hamburg

K. Naumann/I. Piper-Seier: Der Studienreformkongreß der VDS

W. Rügemer: »Modell Deutschland« für die Berufsbildung in Frankreich?

*Demokratische Erziehungspraxis*

H.-P. Klein/M.-T. Koch/G. Lerner: Aus der Geschichte lernen

*Hauptaufsätze*

K.-H. Lichtenberg: Fürsorge als Rassenhigiene

G. Pakschies: Demokratische Bildungsreform auf Besatzungsbefehl?

G. Caburoil/C. Michel: Der Kampf der CGT gegen die Einführung des dualen Systems in Frankreich

A. Saad: Die nationaldemokratische Revolution im Bildungswesen der VDRJ

*Bilanz und Perspektiven der Bildungsreform*

H. Bethge: Zur Strategie der demokratischen Bewegung im Bildungsbereich

D. Görs: Die Folgen der »Nicht-Reform«

D. Danckwerts: Die Entwicklung der Lebensbedingungen in der BRD 69-80

W. Mickel: Kontroversen um die politische Bildung in den 70er Jahren

*Diskussion*

H. Werner/R. Scheppelmann/D. Dattel: Zu J. Kahl. »Weihnachten als Friedensfest«

6. Jg 1980

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. — Alle zwei Monate. — Einzelheft 5. — DM, im Jahresabo 3,50 DM. Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

# kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

# MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME  
DER GESELLSCHAFT, WIRT-  
SCHAFT UND POLITIK

24

R. Bahro: Sozialistische Alternative und Ökologie

W. Jasper: Nicht nur der Maoismus verläßt seine Kinder

W. Spohn: Afghanistan und Iran im Brennpunkt imperialistischer Konflikte

F. Halliday: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse in Afghanistan

U. Albrecht: Die afghanische Krise

Pohly / Braun: Iran: Auf dem Reißbrett der Militärstrategen

E. Garbe: Die indonesische Flüchtlingsstrategie und ihre Hintergründe (2. Teil)

W. Olle: Neue Weltarbeitsteilung und Auslandsbeschäftigung der westdeutschen Industrie

Jacobson / Wickham / Wickham: Babbage und Dependenztheorie: Eine untaugliche Synthese zur Erklärung der neuen internationalen Arbeitsteilung

P. Jansen: »Kabuls Schatten lastet auf der französischen Arbeiterbewegung«

U. Dammann: George Meany, Trade Unionist, 1894 — 1980

H. Gollwitzer: Rudi Dutschke. Er war einer von denen, die ihre Haut hinhalten um ihre Wahrheit zu beweisen

J. Treulieb: Rudi Dutschkes Leben

T. Ehleiter: Erinnerung an Rudi

B. Rabehl: Für Rudi

D. Brox-Brochot: Rudis Aktivitäten bei den Grünen

W. Biermann: Rudi Dutschke (Lied)

E. Fried: Für Rudi Dutschke (Gedicht)

8. Jg. 1980

Hrsg.: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudolf Bahro (Bremen), Fernando Claudin (Madrid), Rudi Dutschke (†), Ossip K. Flechtheim (Berlin), Helmut Fleischer (Darmstadt), Robert Jungk (Salzburg), Ekkehart Krippendorff (Berlin), Lucio Lombardo Radice (Rom), Ernest Mandel (Brüssel), Klaus Meschkat (Hannover), Lutz Mez (Berlin), Jakob Moneta (Frankfurt), Arno Münster (Paris), Oskar Negt (Hannover), Theo Pirker (München/Berlin), Bernd Rabehl (Berlin), Jochen Steffen (St. Peter Ordning)

2 '80

35 Jahre nach Faschismus und Krieg

8. Mai — Tag der Befreiung  
Um was geht es in Afghanistan?

*Zum Thema*

M. Buschmann: NATO-Beschluß gegen Entspannung

G. Matthiessen: Neues Wettrüsten oder Abrüstung in den 80er Jahren

I. Kremer: Sowjetunion und Bundesrepublik — Geschichte und Gegenwart

R. Opitz: Was ist rechts?

Was sind Rechtstendenzen?

W. Reckert: Jugendbewegung gegen Faschismus und Krieg

Alle Kräfte für Entspannung und gegen Rechtsentwicklung!

H. Sorge: Friedliche und militärische Kernenergienutzung — Gefahren und Zusammenhänge

A.M. Scharnow: Ökologische Krise als Erscheinung der allgemeinen Krise des Kapitalismus

R. Steigerwald: Sechs Thesen zum ökologischen Reformismus

G. Judick: Arbeitereinheit schützte die Republik — Vor 60 Jahren Kapp-Putsch

E. Wimmer: Rückgriffe auf den Austromarxismus

18. Jg 1980

Hrsg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner - Red.: F. Krause - Alle zwei Monate. Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung - Vlg. Marxistische Blätter, Hedderheimer Landstr. 67a, 6000 Frankfurt/Main 50.

# mehrwert

beiträge zur kritik der politischen ökonomie

---

20

*Editorial:*

Aufforderung zur Diskussion

R. Drechsel: Didaktische Probleme

G.-E. Famulla: Arbeitsökonomie im Studium

J. Freimann: Produktionsfaktor Arbeit

G. Krell: Lohn und Leistung

Bammé/Bürkardt/Holling/Peters:  
Arbeit und Persönlichkeit

H. Woll Mitbestimmung

W. Schwartz: Arbeit der Frau

A. Tacke: Arbeitslosigkeit

T. Siegel: Arbeit im Nationalsozialismus

Feuerstein/Rudolph: Technischer Wandel  
und Arbeit

G. Ortman: Arbeitslast und -lust: Alternativen

T. Hinrichs: Arbeitnehmerorientierter  
Wirtschaftslehreunterricht. Ableitung und  
Grundsätze für die Unterrichtspraxis an  
beruflichen Schulen

---

Verein zur Herausgabe des mehrwerts e.V.: Horst Arndt, Adelheid Biesecker, Gerd Famulla, Hans Utz Foederreuther, Elisabeth Glombowski, Jörg Glombowski, Lutz Heiligenstadt, Sonke Hundt, Rainer Künzel, Jürgen Mendner, Gunther Ortman, Hajo Riese, Manfred Sommer, Ilse Costas-Steinfeld, Dieter Timmermann, Heide Wiermann. — Erscheint unregelmäßig - mehrwert, Salzburger Str. 8, 1000 Berlin 62

# psychologie heute

---

3'80

U. Beer: Von Fall zu Fall. Gespräch mit dem Ratgeber

G. Bliersbach: Politische Psychologie. Projektionsfläche Strauß

W. Hirst/U. Neisser/E. Spelke:  
Kognitive Psychologie. Kann man zwei Dinge gleichzeitig tun?

H.-G. Metzger: Psychotherapie. Die Verhaltenstechniker entdecken das Selbst

S. Bok: Ethik. Sollen Ärzte lügen dürfen?

W. Sandner: Jugend. Sei cool, Mann! Popmusik als Lebensgefühl

T. Roth: Psychiatrie-Geschichte. »Ich werde embetorend vernachlässigt«

*Rezensionen*

*Neue Bücher*

*Markts*

4'80

Titelthema: Neue Formen des Zusammenlebens

Wie Kinder Geduld lernen

B. Sievers: Organisationsentwicklung. Ziele, Theorien und Methoden

Otto Gross — Wahnsinniger oder Revolutionär?

Graffiti — Fotoreportage über Klosteralereien

*Rezensionen*

*Neue Bücher*

*Markts*

7. Jg 1980

---

Redaktion: S. Brockert, H. Ernst, M. Moebius, B. Nitzschke, A. Roethke. — Monatlich. — Einzelheft 5,- DM. Jahresabo 45,- DM. — Beltz Verlag, Postfach 11120, 6940 Weinheim

Zeitschrift für  
Sozialistische Politik und Wirtschaft

**spw**

**6'80**

*Aktueller Kommentar*

H. Raßmes/D. Scholz: Afghanistan — Ende der Entspannungspolitik?

*Diskussionsschwerpunkt*

H. Arnold: Ökologische Probleme — Umweltprobleme: Notwendige Folgen technischer Entwicklung?

Alternative Technologien — neue Dimension sozialer Politik?

G. Linke/K. Westermann/A. Westphal: Mit neuen Werten zum Sozialismus?

K. Krusewitz: Gewerkschaften und Nuklearproblematik

D. Scholz: Die Kernenergie Diskussion auf dem Bundesparteitag der SPD und ihre Konsequenzen für die Partei-Linke

Rüstung und Arbeitsplätze

W. Biermann: Der »Nachrüstungsbeschluß« der NATO, die SPD und die »Sicherheit der 80er Jahre«

*Interview*

P. Ingrao: »... Strauß will ganz Europa eine andere Orientierung geben«

*Berichte*

F. Heidenreich: Bericht vom 2. Otto-Bauer-Symposium

K.P. Wolf: Der SPD-Bundesparteitag in Berlin

*Dokumentation*

Wer glaubt an die »wertfreie« Technik

*Archiv*

Zum politischen Gedenken an Paul Levi

3. Jg 1980

Hrsg. Detlev Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Josef Hündels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thusing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, I. Bettsstein, R. Brögeler, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Chr. Rix-Mackenthun, D. Scholz, M. Zens. Die spw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft DM 7,70, im Jahresabo DM 5, — zuzüglich Postversand. Bestellungen über spw-Vertrieb, Moltkestraße 21, D-1000 Berlin 45

**TEXT+KRITIK**

**67**

Egon Erwin Kisch  
Poesie der Neugier

B. Frei: Zweimal Kisch

C. Siegel: Reporter: Schriftsteller der Wahrheit

Egon Erwin Kischs Begründung des Fakten-Genres

E. E. Kisch: Verbrechen und Literatur

M. Jäger: Das Klischee einer exemplarischen »Entbürgerlichung«

Zum Kisch-Bild der DDR

E. E. Kisch: Eine Frau an der Seidenfront

E. Schütz: Moral aus der Geschichte

Zur Wahrheit des Egon Erwin Kisch

E. Schütz/B. Urbanowski: Auswahlbibliographie Egon Erwin Kisch bis 1978

M.v.d. Grün: Über Kisch

*Notizen*

Herausgeber: H. L. Arnold; redaktionelle Mitarbeiter: I. Laurien, U. Voskamp. — Erscheint jährlich in 4 Hefen. — Preis 6,50 DM. — edition text + kritik, Postfach 80 05 29, 8000 München 80

Jean Elleinstein  
Eurokommunismus und Sozialdemokratie

Christine Buci-Glucksmann  
Stalinismus und Sozialdemokratie

Pietro Ingrao  
Die europäische Linke und der Dritte Weg

Nicos Poulantzas  
Marxismus zwischen Sozialdemokratie  
und »realem Sozialismus«

Enrico Berlinguer  
Sozialismus und Demokratie

Edmond Maire  
Krise und Zukunft der Arbeiterbewegung

Bruno Trentin  
Die »neuen Arbeiter«

Luciano Lama  
Schwierigkeiten einer neuen  
Gewerkschaftspolitik

Nicolas Sartorius  
Alternative gewerkschaftliche Praxis:  
Das Beispiel Spaniens

Manuel Azcarate  
Europa und die Kommunisten

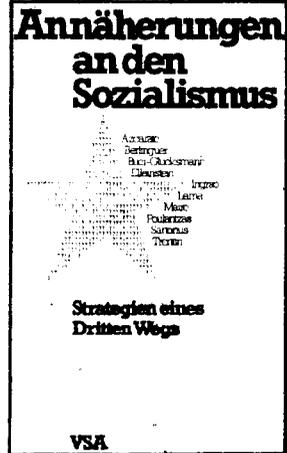
J. Bischoff/J. Kreimer  
Reformismus und  
sozialistische Umgestaltung

Gibt es jenseits von Sozialdemokratie und Stalinismus eine politische Strategie, die an den Sozialismus heranführt? Hier wird offen und kritisch Bilanz gezogen: die Seitenwege und Sackgassen werden ebenso untersucht, wie die Fortschritte und neuen Erkenntnisse, die die eurokommunistische Strömung trotz aller Unkenrufe in den letzten Jahren gestärkt haben.

## Annäherungen an den Sozialismus

Strategien eines Dritten  
Wegs zum Sozialismus  
Herausgegeben von Joachim  
Bischoff und Jochen  
Kreimer.

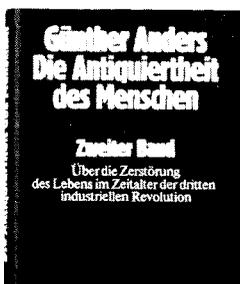
Mit Beiträgen von Azcarate,  
Berlinguer, Buci-Glucksmann,  
Lama, Maire, Poulantzas,  
Sartorius und Trentin  
240 Seiten; DM 16,80  
ISBN 3-87975-176-5



**VSA-Verlag**  
Postfach 501571  
2000 Hamburg 50  
Tel. 040/8992561

# Günther Anders ■ Die Antiquiertheit des Menschen

«Wenn atomare Sprengköpfe lagern, kann man sich nicht damit aufhalten, die Nikomachische Ethik zu deuten.»



Neuerscheinung  
1980

Verlag C.H. Beck



Verlag C.H. Beck

Soeben erschien  
der zweite Band  
dieses bedeutenden  
Werkes:

**Über die Zerstörung des Lebens  
im Zeitalter der dritten  
industriellen Revolution**

1980. 480 Seiten. Leinen DM 38,-

In einer Neuauflage liegt vor:

**Erster Band  
Über die Seele im Zeitalter  
der zweiten industriellen  
Revolution**

Durch ein Vorwort ergänzte 5. Auflage. 1980.  
368 Seiten. Leinen DM 28,-

**C. H. Beck**

## die Tageszeitung

taz - journal no. 1

### Ökologie

Am 17. April erscheint die Tageszeitung seit einem Jahr. Grund genug, uns und unseren Lesern ein kleines Geschenk zu machen, das erste taz - Journal mit dem Thema Ökologie.

Auf 192 Seiten die wichtigsten Ereignisse und Diskussionen aus der Ökologie und Anti-Atom-Bewegung seit März 1979; wichtige Artikel aus der taz und neue Beiträge - von bekannten Autoren und anonymen Leserbriefschreibern.

**Rund 300 Fotos und Abbildungen. Für ganze 9 Mark und 80 Pfennig gibt es das taz - journal ab dem 17. April.**



## Wo gibt's das taz - journal?

1. **Am Kiosk:** in Hamburg, Hannover, Berlin, Braunschweig, Göttingen. In vielen anderen Städten in den Bahnhofsbuchhandlungen.

2. **In allen guten Buchläden** zu bestellen unter ProLit, Nr. 301 81

3. **Direkt bei der Tageszeitung bestellen.** Das funktioniert folgendermaßen: DM 10, 60 (Preis und 80 Pfennig Porto) auf das Postscheckkonto des Verlages „die Tageszeitung GmbH Frankfurt“ einzahlen. PschA 01m, Nr. 100490-603. Die Lieferadresse, also eure Anschrift, auf dem Empfängerabschnitt nicht vergessen.

1-Wochen Probeabo  
(5.-DM Schein/Scheckbeiliegend)

Name Vorname

Straße

PLZ Ort

absenden an

**die Tageszeitung**

Wattstraße 11 -12, 1000 Berlin 65

Abt.: Probeabo



# Syndikat Frühjahr 1980



»Dritte Welt« in Europa  
Probleme der Arbeitsimmigration  
Herausgegeben von Jürgen Braucher und Kurt Grausing



Syndikat

128 S., Kt., DM 16,-

Die Staaten Westeuropas sind zu Einwanderungsländern geworden. Welche Probleme ergeben sich daraus für die neuen Vielvölkergesellschaften?

40 Portraits der ethnisch-regionalen Bewegungen Westeuropas, die unsere politische und kulturelle Landschaft immer stärker prägen.

Handbuch der westeuropäischen Regionalbewegungen  
Herausgegeben von Jürgen Braucher



Syndikat

355 S., Kt., DM 29,80

Hintergrundinformationen zu den revolutionären Veränderungen im Mittleren Orient, wo religiöse Motive und Ideen sozial wirksam geworden sind, deren Tiefe sich aus der Tagesberichterstattung der Zeitungen nicht begreifen lassen.  
Ca. 300 S., Kt., ca. DM 30,-

Revolution in Iran und Afghanistan  
»namien namah« - Jahrbuch zu Geschichte und Gesellschaft des Mittleren Orients



Syndikat

Martin Henkel  
Rolf Taubert  
Maschinenstürmer



Syndikat

»So manche rote Fahne, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung flattert, mag in Wirklichkeit ein aufgeschnittener Strosack gewesen sein.«  
263 S., Kt., DM 29,80

Frantz Fanon  
Schwarze Haut, weiße Masken



Syndikat

Intellektueller der Dritten Welt.  
162 S., Kt., DM 24,-

Eine klassische Untersuchung über die finstere »Logik« des Rassismus und ihre Auswirkungen auf Bewußtsein und Verhalten der Betroffenen – geschrieben von der Symbolfigur vieler

Über ein indianisches Volk und seine Freiheit, an dessen Unterwerfung die Missionare von damals wie die Entwicklungshelfer von heute gleichermaßen gescheitert sind.  
148 S., 16 Abb., DM 24,-

Claus Diermel  
Tarahumara  
Indianer im Norden Mexikos



Syndikat

**Syndikat Autoren- und Verlagsgesellschaft, 6000 Frankfurt, Savignystr. 61**

### Über die Autoren

- Albers*, Detlev, Prof.Dr.phil., geb. 1943; amtierender Konrektor der Uni Bremen, seit 1974 Hochschullehrer am FB Arbeitslehre / Politik. Letzte Veröffentlichung: *Otto Bauer und der »dritte Weg«* (1979). Herausgeber der Arbeiten von Bruno Trentin und Pietro Ingrao in dt. Sprache.
- Beiersdorf*, Günter, geb. 1954; Studium der Germanistik und Geschichte an der TU Braunschweig. Veröffentlichung: *Alltagsgespräch, literarischer Dialog, ästhetische Kommunikation* (zus. mit D. Schöttker, 1978).
- Brackel*, Thomas, geb. 1953; Studium der Geschichte, Politik und Germanistik. Arbeitsgebiete: Deutscher und italienischer Faschismus, Heinrich Mann und der Liberalismus.
- Bühner*, Werner, geb. 1950; Dipl.Pol., Doktorand. Arbeitsgebiete: Europäische Integration nach 45, Geschichte der Arbeiterbewegung.
- Daxner*, Michael, Prof.Dr.phil., geb. 1947; Arbeitsgebiete: Wissenschaftsentwicklung, Verhältnis von Natur- und Sozialwissenschaften und Technologie. Mitglied der GEW.
- Grün*, Rita von der, geb. 1955; Studentin. Arbeitsgebiete: Massenmedien im Faschismus, Antisemitismus, Hörspiel. Mitglied der GEW.
- Haug*, Wolfgang Fritz, Prof.Dr.phil., geb. 1936; lehrt Philosophie an der FU Berlin; Herausgeber des *Argument*. Wichtigste Veröffentlichungen: *Kritik der Warenästhetik* (1977), *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1976), *Theorien über Ideologie* (1979, zus. mit Projekt Ideologietheorie, PIT, in *Argument* Sonderband 40), *Zeitungsroman* (1980). Mitglied in GEW, BdWi, Deutscher Werkbund.
- Held*, Jutta, Prof.Dr.phil.; Professorin an der Univ. Osnabrück. Buchpublikationen zu Goya, Aufsätze zu Minimal Art, Fotorealismus, Pop Art. Arbeitsgebiete: Kunst- und Kunsttheorie des 17.-20. Jh., Architekturtheorie, Kunst- und Museumsdidaktik. Mitglied in GEW, BdWi, Ulmer Verein/Verband für Kunst- und Kulturwissenschaften..
- Hennig*, Eike, Prof.Dr.phil., geb. 1943. Wichtigste Veröffentlichung: *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland* (1977). Mitglied der SPD.
- Herman*, Jost, Prof.Dr., geb. 1930; Professor für Sprache und Literaturgeschichte an der University of Wisconsin, USA.
- Herrgott*, Gerhard, geb. 1952; Dipl.-Math., Wiss. Ass. an der TU Berlin. Arbeitsgebiete: Philosophie und Didaktik der Mathematik, Wissenschaftstheorie.
- Hick*, Ulrike, geb. 1954; Doktorandin. Arbeitsgebiet: Zeitgenössische deutschsprachige Literatur. Mitglied der GEW.
- Hildt*, Frieder, Dr.phil., geb. 1950; Lehrer. Veröffentlichung: *Gottfried Keller. Literarische Verheißung und Kritik der bürgerlichen Gesellschaft im Romanwerk*.
- Ingrao*, Pietro, geb. 1915; Mitglied d. Parteileitung der KPI; Leiter d. Centro per la riforma dello stato. Aktiv im Widerstand gegen den Faschismus; seit 1948 Parlamentsabgeordneter der KPI; 1947-1957 Direktor der Parteizeitung *Unità*; 1976-1979 Präsident der ital. Abgeordnetenkammer. Wichtigste Veröffentlichungen: *Massenbewegung und politische Macht* (1979); *Crist e terza via* (1979).
- Jaschke*, Hans-G., geb. 1952; wiss. Mitarbeiter und Doktorand am Fb Gesellschaftswissenschaft der Univ. Frankfurt. Arbeitsgebiete: Geschichte sozialer Bewegungen, Faschismus, Rechtsextremismus.
- Jost*, Harald E., geb. 1956; Studium der Politik, Soziologie, Philosophie und des öffentl. Rechts in Marburg und Gießen. Arbeitsgebiete: Faschismus, Kirche und Staat, Mitglied der SPD und VVN.
- Kübler*, Hans D., Dr. phil., geb. 1947; Wiss. Ass. am Seminar für Deutsche Sprache und Literatur und ihre Didaktik an der PH Westfalen-Lippe. Wichtigste Veröffentlichung: *Unterhaltung und Information im Fernsehen* (1975). Arbeitsgebiete: Medienwissenschaft, Kommunikations-Medienpädagogik, Kulturtheorie, Didaktik des Deutschunterrichts. Mitglied in GEW, SPD, Deutsche Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Kulturpolitische Gesellschaft.
- Lindenberger*, Thomas, geb. 1955; Studium der Geschichte, Philosophie und Volkswirtschaft an der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, englische Geschichtswissenschaft. Mitglied der ÖTV.
- Motchane*, Didier; Mitglied d. Parteivorstandes d. PSF; Mitbegründer und maßgeblicher Sprecher d. linken Parteigruppierung d. PSF CERES (Centre d'Etudes de Recherches Socialistes); Hrsg. d. Zeitschrift d. CERES »Repères«. Mitglied d. Europaparlaments.
- Naumann*, Uwe; Studienreferendar, Hrsg. der *Sammlung — Jahrbuch für antifaschistische Literatur und Kunst*. Wichtigste Veröffentlichung: *Faschismus und Groteske* (1979). Mitglied der GEW und des Demokratischen Kulturbundes der Bundesrepublik Deutschland, Koop-Mitglied des Werkkreises.

- Opitz*, Reinhard, Dr.phil., Lektor und Publizist. Wichtigste Veröffentlichungen: *Der deutsche Sozialliberalismus 1917-1933* (1973); *Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945* (1978).  
*Peitsch*, Helmut, Dr.phil., geb. 1948; Wiss. Ass. an der FU Berlin. Veröffentlichungen: *Westberliner Projekt: 18.Jb.* (zus. mit anderen, 1974), *Georg Forsters »Ansichten vom Niederrhein«* (1978). Arbeitsgebiet: Literaturgeschichte 18. und 20. Jh.  
*Pfikerodt*, Gerhard, Prof.Dr.phil., geb. 1938; Professor für Neuere deutsche Literatur an der Univ. Marburg. Veröffentlichungen u.a.: *Geschichte und ästhetische Erkenntnis* (Argument 99); *Die Lehren Tuiz* (AS 11). Mitglied in GEW und BdWi.  
*Schildt*, Axel, geb. 1951; Doktorand und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg. Arbeitsgebiete: Geschichte der Weimarer Republik, Faschismustheorie, Geschichte der Arbeiterbewegung. Mitglied in GEW und BdWi.  
*Schmidt*, Martin, Dr.phil., geb. 1933; Wiss. Mitarbeiter am Lexikon des frühgriechischen Epos in Hamburg. Wichtigste Veröffentlichung: *Die Erklärung zum Weltbild Homers und zur Kultur der Heroenzeit in den bt-Scholien zur Ilias* (1976). Mitglied der GEW.  
*Schmidt*, Paul; geb. 1952; wiss. Hilfskraft am Institut der deutschen Sprache im Projekt Verbalenwörterbuch.  
*Schmitt-Egner*, Peter, Dr.phil., geb. 1944; Ass.Prof. am Fb 2 der TU Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Kolonialismus und Faschismus* (1975), *Wertgesetz und Rassismus* (1976). Arbeitsgebiete: Kritik der politischen Ökonomie. Geschichte, psychologische Faschismusforschung.  
*Schneider*, Michael, geb. 1954; M.A., z.Zt. Lehrer an einer Privatschule. Arbeitsgebiete: Neuzzeitliche Literatur, Ästhetik, Methodologie.  
*Schöttker*, Detlev, geb. 1954; Studium der Germanistik und Politik an der TU Braunschweig. Veröffentlichungen: *Alltagsgespräch, literarischer Dialog, ästhetische Kommunikation* (zus. mit G. Beiersdorf, 1978); Arbeitsgebiete: Rezeptionsforschung, Literaturtheorie, B. Brecht.  
*Seyfried*, Erwin, geb. 1950; pädagogisch-therapeutische Tätigkeit im Vorschul- und Schulbereich im Rahmen eines Projektes des Psychol. Instituts der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Pädagogische und Entwicklungspsychologie.  
*Sigusch*, Volkmar, Prof.Dr.med., geb. 1940; Leiter der Abt. f. Sexualwissenschaft und Geschäftsführender Direktor des Zentrums der Psychosozialen Grundlagen der Medizin des Klinikums der Univ. Frankfurt/M. Arbeitsgebiete: Theorie der Sexualität des Menschen, Medizin und Moral. Veröffentlichungen: *Sexualität und Medizin* (1979), *Therapie sexueller Störungen* (21980). Mitglied in ÖTV, IASR, BdWi.  
*Strünning*, Horst-Dieter, Dr.phil., geb. 1940; Oberstudienrat. Wichtigste Veröffentlichungen: *Die Dialektik im F. Schleiermachers Philosophie* (1973), *Ethischer Sozialismus. Zur Entstehungsgeschichte des sozialdemokratischen Grundwertverständnisses* (1978). Arbeitsgebiete: Philosophie, Ideologiegeschichte der Arbeiterbewegung vor dem I. Weltkrieg.  
*Treack*, Werner van, geb. 1943; Mitglied des Forschungsprojektes »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. Veröffentlichungen zur Industrie und Verwaltungssoziologie, zur Bildungsplanung und Kulturosoziologie. Mitglied der ÖTV.  
*Vogl*, Jörg-Michael, geb. 1954; Studienreferendar in Bochum. Arbeitsgebiet: Parteientheorie. Mitglied der GEW.  
*Winkler*, Michael, geb. 1953; Mitarbeiter am Institut für Pädagogik der Univ. Erlangen-Nürnberg. Doktorand. Arbeitsgebiete: systematische und historische Pädagogik, Handlungstheorie. Mitglied der GEW.  
*Woetzel*, Harold, geb. 1953; M.A., Doktorand, Mitarbeiter am Institut für die deutsche Sprache in Mannheim. Arbeitsgebiete: Ideologietheorie, Sprachphilosophie, Linguistik. Mitglied des CVJM und USC Heidelberg.  
*Zielinski*, Siegfried, geb. 1951; M.A., Doktorand und Lehrbeauftragter an der TU Berlin, Fachgebiet Medienwissenschaft. Veröffentlichungen: *Internationaler Medienzusammenhang* (AS 10, 1976), Beiträge zur Mediengeschichte und -kritik in Sammelbänden und Periodika. Arbeitsgebiete: Geschichte und Theorie der Massenmedien.  
*Zinser*, Hartmut, geb. 1944; Lehrbeauftragter an der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichung: *Mythos und Arbeit* (1977). Arbeitsgebiete: Mythenrezeption, Psychoanalyse, Theorie der Gesellschaft.

---

Wir bitten, in *Argument 120* im Kongreßbericht *Linksozialismus und Marxismus heute* folgenden sinnumkehrenden Satzfehler zu berichtigen:

S. 252, 5. Abs., 4. Zeile v. unten lies: den Fehlern und Handlungsunfähigkeiten der beiden herrschenden Fraktionen der internationalen Arbeiterbewegung

---

**Sprach- und Literaturwissenschaft**

<i>Nemec, Friedrich, und Wilhelm Solms (Hrsg.): Literaturwissenschaft heute (G. Pickerodt)</i> .....	441
<i>Bürger, Peter: Vermittlung — Rezeption — Funktion (G. Beiersdorf/D. Schöttker)</i> .....	443
<i>Lüdtké, W. Martin (Hrsg.): Nach dem Protest. Literatur im Umbruch (U. Hick)</i> .....	444
<i>Fischbach, Peter, u.a. (Hrsg.): 10 Jahre Werkkreis Literatur der Arbeitswelt (R. v. d. Grün)</i> .....	446
<i>Berg, Jan: Hochhuts Stellvertreter und die Stellvertreter-Debatte (H. Peitsch)</i> .....	447

**Kunst- und Kulturwissenschaften**

<i>Schnell, Ralf (Hrsg.): Kunst und Kultur im deutschen Faschismus (S. Zielinski)</i> .....	448
<i>Reiss, Erwin: Fernsehen unterm Faschismus (H.-D. Kübler)</i> .....	450
<i>Dilly, Heinrich: Kunstgeschichte als Institution (J. Held)</i> .....	452
<i>Brix, Michael, und Monika Steinhäuser (Hrsg.): Historismus in Deutschland (J. Held)</i> .....	454
<i>Herding, Klaus: Realismus als Widerspruch (F. Hildt)</i> .....	455

**Soziologie**

<i>Riedel, Manfred: Verstehen oder Erklären? (M. Winkler)</i> .....	456
<i>Eberlein, Gerald, und Hans-Joachim von Kondratowicz (Hrsg.): Psychologie statt Soziologie? (M. Winkler)</i> .....	456
<i>Mittelstraß, Jürgen (Hrsg.): Methodenprobleme der Wissenschaften vom gesellschaftlichen Handeln (M. Winkler)</i> .....	456
<i>Hondrich, Karl Otto, und Joachim Matthes (Hrsg.): Theorienvergleich in den Sozialwissenschaften (M. Winkler)</i> .....	457

**Geschichte**

<i>Flemming, Jens, u.a. (Hrsg.): Die Republik von Weimar (A. Schildt)</i> .....	462
<i>Losemann, Volker: Nationalsozialismus und Antike (M. Schmidt)</i> .....	464
<i>Spohn, Wilfried: Weltmarktkonkurrenz und Industrialisierung Deutschlands 1870-1914 (T. Lindenberger)</i> .....	467
<i>Scharf, Claus, und Hans-Jürgen Schröder (Hrsg.): Politische und ökonomische Stabilisierung Westdeutschlands 1945-1949 (W. Bühner)</i> .....	468

**Soziale Bewegung und Politik**

<i>Neofaschismus (D. Joachim/U. Naumann)</i> .....	395
<i>Meyer, Alwin, und Karl-Klaus Rabe: Rechtsextremismus unter Jugendlichen (D. Joachim/U. Naumann)</i> .....	395
<i>Paul, Gerhard, und Bernhard Schoßig (Hrsg.): Jugend und Neofaschismus (D. Joachim/U. Naumann)</i> .....	395
<i>Pomorin, Jürgen, und Reinhard Junge: Die Neonazis, Teil II (D. Joachim/U. Naumann)</i> .....	395
<i>Bourderon: Le fascisme. Idéologie et pratiques (M. Hénissart/W. Kowalsky)</i> .....	470
<i>Kübnl., Reinhard: Faschismustheorien (E. Hennig)</i> .....	471
<i>Habermehl, Werner: Sind die Deutschen faschistoid? (H.E. Jost)</i> .....	472
<i>Pressedienst Demokratische Initiative (PDI): Rechtsradikale Jugendorganisationen (H.G. Jaschke)</i> .....	473